

# Deutschland Archiv



Deutschland Archiv  
2016

Deutschland Archiv 2016

Schriftenreihe Band 10026

# Deutschland Archiv 2016

Bonn 2017

© Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:  
Johannes Piepenbrink, Mitarbeit: Martina Bauer

Redaktion »Deutschland Archiv« Online:  
Katharina Barnstedt, Dr. Clemens Maier-Wolthausen  
(]init[ AG für digitale Kommunikation)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Umschlaggestaltung und Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf  
Umschlagfoto: © ddp images/Berthold Stadler  
Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0026-7

[www.bpb.de/deutschlandarchiv](http://www.bpb.de/deutschlandarchiv)

# Inhalt

Vorwort	9
THOMAS LINDENBERGER	
● Das Land der begrenzten Möglichkeiten. Machträume und Eigen-Sinn der DDR-Gesellschaft	11
UDO GRASHOFF	
● Schwarzwohnen als subversive und zugleich systemstabilisierende Praxis	23
ANDREAS KÖTZING	
● Grünes Licht aus Moskau Die SED-Führung am Vorabend des »Kahlschlag«-Plenums	33
MICHAEL LÜHMANN	
● »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Es gibt keinen Dritten Weg.« Wie die SED im Jahr 1965 beschloss, die Realität abzuschaffen und darüber ihren Nachwuchs verlor	44
CHRISTIAN KÖNNE	
● »Flugplatz, Mord und Prostitution«. Wie die DDR-Medien die Amerikaner in der Pfalz inszenierten	58
KLAUDIA WICK	
● Am Ende der Anfangsjahre – Deutsches Fernsehen in Ost und West zwischen Etablierung und Neuorientierung	73
OLIVER TREDE	
● Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik – zwischen Misstrauen und Integration	83
ANN-JUDITH RABENSCHLAG	
● Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung	95

ANDREAS KOSSERT

- Wann ist man angekommen?  
Flüchtlinge und Vertriebene im Nachkriegsdeutschland 106

BETTINA EFFNER

- Das Spezifische deutsch-deutscher Migration 117

KAREN KÖRBER

- Jüdische Gegenwart in Deutschland.  
Die Migration russisch-sprachiger Juden seit 1989 129

FRANCESCA WEIL

- »Weniger als Feigenblätter ...« oder Institutionen zivilgesellschaftlichen Engagements? Die Runden Tische 1989/90 in der DDR 141

BERENIKE FELDHOFF

- Zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und individueller  
Rehabilitierung. Eine (Zwischen-)Bilanz der Aufarbeitung der  
DDR-Heimerziehung. 154

DAVID JOHST

- Demokratischer Denkmalsturz?  
Über den Umgang mit politischen Denkmälern der DDR nach 1989 167

SEBASTIAN STUDE

- Tschernobyl und die Stasi 178

JULIA REUSCHENBACH

- Nur ein Provisorium? – Bonner Hauptstadtarchitektur seit 1949 195

WOLFGANG BENZ

- Die »Alternative für Deutschland« und der Antisemitismus 207

Autorinnen und Autoren 218

Bildnachweis 221

THEMENSCHWERPUNKTE

- Macht-Räume
- Medien- und Kulturpolitik
- Migration
- Transformationsprozesse
- Erinnern und Gedenken
- ohne Schwerpunktzuordnung





## Vorwort

Die Spätfolgen des totalitären Machtanspruchs im Einparteiensstaat DDR haben uns im »Deutschland Archiv« auch 2016 begleitet. Dazu gehören die Formen des Erinnerns, ob architektonisch, künstlerisch oder in rituellen Akten, ebenso wie Fragen der politischen Bildung. An diesen sowie am Wandel der Erinnerungspolitik kann die Stabilität der Zivilgesellschaft gemessen werden. Verschiedene Beiträge in dieser Ausgabe widmen sich daher dem Umgang mit dem SED-Unrecht.

2016 jährte sich der Unfall im Atomkraftwerk bei Tschernobyl zum 30. Mal. Grund genug, im »Deutschland Archiv« einen Beitrag darüber zu veröffentlichen, wie das Ministerium für Staatssicherheit darauf reagierte. Der Unfall war nicht nur für die Menschen in der betroffenen Region und für die Umwelt in ganz Europa furchtbar, er war auch geeignet, Zweifel an den Behörden in der Sowjetunion und im eigenen Land zu wecken. Paradigmatisch konnte man hier beobachten, mit welchen Mechanismen der Machtsicherung das DDR-Regime auf allen Ebenen gegen Opposition und Kritik reagierte.

Eine dieser Ebenen war die Medien- und Kulturpolitik. Das Ziel der gezielten Steuerung der Medien- und Kulturschaffenden war Machtdurchsetzung; nichts sollte dem Zufall überlassen bleiben. Am Beispiel des »Kahlschlagplenums« im Dezember 1965 sowie der gesteuerten Berichterstattung in den Zeitungen und im Fernsehen der DDR haben unsere Autorinnen und Autoren dies verdeutlicht.

Das brennendste Thema in der öffentlichen Wahrnehmung war 2016 der Umgang der Bundesrepublik mit Geflüchteten. Dabei wurden immer wieder Bilder einer bislang nie dagewesenen Herausforderung heraufbeschworen. Das »Deutschland Archiv« hat sich daher auch einer historischen Kontextualisierung von Flucht und Migration in beide sowie zwischen beiden deutschen Staaten verschrieben. Wir wollen nachzeichnen, wie Bundesrepublik und DDR mit den Herausforderungen von Migration und Integration umgegangen sind. Dabei gilt es, Erfolge zu würdigen und Fehler zu benennen. Dieser Schwerpunkt wird im kommenden Jahr wachsen. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

*Dr. Clemens Maier-Wolthausen  
Redaktion »Deutschland Archiv«  
Berlin, Dezember 2016*





Grenzübergang Herleshausen, August 1973.

Thomas Lindenberger

## Das Land der begrenzten Möglichkeiten. Machträume und Eigen-Sinn der DDR-Gesellschaft

»Sie waren jedes Wochenende unterwegs, um sich die Ländereien anzuschauen, die sie aufkaufen wollten. Manchmal glaubten sie, daß sie es nie schaffen würden. Das Land kam ihnen so groß vor. Das lag aber daran, daß ihr Moped so langsam war.«<sup>1</sup>

Es gehört nicht viel dazu, die DDR als ein »Land der begrenzten Möglichkeiten« zu apostrophieren. Im sozialistischen Alltag herrschte Mangel an vielem, aber nicht an Grenzen. Es gab »die« Grenze um das Staatsgebiet und die zahlreichen sichtbaren und unsichtbaren Grenzen in dessen

Innern. Als politisches Gemeinwesen funktionierte die DDR nach dem »Was nicht erlaubt ist, ist verboten«-Prinzip. Daher war das Überschreiten von Grenzen ohne ausdrückliche Genehmigung, und wenn es sich um die äußere, die Staatsgrenze handelte, bereits dessen Versuch, verboten und mit hohen Risiken verbunden. Das schränkte die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger erheblich ein – wobei der Notwendigkeit, die das Gemeinwesen im Innern durchziehenden Grenzen zu respektieren im Wesentlichen auf der potenziell tödlichen Staatsgewalt an der äußeren Grenze beruhte. Das besondere an der DDR etwa gegenüber dem Vorbild Sowjetunion bestand dabei darin, dass sich dies auf einem sehr kleinen Staatsgebiet abspielte, das zudem direkt an den »imperialistischen Klassegegner« grenzte und eine von diesem kontrollierte Enklave – West-Berlin – aushalten musste. Galt für die Sowjetunion trotz Kommunismus immer noch die Lebensweisheit »Der Zar ist weit, Russland ist groß«, so war hier der Staat klein und seine Autoritäten, aber auch deren ärgste »Feinde«, waren immer in Reichweite.

## Macht und Herrschaft auf engstem Raum

Um das Verhältnis von Herrschaftsordnung, Raum und Machtchancen der Vielen in den beengten Verhältnissen der DDR zu diskutieren, soll zunächst von der klassischen Unterscheidung Max Webers ausgegangen werden. Demnach bedeutet »Macht« [...] jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht. »Herrschaft« soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.«<sup>2</sup>

Eine »soziale Beziehung« zwischen Individuen beinhaltet immer ein Nähe-Distanz-Verhältnis, das durch die Eigenschaften des Raumes, indem es situiert ist, wesentlich bestimmt ist: Die Kleinfamilie ist durch die private Wohnung, die Nachbarschaft durch den Häuserblock oder die Plattenbausiedlung, das Arbeitskollektiv durch Werkstatt, Fabrikhalle und Bürogebäude, die Zwangsgemeinschaft der Gefangenen durch das Gefängnis, und so weiter räumlich organisiert. Wir können uns diese Räume also als Machträume vorstellen. Damit folgen wir zugleich der von Foucault inspirierten Vorstellung, wonach soziales Handeln immer in Machtbeziehungen stattfindet und mit einem räumlichen Dispositiv verbunden ist, und dass dabei jeder Akteur mit Macht ausgestattet ist, wenn auch in unterschiedlichem Umfang und in unterschiedlicher Weise, vor

allem auch mit unterschiedlichen Mitteln (»gleichviel worauf die Chance beruht«) und in Verbindung mit unterschiedlichen Praxen (unter denen die Praxis des Diskurses eine besondere Stellung einnimmt).<sup>3</sup>

Das ist eine sehr allgemeine Bestimmung, die wenig über den Inhalt, die Funktionsweise und schon gar nichts über die äußeren Umstände dieser Beziehungen aussagt. »Herrschaft« ist im Gegensatz dazu in einer Hinsicht eindeutig: Sie beinhaltet ein Oben und ein Unten. Offen bleibt in dieser Definition, wie die Errichtung und die Reproduktion von Herrschaft bewerkstelligt wird, zum Beispiel ob dieser Vorgang auf Willkür und Gewalt beruht oder in regelgebundenen und ergebnisoffenen Verfahren immer wieder erneuert wird, wie das für die Demokratie als »Herrschaft auf Zeit« charakteristisch ist. Wie sich im Einzelnen dieses Befehl-Gehorsam-Verhältnis in der Praxis gestaltet, variiert je nach historischen und gesellschaftlichen Umständen. Herrschaftsbeziehungen beruhen nicht nur auf formalen Befehlen und Anweisungen, sondern auch auf äußerlichem Einvernehmen und stummem Zwang. Entscheidend ist, dass die in einer Herrschaftsbeziehung angelegte »Chance« der einen Seite, bei der anderen »Gehorsam zu finden«, auf Dauer gestellt und institutionalisiert, mithin Macht zwischen verschiedenen Akteuren ungleich verteilt ist.

## Herrschaft in der DDR

Nach diesen Vorüberlegungen soll es im Folgenden darum gehen, wie sich Machträume und Herrschaftsverhältnisse in der DDR-Gesellschaft zueinander verhielten. Herrschaft in der DDR sollte in erster Linie politische Herrschaft sein. Das Gesellschaftssystem war darauf ausgerichtet, dass die von der Monopolpartei definierte Politik alle gesellschaftlichen Subsysteme (Ökonomie, Staat, Gesellschaft, Kultur, ...) erreichte und affizierte.<sup>4</sup> Diese angestrebte Entdifferenzierung der Subsysteme sollte die Wirksamkeit autonomer Steuerungsmedien, die aus bürgerlichen Herrschaftsverhältnissen der Form nach übernommen worden waren, insbesondere Geld und Recht, begrenzen und dem Prinzip nach aufheben.<sup>5</sup>

Herrschaftsstrukturen in der DDR stellen sich daher, anders als in liberalen Gesellschaften, nicht als ein Neben- und Miteinander relativ autonomer Herrschaftsstrukturen dar, sondern als ein monolithisches, in sich mehrfach abgestuftes System von Bereichen, die untereinander in komplexen und angesichts des großen Anteils arkaner, das heißt geheimer, Herrschaftspraktiken nur teilweise einsehbaren Hierarchiebeziehungen standen. Das gesamte Land war in eine zentralistische Hierarchie von Zentrale – Mittel-

instanz (Bezirk) – untere Ebene (Kreis) eingeteilt; der Instanzenzug jeder sachlichen Zuständigkeit fügte sich in dieses Schema ein. Auf jeder dieser Ebenen waren die »führende Rolle der Partei« und die unsichtbare Hand ihrer Exekutionsorgane, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit, gegenüber den anderen Instanzen statuarisch gesetzt. Sie legitimierte sich aus der historischen Mission der marxistisch-leninistischen Partei mit der den Bestand der DDR garantierenden Sowjetunion an der Spitze.

Wie im Einzelnen konkrete Machträume mit den Herrschaftsinstitutionen des SED-Staats verknüpft waren, gilt es zu rekonstruieren. Es handelt sich um eine genuin historische Frage. Es genügt nicht, etwa unter Berufung auf einen der totalitarismustheoretischen Ansätze zu unterstellen, dass die Parteiherrschaft alle Bereiche des sozialen Lebens von oben bis unten in gleicher Dichte und Totalität durchdrungen habe, daher jeder Machtraum in der sozialistischen Diktatur, mithin jede soziale Beziehung nur ein Rädchen im Getriebe des großen Ganzen gewesen sei, deren Funktionen sich aus dem Herrschaftsapparat, dem sie unterstand, ohne weitere Anschauung ableiten ließe. Als heuristische Maxime muss vielmehr gelten: Die historische Frage nach dem Ob und Wie der Verknüpfung von Machträumen mit Herrschaftsbeziehungen lässt sich nicht durch den bloßen Rekurs auf die Herrschaftstheorie der Kommunisten vom »Demokratischen Zentralismus« beantworten. Letzteres zu tun hieße, das »Intelligent Design« der marxistisch-leninistischen Kybernetiker, Planer, Philosophen und Staatswissenschaftler für bare Münze zu nehmen anstatt für das, was es vor allem war: Ausfluss der Hybris einer Herrschaftselite von »Auserwählten«, die sich weder unzensurierter Kritik noch der Erneuerung ihres Herrschaftsauftrags durch ergebnisoffene Verfahren stellen musste.

Für detaillierte Untersuchungen konkreter Machträume müssen zunächst Handlungsfelder sozialer Beziehungen und ihrer Ver-Räumlichungen identifiziert und beschrieben werden. Es ist ihre Position im Verhältnis zu anderen Machträumen, und die Frage nach ihrer Verbindung zu Herrschaftspraxen zu bestimmen. Dabei stellt sich dann die Gretchenfrage nach der Reichweite der Parteiherrschaft und umgekehrt nach der Reichweite der Macht der von Herrschaftspositionen ausgeschlossenen Akteure.

## Handlungsräume

Als eines der Handlungsfelder, das während der ersten zwanzig Jahre der Erforschung der DDR-Geschichte nach 1990 in dieser Perspektive vergleichsweise gut ausgeleuchtet wurde, ist der Betrieb anzusehen.<sup>6</sup> Damit

folgte die Forschung zunächst den Selbstauskünften der SED-Herrschaft, die ja von sich behauptete, dass hier, in der materiellen Produktion, die Herrschaft der Arbeiterklasse verankert sei. Besonders die unterste Ebene der Betriebshierarchie, die als »Brigade der sozialistischen Arbeit« verfasste Gemeinschaft von tagtäglich in derselben Werkstatt, an derselben Fertigungsanlage oder in derselben Schicht arbeitenden Kollegen, erwies sich als ein besonders lohnenswertes Untersuchungsgebiet.<sup>7</sup> DDR-Betriebe waren nicht nur Orte, an denen Güter und Dienstleistungen erzeugt wurden. Im Rahmen von komplexen Austauschbeziehungen bildeten sie zugleich den Raum für zahlreiche weitere gesellschaftliche Zwecke, die nicht unmittelbar mit der Produktion in Zusammenhang standen: Hier hatten DDR-Bürger Zugang zu umfangreichen medizinischen Leistungen, zu Bildungsangeboten, sie konnten vom Betrieb aus ihren Familienurlaub organisieren und am kulturellen Leben teilhaben, aber auch die Lösung von Versorgungsproblemen »organisieren«. Der SED-Staat nutzte die berechenbare Anwesenheit der großen Mehrheit der – zur Arbeit gesetzlich verpflichteten! – DDR-Bürger in den Betrieben, um sie dort mithilfe außergerichtlicher Verfahren, etwa den Konfliktkommissionen, im Sinne der sozialistischen Moral zu erziehen, aber auch um sie politisch zu überwachen.<sup>8</sup>

Demgegenüber wurden andere Handlungsräume, also diejenigen außerhalb von Betrieb und Produktion, zunächst nicht so umfassend erforscht. Ihre Bedeutung für die Reproduktion der SED-Herrschaft ist auch nicht so leicht zu bestimmen. Wenn wir uns auf das Wohngebiet oder den Stadt- raum konzentrieren, werden wir rasch feststellen, dass es an der Basis der Hierarchie keine Schlüsselinstitution gab, die ähnlich den »Brigaden der sozialistischen Arbeit« im Betrieb als generalisierte und durchaus alltags- taugliche Schnittstelle zwischen Herrschaftssystem und den Individuen fungierte. »Hausgemeinschaften« und »Wohngebietsausschüsse der Nationalen Front«, die »Wohngebietsorganisationen« der SED, in denen überwiegend Rentner aktiv waren, örtliche Hobby-Sparten des Kulturbundes, die Aktivisten der »Gesellschaft für Natur und Umweltschutz«, aber auch die lokalen Ableger der staatlichen Verwaltung und der Sicherheitsorgane wie die bei den Fachausschüssen der örtlichen Volksvertretungen angesiedelten »Bürger-Aktivs«, die von den Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei geführten »Gruppen der freiwilligen Helfer der Volkspolizei«, die Freiwillige Feuerwehr, sowie die Gesellschaft für Technik (GST) – diese und weitere Institutionen sollten bei der Gestaltung des sozialen Nahraums »vor Ort« zusammenwirken – zumindest laut den zahlreichen Organigrammen, die die Bürokratien der DDR hinterlassen haben. Ein Blick in die Archive zeigt, dass viele dieser »Kollektive« eine Papier-



existenz fristeten oder nur sporadisch aktiv waren. Dennoch erzeugten sie eine alle Bereiche des offiziellen öffentlichen Lebens repräsentierende Kulissenlandschaft. Ihre weithin sichtbaren Fassaden und Losungen sorgten auch außerhalb des primären Sozialisationsraums »Betrieb« dafür, dass kein DDR-Bürger und keine DDR-Bürgerin der obrigkeitlichen Aufforderung zur Mitwirkung am großen Ganzen aus dem Weg gehen konnten. »Arbeite mit! Plane mit! Regiere mit!« lautete der seit Ende der 1950er Jahre propagierte Slogan, der Angebot und Drohung zugleich enthielt, da diese Vision von Gesellschaft für das Nicht-Mitarbeiten keinen legitimen Raum vorsah.

## Räume des Mitmachens in der SED-Diktatur

Eine der hartnäckigen Forschungslücken in der Erforschung der DDR-Gesellschaft sind die vielfältigen Formen des »gesellschaftlichen Engagements«, die in diesen Basiseinheiten der Institutionenlandschaft angesiedelt waren.<sup>9</sup> »Ehrenamtliche Tätigkeit« und »freiwilliges Engagement« erstreckten sich vor allem auf den Nahraum der alltäglichen Beziehungen, ob im Betrieb oder am Wohnort. Was davon der Berichtspflicht entsprechend lediglich »abgerechnet« wurde, also nur auf dem Papier existierte, oder im Sinne heutigen soziologischen Jargons kollektive »Eigenarbeit«<sup>10</sup> darstellte, ist mitunter schwer auszumachen. In der Forschung wurde bislang unterstellt, dass es sich dabei in erster Linie um obrigkeitlich erwünschte Aktivitäten handelte, zu denen sich viele lediglich im Austausch für bestimmte Berechtigungen und Gratifikationen – berufliches Fortkommen, eine neue Wohnung, ein Studienplatz fürs Kind, oder auch nur das Unbehelligt-Bleiben bis zur nächsten Mitmach-Aufforderung – quasi unfreiwillig verpflichteten, eine Vorannahme, für die es stichhaltige Anhaltspunkte gibt. Allerdings wurde damit ein wesentlicher Machtraum, in dem auch Herrschaftslegitimation erzeugt wurde, unterschätzt. Über diese zahlreichen gesellschaftlichen Aktivitäten konnte der Partei-Staat, vertreten durch lokale Amtsträgerinnen und Amtsträger, auch mit jenen Bürgerinnen und Bürgern in Austausch treten, die er nicht zur Minderheit der vom Sozialismus sowjetischer Prägung Überzeugten rechnen konnte. Hier begegnete er Parteilosen oder auch »einfachen Parteimitgliedern«, denen die große Politik relativ fern und die Alltagsprobleme ihres Wohngebiets nah lagen, und die bereit waren, sich zu deren Lösung auf diese Interaktion einzulassen. Die herrschaftssichernde Funktion dieser räumlich begrenzten Interaktionen lag gerade in der relativen Banalität ihrer Gegenstände, in

ihrem Abstand zu den »großen« Parolen von Klassenkampf, Sozialismus und Völkerfreundschaft, aber auch von Planerfüllung und sozialistischem Wettbewerb.

## Stillschweigender Minimalkonsens und Eigen-Sinn

Die Bedeutung dieser vordergründig banalen Gegenstände örtlich begrenzten Engagements zu unterschätzen, ist eine der typischen Fallstricke einer zu ausschließlich auf die »große Politik« und die repressive Willkür des SED-Staats ausgerichteten Erforschung der DDR-Vergangenheit. Die über lange Zeit ungefährdet erscheinende und offenkundig nicht ausschließlich auf physischer Gewaltandrohung gestützte Stabilität der SED-Herrschaft beruhte, so meine bereits an anderer Stelle ausgeführte These, auch auf einem stillschweigenden Minimalkonsens zwischen Regime und Bevölkerung.<sup>11</sup> Dieser schloss die Unumstößlichkeit bestimmter Wertorientierungen und Zielvorgaben ein: Frieden, und zwar um jeden Preis; soziale Sicherheit und Wohlstandsentwicklung, die an der westlichen, nicht an der sowjetischen Wirklichkeit zu messen war; die Kleinfamilie als Kernbereich des individuellen Alltags; Erfüllung und Entfaltung der Persönlichkeit im Arbeitsleben, und zwar für alle, auch für Frauen; schließlich die Wertschätzung von Ordnung, Sauberkeit, Ruhe und Anstand, gerade auch im Nahbereich von Familie und Nachbarschaft.

Dieser Minimalkonsens musste »stillschweigend« bleiben. Es konnte nicht öffentlich zur Sprache gebracht werden, dass das SED-Regime im Höchstfall auf bis zu 20 Prozent der Bevölkerung als innerlich überzeugte Unterstützer rechnen konnte,<sup>12</sup> also nie die Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite hatte. Ebenso wenig war es möglich, mit der verbleibenden Mehrheit in aller Form die Minimalanforderungen des Projekts »DDR« abzüglich seiner kommunistischen Utopiekomponente auszuhandeln. Das musste indirekt geschehen, in den Niederungen der politischen Kommunikation, in örtlich begrenzten Machträumen. Voraussetzung dafür war natürlich, dass dabei seitens der »Bürger und Bürgerinnen« die ideologischen Vorgaben für das »große Ganze« nicht in Frage gestellt wurden.

Um diese Interaktionen zu verstehen, und zwar aus der Perspektive der von den »Höhen« der politischen Herrschaft Ausgeschlossenen, stellt das Konzept des Eigen-Sinns einen vielversprechenden Zugang dar.<sup>13</sup> Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, dass Eigen-Sinn von DDR-Bürgern in den Interaktionen mit den Funktionären des SED-Regimes keineswegs als Indikator für Widerstand zu deuten ist. Wie ich an anderer Stelle aus-

geführt habe, stabilisierte er eher im Gegenteil die Interaktion und damit auch das Herrschaftsarrangement, in das sie eingebettet war, als dass er sie untergrub.<sup>14</sup> Eigen-Sinn fungierte als der Kompass, den Individuen benötigten um ihre überaus begrenzte, aber vorhandene Macht in solchen Begegnungen und im Zusammenwirken mit Vertretern der SED-Herrschaft zu ihrem eigenen Nutzen, ob er nun materieller, ideeller oder emotionaler Art war, einsetzen zu können. Das ist ganz nah an der Person angesiedelt zu denken, an den eigenen Sinnen für sich selbst und für andere, nah am eigenen Leben. Das betrifft die Familie, die Lebenserfahrungen und Lebensentwürfe, das was Personen als ihr unmittelbar Eigenes und daher auch Unveräußerbare ansehen: Kompetenzen und Fähigkeiten, verinnerlichte Werte, vor allem auch im Hinblick auf soziale Bindungen und soziales Verhalten, und die Zugehörigkeit zu konkreten Anderen in Partnerschaft, Familie und Verwandtschaft, Freundes- und Kollegenkreis, und anderen Gemeinschaften, wie etwa der Kirchengemeinde, dem Sportverein, der Heimat. Damit ist auch gesagt, dass »Eigen-Sinn« das Gegenteil von Reflex und Verhaltensschema ist, die von oben her mit Vorbedacht »konditioniert« und gesteuert würden – im Gegenteil: Wir bezeichnen damit auch die Aneignung von gesellschaftlicher Wirklichkeit durch Individuen, deren sichtbares Ergebnis nicht glatt mit den Steuerungsambitionen Herrschender aufgeht.

## Die »Diktatur der Grenzen« als Herrschaftsprinzip

Wie ist nun das Verhältnis von Eigen-Sinn und dem, was man die politische »Raum-Ordnung« des SED-Staats nennen könnte, zu denken? Konstitutiv für die Anordnung der verschiedenen Machträume innerhalb der DDR-Gesellschaft war das Prinzip der »Diktatur der Grenzen«: Die erwähnten bürgerschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten waren nicht nur begrenzt – das sind sie in demokratischen Gemeinwesen auch –; diese Grenzen waren erstens unverhandelbar, zweitens äußerst unflexibel und undurchlässig, und drittens sehr weit unten angesiedelt, wenn man das Ganze zugleich als eine Machtpyramide betrachtet.<sup>15</sup>

»Unverhandelbar« bedeutete: Der politische Führungsanspruch der SED durfte nicht, weder rhetorisch noch de facto, in Frage gestellt werden. »Unflexibel« bedeutete: die Machträume des SED-Staats, also jene, zu denen nur Amtsträger der Partei und des Staatsapparat Zutritt hatten, und in denen die Genossen unter sich waren und bleiben sollten, bildeten eine Arkansphäre, die von der Sphäre der gesellschaftlichen Öffentlichkeit

sorgsam geschieden wurde. Die Grenze zwischen beiden wurde bewacht und illegaler Grenzübertritt bekämpft beziehungsweise verhindert. Die Funktionäre, die an dieser Grenze Dienst versahen, waren sehr zahlreich und bildeten gewissermaßen das große Korps der Frontoffiziere zur Verteidigung der SED-Herrschaft gegen die ihr aus der Gesellschaft drohenden Gefährdungen und oder auch nur Begehrlichkeiten. Der Historiker Christoph Classen hat sie angesichts ihrer Sisyphusaufgabe einmal scherzhaft als die »armen Schweine an der Schnittstelle« bezeichnet.<sup>16</sup>

Wie eine gläserne Decke hing diese Grenze, in der Vertikalen betrachtet, sehr tief im Gesamtgebäude des DDR-Gemeinwesens. Als – zu überprüfende – Arbeitshypothese schlage ich vor, die untere Außengrenze dieses Arkanums der DDR-Herrschaftsapparate ungefähr dort zu lokalisieren, wo die Zuständigkeitsbereiche hauptamtlicher Funktionsträger begannen. Von unten her gesehen hatte der gewöhnliche DDR-Bürger damit spätestens auf Kreisebene kaum mehr Möglichkeiten, durch Einsatz seiner Machtressourcen etwas Nennenswertes zu bewirken – es sei denn er verlegte sich auf das Schreiben von Eingaben. Diese konnten auch an höhere, ja an höchste Stellen gerichtet werden, dies jedoch unter strikter Beachtung des Prinzips ihrer Nicht-Öffentlichkeit, und dazu gehörte auch, dass sich der DDR-Bürger auf diese Weise nur als Einzelperson an die »Organe« des Parteistaats wenden durfte. Vereinzelt und außerhalb ihrer sozialen Beziehungen waren Eingabenschreiber jedoch weitgehend machtlos. Ob und wie die massenhaften Eingaben im Machtarkanum der Bürokratien des SED-Staats Entscheidungen im Sinne ihrer Autoren und Autorinnen bewirkten oder auch nicht, blieb der Willkür überlassen.

## Das lange Scheitern des Minimalkonsenses

Soweit ein Erklärungsmodell, das wesentliche Komponenten und Wirkungsweisen im Verhältnis von Herrschaftspraxis, Machträumen (auch und vor allem der »einfachen« DDR-Bürgerinnen und -Bürger) und Eigen-Sinn umreißen soll. Historisches Forschen und Erkennen ist aber bekanntlich weniger an Zustandsbeschreibungen als an Veränderungen über die Zeit interessiert. Was hier als die Stabilität dieses Herrschaftsarrangements begünstigender »stillschweigender Minimalkonsens« skizziert wurde, war in der DDR keineswegs von Anfang an vorhanden, im Gegenteil: Die 1950er Jahre waren vom offenkundigen und – man denke an den 17. Juni 1953 – auch gewaltsam ausgetragenen Dissens zwischen Regime und Bevölkerung geprägt. Der stillschweigende Minimalkon-

sens hingegen hat sich erst in den Jahren nach dem Mauerbau bis zur frühen Honecker-Zeit entwickelt. In diese Zeit fällt auch die Konsolidierung und Routinisierung jenes DDR-Alltags, zu dem die beschriebenen, eng begrenzten Räume des bürgerschaftlichen Mitmachens und der von der Obrigkeit erwarteten »gesellschaftlichen Aktivitäten« ganz selbstverständlich dazu gehörten.

Bekanntlich scheiterte die SED aber je länger sie herrschte umso gründlicher mit ihrem durchaus ernst gemeinten Versuch, unter Maßgabe der systematischen diktatorischen Begrenzungen von Selbstbestimmung und Partizipation – beim Mauerbau angefangen bis zum unbedingt abgeschirmten Herrschaftsarkanum – gesellschaftliche Entwicklung so zu befördern, dass die Bürger nicht nur ihr Land, sondern eines Tages auch ihre Obrigkeit lieben würden. Das zeitigte spätestens ab den 1980er Jahren widersprüchliche Resultate: einerseits finden sich Anzeichen dafür, dass die Menschen im lokalen Nahbereich die vorhandenen Machträume eigenständiger zu nutzen begannen und sich dort verstärkt als »Bürger« zur Geltung zu bringen verstanden. Um seine internationale Reputation besorgte, begann der SED-Staat vermehrt kleine Konzessionen zu machen. So kann lassen sich einige der von Jan Palmowski in seinem großartigen Buch »Inventing the Socialist Nation« beschriebenen Konfliktverläufe zwischen lokalen Heimaktivisten und dem SED-Staat lesen.<sup>17</sup>

Gleichzeitig gingen immer mehr DDR-Bürger dazu über, dieses der DDR innewohnende Prinzip der »Diktatur der Grenzen« samt und sonders in Frage zu stellen, und dies unmissverständlich und in den meisten Fällen unverhandelbar. Die Rede ist von den Antragstellern auf Ausreise aus der DDR. Der dramatische Anstieg ihrer Zahlen vor allem in den 1980er Jahren zeigt, dass die Mühen, sich in diesem Land sinnvolle Lebensperspektiven zu erarbeiten, immer häufiger frustriert wurden, weil immer weniger funktionierte. Um das im Eingangsmotto evozierte Bild aufzugreifen: Es stellte sich bei immer mehr Menschen die Gewissheit ein, dass die »Schwalbe« (so der Name des heute Kultstatus genießenden DDR-eigenen Mopeds) einfach zu langsam war, um selbst in diesem kleinen Land ordentlich voranzukommen. Auch die zweite Hälfte des Lebens unter diesen eingeengten Bedingungen in diesem kleinen Land zu verbringen, wurde immer mehr DDR-Bewohnern und -Bewohnerinnen ein unerträglicher Gedanke, und zwar nicht nur Intellektuellen, Künstlern und anderen Großstadtmenschen, sondern gerade auch Krankenschwestern und LKW-Fahrern, Ingenieuren und Konsumverkäuferinnen in der Provinz. Das hat Renate Hürtgen eindringlich und kenntnisreich in ihrem Buch »Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben« herausgearbeitet.<sup>18</sup>

Die staatliche Reaktion auf die Antragstellung bekräftigte ein weiteres Mal die hier skizzierte Matrix von SED-Herrschaftsanspruch und den Bürgern zugänglichen Machträumen: Wer einen Antrag auf Ausreise stellte, wurde umgehend aus diesen entfernt beziehungsweise in ihnen isoliert und ausgegrenzt, gewissermaßen bereits im Innern des Landes ausgebürgert, lange bevor er oder sie die Landesgrenze überquert hatte. Die Härte, mit der diese systematische Isolierung im lebensweltlichen Nahbereich die Antragsteller häufig unvorbereitet und zu ihrer eigenen Überraschung traf, und die in ihren Erinnerungen an die Zeit des Wartens auf die Ausreisegenehmigung als traumatische Erfahrung eine zentrale Rolle spielt, bezeugt zweierlei: Der SED-Staat suchte mit äußerster Konsequenz bis in die feinsten Verästelungen des Alltags hinein die Sichtbarkeit einer prinzipiellen Infragestellung des Status quo zu unterbinden. Zugleich unterstreicht die einschneidende Erfahrung des Ausschlusses aus diesen Machträumen ihre fundamentale Bedeutung für das Leben der »einfachen« Bürgerinnen und Bürger in der DDR.

## Anmerkungen

- 1 Leander Haußmann und Thomas Brussig, Das Drehbuch, in: Leander Haußmann (Hg.), Sonnenallee. Das Buch zum Film, Berlin 1999, S.72–65, hier S.136.
- 2 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 1922, S.28.
- 3 Vgl. Michel Foucault, Analytik der Macht, Frankfurt a.M. 2005.
- 4 Siehe Alf Lüdtke, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48 (1998) 36, S.3–16.
- 5 Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a.M. 1993.
- 6 Peter Hübner, Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999; Christoph Kleßmann (Hg.), Deutsche Demokratische Republik 1961–1971: politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden 2006; Peter Hübner, Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution. Mit einem Essay von Ilko-Sascha Kowalczuk über die Arbeiter in der Revolution 1989/90, Bonn 2014.
- 7 Thomas Reichel, »Sozialistisch arbeiten, lernen und leben«. Die Brigadebewegung in der DDR (1959–1989), Köln [u.a.] 2011.
- 8 Renate Hürtgen, »... wir wussten schon, daß sie im Betrieb waren, nur nicht, wer nun wirklich dabei war ...«. Operative Personenkontrollen des MfS im DDR-Betrieb, in: Deutschland Archiv 36 (2003) 1, S.34–43.
- 9 Siehe einen ersten Überblick dazu in Thomas Lindenberger, »The Fragmented

- Society. »Societal Activism« and Authority in GDR State Socialism«, in: *Zeitgeschichte* 37 (2010) 1, S. 3–20.
- 10 R. G. Heinze und C. Offe (Hg.), *Formen der Eigenarbeit: Theorie, Empirie, Vorschläge*, Wiesbaden 2013.
- 11 Thomas, Lindenberger, Tacit minimal consensus. The always precarious East German dictatorship, in: Paul Corner (Hg.), *Popular opinion in totalitarian regimes*, Oxford 2009, S. 208–222.
- 12 Es handelt sich um eine sehr grobe Schätzung, die sich auf die Zahlen zur Mitgliedschaft in der SED, die Ergebnisse der Wahlen 1946 und 1990 sowie auf im Westen erhobene Umfragen unter Bundesbürgern, die die DDR besucht hatten (siehe Jens Gieseke, Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost. Die geheimen Infra-test-Stellvertreterbefragungen und die DDR-Gesellschaft 1968–1989, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 12 (2015), S. 66–97, [www.zeithistorische-forschungen.de/1-2015/id=5182](http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2015/id=5182), letzter Zugriff am 1.8.2016), stützt, die durch die Wahlergebnisse der SED-Nachfolgepartei PDS in den neuen Bundesländern bestätigt wird. In jedem Fall handelte es sich trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse um eine zahlenmäßig bedeutsame Minderheit in der Bevölkerung.
- 13 Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Münster 2015.
- 14 Thomas Lindenberger, *Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand*. Version: 1.0 vom 2.9.2014, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, <http://docupedia.de/zg/Eigensinn?oldid=108792>, letzter Zugriff am 1.8.2016.
- 15 Siehe hierzu bereits Thomas Lindenberger, *SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und Eigen-Sinn. Problemstellung und Begriffe*, in: Jens Gieseke (Hg.), *Staats-sicherheit und Gesellschaft: Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 23–47, hier S. 35–41.
- 16 Christoph Claasen, *Konsens, System und Lebenswelt. Überlegungen zu Martin Sabrows Konzept der Konsensdiktatur*, Potsdam 19.10.2001 (Kommentar auf dem Workshop »Konsensdiktatur«). Der Autor dankt Christoph Claasen für die Zurverfügungstellung seines unveröffentlichten Manuskripts.
- 17 Jan Palmowski, *Inventing a Socialist Nation: Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945–90*, Cambridge 2009; siehe auch die deutsche Übersetzung: Ders., *Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag* (Aus dem Englischen von Marcel Streng), Berlin 2016.
- 18 Renate Hürtgen, *Ausreise per Antrag: der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz*, Göttingen 2014.





Ost-Berliner Häuserfassade, Januar 1952.

Udo Grashoff

## Schwarzwohnen als subversive und zugleich systemstabilisierende Praxis

Wird man der Komplexität des Themas Schwarzwohnen gerecht, wenn man es vor allem als subversives Handeln versteht?<sup>1</sup> Aus der Perspektive der Akteure, die sich illegal eine Wohnung beschafften, ist das sicher gerechtfertigt. Aber welchen Effekt hatten Wohnungsbesetzungen in der SED-Fürsorgediktatur? Hat Schwarzwohnen den Staatsapparat destabilisiert, hat es eher geholfen, das System am Laufen zu halten, oder hat es beide Effekte miteinander verschränkt?



## Illegales Wohnen in der DDR

Theoretisch wurden Wohnungen in der DDR vom Staat zugewiesen. Auf diese Weise wollte sich die SED das Recht sichern, die stets knappen Wohnungen nach sozialer Bedürftigkeit, zugleich aber auch den Bedürfnissen des Staates entsprechend an Funktionäre, wirtschaftlich wichtige Facharbeiter oder Hochschulabsolventen zu verteilen.

Praktisch standen jedoch viele Wohnungen leer. Das war zum einen eine unbeabsichtigte Folge des Wohnungsbauprogramms der SED, das Baukapazitäten und Arbeitskräfte vorwiegend im Wohnungsneubau einsetzte. Während an den Stadträndern Plattenbausiedlungen entstanden, verfielen die Altbauviertel, weil Material und Fachkräfte für Reparaturen fehlten. Die auf dem Stand von 1936 eingefrorenen Mieten machten es zudem den zahlreichen privaten Hausbesitzern auch aus finanziellen Gründen kaum möglich, ihre Häuser zu sanieren. Das Resultat war nicht nur das typische graue Erscheinungsbild ostdeutscher Städte, sondern auch eine enorm hohe Leerstandsquote von bis zu sechs Prozent aller Wohnungen.<sup>2</sup>

Einige davon wurden – trotz scheinbar allgegenwärtiger Ordnungshüter wie Hausbuchbeauftragte, Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei und Staatssicherheit – illegal genutzt. Bei einer 1979 durchgeführten Totalerfassung des gesamten leer stehenden Wohnraums wurden allein im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain 534 besetzte Wohnungen entdeckt.<sup>3</sup> Im Jahr 1987 registrierte die Abteilung Wohnungspolitik im Stadtbezirk Prenzlauer Berg 1270 Wohnungen mit »ungeklärten Mietverhältnissen«.<sup>4</sup> In anderen Berliner Stadtbezirken waren die Zahlen nicht ganz so hoch, aber auch hier wurden Wohnungen besetzt. Demgegenüber verdeutlicht die Zahl von 700 Personen ohne offizielle Wohnraumzuweisung im Jahr 1990 in Rostock, dass es sich beim illegalen Wohnen keineswegs nur um ein Phänomen der DDR-Hauptstadt handelte.<sup>5</sup> Da der illegale Bezug von Wohnungen auch in Städten wie Dresden, Halle, Leipzig, Magdeburg oder Jena weit verbreitet war, dürften vermutlich mehr als zehntausend zumeist jüngere Einwohner der DDR die staatliche Wohnraumlenkung unterwandert haben.

Dennoch ließ der Forschungsboom zur DDR-Geschichte nach 1990 dieses Phänomen völlig unberücksichtigt. Das mag zum einen daran gelegen haben, dass illegales Wohnen in den DDR-Archiven kaum Spuren hinterlassen hat. Anders als Hausbesetzungen im westlichen Europa hatte das Besetzen von Wohnungen in der DDR keine gesellschaftliche Repräsentation in Form von öffentlichen Aktionen, programmatischen Schriften, Netzwerken, Symbolen und so weiter. An Medienpräsenz war nicht

zu denken, offiziell existierte das illegale Wohnen nicht. Die Unsichtbarkeit war paradoxerweise zugleich die Existenzbedingung. Heimliches, unerkanntes Agieren führte zum Erfolg. Man handelte auf eigene Faust, und hängte es nicht an die große Glocke. Es gab keine »Bewegung«; allein schon die Vielfalt der Bezeichnungen für illegales Wohnen ist ein Indiz dafür. Häufig wurde der Begriff »Schwarzwohnen« verwendet, in Berlin hieß es meistens »Wohnungsbesetzung«, in Halle (Saale) teilweise »Leben im Abriss« und in Rostock »Erhaltungswohnen«. Somit war es wenig wahrscheinlich, auf Spuren illegalen Wohnens zu stoßen, wenn man nicht, wie von den Herausgeberinnen des Buches »Durchgangszimmer Prenzlauer Berg« praktiziert, auf der Grundlage profunden Vorwissens Beteiligte aufsuchte und befragte.<sup>6</sup>

Der zweite Grund, weshalb Schwarzwohnen nach dem Ende der DDR für längere Zeit kein Forschungsinteresse auf sich zog, lag in den Fragestellungen; zunächst ging es den DDR-Forschern vor allem darum, die repressiven Strukturen und Aktionen der SED-Diktatur und hier besonders der Staatssicherheit aufzuklären. Da der ungesetzliche Bezug einer Wohnung in der DDR lediglich eine Ordnungswidrigkeit darstellte, wurde er (abgesehen von ganz wenigen schweren Fällen) weder vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) noch von höheren Instanzen der SED oder der Justiz behandelt. Zuständig waren in der Regel die Abteilungen für Wohnungspolitik der Räte der Stadtbezirke. Häufig wurden deren Akten, anders als jene der Führungsebenen des SED-Staats, erst mit Verzögerung verfügbar gemacht.<sup>7</sup> Das ist eine dritte Teilerklärung dafür, dass das Thema lange übersehen wurde.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Schwarzwohnen war zweifellos ein Randphänomen, ein »Nischenthema«. Der Grund, weshalb es hier dennoch in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt werden soll, liegt darin, dass der Blick vom Rand her eine neue Perspektive auf die DDR-Gesellschaft, auf Aushandlungsprozesse und Freiräume gewähren kann. Der illegale Bezug von Wohnungen wirft die Frage auf, wer wirklich das Sagen hatte, wenn es um die Verteilung von Wohnraum und die Aneignung von Räumen ging. War es immer der Staat? Konnte man eigene Interessen durchsetzen? Ein genauerer Blick auf Aushandlungsprozesse von Schwarzwohnern mit den Wohnungsbehörden verdeutlicht Grenzen der Verwirklichung des Herrschaftsanspruchs der SED und bietet zugleich ein konkretes Beispiel dafür, was eine raumorientierte Analyse zum besseren Verständnis des DDR-Herrschaftssystems, seines Funktionierens und Versagens, beitragen kann.

## Räumungsdrohung und Kompromiss – ein aussagekräftiges Beispiel aus Halle (Saale)

Die Akten der Abteilung Wohnungspolitik des Rates des Stadtbezirkes Halle-West ermöglichen es, die Geschichte eines Hauses in einem zur »Rekonstruktion« vorgesehenen Viertel zwischen Markt und Domplatz nachzuvollziehen. Hier zogen gleich mehrfach Schwarzwohner ein. Das verwahrloste historische Viertel befand sich in Agonie. Niemand wusste, ob und wann die geplante Modernisierung stattfinden würde. Im Oktober 1981 eigneten sich zwei junge Paare eine seit Jahren leer stehende Wohnung an.<sup>8</sup> Die beiden Frauen (sie waren Schwestern) hatten bis dahin in unmittelbarer Nachbarschaft bei ihren Eltern gewohnt, unter sehr beengten Bedingungen. Ihre »neue« Wohnung war heruntergekommen und musste für den bevorstehenden Winter instand gesetzt werden. Die jungen Leute im Alter zwischen 17 und 20 Jahren waren berufstätig (Bauarbeiter, Kellnerin) beziehungsweise noch in der Lehrausbildung. Sie bauten neue Fenster ein und beschafften einen Küchenofen. Nach ihrem Einzug zahlten sie Miete. Das war durchaus typisch für das Schwarzwohnen in der DDR: Man besorgte sich die Kontoverbindung des staatlichen oder privaten Hauseigentümers und erfragte bei Nachbarn die Höhe der Miete. Angesichts der extrem geringen Mieten ging es nicht darum, Geld zu sparen oder zu betrügen (wie die sprachliche Nähe zum Schwarzfahren suggeriert).

Zwei Monate nach ihrem Einzug sprachen die jungen Leute bei der Abteilung Wohnungspolitik des Stadtbezirkes vor, um ihre Wohnung zu legalisieren; schließlich hatten sie ein Wohnungsproblem durch Eigeninitiative gelöst. In der Abteilung Wohnungspolitik sah man das jedoch zunächst anders, den jungen Leuten wurde bedeutet, dass sie schnellstens wieder ausziehen hätten. Obwohl sie das nicht taten und auch den Räumungstermin ignorierten, geschah zweieinhalb Monate lang nichts. Damit entpuppte sich die relativ raue Behandlung auf dem Wohnungsamt als reine Drohgebärde. Möglicherweise wären die vier Schwarzwohner noch längere Zeit unbehelligt geblieben, und das, obwohl ihre Wohnung nur zwei Gehminuten von der Abteilung Wohnungspolitik entfernt war. Aber ein unglücklicher Zufall ließ die Situation eskalieren: Einer der jungen Leute hatte einen Arbeitsplatzwechsel beantragt und hatte während des Gesprächs, bei dem ihm die Ablehnung mitgeteilt wurde, verärgert reagiert. Daraufhin hatte sich der Leiter der »Kontrollstelle« des Stadtbezirkes, der bei dem Gespräch zugegen war, den Personalausweis zeigen lassen und beim Abgleich mit den Wohnungsunterlagen entdeckt, dass für die im Ausweis eingetragene Adresse keine Wohnungszuweisung erteilt wor-

den war. Nun drohten die Vertreter der Staatsmacht, dass die gesetzwidrig bezogene Wohnung in drei Tagen zwangsgeräumt würde. Obwohl der junge Mann nochmals beim Amt für Arbeit vorstellig wurde und »diesmal sachlich« auftrat, änderte sich am Räumungstermin nichts. Zur angekündigten Uhrzeit standen ein Mitarbeiter der Abteilung Wohnungspolitik und der Leiter der Kontrollstelle des Stadtbezirkes vor der Tür. Der Ton war barsch: »Sofort die Wohnung verlassen, raus!«<sup>9</sup> So jedenfalls berichteten es die Bewohner in einer am nächsten Tag verfassten Eingabe. Die Behördenvertreter wiederum schilderten, sie seien zunächst nicht eingelassen worden, weshalb sie die Volkspolizei zu Hilfe gerufen hätten.

Wer immer auch die Situation hatte eskalieren lassen, eine Alternative zum Auszug bestand für die Jugendlichen nun nicht mehr. Sie wurden genötigt, sofort und ohne etwas mitzunehmen die Wohnung zu verlassen. Die Wohnungstür wurde versiegelt und die Volkspolizisten bekamen den Auftrag, das Siegel regelmäßig zu überprüfen. Die jungen Leute übernachteten bei einer Nachbarin und zogen am nächsten Tag, es war Wochenende, in die Wohnung zurück, was den Leiter der Abteilung Wohnungspolitik des Stadtbezirkes veranlasste, Anzeige wegen Aufbrechen eines Siegels zu erstatten.

Bereits unmittelbar nach der »Räumung« hatten die Schwarzwohner ihre Eingabe verfasst: »Wir können uns nicht vorstellen, daß es in unserem sozialistischen Land möglich ist, junge Leute auf die Straße zu setzen, nur weil sie eine Wohnung nutzen, die jahrelang leersteht«, schrieben sie. Bemerkenswerterweise wurde die Eingabe in der haleschen Stadtverwaltung als konstruktive Kritik angenommen: Zwar bekräftigte die Abteilung Wohnungspolitik, dass das Haus schnellstmöglich geräumt werden müsse, da es zur Rekonstruktion vorgesehen sei. Immerhin aber wurde dem älteren der beiden Paare eine Ausbauwohnung angeboten und es wurde vereinbart, den Ausbau in Zusammenarbeit mit dem Betrieb der jungen Frau durchzuführen. Letztlich obsiegte in diesem Fall das fürsorgliche Prinzip der Hilfe bei Bedürftigkeit über die ordnungsstaatliche Zurechtweisung.

Die beiden jüngeren Schwarzwohner hingegen wurden dorthin zurückgeschickt, wo sie hergekommen waren: Er ins Lehrlingswohnheim, sie in die elterliche Wohnung. Immerhin zögerte sich durch die Aussprachen der endgültige Räumungstermin um zwei Monate hinaus, dann aber wurde es ernst. 14 Tage vorher wurden Absprachen mit einer Spedition, einem Schlosser sowie der Volkspolizei getroffen, um eine Zwangsräumung durchführen zu können. Die jungen Leute kamen dem allerdings zuvor, räumten die Wohnung freiwillig und gaben den Schlüssel ab.

Wieso, mag man fragen, legten die staatlichen Wohnraumlener vergleichsweise wenig »Verfolgungseifer« an den Tag? Warum setzten sie das staatliche Monopol der Wohnungsvergabe nicht vehementer durch? Zum einen war die Handlungsfähigkeit der Staatsmacht dadurch beschränkt, dass man schlicht und einfach den Überblick verloren hatte. So wurden in Halle vor der großen Amnestie im Jahr 1987,<sup>10</sup> als plötzlich ein außerplanmäßiger Bedarf an Wohnungen bestand, Honorarkräfte losgeschickt, um festzustellen, ob die vermeintlich leer stehenden Wohnungen auch tatsächlich zur Verfügung standen – was häufig nicht der Fall war.<sup>11</sup> Ein zweiter, die Machtausübung begrenzender Faktor war das Zivilgesetzbuch der DDR: Niemand durfte aus seiner Wohnung geräumt werden, wenn kein anderer zumutbarer Wohnraum zur Verfügung stand.<sup>12</sup> Hieraus erklärt sich die oben beschriebene differenzierte Herangehensweise der Abteilung Wohnungspolitik, in deren Ermessensspielraum es lag, über Bedürftigkeit zu entscheiden.

Ein weiteres Beispiel unterstreicht das. Ein gutes Jahr, nachdem die vier jungen Leute ausgezogen waren, zog ein junger Mann in das gleiche Haus ein, dessen Rekonstruktion beziehungsweise Abriss noch längere Zeit auf sich warten ließ. Die Akten dokumentieren, dass er nachträglich eine Zuweisung für die Wohnung erhielt. Was gab den Ausschlag, dass die Wohnungsbehörde diesmal zugunsten eines Schwarzwohners entschied und ihn in dem Haus wohnen ließ, das sie gut zwei Jahre zuvor rigoros »freigelenkt« hatte? Angesichts des unsicheren Baubeginns erschien der junge Mann offenbar als akut bedürftig: Er war Soldat und konnte nach der Ehescheidung nicht länger bei seiner Familie wohnen. Insofern konnten die Wohnraumlener hier einen leichten Erfolg erzielen, quasi automatisch, durch Ausstellung eines Formulars.

In einem dritten, in den Akten dokumentierten Fall von Schwarzbezug in dem Haus, der sich Ende 1985 ereignete, war das wiederum nicht der Fall. Die Abteilung Wohnungspolitik konnte keine Bedürftigkeit erkennen und sprach eine Geldstrafe von 150 Mark aus; zugleich wurde der illegale Bewohner zur Räumung der Wohnung aufgefordert.

## Räumung oder Ausbauvertrag?

Da die Abteilung Wohnungspolitik in Halle-West aus verschiedenen Gründen keinen exakten Überblick über die Belegung der Wohnungen im Stadtbezirk hatte, war es dem Zufall überlassen, ob man als Schwarzwohner entdeckt wurde oder nicht. Im Jahr 1988 sind 18 Fälle akten-

kundig geworden, im Jahr zuvor nur drei. Die Reaktion der Behörden erfolgte zweigleisig. Zum einen wurde ein Ordnungsstrafverfahren eingeleitet, zum anderen die Räumung der Wohnung gefordert.

Das Zahlen einer Ordnungsstrafe im Bereich zwischen 100 und 500 Mark war oft kaum mehr als eine Formalie, viel wichtiger war die Entscheidung über Verbleib in der Wohnung. Neben fehlender Bedürftigkeit spielte in Halle Baufälligkeit als Räumungsbegründung eine große Rolle. Das war keineswegs nur vorgeschoben. Wie die Akten zeigen, bestand oft tatsächlich Gefahr für Leib und Leben. In baupolizeilich gesperrten Häusern kamen teilweise polizeiliche Machtmittel zur Anwendung. Im Jahr 1982 wurden illegale Bewohner eines Hauses am Rande der halleschen Innenstadt in den frühen Morgenstunden aus ihren Betten geholt: Konfrontiert mit einer Hundestaffel der Volkspolizei blieb ihnen nichts weiter übrig als das baufällige Haus für immer zu verlassen. Die Möbel wurden auf die Straße gestellt und Türen und Fenster zugemauert.<sup>13</sup>

Ein solch harsches Vorgehen war aber die Ausnahme. Die Einschätzung, dass Wohnungsbesetzer »mit Zwangsräumungen und hohen Ordnungsstrafen zu rechnen [hätten], da solche Aktionen nicht nur gegen geltendes Recht verstießen, sondern, was schwerer wog, auch als Angriff auf die Autorität des Staats gewertet wurden«, schreibt dem Staat in der DDR eine Praxis der Machtausübung zu, die schlichtweg nicht vorhanden war.<sup>14</sup> Wenn Schwarzwohner, die erwischt wurden, eine Räumungsaufforderung zugeschickt bekamen, begann ein zähes Ringen. Die Abteilung Wohnungspolitik versuchte, Schwarzwohner durch Vorladung, verbale Einschüchterung, Einschaltung von Betrieben und Massenorganisationen zum Auszug zu bewegen. Der Nachdruck, mit dem die Wohnungsbehörden versuchten, diese Drohungen umzusetzen, war jedoch von unterschiedlicher Intensität. Besonders hartnäckig bestanden die Wohnraumlener auf einem Auszug, wenn aus ihrer Sicht zumutbarer Wohnraum zur Verfügung stand – sei es die bisher bewohnte Wohnung, das Kinderzimmer der Eltern oder ein Platz in einem Wohnheim. Auch suchten die Wohnungsbehörden vehement zu verhindern, dass Schwarzwohner sich relativ attraktive Wohnungen nahmen, auf die auch noch andere Wohnungssuchende Anspruch erhoben. Waren die Wohnungen hingegen reparaturbedürftig und schwer vermietbar, stiegen die Chancen auf einen Kompromiss. Im persönlichen Gespräch war es oft möglich, eine Lösung zu finden, die oft auf einen Ausbau der Wohnung hinauslief – wenngleich es oft erst eines zusätzlichen Druckes durch Eingaben an höhere Instanzen bedurfte.

Das unterstreicht ein weiterer Fall aus Halle, ebenfalls unweit des Marktplatzes. Hier gelang es jungen Leuten, die 1979 auf eigene Faust begonnen

hatten, ein auffälliges Haus instand zu setzen, durch einen langwierigen Schriftwechsel – unterstützt durch eine Stellungnahme des Chefkonservators des Instituts für Denkmalpflege sowie eine Eingabe des Vaters eines der Beteiligten, der damals Professor war, an die SED-Bezirksleitung – einen Ausbaurvertrag zu bekommen.<sup>15</sup> Damit wurde das illegale Handeln zugleich wieder in rechtliche (und mehr oder weniger planwirtschaftliche) Bahnen gelenkt.

## Unterwanderung oder Stabilisierung der Diktatur?

Was bewirkte Schwarzwohnen im SED-Herrschaftsgefüge? Versteht man den Staat nur als kontrollierende, repressive Instanz, dann erscheint das massenhafte Auftreten von illegalen Wohnungsbezügen als Versagen der Diktatur. Entsprechend der Weberschen Definition bedeutet Macht, »innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«.<sup>16</sup> Die Erfolgsraten der Schwarzwohner, die zwischen 50 Prozent (Stichprobe in einem Leipziger Stadtbezirk)<sup>17</sup> und 83 Prozent (Stichprobe in Berlin Friedrichshain)<sup>18</sup> lagen, erwecken den Eindruck, dass es im Fall einer Konfrontation eher die eigenmächtig handelnden Wohnungssuchenden waren, die dem Staat ihren Willen aufzwingen. Sie konnten dies aufgrund einer gewissen Selbstblockade des Staates, der zum einen das Recht für sich reklamierte, die Wohnraumvergabe zu kontrollieren, zum anderen aber an die Festlegung im Zivilgesetzbuch gebunden war, dass niemand auf die Straße geräumt werden durfte. Ein weiterer Faktor, der eine Aushöhlung des Staates begünstigte, war die Unfähigkeit der Wohnungsbehörden, den Überblick über die Nutzung des Wohnungsbestands zu wahren, so dass viele Schwarzwohner jahrelang unbehelligt blieben. Die Sichtweise, dass das SED-Regime durch Schwarzwohnen unterwandert, wenn nicht sogar destabilisiert wurde, wird dadurch bekräftigt, dass von den Wohnungsbesetzern vielfältige kulturoppositionelle Aktivitäten ausgingen: Es seien hier nur Ausstellungen, Theaterprojekte, Punk-Konzerte und illegale Bars und Cafés genannt.

Man kann die eigenmächtigen Wohnungsbezüge aber auch anders interpretieren. Die zahlreichen Kompromisse, die auf den Abteilungen für Wohnungspolitik geschlossen wurden, deuten darauf hin, dass von Seiten der Wohnungsbehörden eine gewisse Bereitschaft zu Konzessionen vorhanden war. Allein schon der Umstand, dass Wohnungssuchenden das Angebot unterbreitet wurde, eine Wohnraumzuweisung zu bekommen, »wenn sie innerhalb des Stadtgebietes einen über drei Monate leer stehen-

den, staatlich noch nicht disponierten Wohnraum aufspürten«, weist darauf hin.<sup>19</sup> Aus einer gewissen Interessenüberschneidung ist es wohl auch zu erklären, dass Schwarzwohner besonders dann gute Verhandlungserfolge erzielen konnten, wenn sie heruntergekommene und schadhafte Wohnungen auf eigene Kosten instand setzten und somit einen kleinen Beitrag zur Milderung des Wohnungsproblems leisteten. Die Geschichte des illegalen Bezugs von Wohnungen kann somit auch – wie die geschilderten Beispiele verdeutlichen, bei denen Schwarzbezüge legalisiert und in Ausbauprojekte überführt wurden – zumindest teilweise als informelle Spielart der in DDR allgegenwärtigen »Mobilisierung örtlicher Reserven«<sup>20</sup> verstanden werden.

## Anmerkungen

- 1 Diese Deutung habe ich in einer früheren Publikation in den Vordergrund gerückt. Siehe Udo Grashoff, Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentkung in der DDR, Göttingen 2011.
- 2 Siehe Hannsjörg F. Buck, Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004, S. 344; Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 2000, S. 10.
- 3 Vgl. BStU, MfS, AKG 4050, Bl. 296.
- 4 Sitzung des Rates der Stadtbezirkes Prenzlauer Berg am 21.11.1985, Ungeklärte Mieteingänge per 1.1.1985 (LAB, C. Rep. 134-02-02, Nr. 1358, unpaginiert) sowie Sitzung des Rates der Stadtbezirkes Prenzlauer Berg am 20.8.1987, Vorlage Nr. 395/87 (ebd., Nr. 1408, unpaginiert).
- 5 Vgl. Ein bißchen Anarchie, in: Spiegel 44 (1990) 13, S. 50, 53.
- 6 Vgl. Barbara Felsmann und Annett Gröschner (Hg.), Durchgangszimmer Prenzlauer Berg. Eine Berliner Künstlersozialgeschichte in Selbstauskünften, Berlin 1999.
- 7 Beispielsweise konnte ich für mein Forschungsprojekt die Akten aus Berlin noch nicht nutzen; inzwischen sind sie zugänglich.
- 8 Vgl. Stadtarchiv Halle, Rat der Stadt Halle, Wohnungswirtschaft/Wohnungspolitik, Nr. 60, 65.
- 9 Eingabe an den Oberbürgermeister der Stadt Halle, 27.3.1982, in: Stadtarchiv Halle, Rat der Stadt Halle, Wohnungswirtschaft/Wohnungspolitik, Nr. 65, unpaginiert.
- 10 Bei der Amnestie zum 38. Jahrestag der DDR 1987 wurden 26125 Häftlinge vorzeitig entlassen. Siehe Birger Dölling, Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung: Kriminalpolitik und Gefangenenprotest im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009, S. 62.
- 11Vgl. Interview Ralf Jacob, Halle (Saale) 2007.



- 12 Zivilgesetzbuch der DDR (1975), § 123, Abs. 3: »Die Räumung einer Wohnung im Wege der Vollstreckung setzt die Zuweisung anderen Wohnraums voraus.«
- 13 Vgl. Interview Marina Zühlke, Halle (Saale) 2009.
- 14 Thomas Topfstedt, Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Ingeborg Flagge (Hg.), Geschichte des Wohnens, Band 5: 1945 bis heute. Aufbau Neubau Umbau, Stuttgart 1999, S. 419–562, hier 440.
- 15 Vgl. Interview Thomas Adolphi, Halle (Saale), 2008.
- 16 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe, Tübingen 5. Auflage 1972, S. 28.
- 17 Vgl. Stadtarchiv Leipzig, SB Südost, Nr. 797.
- 18 Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung XX/1, Information zu Problemen des Mißbrauchs der Meldeordnung zum illegalen Wohnungsbezug vom 19.2.1980 (BStU, MfS, AKG, Nr. 4050, Bl. 294–297, hier 296).
- 19 Anita Maaß, Wohnen in der DDR. Dresden-Prohlis: Wohnungspolitik und Wohnungsbau 1975 bis 1981, München 2006, S. 70.
- 20 Siehe Oliver Werner, Regionale Konstellationen und Mobilisierungsstrategien im »Dritten Reich« und in der DDR, in: Andreas Kötzing u. a. (Hg.), Vergleich als Herausforderung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Heydemann, Göttingen 2015, S. 73–86.



Parteitag der SED im April 1967. V.l.n.r.: Erich Honecker, Leonid Breschnew, Walter Ulbricht und Kurt Hager.

Andreas Kötzing

## Grünes Licht aus Moskau

### Die SED-Führung am Vorabend des »Kahlschlag«-Plenums

#### Offene Fragen

»Sie dürfen doch nicht denken, dass wir uns als Partei- und Arbeiterfunktionäre weiter von jedem beliebigen Schreiber anspucken lassen, liebe Genossen! Das ist zu Ende, absolut zu Ende!« Den drohenden Worten Walter Ulbrichts auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees (ZK) folgte das Ende einer kurzen Phase kulturpolitischer Liberalisierung. Über jenes Plenum ist scheinbar alles gesagt. Die berühmt-berüchtigte Tagung des ZK

der SED, die vom 15. bis zum 18. Dezember 1965 in Ost-Berlin stattfand, hat unter dem Synonym »Kahlschlag« einen festen Platz in der Geschichtsschreibung über die DDR gefunden.<sup>1</sup> Die Vorgeschichte des Plenums und die weitreichenden Folgen für die Künstler in der DDR sind häufig beschrieben worden.<sup>2</sup> Der generelle Zäsur-Charakter des Plenums für die Kulturgeschichte der DDR ist unstrittig: Aus heutiger Perspektive verkörpert das »Kahlschlag«-Plenum besser als jedes andere Ereignis – mit Ausnahme vielleicht der Biermann-Ausbürgerung – das repressive Vorgehen der SED-Führung gegen unliebsame Künstler und »uneinsichtiger« Kritiker aus den eigenen Reihen. Zum 50. Jahrestag im vergangenen Dezember hat das Plenum noch einmal große mediale Aufmerksamkeit gefunden.<sup>3</sup>

Die historische Verortung des »Kahlschlag«-Plenums ist jedoch keineswegs abgeschlossen. Durch neue Fragestellungen und veränderte Perspektiven können auch neue Erkenntnisse gewonnen werden, unter anderem durch eine vergleichende Perspektive auf die künstlerischen Entwicklungen in der DDR, die im Umfeld des Plenums abgebrochen wurden. Die »Berlinale« hat beispielsweise kürzlich den interessanten Versuch unternommen, in einer Retrospektive die verbotenen oder in der Produktion gestoppten DEFA-Filme des Jahres 1965/66 gemeinsam mit den zeitgleich entstandenen Werken des »Neuen Deutschen Films« in der Bundesrepublik zu betrachten.<sup>4</sup>

Neue Perspektiven ergeben sich auch durch einen Vergleich der kulturpolitischen Konflikte des Jahres 1965 mit anderen kulturpolitischen Auseinandersetzungen in der DDR, insbesondere dem »Formalismus«-Streit zu Beginn der 1950er Jahre. Um die Vorgeschichte und die Auswirkungen des »Kahlschlags« detailliert beschreiben zu können, erscheint es außerdem ratsam, sich nicht nur auf die bekannten Auseinandersetzungen um die namhaften DDR-Künstler wie Stefan Heym, Wolf Biermann oder Werner Bräunig zu konzentrieren, sondern darüber hinaus auch regionale Entwicklungen zu berücksichtigen. Nur so lässt sich nachvollziehen, dass sich der von der SED-Parteiführung verordnete »Kahlschlag« in den einzelnen DDR-Bezirken sehr unterschiedlich ausgewirkt hat und nicht alle Kulturinstitutionen in der DDR genauso stark betroffen waren wie beispielsweise die DEFA. Die regionalen Überlieferungen zeigen außerdem, dass die SED ihren Machtanspruch in manchen Bezirken bereits lange Zeit vor dem 11. Plenum durchgesetzt hatte und der Zäsur-Charakter dadurch deutlich schwächer ausgeprägt war.<sup>5</sup>

Die innerparteilichen Grabenkämpfe, die im Umfeld des 11. Plenums zwischen den eher verhalten-reformorientierten SED-Funktionären und einigen ideologischen Hardlinern in der Partei ausgefochten wurden,<sup>6</sup> erscheinen bei einer detaillierten Betrachtung der überlieferten Quellen

ebenfalls in einem anderen Licht. Dies betrifft vor allem die Rolle Walter Ulbrichts. Ob der kulturpolitische »Kahlschlag« tatsächlich gegen den Willen des Staatsratsvorsitzenden erfolgt ist und er im direkten Kampf mit den »Reformgegnern« eine Niederlage erleiden musste, erscheint fraglich.<sup>7</sup> Denn zumindest in der direkten Auseinandersetzung mit den Künstlern war Ulbricht nie ernsthaft darum bemüht, die harten Angriffe abzuschwächen. Im Gegenteil: Die stenografischen Protokolle des 11. Plenums – und mehr noch die vorhandenen Tonbandmitschnitte der Parteikonferenz – zeigen deutlich, dass er auf dem Plenum geschickt mit machtpolitischem Kalkül agierte, um seine eigene Position zu festigen. Er selbst zählte zu den schärfsten Kritikern der »partei feindlichen« Entwicklungen in Literatur und Film.<sup>8</sup>

Auch zur politischen Entscheidungsfindung im unmittelbaren Vorfeld des »Kahlschlag«-Plenums muss die bisherige Deutung korrigiert werden. Unklar war bislang, inwieweit sich die harten Auseinandersetzungen mit den Künstlern in der DDR auf eine alleinige Entscheidung der SED-Führung zurückführen lassen, oder ob es im Vorfeld einen maßgeblichen Einfluss von sowjetischer Seite gab. Die Akten des SED-Zentralkomitees enthalten hierzu einen aufschlussreichen Bericht, der bislang in der Forschung nicht thematisiert wurde. Der Bericht belegt, dass der SED-Chefideologe Kurt Hager zusammen mit anderen namhaften SED-Funktionären nur wenige Tage vor dem 11. Plenum kurzfristig nach Moskau reiste, um sich vor Ort mit einflussreichen sowjetischen Vertretern auszutauschen. Das Ziel der Reise bestand offenkundig darin, die bevorstehende Auseinandersetzung mit den Künstlern in der DDR politisch abzusichern. Die bislang in der Forschung dominierende These, eine dogmatische Gruppe von SED-Funktionären im Umfeld von Erich Honecker hätte während des Plenums selbstständig agiert, muss kritisch hinterfragt werden.

## Kurt Hagers Reise nach Moskau

In der Forschung ist detailliert herausgearbeitet worden, dass das 11. Plenum spätestens ab Mitte November 1965 auf eine kulturpolitische Debatte ausgerichtet wurde. Bereits auf dem Treffen prominenter DDR-Schriftsteller mit Walter Ulbricht am 25. November 1965 im DDR-Staatsrat stand erstmals der Vorwurf im Raum, einzelne Künstler würden mit ihren »skeptizistischen« und »dekadenten« Werken die Jugendlichen in der DDR negativ beeinflussen.<sup>9</sup> Die angeblich überzogene Kritik an den realpolitischen Verhältnissen in der DDR in einzelnen DEFA-Filmen, aber auch

in Romanen und Theaterstücken, sei verantwortlich für die zunehmende Gewalt und die politische Orientierungslosigkeit der Jugendlichen in der DDR. In den folgenden Wochen wurde diese Debatte sukzessive verschärft. Beinahe täglich erschienen im *Neuen Deutschland* polemische Zeitungsberichte, die die Auseinandersetzung verschärfen. Nach dem Selbstmord von Erich Apel, dem Leiter der staatlichen Planungskommission, am 3. Dezember 1965, zeichnete sich zudem ab, dass die ebenfalls für das 11. Plenum vorgesehene Debatte über die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsreformen im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung Leitung (NÖSPL) in den Hintergrund treten würde.<sup>10</sup>

Die dogmatische Gruppierung innerhalb der SED-Führung, zu der neben Erich Honecker und Kurt Hager auch die einflussreichen SED-Bezirkssekretäre Paul Verner (Berlin) und Paul Fröhlich (Leipzig) zählten, drängte verschärft darauf, das 11. Plenum für eine grundsätzliche Abrechnung mit den vermeintlich »staatsfeindlichen« DDR-Künstlern zu nutzen. Dass Literaten wie Heym oder Biermann es gewagt hatten, ihre Kritik an der SED-Staatsführung sogar in Westmedien zu äußern, war in ihren Augen ein »konterrevolutionärer Angriff«, der dringend beendet werden musste. Doch handelten Honecker und Co. dabei auf eigene Faust, oder war ihr Tatendrang auf eine Entscheidung aus Moskau zurückzuführen? Ein bemerkenswerter Kurzbesuch von Leonid Breschnew in der DDR vom 27. bis 29. November 1965 dürfte – neben den damaligen Verhandlungen über das Handelsabkommen zwischen der Sowjetunion und der DDR<sup>11</sup> – auch beim Entscheidungsprozess für das 11. Plenum eine wichtige Rolle gespielt haben. Da von diesem Treffen mit dem sowjetischen Staatschef jedoch leider keine schriftlichen Unterlagen erhalten geblieben sind, basieren die Überlegungen hierzu nur auf Vermutungen und Spekulationen.<sup>12</sup> Bedenkt man aber, mit welcher Intensität in den anschließenden 14 Tagen das Plenum vorbereitet wurde, dann kann man zumindest davon ausgehen, dass Breschnew sich nicht deutlich gegen eine kulturpolitische Kampagne in der DDR ausgesprochen hat.

Unabhängig von Breschnews DDR-Aufenthalt sticht hervor, dass es im Herbst 1965 keine äquivalente kulturpolitische Entwicklung in der Sowjetunion gab, auf die sich die SED-Führung hätte berufen können. Die Entwicklungen in Moskau verliefen eher ambivalent, wie Elke Scherstjanoi betont hat.<sup>13</sup> Inwieweit Breschnew beabsichtigte, an die zum Teil drastischen kulturpolitischen Sanktionen der Chruschtschow-Ära anzuknüpfen, war aus Sicht der SED zum damaligen Zeitpunkt unklar.<sup>14</sup> Es gab in der sowjetischen Literatur oder im Filmwesen keine aktuellen Präzedenzfälle, aus denen sich ein Handlungsauftrag herleiten ließ. Die

Verhaftungen der beiden oppositionellen Schriftsteller Andrej Sinjowski und Juli Daniel im September 1965 waren der SED-Führung sicher bekannt, der politische Schauprozess gegen sie – der erste in der Sowjetunion seit Stalins Tod – begann jedoch erst im Februar 1966, mehrere Wochen nach dem 11. Plenum.<sup>15</sup>

Für die SED-Führung war daher Ende November 1965 nur schwer abzusehen, ob sie mit ihrer forcierten Kampagne gegen die DDR-Künstler und ihre gesellschaftskritischen Werke auf den Rückhalt der Moskauer Parteispitze bauen konnte. Wie groß das Bedürfnis war, sich politisch rückzuversichern, veranschaulicht die Tatsache, dass Kurt Hager am 9. Dezember 1965 überraschend zu einem dreitägigen Kurzbesuch nach Moskau aufbrach. Die spontane Reise wirft ein interessantes Licht auf das 11. Plenum, das nur wenige Tage später beginnen sollte. Anhand von Hagers Bericht über den Moskau-Aufenthalt lässt sich ablesen, dass es bei der Reise in erster Linie darum ging, sich bei der sowjetischen Führung Rückendeckung für die bevorstehende Auseinandersetzung mit den DDR-Künstlern zu holen.<sup>16</sup>

Neben Hager gehörten zur DDR-Delegation nur vier weitere SED-Kader: Kurt Rätz, Referent in der Abteilung Kultur im ZK der SED, Hanna Wolf, die Direktorin der SED-Parteihochschule, Hannes Hörnig, der Leiter der Abteilung Wissenschaft im ZK der SED und ein Mitarbeiter der DDR-Botschaft. Sie trafen sich in Moskau mit Pjotr Demitschew, dem Vorsitzenden der Ideologischen Kommission des ZK der KPdSU, sowie mit zahlreichen anderen ZK-Abteilungsleitern und hochrangigen sowjetischen Funktionären aus den Bereichen Wissenschaft und Kultur. Interessant ist das Treffen nicht nur wegen seines Inhalts, sondern vor allem durch die Art und Weise, wie Hager die Gespräche im Anschluss zusammenfasste.

## Hagers Bericht

Unmittelbar nach der Rückkehr in die DDR verfasste Kurt Hager einen Bericht über die Reise. Der Bericht umfasst etwa 20 Seiten und entstand offenkundig unter hohem Zeitdruck. Sprachlich und inhaltlich wurde nur wenig am Text redigiert, unter anderem schwankt die Erzählperspektive: Mal berichtet Hager selbstständig über den Verlauf des Treffens, mal gibt er Demitschews Äußerungen als direkte Rede in der »Ich«-Form wieder. Dieses rhetorische Mittel war jedoch möglicherweise kein Zufall: Es ermöglichte Hager, Demitschew selber »sprechen« zu lassen und ihm

Dinge in den Mund zu legen, die aus seiner Sicht besonders herausgestellt werden sollten.

Gleich auf der ersten Seite des Berichtes wird deutlich, worum es Hager ging: »Ich informierte einleitend den Genossen Demitschew über die Lage in der DDR und die Fragen der weiteren ideologischen-kulturellen Entwicklung und ging besonders auf Probleme der sozialistischen Erziehung der Jugend sowie auf die Situation in Literatur und Kunst ein. Genosse Demitschew bedankte sich für die Darlegungen und betonte, daß wir gemeinsame Fragen und Mängel haben.«

Auch auf den folgenden Seiten war Hager sichtlich bemüht, alle ideologischen Probleme so darzustellen, als gäbe es zwischen ihm und der sowjetischen Führung keinerlei Differenzen. Demitschew habe sich beispielsweise deutlich von einer »überzogenen« Kritik an Stalin und am Personenkult distanziert – die entsprechenden Entwicklungen unter Chruschtschow hätten verhängnisvolle Auswirkungen auf die sowjetische Kultur gehabt. Breiten Raum nahmen die ideologischen Probleme bei der Erziehung der Jugendlichen ein. Demitschew habe betont: »Bei unserer Arbeit unter der Jugend wenden wir uns vorwiegend an die Vernunft. In der kapitalistischen Welt legt man hingegen sehr viel Wert auf das Gefühl, die Emotion. Die Propaganda der Sexualität, der Kult des Individualismus etc. sollen natürlich dazu dienen, die Jugend irrezuführen, sie vom Klassenkampf und von den sozialistischen Idealen abzuhalten. Ein gewisser Teil der Jugend der sozialistischen Länder ist für die Beeinflussung aus dem Westen anfällig. Die Dekadenz, der Nihilismus, die kritische Haltung zum Sozialismus finden auch bei uns einen günstigen Nährboden.« Das waren haargenau die Kritikpunkte, die intern in der SED an den praktischen Konsequenzen des Jugendkommuniqués vom September 1963 geübt worden waren.<sup>17</sup>

Auch im Hinblick auf die ideologischen Unklarheiten unter den Künstlern habe Demitschew – zumindest Hagers Bericht zufolge – eine sehr klare Haltung gezeigt: »Wir legen uns die Frage vor, was ist zu tun, wie sollen die Parteiorganisationen arbeiten, um mit den Schriftstellern und Künstlern zu Rande zu kommen. Jetzt treten die Parteiorgane vorwiegend als Kritiker auf und machen Feuerwehrarbeit. Auch bei uns gibt es wie in der DDR Schriftsteller, die »Propheten« sind, die behaupten, als einzige die Wahrheit zu kennen. [...] Das Einzelgängertum ist gewachsen. Viele fühlen sich gegenüber der Gesellschaft nicht verantwortlich.« Demitschew habe außerdem über verschiedene Treffen mit Künstlern berichtet, die darauf ausgerichtet gewesen waren, sie »zur ästhetischen Erziehung der Bevölkerung« heranzuziehen. Einige Schriftsteller hätten bei einer dieser Beratungen gesagt, »daß sie den leninschen Stil der Leitung in der Kunst

vermissen. Auf die Frage, was sie darunter verstehen, gaben sie keine Antwort. Wir haben ihnen gesagt, daß wir uns nicht einmischen, wie man Kunst macht, aber daß der leninsche Stil verlangt, daß die Kunstwerke uns nutzen. Zu dieser Feststellung haben sie geschwiegen. Man weiß nicht, ob sie einverstanden sind. Das Schweigen ist nicht immer ein Zeichen des Einverständnisses.« Das zukünftige Ziel müsse es sein, den Künstlern ihre Verantwortung bewusst zu machen. »Wenn das nicht gelingt, dann haben wir kein richtiges Verhältnis zwischen der Partei und der Intelligenz.«

Schließlich gab Hager in seinem Bericht die wohl wichtigsten Sätze wieder, die Demitschew im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen der SED und der KPdSU geäußert haben soll: »Wir fördern auch das Streben der Bruderparteien nach Aussprachen über Probleme der Kunst und Literatur. Dabei darf man keine Angst haben vor den Schattierungen, die sichtbar werden. Das wichtigste ist, das Gemeinsame in der Zusammenarbeit zu finden.« Mit anderen Worten: Die geplante Debatte über die missliebige Entwicklung in der DDR-Kultur genieße den vollen Rückhalt der Moskauer Führung. Im weiteren Verlauf seines suggestiven Berichtes bekräftigte Hager diesen Eindruck weiter, indem er verschiedene kürzlich in der Sowjetunion inszenierte Theaterstücke und Filme erwähnte, die politisch so anstößig gewesen seien, dass sie zum Teil vollständig überarbeitet werden mussten oder gleich ganz vom Spielplan abgesetzt worden seien. Auch hierin spiegeln sich die eigenen Pläne der SED-Führung wider.

Inwieweit Demitschews Äußerungen authentisch sind, lässt sich schwer überprüfen, da außer Hagers Bericht zumindest keine weiteren deutschsprachigen Originalquellen zu dem Treffen in Moskau überliefert sind. Denkbar ist durchaus, dass Dimetschew sich gar nicht in dieser Klarheit zu den umstrittenen Themenfeldern geäußert hat – dies könnte jedoch nur anhand von russischen Quellen belegt werden. Unabhängig davon spricht der gesamte Charakter des Berichtes jedoch dafür, dass Hager das Treffen gezielt für seine Zwecke instrumentalisiert hat.

## Verbreitungskontext und Folgen

Wie geschickt Hager vorging, wird ersichtlich, wenn man sich den Kontext und die Verbreitung seines Berichtes im SED-Parteiparapparat anschaut. Weder Hager noch Erich Honecker konnte sich zum damaligen Zeitpunkt hundertprozentig sicher sein, dass der von ihnen favorisierte harte kulturpolitische Einschnitt von allen führenden SED-Funktionären geteilt wurde. Walter Ulbricht hatte bereits auf dem erwähnten Schriftstellertref-



fen am 25. November gezeigt, dass er den dogmatischen Kurs unterstützte, andere Funktionäre hatten sich indes weniger deutlich geäußert. Einen größeren Widerspruch sollte es auf dem Plenum jedoch auf keinen Fall geben, deshalb wurde die Debatte so präzise wie möglich vorbereitet. Bereits am 14. Dezember 1965, einen Tag vor dem offiziellen Beginn des Plenums, wurden alle eingeladenen SED-Funktionäre ins Zentralkomitee gebeten. Ihnen wurde eine Lesemappe ausgehändigt, die vor Ort durchgearbeitet werden musste. Die Mappe enthielt eine Vielzahl von Berichten und Einschätzungen, die zusammen genommen ein verheerendes Bild von der kultur- und jugendpolitischen Situation in der DDR zeichneten. Die Berichte suggerierten eine angebliche Verwahrlosung unter den Jugendlichen, für die die Künstler mit ihren »dekadenten Machwerken« unmittelbar verantwortlich seien.<sup>18</sup> Als besonders schädliches Beispiel wurde den Plenumsteilnehmern schließlich am späten Nachmittag der DEFA-Film »Das Kaninchen bin ich« von Kurt Maetzig vorgeführt.

Der Bericht über die Moskau-Reise diente zur weiteren internen Vorbereitung des Plenums. Hager lancierte ihn gezielt am gleichen Tag an alle Mitglieder und Kandidaten im Politbüro, um auch auf höchster politische Ebene mögliche Zweifel an der bevorstehenden kulturpolitischen Zäsur zu zerstreuen. Die Verbreitung lässt sich aus einem Begleitschreiben ablesen. Demnach hat Hager seinen als »streng vertraulich« gekennzeichneten Bericht am 14. Dezember 1965 an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros verschickt. Aus dem Text des Berichtes ging unmissverständlich hervor, dass es aus Moskau »grünes Licht« für die geplante Abrechnung mit den Künstlern gab. Am folgenden Tag konnte das 11. Plenum wie geplant beginnen.

Bekanntermaßen ließen sich viele SED-Funktionäre in ihren Diskussionsbeiträgen auf dem Plenum zu diffamierenden Beschimpfungen hinreißen, die sowohl in der Wortwahl als auch im Sprachduktus weit über das »normale« Maß ähnlicher Parteiveranstaltungen hinausreichten. Bereits im ausführlichen Bericht des Politbüros, den Erich Honecker zur Eröffnung verlesen hatte, mangelte es nicht an scharfen Attacken. Die folgenden Redner nahmen diesen »Spielball« bewusst auf, indem sie die vulgär-polemischen Angriffe weiter verstärkten. Zu den besonders kämpferischen Rednerinnen gehörte interessanterweise Hanna Wolf, die wie erwähnt selbst an Hagers Moskau-Reise teilgenommen hatte. Sie agierte auf dem Plenum mit einem entsprechend großen Selbstbewusstsein. Wenn man sich ihr Referat heute anhört, gewinnt man einen prägnanten Eindruck von der aufgeheizten Stimmung im Saal. In ihrer holzschnittartigen Rede wettete Wolf mit erregter Stimme gegen den »Skeptizismus«

in der Kunst und diejenigen Parteimitglieder, die diese Entwicklung auch noch unterstützt hätten. Sie geriet regelrecht in Rage, als sie im Verlauf ihrer Rede auf Stefan Heym zu sprechen kam. »Falsche Propheten« wie er oder Robert Havemann, »die sich heute herausnehmen, über den Sozialismus zu meckern, über d e n Sozialismus, über u n s e r e n Sozialismus, die sollen sich überlegen, daß sie heute leben und meckern können, weil eben dieser Sozialismus den Faschismus besiegt hat, zum Teufel noch mall!«<sup>19</sup>

Dass Hanna Wolf – und viele andere Redner – so ungehemmt über die DDR-Künstler schimpfen konnten, ohne großen Widerspruch befürchten zu müssen, dürfte auch an Hagers Bericht über die Moskau-Reise gelegen haben. Allen wichtigen SED-Funktionären war damit eindringlich suggeriert worden, dass sich die dogmatischen Kräfte innerhalb der Partei durchgesetzt hätten. Etwaige Zweifel am richtigen Kurs waren endgültig ausgeräumt. Im Rückblick erscheint Hagers Bericht daher wie ein fehlendes Puzzle-Teil zum Gesamtverständnis des 11. Plenums. Er macht deutlich, dass sich die dogmatischen SED-Funktionäre nicht allein auf ihre Argumente verlassen konnten. Sie bauten auf den Rückhalt der KPdSU-Führung.

## Anmerkungen

- 1 Der Begriff etablierte sich durch den gleichnamigen Sammelband von Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, überarbeitete und ergänzte 2. Auflage, Berlin 2000.
- 2 Vgl. den prägnanten Überblick von Michael Lühmann, »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Es gibt keinen dritten Weg«. Wie die SED im Jahr 1965 beschloss, die Realität abzuschaffen und darüber ihren Nachwuchs verlor, in: Deutschland Archiv, 7.12.2015, [www.bpb.de/216974](http://www.bpb.de/216974), letzter Zugriff am 24.5.2016; speziell zur kulturellen Entwicklung im Vorfeld des Plenums anhand einzelner Beispiele vgl. Henning Wrage, Die Zeit der Kunst. Literatur, Film und Fernsehen in der DDR der 1960er Jahre. Eine Kulturgeschichte in Beispielen, Heidelberg 2008.
- 3 Vgl. u. a. Gunnar Decker, Das Ende des Reformprozesses, in: Der Tagesspiegel, 9.12.2015; Regine Sylvester, »Hier wird unsere Partei beleidigt!«, in: Die Zeit, 10.12.2015; Grit Lemke, Eine tiefe Verletzung, in: Junge Welt, 16.12.2015; Oliver Reinhard, Als der DDR-Kultur die Zähne gezogen wurden, in: Sächsische Zeitung 18.12.2015; Hanno Müller: Die DDR und das Yeah, Yeah, Yeah., in: Thüringer Allgemeine, 19.12.2015.
- 4 Vgl. zu den inhaltlichen und ästhetischen Anknüpfungspunkten die Beiträge in Connie Betz, Julia Pattis und Rainer Rother (Hg.): Deutschland 1966. Filmische Perspektiven in Ost und West, Berlin 2016.

- 5 Vgl. ausführlich zu den hier skizzierten Ansätzen Andreas Kötzing, Sturm und Zwang. Das 11. Plenum des ZK der SED in historischer Perspektive, in: Ders. und Ralf Schenk (Hg.), *Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum*, Berlin 2015, S. 11–146.
- 6 Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen*, Berlin 1997, S. 133–231.
- 7 Diese These findet sich u. a. bereits in der Studie von Monika Kaiser und noch einmal deutlich zugespitzt in der Schilderung zur kulturellen Entwicklung in der DDR von Gunnar Decker, 1965. *Der kurze Sommer der DDR*, München 2015, S. 320–330.
- 8 Vgl. zum wichtigen Quellenwert der Tonbänder des 11. Plenums, die seit 2012 online über das Bundesarchiv zugänglich sind, Günter Agde, »Es gilt das gesprochene Wort!« Zu den Tonband-Mitschnitten der 11. Tagung des ZK der SED 1965, in: Andreas Kötzing und Ralf Schenk (Hg.), *Verbotene Utopie*, S. 510–516. Als Beilage findet sich im Buch auch eine CD mit Hörbeispielen, darunter auch Ausschnitte aus dem Referat von Walter Ulbricht. Zum Download des vollständigen Mittschnitts vgl. BArch, SAPMO, TonY 1/1365 und 1/1366, [www.argus.bstu.bundesarchiv.de/tony1/index.htm](http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/tony1/index.htm), letzter Zugriff am 24.5.2016.
- 9 Vgl. Günter Agde, *Zur Anatomie eines Testes. Das Gespräch Walter Ulbrichts mit Schriftstellern und Künstlern am 25. November 1965 im Staatsrat der DDR*, in: Ders. (Hg.): *Kahlschlag*, 2. Aufl., S. 134–153.
- 10 Vgl. Kötzing, Sturm und Zwang (Anm. 5), S. 79–91.
- 11 Vgl. ausführlich zu den Problemen innerhalb des NÖSPL und den Einflüssen aus der Sowjetunion André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 113–118.
- 12 Vgl. Kaiser, *Machtwechsel* (Anm. 6), S. 206.
- 13 Vgl. ausführlich Elke Scherstjanoi, »Von der Sowjetunion lernen...«, in: Agde (Hg.): *Kahlschlag* (Anm. 1), 2. Aufl., S. 37–65.
- 14 Die Berichte zur kulturpolitischen Situation in der Sowjetunion, die von der DDR-Botschaft aus Moskau übermittelt wurden, blieben eher schwammig. Vgl. *Botschaft der DDR, Kulturabteilung: Einschätzung der Entwicklung der kulturpolitischen Situation zwischen dem Oktober-Plenum des ZK der KPdSU 1964 und dem März-Plenum 1965, Moskau April 1965*. BArch, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.06/11, unpaginiert.
- 15 Beide wurden nach viertägiger Verhandlung zu sieben bzw. fünf Jahren Haft »unter verschärften Bedingungen« im Arbeitslager verurteilt. Vgl. *Wegen sowjetfeindlicher Tätigkeit verurteilt. Arbeitslager für Senjawski und Daniel*. In: *Neues Deutschland*, 15.2.1966, S. 7.
- 16 Vgl. Kurt Hager, *Bericht über die Aussprache mit dem Genossen Demitschew*, Berlin, 14.12.1965, BArch, SAPMO, DY 30/J IV 2/2/J/1562, unpaginiert. Alle nachfolgenden Zitate aus dem Bericht ebd.
- 17 Das Jugendkommuniqué deutete einen liberalen Umgang in der Jugendpolitik an, weil es formal größere Freiräume für eine individuelle und selbstbestimmte Jugendkultur einräumte. Innerhalb der SED-Führung war der Kurs jedoch von Beginn an umstritten. Bereits wenige Monate später wurden die ideologischen Grenzen durch ein neues

Jugendgesetz wieder enger gefasst. Vgl. Marc-Dietrich Ohse, *Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn*, Berlin 2003, S. 64–81.

18 Die Lesemappe ist archiviert im BArch, SAPMO, DY 30/IV 2/1/335, Bl. 23–29. Auszüge daraus sind nachgedruckt in: Agde (Hg.), *Kahlschlag* (Anm. 1), 2. Aufl., S. 198–237.

19 Diskussionsbeitrag von Hanna Wolf auf dem 11. Plenum. Stenografisches Protokoll, BArch, SAPMO, DY 30/IV 2/1/336, Bl. 149–163, hier. Bl. 153.



Die »Jazz Optimisten« mit Manfred Krug (Mitte) und Ruth Hohmann bei der Berliner Premiere von »Lyrik-Jazz-Prosa«, Oktober 1965.

Michael Lühmann

»Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.  
Es gibt keinen Dritten Weg.«

Wie die SED im Jahr 1965 beschloss, die Realität  
abzuschaffen und darüber ihren Nachwuchs verlor

Kahlschlag. Kaum ein Wort vermag das Jahr 1965 in der DDR besser zu beschreiben als jenes aus der Forstwirtschaft, welches laut Duden das Fällen sämtlicher Bäume auf einer bestimmten Fläche bezeichnet. Übertragen auf die DDR des Jahres 1965 lässt sich die bestimmte Fläche übersetzen als das Gebiet der Kulturpolitik<sup>1</sup>, welche nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees (ZK) der SED vom 15. bis 18. Dezember kaum mehr wie-

derzuerkennen war. Die jüngeren und älteren Schösslinge sozialistischer Moderne, die sich nach dem Mauerbau 1961 erst zaghaft und dann immer deutlicher in den doch unteilbaren Himmel reckten und 1964 ein letztes Blütejahr erlebten<sup>2</sup>, sie wurden 1965 nahezu sämtlich gefällt. Die sich um eine eigene innere Haltung zum real-existierenden Sozialismus bemühenden Pfade nach Utopia<sup>3</sup>, sie wurden planiert vom sozialistischen »Strafgericht über die Moderne«<sup>4</sup>, die »Plenumsdruckwelle«<sup>5</sup> hinterließ für lange Jahre eine Kulturlandschaft, deren optische Entsprechung die nahezu toten Waldhänge des deutsch-tschechischen Grenzgebietes in den achtziger Jahren am besten illustrieren vermögen.

## Die »Hausherren von morgen«

Dabei schien 1965 noch offen zu sein, so Gunnar Decker in seinem Panorama des Jahres 1965 unter dem Titel »Der kurze Sommer der DDR«, »wohin die Reise geht.«<sup>6</sup> Zumindest an der Oberfläche war nur bedingt zu spüren, dass am Ende dieses »Schicksalsjahres« der DDR das Experiment eines anderen, sozialistischen Deutschland (doch) nicht von den »Hausherren von morgen«<sup>7</sup>, den heranwachsenden ersten Kindern der DDR gestaltet werden sollte, dass dieses andere, sozialistische Deutschland aber auch nicht von allzu avantgardistischen, in den Worten Erich Honeckers, »skeptizistischen« Künstlern, Literaten, Bildhauern, Sängern, Regisseuren moduliert oder gar verhandelt werden sollte, sondern dass allein die Partei um den richtigen Weg wisse und deshalb am Ende des Jahres die Führungsrolle unmissverständlich und unverhandelbar wieder an sich riss. Zwar errang die Staats- und Parteiführung in einer konzertierten Aktion an der Oberfläche tatsächlich wieder die Deutungshoheit über Kunst und Kultur, über die Jugend und den von ihr zu wählenden Takt, aber der Preis war ein unvergleichlich hoher. Denn das 11. Plenum, ursprünglich als Abrechnung mit den Wirtschaftsreformen Ulbrichts geplant, brachte nicht nur Literaten und Künstler auf Distanz, zwang nicht nur die Deutsche Film AG (DEFA) zur künstlerischen Offenbarung, es brachte letztendlich jene Wohlgesonnenen auf Distanz, die doch eigentlich nicht abgeneigt waren, die DDR als Alternative zum bundesrepublikanischen Weg mitzuentwickeln, oder dieser Entwicklung wenigstens neutral gegenüberzustehen. Und die DDR verlor, nicht zuletzt, einen beträchtlichen Teil ihres Nachwuchses, jene vermeintlichen »Hausherren von morgen«.

Jene Hausherren von morgen wie Wolfgang Wülff, der Ich-Erzähler aus Erich Loests Roman »Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer

Ebene«. Wülff, Jahrgang 1949<sup>8</sup>, und damit also eines jener ersten Kinder der DDR, in denen Loest in den siebziger Jahren nur mehr jene Generation erblickte, die von ihrer Zukunft jenseits geringer Wohlfahrtsstaatlichkeit nicht mehr allzu viel erwarten zu haben schien.<sup>9</sup> Doch im Frühjahr 1965 war dies – zumindest an der Oberfläche – noch ganz anders, die Zeichen standen noch weitgehend auf Liberalisierung. Die VEB Deutsche Schallplatten veröffentlichte eine komplette Lizenz-LP der Beatles sowie zwei weitere LPs mit Titeln einheimischer Bands, BIG BEAT I und BIG BEAT II.<sup>10</sup> Schließlich waren seit dem Jugendkommuniqué von 1963 und im Windschatten des »Deutschlandtreffens 1964« Bands wie Pilze aus dem Boden geschossen. Nach den rauen 1950er Jahren, nach reibungsvollen Jahren des Kampfes gegen den dekadenten Jazz und Rock'n'Roll<sup>11</sup>, entdeckte die SED-Kulturpolitik denn doch noch den »Tanz als einen legitimen Ausdruck von Lebensfreude und Lebenslust«<sup>12</sup>, selbst »welchen Takt die Jugend wählt« blieb ihr anfangs überlassen, verbunden mit dem Zusatz: »Hauptsache sie bleibt taktvoll.«<sup>13</sup> Beseelt vom Wunsch, nun bald »in beiden deutschen Staaten zündende Schlager aus der DDR mit Texten, die unserem neuen Lebensgefühl entsprechen«<sup>14</sup> geliefert zu bekommen, erteilten die zuständigen Behörden eine Vielzahl an Lizenzen für die sogenannten Laienmusikgruppen. Doch schon die Namen der Gruppen, etwa im Bezirk Leipzig, klangen so ganz und gar nicht nach Schlager und Hauptstadt der DDR, sondern sehr stark nach Beat und deren Hauptstadt Liverpool. »Wir wollten weit weg, in unser ganz eigenes Liverpool«<sup>15</sup>, so Klaus Renft, führender Kopf der Leipziger »Butlers« im Rückblick auf jenes Jahr 1965.<sup>16</sup> Auch Wolfgang Wülff träumte von Liverpool, der Heimat der Beatles oder doch wenigstens von »einem Poster mit John Lennon« zwischen all den an die Wand genagelten Zigarettenschachteln, »nur WEST, aus dem Intershop«.<sup>17</sup> Und Wülff schwärmte, wie seine Freunde für die Old-Kings-Combo, Erich Loests Chiffrierung der Butlers, die gerade noch vom *Neuen Deutschland* ob ihrer Fähigkeit gelobt wurde, die Tanzfläche in ein »aufgewühltes Meer« zu verwandeln, auf dem der Rezensent sich ob seiner lang zurückliegenden Tanzausbildung nicht genug seemännisch bewandert sah und doch Freude verspürte, schließlich – und ganz im Sinne des Jugendkommunikés – sei es »eine andere Generation, die hier tanzt, eine Generation mit einem anderen Rhythmus« und sich dabei »in einem Grenzgebiet mit der sportlichen Gymnastik befindlich« dennoch »ausgesprochen manierlich« verhielt.<sup>18</sup> Jener Rezensent Stern verband diese Eloge mit einer klaren Ansage an die Kritiker der kulturellen Liberalisierung: Sie, die »klaren« und »prinzipiellen« Gegner moderner Tanzmusik [stiften] Verwirrung über die Jugendpolitik der Partei.«<sup>19</sup> Einer Jugendpolitik,

die noch im März 1965 seitens der FDJ protegiert wurde, weil »Inhalt und Form des Gitarrenensemblespiels [...] für die Tanzmusik in unserer Republik eine Bereicherung«<sup>20</sup> sei.

### »... nach mir hat gefälligst kein DDR-Hund zu schnappen«<sup>21</sup>

Keine Frage, gerade die »Gitarrenensemblespieler« um Klaus Renft waren auf ihrem Höhepunkt angelangt – und doch nur wenige Monate später verboten. Denn die »Gitarrenbewegung« war aus der Sicht der Hardliner um Erich Honecker der Parteiführung und vor allem der FDJ entglitten<sup>22</sup>, zugleich hatte sich auch der Wind »gedreht«.<sup>23</sup> Positionen, wie die aus dem Volkspolizeikreisamt Leipzig bereits aus dem März des Jahres 1965, wonach »die jetzige Spielweise der Kapellenmitglieder ein Ausdruck bzw. eine Erscheinungsform der politisch-ideologischen Diversion« sei, rückten nun wieder in den Vordergrund.<sup>24</sup> Und bald hieß es auch in der *Leipziger Volkszeitung* wieder ganz vertraut: »Mehrere Gitarrengruppen ahmen mit Vorliebe die Praktiken westlicher ›Bands‹ nach. Bereits der amerikanisierte Name, den sie sich geben, weist darauf hin, wes Geistes Kind sie sind. [...] Sie tragen lange, unordentliche, teilweise sogar vor Schmutz starrende Haare [...] gebärden sich bei ihren ›Darbietungen‹ wie die Affen, stoßen unartikulierte Laute aus, hocken auf dem Boden oder wälzen sich auf ihm herum, verrenken die Gliedmaßen auf unsittliche Art.«<sup>25</sup> Die Schlussfolgerung war klar: »Wer die Lust und Freude junger Menschen an Tanz und Musik mißbraucht, der muß damit rechnen, daß er in der sozialistischen Gesellschaft keinerlei Verständnis findet.«<sup>26</sup> Am nächsten Tag erhielten die Butlers ein unbefristetes Spielverbot. Als zehn Tage später vor allem Lehrlinge und junge Arbeiter dann den Aufstand gegen das Verbot wagten, griffen die Einsatzkräfte bei der sogenannten »Beat-Demo« mit aller Härte durch.<sup>27</sup> Dass »ausgerechnet die nachwachsende Arbeiterklasse [...] auf die Straße [ging]«,<sup>28</sup> war ein Alarmsignal und eine besondere Niederlage für die SED, nachdem sie zumindest für einen kurzen Moment zugelassen hatte, dass die DDR-Jugend nicht ob ihres Musikgeschmacks, der Haarlänge oder der Kleidung sofort in die Ecke des »Nonkonformismus«, der »Subversion« oder des »Imperialismus« gestellt wurde.<sup>29</sup> Auch Erich Loests Romanheld Wolfgang Wülff tauchte auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz auf, erblickte dort das erste Mal in seinem Leben einen Wasserwerfer. »Das Lachen ist uns vergangen. Diese Art aufzuräumen ist uns tief zuwider«, notiert Brigitte Reimann in ihrem Tagebuch, eingeleitet von der Feststellung: »Die Zügel werden wieder straffer gezogen... [...] Jetzt



macht die Jugend Scherereien, Illusionen verfliegen, und den Gammlern geht's an die langen Haare.«<sup>30</sup> Auch für Loests Romanhelden Wülff verfliegen an jenem Herbsttag des Jahres 1965 mit dem Biss eines Hundes der Volkspolizei während der Räumung alle Illusionen. Die ihm in den Mund gelegte Formulierung »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns; es gibt keinen Dritten Weg«<sup>31</sup> ist wohl Loests literarische Entsprechung dessen, was sich wenige Wochen nach dem Beat-Aufstand mit dem Kahlschlag-Plenum manifestierte. Die folgende innere Aufkündigung der ersten Kinder der DDR im Jahr 1965, sie liest sich denn bei Erich Loests Wülff so: »Vor der Schlacht auf dem Leuschnerplatz war für mich die Welt sauber eingeteilt. Der Feind stand im Westen; die Amerikaner bombardierten Vietnam, Kiesinger war Faschist. [...] Ich [aber] schmiß kein Napalm, nach mir hat gefälligst kein DDR-Hund zu schnappen.«<sup>32</sup>

### »Sehr geehrter Herr Höpcke, Sie sind ein Arsch. Gruß – Manfred Krug«<sup>33</sup>

Einen so lautenden Brief muss der Kulturredakteur des *Neuen Deutschland*, Klaus Höpcke, in Reaktion auf seine Schmähchrift gegen Wolf Biermann<sup>34</sup> Anfang Dezember auf seinem Tisch vorgefunden haben. Es war hernach auch jener impulsive Krug, der in der Verfilmung des Erik-Neutsch-Opus »Spur der Steine«<sup>35</sup> die Rolle des anarchistischen Brigadiers Balla übernommen hatte, der sich so unkonventionell über Plan und Partei, über Autoritäten und Gewissheiten hinwegsetzen konnte, wie es 1964 noch möglich gewesen sein mag, wie es im Frühjahr 1965 schon schwierig vermittelbar war<sup>36</sup>, wie es im Herbst/Winter 1965 kaum noch darstellbar war, der in einer Szene einen Polizisten ins Wasser stößt und für diese Rolleninterpretation die Empörung der SED-Autoritäten auf sich zog. Doch noch ging es öffentlich nicht um jene Krug-Szene in »Spur der Steine«, auch nicht um die Darstellung der Partei im gleichen Film. Noch ging es um andere Künstler, andere Bücher, andere Filme. Etwa um Frank Vogels »Denk bloß nicht, ich heule«, dessen schrittweise öffentliche Verurteilung, so notiert es Brigitte Reimann in ihrem Tagebuch, bereits eine zunehmende »Progromstimmung« [sic !] aufwies, verbunden mit »Stürmer-Formulierungen«.<sup>37</sup> Der Film »Denk bloß nicht, ich heule« ist einer jener auf dem Plenum verbotenen DEFA-Produktionen des Jahres, der, ursprünglich gelobt<sup>38</sup>, schon im Vorfeld des Plenums immer wieder umgearbeitet werden musste, in »Testvorführungen« verrissen wurde. Mit der Geschichte des von der Oberschule verwiesenen achtzehnjährigen

Oberschülers Peter Naumann, der inner- und außerhalb der Schule so etwas wie ein »Leben in Wahrheit« zu führen versuchte, der Sätze sagte wie »Ich lebe hier schon immer, und hier ist Sozialismus. Warum bin ich keiner?«<sup>39</sup>, scheitern Regisseur Frank Vogel und die Autoren Manfred Freitag und Joachim Nestler im Prinzip schon im Vorfeld des Plenums. Auf dem Plenum selbst wird den Autoren des Films von Horst Schumann, zu diesem Zeitpunkt Erster Sekretär der FDJ, das »Todesurteil« übermittelt, so die Autoren im Blick zurück.<sup>40</sup> Originalton Schumann: »Da ist zum Beispiel der Film DENK BLOSS NICHT, ICH HEULE. Wir Genossen im Sekretariat des Zentralrates haben uns diesen Film angesehen. Es ist ein Film gegen uns, gegen unsere Partei, gegen unsere Republik und gegen unsere Jugend.«<sup>41</sup> Abseits dessen lieferte indes die Abrechnung mit Biermann den eigentlichen Auftakt zum 11. Plenum. Klaus Höpcke hatte am 5. Dezember 1965<sup>42</sup>, schon ganz in Vorbereitung auf den folgenden kulturellen Kahlschlag und in Reaktion auf die Veröffentlichung von Biermanns Drahtarfe im West-Berliner Verlag von Klaus Wagenbach »einen Kübel Schmutz [...] über Biermann ausgeschüttet«<sup>43</sup>, so Frank Beyer rückblickend während Brigitte Reimann am 7. Dezember notierte: »hier tobt das Kommando: ‚Fertigmachen den Mann!‘.«<sup>44</sup> Biermann sollte nicht der letzte und nicht der einzige sein, der quasi als Ouvertüre des Kahlschlag-Plenums, stellvertretend denunziert wurde.<sup>45</sup> Aber der Tonfall Höpckes war es, der Reimann vermerken ließ, dass die Kurve der Auseinandersetzungen wieder steigt<sup>46</sup>, dass »jeden Tag was Neues« käme: »Offene Briefe an Biermann, an Manfred Krug, der B[iermann]s Lyrik verteidigt hat.«<sup>47</sup> Schließlich hatte Krug nicht nur den ebenso scharfen wie kurzen Brief an Höpcke verfasst, sondern in einem Radiointerview Biermann verteidigt. Jenen Biermann, dessen Prolog am Anfang des Films Spur der Steine stehen sollte, jenen Biermann, dessen »Ballade vom Briefträger William L. Moore aus Baltimore« Manfred Krug im Rahmen der Reihe »Lyrik – Jazz – Prosa« vortrug, und welche Höpcke ursprünglich ausdrücklich gelobt hatte<sup>48</sup> und die Krug in der aufgeheizten Stimmung am Jahresende 1965 dann doch nicht mehr vortragen sollte.<sup>49</sup> Längst ging es nicht mehr allein um Biermanns »Drahtarfe«, nicht mehr nur um Bräunigs »Rummelplatz«<sup>50</sup>, nicht allen um Kurt Mätzigs »Das Kaninchen bin ich« oder Frank Vogels »Denk bloß nicht, ich heule«, sondern ganz generell um die Rolle der Kunst im Verhältnis zur Partei,<sup>51</sup> an dessen Ende nur Verlierer standen, an dessen Ende sich Literaten, Künstler und Filmschaffende erstmals, manche bereits endgültig, vom Experiment des Sozialismus verabschiedeten, von diesem desillusioniert abwendeten, wie es Loests Wülff auch getan hatte. Stellvertretend für andere Manfred Krug, der die DDR indes auch physisch ver-

ließ, nachdem diese Biermann 1976 vor die Tür gesetzt hatte: »Es war eine große Zeit. Man hatte wirklich den Eindruck es findet ein großer Versuch statt. [Aber] sehr viel von dem, was möglich gewesen wäre, zu entwickeln ist verspielt worden und sehr viel, fast alles von dem Elan, der damals vorlag, scheint mit zertrümmert zu sein. [...] Der erste Hammer damals war das 11. Plenum [...]«<sup>52</sup>

### »Das Plenum hat entschieden, die Realität wird abgeschafft.«<sup>53</sup>

So lautete der lakonische Einstiegskommentar zu dem Eintrag Christa Wolfs zu jenem 11. Plenum in ihr Tagebuch, welches sie 1965, im Angesicht der rigorosen und radikalen Tragweite und Endgültigkeit des Plenums-Furors zunächst als »die einzige Kunstform, in der man noch ehrlich bleiben [...] kann«<sup>54</sup> ausgab.<sup>55</sup> Dabei war es jene Ehrlichkeit, die Wolf auf dem 11. Plenum mit ihrem Widerspruch wie keine Zweite zum Ausdruck gebracht hatte<sup>56</sup> und die mit den hoffnungsvollen Worten schloss: »Ich finde, unsere einzige Aufgabe ist in der nächsten Zeit, daß wir durch gute Bücher zeigen, durch Filme usw., daß unsere Gesellschaftsordnung, unsere Weltanschauung es ist, die den Schriftstellern die größten und tiefsten Einblicke in die Gesellschaft gibt. Damit haben wir schon begonnen, und auf diesem Weg sollten wir weitergehen.«<sup>57</sup> Dazu sollte es bekanntermaßen nicht mehr kommen. Und so sollte für Christa Wolf das Jahr 1965 zur »Wasserscheide« werden<sup>58</sup>, zu einem Jahr der Desillusionierung, dem weitere Desillusionierungen folgten<sup>59</sup> – die Niederschlagung des für sie so hoffnungsverheißenden Prager Frühlings 1968 etwa oder die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 mit dem darauf folgenden Nachspiel. »Ein Vorhang ist hinter mir gefallen. Ein Zurück in das Land vor diesem Vorhang, ein harmloses Land, gibt es nicht mehr«<sup>60</sup> notierte Wolf in ihr Tagebuch, woraus ihr Biograf Jörg Magenau die Schlussfolgerung zog: »Der Glaube, dass die sozialistische Gesellschaft notwendig zur Selbstverwirklichung des Menschen führen würde, ist nach dem 11. Plenum mit der offiziellen Politik nicht länger in Übereinstimmung zu bringen.«<sup>61</sup> Magenaus Urteil bestätigte Wolf, im Blick zurück, weitgehend. Und sie teilte dabei sowohl Anspruch als auch die Desillusionierungserfahrungen des Jahres 1965, das bessere Deutschland vorbehaltlos weiter mit aufzubauen, mit den bisher beschriebenen Personenkreisen: »Wir wollten die sozialistischen Ansätze so weit stärken, daß die DDR auch geistig ›konkurrenzfähig‹ werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet, die in die gleiche Richtung dachten und arbeiteten.«<sup>62</sup> Soweit die

Ambitionen, die Christa Wolf in Ihrer Rede vor dem Plenum zum Ausdruck bringen wollte. Nach der Rede ging sie hinaus, begleitet von Anna Seghers, die ihr eine Wette anbot: »In einem Jahr ist ›das‹ vorbei. Da habe ich gesagt: Nein, keinesfalls.«<sup>63</sup> Christa Wolf sollte Recht behalten, mit Anna Seghers sprach sie hingegen »nie wieder darüber.«<sup>64</sup>

## Wie das sozialistische Experiment jegliche Impulse verlor ...

Durchgesetzt hatte sich hingegen Erich Honecker, der auf dem 11. Plenum nochmals klargestellt hatte, dass nicht die »Schriftsteller und Wissenschaftler zur Führung der neuen Gesellschaft berufen seien«, sondern allein die SED.<sup>65</sup> So war es nur zwangsläufig, dass infolge der Beschlüsse des 11. Plenums des ZK der SED nahezu die gesamte Jahresfilmproduktion der DEFA verboten und Buchmanuskripte eingestampft wurden; Theaterstücke ebenso abgesetzt wurden wie Radio- und Fernsehsendungen. In letzter Konsequenz folgten schließlich auch Berufs- und Auftrittsverbote. Auf dem 11. Plenum wurde zwar nicht zum ersten Mal politisch in Kunst und Kultur eingegriffen. Neu aber war »der konzentrierte und exakt vorbereitete Angriff auf ganzer Linie. Diesmal handelte es sich nicht um isolierte Kampagnen, sondern um die gebündelte Konfrontation von Geist und Macht.«<sup>66</sup> »Es galt«, so Wolfgang Engler weiter, »die Moderne von oben [die Rationalisierung von Wirtschaft und Verwaltung, die auf dem 11. Plenum einer korrigierenden Revision unterzogen wurde, M.L.] ein für allemal von dem störenden Dazwischenfunken einer Moderne von unten zu befreien.«<sup>67</sup>

Und so verlor die sozialistische Moderne schon 1965 jene Impulse, die sie so dringend benötigt hätte, jene positiv-kritischen Verhandlungen, die Künstler und Intellektuelle wie Christa Wolf, Frank Beyer, Kurt Mätzig, Wolf Biermann zu liefern bereit waren, die publikumsnahe Künstler wie etwa Manfred Krug noch vor 1965 übersetzten, die die ersten Kinder der DDR wie Loests Wolfgang Wülff bis 1965 noch bereit gewesen wären – gemeinsam<sup>68</sup> – mitzutragen. Gerade jene ersten Kinder der DDR, denen Loest ein literarisches Denkmal gesetzt hat, sie verweigerten sich auf lange Sicht der Idee eines besseren Deutschland. Und so verlor die DDR mit dem Kahlschlagplenum nicht zuletzt die notwendige wirtschaftliche Reformkraft um dieses Experiment einer sozialistischen Moderne auf solide Füße zu stellen. Die Pfade nach Utopia, welche die DDR nach dem Mauerbau betreten wollte, sie wurden weggeschwemmt vom »kulturpolitisches Gewitter, das einen frostigen Dauerregen nach sich

zog«<sup>69</sup> und hinterließen eine gerodete Fläche, auf der Systemloyalität – gar der Glaube an einen anderen, besseren, menschlicheren Sozialismus – nicht mehr gedeihen konnte und die in den siebziger Jahren nur noch durch die ruinöse Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik aufrechtzuhalten war.

## ... und darüber auch den kritischen Rückhalt ganzer Generationen

Auch wenn die Systemloyalität in dieser Generation, nicht zuletzt durch die ab den 1970er Jahren versuchte, und über einige Jahre auch erfolgreiche, Befriedung der Bevölkerung durch die Nachahmung westlicher Konsumbefriedigung, stieg, so fällt doch für jene »erste FDJ-Generation«, folgt man deren Karrierewegen, eine deutliche Diskrepanz zwischen Aufstieg in und Ausstieg aus der DDR-Gesellschaft auf.<sup>70</sup> Sie schaffte nicht mehr den Aufstieg innerhalb der DDR, konnte nur extrem unterproportional hohe Führungspersönlichkeiten stellen, aber deutlich überproportional viele Oppositionelle. Sucht man prominente Köpfe dieser Generation im »Wer war Wer in der DDR«, so findet man Systemgegner, Kulturschaffende oder Sportlerinnen und Sportler. Karrieren als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS oder als Parteifunktionäre blieben hingegen eine Ausnahme.<sup>71</sup> »Wäre 1964 die – durchaus mögliche – Vorgeschichte einer Demokratisierung der DDR gewesen, wie von Havemann formuliert, wie von Biermann besungen, wie von den Literaten, Bildhauern und Filmemachern des Jahres 1964 thematisiert, es wäre das Projekt dieser Generation gewesen.«<sup>72</sup> Aber 1965 wurde dieses Projekt jäh abgebrochen und die DDR verlor auf lange Sicht, hier stellvertretend vorgestellt, all jene Generationen,<sup>73</sup> die der alten »KZ-Generation« um die Parteiführung hätten folgen können, jene »Aufbau-Generation«, die wie keine andere anfänglich versucht hatte, die DDR intellektuell und literarisch zu begründen und zu fundieren<sup>74</sup>, jene ihr folgende »Zwischengeneration«, die vor allem als Künstlerinnen und Künstler den Transfer in die Bevölkerung vollziehen sollten<sup>75</sup> und eben jene erste »FDJ-Generation«, jene um 1949 geborenen Kinder der DDR, die im Wesentlichen in der »Revolution der Vierzigjährigen« (Stefan Wolle) als 68er des Ostens den Kern der Revolution von 1989 bildeten.<sup>76</sup>

Die beschriebenen Protagonisten zogen sich langsam aus dem politischen Kampf für den Sozialismus zurück, veränderten ihre Rollen, ihre Themen, ihren Stil zu schreiben, drehten andere Filme und trafen sich dann doch größtenteils an einem Punkt wieder, der offensichtlich machte,

das jene Zeit vor 1965 nie wiederkehren würde, dass der Kampf der SED gegen die Kulturschaffenden trotz immer wiederkehrender Zeitfenster des leichten Tauwetters endgültig entschieden war: im Jahr 1976, jenem Jahr, in dem die DDR Biermann ausbürgerte und sich die gemäßregelten Protagonisten von 1965 noch einmal trafen, als Unterzeichnende des offenen Briefes gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns – Christa Wolf, Manfred Krug, Frank Beyer und viele andere. 13 Jahre später brach die DDR zusammen. Wolfgang Wülff, jener eigentliche Prototyp des »Hausherren von morgen« wird es, nach langen Jahren des Rückzugs ins Private, begrüßt haben.

## Anmerkungen

- 1 Auch wenn eigentlich über die DDR-Wirtschaftspolitik gerichtet werden sollte – eine »Aussprache«, welche aufgrund der neuen Machtverhältnisse in der Sowjetunion unter Breschnew als notwendig betrachtet wurde und die zugleich überschattet wurde vom Freitod des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission, Erich Apel, am 3. Dezember 1965 – hatte das Plenum die heftigsten und für den hier vorliegenden Text weitreichendsten Auswirkungen auf das Gebiet der Kultur, die deshalb hier im Vordergrund stehen sollen.
- 2 Vgl. hierzu grundlegend Michael Lühmann, 1964 – Das letzte Jahr der sozialistischen Moderne, in: Deutschland Archiv, 6.11.2014, [www.bpb.de/193812](http://www.bpb.de/193812), letzter Zugriff am 1.12.2015.
- 3 Stefan Wolle, Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971, Berlin 2011.
- 4 Wolfgang Engler, Strafgericht über die Moderne – Das 11. Plenum im historischen Rückblick, in: Günther Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 2000.
- 5 Michael Rauhut, Rock in der DDR, Bonn 2002, S. 34–37.
- 6 Gunnar Decker, 1965. Der kurze Sommer der DDR, München 2015, S. 23.
- 7 Dass die Jugend von heute die Hausherren von morgen sein sollten, so formulierte es das Jugendkommuniqué von 1963 im Titel: Walter Ulbricht, Jugend von heute – Hausherren von morgen. Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED zu Problemen der Jugend in der DDR. Rede auf der Großkundgebung der Berliner Jugend am 23. September 1963, Berlin 1963, vgl. zur Wirkungsgeschichte u. a. Wolle, Aufbruch nach Utopia (Anm. 3), S. 196 ff.
- 8 Vgl. zu diesen ersten Kindern der DDR auch Dorothee Wierling, Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002; Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau, Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003; vgl. zu Generationen in der DDR auch Annegret Schühle, Thomas Ahbe und Rainer Gries (Hg.), Die DDR aus generatio-

- nengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006; zu Prägung und Bedeutung der Jahrgänge um 1949 für die Geschichte der DDR auch Michael Lühmman, Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation der DDR, in: Deutschland Archiv 41 (2008) 1, S. 102–107.
- 9 Udo Scheer, Sicher ist es Ihnen lieber, mich nicht einzusperrern, in: Frankfurter Rundschau, 12.4.2003.
- 10 Michael Rauhut, DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression, in: Agde, Kahlschlag (Anm. 4), S. 122–133, hier S. 125.
- 11 Vgl. etwa Uta G. Poiger, Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley, Los Angeles und London 2000.
- 12 Neues Deutschland, 21.9.1963, zit. nach Stefan Wolle, Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den sechziger Jahren, Bonn 2005, S. 84.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Klaus Renft, Zwischen Liebe und Zorn. Die Autobiographie, Berlin 1997, S. 56.
- 16 Vgl. im Folgenden auch Decker, Der kurze Sommer der DDR (Anm. 6), S. 230–238.
- 17 Erich Loest, Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene, Stuttgart 1978, S. 19.
- 18 Heinz Stern, Butlers' Boogie. Unmusikalische Betrachtung über eine Leipziger Gitarrengruppe, in: Neues Deutschland, 4.5.1965.
- 19 Ebd.
- 20 Standpunkt der Abteilung Kultur zur Arbeit mit den Gitarrengruppen, am 17. März 1965 vom Sekretariat des Zentralrats der FDJ gebilligte Fassung, zit. nach Rauhut, DDR-Beatmusik (Anm. 10), S. 126.
- 21 Erich Loest, Es geht seinen Gang (Anm. 17), S. 29.
- 22 So etwa Erich Honecker auf dem 11. Plenum des ZK der SED: » Hinzu kam, daß es im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend eine fehlerhafte Beurteilung der Beat-Musik gab. [...] Dabei wurde übersehen, daß der Gegner diese Art Musik ausnutzt, um durch Übersteigerungen Jugendliche zu Exzessen aufzuputschen.« Erich Honecker, Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED, 15.–18.12.1965, zit. nach Agde, Kahlschlag, (Anm. 4), S. 247.
- 23 Vgl. Leonore Krenzlin, Vom Jugendkommuniqué zur Dichterschelte, in: Agde, Kahlschlag (Anm. 4), S. 154–164, vgl. auch die gleichlautende Formulierung beim Regisseur Frank Beyer, der schon im Titel seiner Biografie, aber auch ganz konkret im Umfeld von 1965 auf den sich drehenden Wind in der sowjetischen Kulturpolitik bereits seit Ende 1962 hinweist, Frank Beyer, Wenn der Wind sich dreht. Meine Filme, mein Leben, München 2002, S. 132.
- 24 Vgl. »Bericht« aus dem Volkspolizeikreisamt Leipzig zu »Jugendtanzkapellen« vom 5.3.1965, zit. nach „Wir dulden keine Gammler«. »Gesellschaftswidrige« Musik? Die Beatrevolte am 31. Oktober 1965 in Leipzig, [www.bstu.bund.de/DE/InDerRegion/Leipzig/Regionalgeschichten/Beatrevolte/beatrevolte.html](http://www.bstu.bund.de/DE/InDerRegion/Leipzig/Regionalgeschichten/Beatrevolte/beatrevolte.html), letzter Zugriff am 1.12.2015.
- 25 Ständige Kommission Jugendfragen des Bezirkstages Leipzig, Dem Mißbrauch der Jugend keinen Raum!, in: Leipziger Volkszeitung, 20.10.1965, zit. nach Renft, Liebe und Zorn (Anm. 15), S. 64f.

26 Ebd.

27 Vgl. Rauhut, Rock in der DDR (Anm. 5), S. 34–37. Nachdem in Leipzig – einem Zentrum des Beat in der DDR – im Oktober 1965 auf Weisung der Berliner SED-Führung, energisch sekundiert von der Leipziger SED-Bezirksleitung und begleitet von einer Kampagne der Leipziger Volkszeitung, nahezu sämtlichen Beat-Gruppen die Spielerlaubnis entzogen worden war, versammelten sich am 31. Mai 1965 an die 2500 Menschen auf dem Leipziger Wilhelm-Leuschner-Platz, um gegen die Ächtung der Beatgruppen zu protestieren. Die Sicherheitskräfte, die sich in großer Zahl unter die Protestierenden gemischt hatten, griffen hart durch, Wasserwerfer kamen zum Einsatz und letztlich wurden über 350 Personen verhaftet, wovon etwa die Hälfte zur Arbeit in Straflager gebracht wurde. Vgl. Ohse, Jugend nach dem Mauerbau (Anm. 8), S. 83–89.

28 Bernd-Lutz Lange, Mauer, Jeans und Prager Frühling, Leipzig 2003, S. 121.

29 Vgl. Ohse, Jugend nach dem Mauerbau (Anm. 8), S. 76 ff.

30 Brigitte Reimann, Alles schmeckt nach Abschied. Tagbücher 1964–1970, Berlin 1998, S. 163.

31 Loest, Es geht seinen Gang (Anm. 17), S. 25.

32 Ebd., S. 29.

33 Manfred Krug, Abgehauen. Ein Mitschnitt und Ein Tagebuch, Düsseldorf 1996, S. 194.

34 Klaus Höpcke, »... der nichts so fürchtet wie Verantwortung. Über «Antrittsred» und «Selbstportrait» eines Sängers«, in: Neues Deutschland, 5.12.1965.

35 So jedenfalls Frank Beyer, Wind, (Anm. 23) S. 129. Auch dem Versuch Frank Beyers, den Film besonders vorsichtig und vor allem verzögert über das Plenum hinwegzuretten, war letztlich kein Erfolg beschieden – 1966 wurde der Film nach wenigen Tagen abgesetzt, nachdem dieser planmäßig mit Störern im SED-Auftrag bei Aufführungen niedergebrüllt worden war.

36 Beyer musste vor den höchsten Entscheidern der Kultur- und Filmpolitik, Hans Bentzien und Günter Witt, vor allem die Rollen der Parteisekretäre Horrath und Bleibtreu gegen »sorgenvolle Gesichter« verteidigen, vgl. ebd., S. 131.

37 Reimann, Abschied (Anm. 30), S. 121.

38 DENK BLOSS NICHT, ICH HEULE: Ein neuer DEFA-Film in Totalvision, in: Ostsee-Zeitung, 18.2.1965, zit. nach Internationales Forum des Jungen Films / Freunde der Deutschen Kinemathek (Hg.), DENK BLOSS NICHT, ICH HEULE, in: 20. internationales Forum des Jungen Films. 40. internationale Filmfestspiele Berlin, Nr. 17.

39 Dieser Satz wurde im Februar 1965 noch nicht beanstandet, sondern stand so abgedruckt in der Ostsee-Zeitung, vgl. ebd.

40 Manfred Freitag und Joachim Nestler, Gedächtnisprotokoll einer Testveranstaltung, in: Internationales Forum des Jungen Films / Freunde der Deutschen Kinemathek, DENK BLOSS NICHT, ICH HEULE (Anm. 38).

41 Ebd.

42 Höpcke, »... der nichts so fürchtet« (Anm. 34).

43 Beyer, Wind (Anm. 23), S. 136, Der eigentlich recht schmale Lyrikband mit Balladen, Gedichten und Liedern aus der Feder Biermanns, die er in der DDR nicht veröffent-



- lichen konnte, führte zu einer lang anhaltenden Kampagne gegen Biermann, in dessen Folge Biermann ein Publikations- und Auftrittsverbot auferlegt wurde. Die Drehtharfe wurde, wohl auch wegen dieser scharfen Kritik, einer der erfolgreichsten Lyrikbände nach 1945.
- 44 Reimann, Abschied (Anm. 30), S. 168; vgl. ausführlich Joachim Wittkowski, Lyrik in der Presse. Eine Untersuchung an der Kritik von Wolf Biermann, Erich Fried und Ulla Hahn, Würzburg 1991, S. 22 ff. Selbst Biermann, Kritik gewohnt, zeigte sich entsetzt. Er befand sich ob der Schärfe der Drohungen und medialen Hetzjagd Mitte Dezember im »inneren Ausnahmezustand«, Decker, 1965 (Anm. 6), S. 222.
- 45 Wittkowski spricht von »einem Startsignal für die anschließende Artikelserie im ›Neuen Deutschland«, der schon in Höpckes Text einen »warnenden Hinweis an Autoren wie Stefan Heym, Werner Bräunig oder auch Christa Wolf« erblickt.« Wittkowski, Lyrik (Anm. 44), S. 25.
- 46 Reimann, Abschied (Anm. 30), S. 167.
- 47 Ebd., S. 169.
- 48 Höpcke, »... der nichts so fürchtet« (Anm. 34); und damit auch eines jener Lieder, die ausdrücklich genehmigt waren zu spielen, so Werner Sellhorn, Organisator der Reihe, vgl. Werner Josh Sellhorn, »Jazz und Lyrik« und »Lyrik – Jazz – Prosa«, in: Rainer Bratfisch (Hg.), Freie Töne. Die Jazzszene in der DDR, Berlin 2005, S. 109–116, hier S. 110.
- 49 Krug, Abgehauen (Anm. 33), S. 195.
- 50 Gerade an Bräunigs Roman sollte im Vorfeld, und dann nochmals deutlicher im Verlauf des Kahlschlag-Plenums, ein Exempel statuiert werden. Von »falschen ideologischen Positionen«, »kleinbürgerlich-anarchistischen Auffassungen«, »Skeptizismus« – allesamt schwerwiegende Vorwürfe in der Parteidiktion der Zeit – wurde nun seitens der Leipziger SED-Bezirksleitung gesprochen, auch von »falscher subjektiver Wahrheit«, von »Obszönitäten«, von überschrittenen »Grenzen des Anstands« und Dingen, die »nicht literaturwürdig bzw. literaturunwürdig« seien, nachdem ein Kapitel in der neuen deutschen Literatur erschienen war. »Bräunig hat einen Wismut Roman geschrieben, der nicht erschienen ist, weil er die Realität beschrieb«, so das zurückblickende, lakonische Urteil Heiner Müllers. Die einzelnen Nachweise zur Debatte um Bräunigs Rummelplatz finden sich bei Lühmann, 1964 (Anm. 2), vgl. darüber hinaus Angela Drescher, »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, in: Werner Bräunig, Rummelplatz, Berlin 2007, S. 625–674, hier S. 630 ff.
- 51 Die mit dem Plenum unverhandelbar neu justiert werden sollte, wie Höpcke schon am 5. Dezember im Neuen Deutschland wenig unverblümt andeutete: »Selbst radikale Umkehr kann sie [die von Höpcke erkannten »Tatsachen« wie »Pornographie«, »ideologische Koexistenz«, »Harfenklänge gegen den Staat des Humanismus«, etc., M. L.] nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen.«, Höpcke, »... der nichts so fürchtet« (Anm. 34).
- 52 Manfred Krug, in: Lebensläufe. Folge 17, Gast: Manfred Krug, 1979, zuletzt ausgestrahlt auf BR alpha, 9.2.2012, [www.youtube.com/watch?v=tNq6t52-E1k](http://www.youtube.com/watch?v=tNq6t52-E1k), letzter Zugriff am 1.12.2015.

- 53 Zit. bei Christa Wolf, *Ein Tag im Jahr. 1960–2000*, Frankfurt a. M. 2008, S. 81.  
54 Ebd.
- 55 Vgl. im Folgenden auch Decker, 1965 (Anm. 6), S. 311–320.
- 56 Die Rede ist abgedruckt als Christa Wolf, Redebeitrag, in Agde, *Kahlschlag* (Anm. 4), S. 255–266.  
57 Ebd., S. 266.
- 58 Anna K. Kuhn, *Christ Wolfs »Ein Tag im Jahr« – Das Tagebuch als Alltagsgeschichte*, in: Garsten Gansel (Hg.), *Christa Wolf. Im Strom der Erinnerung*, Göttingen 2014, S. 165–183, hier S. 178.  
59 Ebd.
- 60 Wolf, *Ein Tag im Jahr* (Anm. 53), S. 88.
- 61 Jörg Magenau, *Christa Wolf. Eine Biographie*, Berlin 2002, S. 189.
- 62 Christa Wolf, *Erinnerungsbericht*, in Agde, *Kahlschlag* (Anm. 4), S. 348.  
63 Ebd., S. 350.  
64 Ebd.
- 65 Honecker, *Bericht des Politbüros* (Anm. 22), S. 245.
- 66 Engler, *Strafgericht*, (Anm. 4), S. 18.  
67 Ebd., S. 23.
- 68 Als dramatisch und grundstürzend beschreibt Christa Wolf in ihren Erinnerungen an das 11. Plenum, dass hier »die Verbindung zwischen Künstlern und Kollegen aus Betrieben [das ursprüngliche Ansinnen des schon 1964 weitgehend gescheiterten „Bitterfelder Wegs« M.L.] [...] so weit wie möglich unterbrochen [wurde].« Christa Wolf, *Erinnerungsbericht*, in Agde, *Kahlschlag* (Anm. 4), S. 351; Einen Vorwurf, den 1965 Höpcke Biermann machte: „Er zerschneidet die Verbindungen mit dem Volke, die Verbindungen mit der Partei.«, Höpcke, »... der nichts so fürchtet« (Anm. 34).
- 69 Andreas Kötzing, *Ein Hauch von Frühling*, in: *APuZ*, Bd. 31–34 (2011), S. 28–33, hier S. 33.
- 70 Mary Fulbrook, *Generationen und Kohorten in der DDR*, in: Schühle u.a., *generationengeschichtliche Perspektive* (Anm. 8), S. 113–130; vgl. zum Aspekt der (jugend-)kulturellen Prägung der Generation und kulturoppositionellen Einflüssen zwischen dem Beat-Konflikt 1965 und der Ausbürgerung Biermanns 1976 auch Bernd Gehrke, *Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er und 1970er Jahre*, in: Leonore Ansorg u. a. (Hg.), *«Das Land ist still – noch». Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989)*, Köln u. a. 2009, S. 203–225.
- 71 Fulbrook, *Generationen* (Anm. 70), S. 115–121.  
72 Lühmann, 1964 (Anm. 2).
- 73 Vgl. zu diesem Generationenmodell vor allem Fulbrook, *Generationen* (Anm. 70).  
74 Bspw. Günter de Bruyn, Erich Loest (\*1926), Christa Wolf, Heiner Müller (\*1929), Frank Beyer (\*1932), Brigitte Reimann (\*1933), Ulrich Plenzdorf (\*1934).
- 75 Bspw. Manfred Krug (\*1937), Wolf Biermann (\*1936), Eva-Maria Hagen (\*1934).  
76 Vgl. hierzu Lühmann, *68er-Generation der DDR* (Anm. 8), S. 102–107.



Kaiserslautern 1957: Das Schild weist US-Soldaten darauf hin, dass es ihnen verboten ist, die Innenstadt und einschlägige Etablissements zu besuchen.

Christian Könne

## »Flugplatz, Mord und Prostitution«. Wie die DDR-Medien die Amerikaner in der Pfalz inszenierten

### Der Ausbau der US-Basen

Im September 1950 »kamen die drei Westmächte überein, ihre Besatzungsstreitkräfte in der Bundesrepublik geographisch« gemäß der »strategischen Erfordernisse des offen ausgebrochenen Kalten Krieges« neu aufzustellen. Dies führte zur »Überlassung von Militäranlagen in Rheinland-Pfalz für die Stationierung amerikanischer Streitkräfte« durch Frankreich.<sup>1</sup> Die »kleinen Landstädte und Landgemeinden« wie Baumholder oder Ramstein

wurden »durch umfangreiche Einrichtungen der Besatzungsmächte und durch die damit verbundene Verpflanzung einer großen Anzahl von Arbeitskräften und Besatzungsangehörigen in diese Ortschaften in eine völlig neue Lebenssphäre hineingerissen«, aber »auch größere Städte, wie z. B. Kaiserslautern« waren betroffen.<sup>2</sup> Im Kontext des Aufbaus der US-Basen mussten neben den militärischen Einrichtungen auch Wohnungen für die Soldaten und deren Familien errichtet werden. Es entstanden sog. »little Americas«. »1951 waren 75 Prozent aller Neubauten in Rheinland-Pfalz Besatzungsbauten. Allein in Baumholder verarbeiteten »bis zu 6 000 Arbeiter 1951–1955 wöchentlich (!) mehr als 1 Million DM.« Der Gesamtwert der Baumaßnahmen 1951–1953 überschritt insgesamt die Summe von einer Milliarde DM.<sup>3</sup>

Noch 1950 hatte die Arbeitslosenquote bei 20 Prozent gelegen. Die Stationierung der Amerikaner und der damit einhergehende Bauboom führte dazu, dass sich dies ins Gegenteil verkehrte und nun auch Arbeitskräfte aus anderen Regionen gebraucht wurden und innerhalb weniger Jahre »20 Prozent der Arbeitsplätze im Kreis Birkenfeld [zu dem Baumholder gehörte] und Kaiserslautern bei der« US-Armee bestanden. Bis 1951 beschäftigten die USA 15 000 und seit Ende der 1950er Jahre 30 000 Rheinland-Pfälzer.<sup>4</sup> In der westdeutschen Wochenzeitung *Die Zeit* wurde die Westpfalz als »der Goldgräberbezirk der Bundesrepublik, der »goldene Westen« für alle, die zwei Hände haben, das Geld von der Straße aufzuheben«, dargestellt.<sup>5</sup>

Das zog Arbeitskräfte aus allen Teilen Deutschlands an, hatte aber auch andere Effekte.

## Das »Dirnenunwesen« in der Pfalz in der westdeutschen Presse

Binnen kürzester Zeit etablierten sich in kleinen Städten und Dörfern Möglichkeiten für Wochenend- und Freizeitvergnügen sowie das Nachtleben für die meist alleinstehenden, aber sehr gut bezahlten Männer. Denn die Arbeiter und die GIs verbrachten ihre Freizeit zumeist in der Region. Dabei war das Wohlstandsgefälle zu den Amerikanern enorm. Während zeitgenössisch ein westdeutscher »Facharbeiter in der Region« ca. 250 DM verdiente, erhielten US-Feldwebel ca. 1 000 DM und ein Leutnant ca. 1 400 DM.<sup>6</sup> Dadurch entstand in der ländlichen Westpfalz »wie aus dem Nichts [...] eine regelrechte« Unterhaltungsindustrie.<sup>7</sup> So hatte Kaiserslautern zwar »nur 80 000 Einwohner«, aber sein »Nachtleben« reichte, so

sekundierte ein wenig neidvoll die *Hamburger Zeit*, »für fünf Großstädte.«<sup>8</sup> Mit den entsprechenden Konsequenzen. Die »nachteiligen Auswirkungen« entstanden aus – selbst-entschuldigender – westdeutscher Sicht vor allem durch die »Bereitschaft eines Teiles der Besatzungsangehörigen und ihrer Arbeitskräfte, für ihren persönlichen Lebensgenuss außerordentlich hohe Mittel aufzuwenden und mit diesen Mitteln Bedürfnisse zu befriedigen, die eine schwere Schädigung der Moral der Bevölkerung zur Folge« hatten. So wurde »die Bevölkerung einer kleinen Stadt mit 2000 Einwohnern«, aufgrund der Zahlenangaben muss es sich um Baumholder handeln, »etwa um das Zehnfache der Einwohnerzahl durch Besatzungsangehörige und Arbeitskräfte vermehrt«, mit Auswüchsen, die aufhorchen ließen: »343 einheimische Frauen« waren nun »bei den Besatzungsmächten beschäftigt und« ließen, weil Kindergärten o.ä. fehlten, »131 Kinder unter 14 Jahren unbetreut zurück.« Gleichzeitig gab es in diesem Ort, »30 registrierte Dirnen.« Anfang des Jahres 1952 wurden [dann] aber 300 gezählt, die sich [...] zum größten Teil auf die kleinen Dörfer der Umgebung zurückgezogen« hatten. Doch „viel gefährlicher« war das »Grassieren« der so genannten »heimlichen Prostitution«, bei der sich »eine beträchtliche Anzahl fremder Frauen [...] hier wie auch in anderen Orten unter bereitwilliger Zahlung hoher Preise für möblierte Zimmer« niederließ und »vielfach unter den Augen« der Bevölkerung »ihr Unwesen« trieb.<sup>9</sup> Die im Volksmund als »Amizonen«, »Veronika dankeschön« oder »Frolleins« bezeichneten Frauen kamen »aus ganz Deutschland und sogar aus weiten Teilen Europas« in die Pfalz.<sup>10</sup> In einem anderen »Dorf mit 750 Einwohnern« war »eine Bar eingerichtet worden, in der bei Razzien mehrfach 14- bis 17jährige Mädchen festgestellt worden sind.« Und in »einer mittleren Stadt betrug die Zahl der unehelich geborenen Kinder« in nur einem Monat »22.«<sup>11</sup> Diese Zahlenangaben dienten im Bundestag zur Illustration der Zustände und brachten der Region bis Mitte der 1960er Jahre den Ruf ein, »Sittliches Notstandsgebiet Nr. 1« zu sein.<sup>12</sup>

Insgesamt gab es in Baumholder, das 1939 auf 11 Lokale gekommen war, bis 1959 dann 48 Bars, die den Besitzern der bisher teilweise als Scheune oder Garage genutzten Räume »ungeheuerliche 1 500 bis 2 000 DM« Miete im Monat einbrachten.<sup>13</sup> Während man im Bundestag bewusst darauf verzichtete, »diese in einzelnen Vorkommnissen weit eindrucksvoller zur Darstellung zu bringenden Zustände« zu thematisieren, tat man genau dies in der westdeutschen Presse und in weiteren Medien.<sup>14</sup> Gemäß der Maxime »Sex sells« fokussierte die Berichterstattung bewusst oft sehr eindrücklich und hingebungsvoll auf anzügliche oder anstößige Details, zu deren Repertoire auch konsequent die rassistisch konnotierte Themati-

sierung der Kontakte von schwarzen GIs und weißen Frauen gehörte.<sup>15</sup> Dabei wurden vor allem von den Boulevardmedien immer neue und atemberaubendere Zahlen und Skandale präsentiert, die zwar oft nicht verifiziert werden konnten, jedoch anschließend z.T. sowohl in öffentlichen Debatten, den Unterlagen der städtischen Behörden und mitunter auch von Schriften der Polizei auftauchten und dort problematischer Weise als »Argumente« verwendet wurden. Wie hoch genau die Zahlen tatsächlich waren, lässt sich letztlich nicht ermitteln.<sup>16</sup>

## Der Skandal in der Ostpresse

Obwohl der Skandal im Boulevard der Bundesrepublik großgeschrieben wurde und die DDR-Presse die Informationen nachweislich auch hieraus bezog, benannte sie lediglich an zwei Stellen die Boulevardpresse West als Referenz. Stattdessen gab man im Osten überwiegend seriöse Tageszeitungen als Quellen an. Je weiter diese in ihrer Ausrichtung politisch von der offiziellen DDR-Position entfernt standen, desto besser. Die Debatten des Bundestages, aus denen man beispielsweise die oben genannten Informationen veröffentlichte, wurden als Quelle gar nicht genannt. In 31 Prozent der Berichte in der DDR finden sich Informationen von »Gewährsleuten«, die quasi in »O-Tönen« die Situation West darstellten. Diese kamen umso mehr zu Wort, je brisanter die politische Lage eingeschätzt wurde.<sup>17</sup> Außerdem konnten so sprachlich-inhaltlich drastische Aussagen oder Falschmeldungen als Zitat kaschiert publiziert werden, wie zum Beispiel, wenn man einen Arbeiter über die Situation in Baumholder sagen ließ: »Das hier ist die Hölle«.<sup>18</sup> An anderer Stelle wird ein Bürgermeister zur Stationierung der US-Truppen mit den Worten: »Das weisch ich genau, du. Die Russ woll ka Krieg. Aber der Ami braucht ihn«, vermutlich zur Steigerung der Authentizität in einem Fantasiedialekt »zitiert«.<sup>19</sup> Im Osten hatten zwar nur 15 Prozent der Berichte, die das »Dirnenunwesen« thematisierten, dies auch explizit zur Überschrift, doch erfüllte die DDR-Berichterstattung auch mit »Baumholder – die Schande Adenauers« mehrere gewünschte Vorgaben.<sup>20</sup> Zunächst orientierte sie »sich an Leserwünschen«.<sup>21</sup> Die Darstellung des »Dirnenunwesens« in den Medien der DDR sollte aber auch eine politische Vorgabe erfüllen und zeigte viele typische wiederkehrende Motive.<sup>22</sup> Es waren vielfach alte und bekannte, aber auch neue Feindbilder sowie Stereotypen. Ziel ihrer Verwendung war, »die vier langfristigen Bewusstseinsinhalte DDR-Bewußtsein, sozialistischer Internationalismus, Weltbild und Feindbild wirksam ausbilden zu helfen«.<sup>23</sup>

## Prostitution: Voyeurismus, Vorurteile, Kinderschändung und Sexismus

Wie oben beschrieben stieg mit dem Eintreffen einer größeren Anzahl GIs bald auch die Zahl der weiblichen Prostituierten in der Region. Die ostberliner *Berliner Zeitung* berichtete genüsslich von einer »Invasion von Veronikas«. <sup>24</sup> Gemäß einer heteronormativ-machistischen Berichterstattung findet sich in der Berichterstattung der DDR nur ein einziger Hinweis, der auf männliche Prostitution im heterosexuellen Milieu hinweist. Die im Bundestag vorgestellten Zahlen lassen jedoch den Schluss zu, dass sich auch männliche Jugendliche prostituiert haben (s. u.). Analog zur machistischen Sicht auf Sexualität wurden in der DDR fast immer Frauen, die als Personen mit häufig wechselnden Geschlechtspartnern (sog. HwG-Personen) geschlechtskrank wurden, angeklagt, aber fast nie Männer. Diese Ungleichbehandlung führte sogar zu Protesten der behandelnden Ärzte. <sup>25</sup> Sehr viel intensiver berichtete man – ganz traditionell und aufgrund des zahlenmäßigen deutsch-amerikanischen Geschlechterverhältnisses – über die Prostitution von Frauen. Deren Anzahl sowie das Nachtleben ließen staunen. So las man also auch in der DDR über Baumholder, dass es dort neben »300 registrierte[n] Dirnen« noch jene gab, die sich im Wald »Zelte aufschlagen und sich dort mit Kanonenofen und Gummiluftmatratze installieren«. Im wahlweise wegen der Währung oder der Hautfarbe der GIs so genannten »Dollarwäldchen« bzw. »Schwarzwald« spielten sich in Baumholder, wie man sagte, »allnächtlich die ekelhaftesten Exzesse ab«. <sup>26</sup> Allein die »Registrierten« sollten nach Aussage des *Neuen Deutschland* (ND) 12 Prozent der Bevölkerung darstellen. <sup>27</sup> In Kaiserslautern gab es 1954, folgte man der Ost-Presse, »fünf- bis sechstausend« Prostituierte, »je nachdem, ob es Anfang oder Ende des Monats« war. <sup>28</sup> Wie postuliert wurde, verdienten die Prostituierten zwar viel Geld, doch sei auch die Zahl der Geschlechtskrankheiten »steil« angestiegen. »Nach einer amtlichen Statistik gibt es im Gebiet von Kaiserslautern heute zwölfmal so viele syphilitische Frauen und Mädchen als 1950«, behauptete 1952 die *Berliner Zeitung*. <sup>29</sup>

Noch 1964 berichtete die *Berliner Zeitung*, dass sich in den Besatzungsstädten »Nachtbar an Nachtbar« reihte und selbst »aus Scheunen, Ställen und Kellerräumen« Bars wurden. Von deren »Serviererinnen« landeten vorgeblich »über 90 Prozent [...] wegen Unzucht in einer Gefängniszelle«. <sup>30</sup> Damit aber nicht genug. Um das angestrebte Ziel der Abbildung der westlichen Dekadenz zu unterstreichen, wurde die Darstellung der Prostitution um zwei weitere Bereiche ergänzt und damit verschärft. Einer war die Kinder-

prostitution.<sup>31</sup> Das Neue Deutschland berichtete 1950 darüber, dass »um die Truppenübungsplätze [...] ganze Heerscharen oft minderjähriger Mädchen ihre Lager« aufschlugen.<sup>32</sup> Für Kaiserslautern wurde die Kinderprostitution 12- und 13-jähriger Mädchen 1954 in der *Berliner Zeitung* als »Alltag« geschildert.<sup>33</sup> Hier seien, lt. Information des ND, bei einer einzigen Razzia »22 Buben und Mädchen unter vierzehn Jahren« festgenommen worden.<sup>34</sup>

In diesem Zusammenhang wurde weiter behauptet, dass »46 Amerikaner wegen sexueller Vergehen an deutschen Jungen bestraft« wurden.<sup>35</sup> Damit wurde der Anteil homosexuell-pädophiler Soldaten übersteigert und gleichzeitig die Zahl der betroffenen Jungen verschwiegen. Hatten sich mehrere Soldaten an einem Jungen vergangen? Waren Vergehen an Mädchen weniger schlimm? In Bad Kreuznach sei ein »amerikanischer Soldat mit drei zwölfjährigen Jungen auf einem [...] Grundstück« verschwunden und hatte dort, so berichtete das ND, »mit ihnen unsittliche Handlungen begangen«. <sup>36</sup> Homosexualität zwischen Männern war lt. § 175 in der Bundesrepublik und der DDR strafbar. Die Berichte verknüpfen – zeittypisch – Pädophilie und Homosexualität und rekurrten auf homophobe Stereotypen.<sup>37</sup> Bereits vor der NS-Zeit gehörte zur Kennzeichnung von Schwulen die von ihnen angeblich ausgehende »Gefahr der ›Verführung‹ Jugendlicher«, die »die Möglichkeit zur ›seuchenartigen‹ Ausbreitung« in sich barg sowie »die Gefährdung der ›öffentlichen Sittlichkeit«.<sup>38</sup>

## Kuppelei: Bereicherung der Bevölkerung

Ein weiteres in den DDR-Medien vorkommendes Bild, war das der Kuppelei und damit des Profits der lokalen Bevölkerung aus dem sittenwidrigen Handeln. Den Prostituierten wurden, so die *Berliner Zeitung*, einzelne Zimmer, teilweise ganze Wohnungen oder gar die selbst bewohnten Räume vermietet. In welcher Dimension sich die Bevölkerung bereicherte, zeigte lt. *Berliner Zeitung* eine Razzia in Kaiserslautern, bei der »15 Häuser durchsucht« und dabei »12 Fälle von Kuppelei« aufgedeckt worden seien. Hier hätten zuvor monatlich 150 bis 200 DM »für ein möbliertes Zimmer« bezahlt werden müssen.<sup>39</sup> Die Medien bemühten sich, die angebliche Gier der Bevölkerung und die verderbliche Macht des Geldes zu zeigen.<sup>40</sup> Dass das durchschnittliche Einkommen von »Werkstätigen« in der DDR 1953 bei 378 Mark lag, der offizielle Kurs der Ost- zur Westmark etwa bei 1:4 stand, man aber teilweise bis 1:12 tauschen konnte, musste die negative Wahrnehmung der Pfälzer in den Augen der ostdeutschen Bevölkerung bedeutsam verstärken.<sup>41</sup>



## US-Kolonialismus

Neben den Übertreibungen der Prostitution unter amerikanischer Besatzung wurde in den Medien der DDR war auch die Folgen der Präsenz amerikanischer Truppen in der BRD ausgebeutet. Die Präsenz der Amerikaner wurde als »ein System kolonialer Unterdrückung« charakterisiert.<sup>42</sup> Die Landenteignungen im Kontext des Baus der US-Basen dienten hier als »Beweis«.<sup>43</sup> Daneben wurde die US-Wohnsiedlung Vogelweh in Kaiserslautern, als größte ihrer Art, herangezogen, um den US-Kolonialismus zu illustrieren:<sup>44</sup> Sie bestand, wie man behauptete, aus »Flugplätzen, Kasernen [...], Depots, Arsenalen, Truppen-Übungsplätzen, Bordellen, einem Krankenhaus für Geschlechtskranke, einem Lazarett für Irre, einer Coca-Cola Fabrik und anderen Segnungen der amerikanischen Zivilisation«, deren »Pesthauch« sich auf die angrenzenden Stadtteile Kaiserslauterns übertrug.<sup>45</sup> Dass die Amerikaner am Ende einer neuen Eisenbahnstrecke drei goldene Nägel in die letzte Schwelle eingeschlagen hatten, galt als Parallele zur Eroberung des amerikanischen Kontinents mit dem Bau der interkontinentalen Eisenbahnlinien und damit als Beweis ihrer Kolonialisierung.<sup>46</sup> Diese führte beim Bau der »zweite[n] Amerikastadt in der Pfalz« zu »Stacheldraht um deutsche Dörfer«.<sup>47</sup> Den Vertrag, »durch den Adenauer das deutsche Land zur Kolonie degradieren möchte«, weil er den USA für 99 Jahre in Baumholder Land verpachtete, verglich man mit dem Vertrag, den das Deutsche Kaiserreich 1898 mit China geschlossen hatte. Doch werde Adenauers Vertrag »in noch kürzerer Zeit auf dem Müllhaufen der Geschichte landen«.<sup>48</sup> Die Vermischung von Beispielen aus Geschichte und Gegenwart war »eine gängige Methode zum Untermauern der Argumentation«.<sup>49</sup> Aussagen wie die, dass in Kaiserslautern »Richtungsschilder in englischer Sprache [...] den Weg« wiesen oder »Wir sind in einer deutschen Stadt«, zeigten in der Berliner Zeitung eine eigene nationalistische Einstellung ebenso wie sie den vermeintlichen US-Kolonialismus beschrieben.<sup>50</sup>

## Ausbeutung durch die Amerikaner

In der Logik der »Kolonisierung« musste zwangsläufig eine Ausbeutung folgen. Das Wohlstandsgefälle zwischen Amerikanern und Deutschen war groß. 1951 betrug der Wechselkurs von US-Dollar zu D-Mark 1 zu 4,20.<sup>51</sup> Dieses reale Sozialgefälle diente den DDR-Medien zur Produktion von Neidbildern. Während 1952/53 in Rheinland-Pfalz angeblich 522 Millionen DM aus westdeutschen Steuergeldern für »Bauten der amerikanischen

Armee« ausgegeben und für die Amerikaner »1 680« Wohnungen allein »in ›Whisky Town‹ bei Kaiserslautern« errichtet wurden, finanzierte man, wie das ND behauptete, im gesamten Kreis Kaiserslautern »für die mehr als 2 000 Wohnungssuchenden [...] nur 200 Wohnungen«. <sup>52</sup> Trotz dieser »riesigen Besatzungsbauten« seien »noch 25 000 Wohnhäuser« durch die Amerikaner »beschlagnahmt«. <sup>53</sup> Während die Deutschen teilweise noch in Ruinen wohnten, würden für die Amerikaner Häuser gebaut, die auch »nach Ansicht« der West-Deutschen »um einiges zu luxuriös ausgefallen« waren. <sup>54</sup> Am Bau der Ost-West-Straßenachse in Kaiserslautern, die für die Transporte der Amerikaner durch die Stadt vergrößert wurde, wurde die Verwendung der Besatzungskosten beispielhaft illustriert <sup>55</sup>: »Wissen Sie, wieviel 5 600 000 WM [West Mark] wert sind? Rechnen Sie es in [...] Ihren Lohn oder Ihr Gehalt um! Über 1 500 Jahre könnte eine Familie, der monatlich 300 DM [Mark der DDR] zur Verfügung stehen, von einem solchen Betrag leben. Diese 5,6 Mill. WM werden deutschen Familien nie mehr für Brot und Kleidung, für Wäsche und Milch zur Verfügung stehen«. <sup>56</sup> Dass das Geld durchaus auch wieder der deutschen Bevölkerung zugute kam und sich dadurch das Leben vieler Menschen im Westen – anders als zeitgenössisch in der DDR – wirtschaftlich deutlich verbesserte, wurde nicht berichtet. Stattdessen zitierte das ND pointiert einen Arbeiter des Pfaff-Nähmaschinenwerks, der die gewünschte Sicht auf die Dinge aussprach: »So wie die Besatzer leben, kann man nur leben, wenn man ein Volk unterdrückt und für sich arbeiten läßt.« <sup>57</sup> Die Kennzeichnung »des Kapitalisten« in Gestalt »des Amerikaners«, der »über die nötigen Mittel verfügte, um [...] sich an den eigenen ausgenutzten Verbündeten« zu bereichern, gehörte ebenfalls zu den typischen DDR-Propagandabildern. <sup>58</sup>

## Alte Ismen in alter Verwendung: Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus

Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus durchzogen die Darstellungen der Situation in der Pfalz in den DDR-Medien in nahezu allen Bereichen. <sup>59</sup> Nicht nur das, bei der Darstellung von Kriminalität zeigte sich im *Neuen Deutschland* offener Rassismus, wenn zwischen »weißen« und »farbigen« Soldaten unterschieden wurde. <sup>60</sup> In den Berichten von Überfällen und Vergewaltigungen wurden im *Neuen Deutschland* und der *Berliner Zeitung* ganz unverbrämt die »US-Neger« als Täter vorgestellt, bei denen »männlicher Schutz« deutscher Männer für ihre Frauen versagte. <sup>61</sup> Solche rassistischen Bilder, die afroamerikanische GIs »als brutale und Syphilis-

verseuchte Vergewaltiger«, die die »Entwürdigung der deutschen Frau im Sinne hätten«, darstellten, waren eine Kontinuität aus der NS-Zeit.<sup>62</sup>

Wenn es Nacht wurde, hörte man, lt. Auskunft der Berliner Zeitung, in Kaiserslautern »die fremden, kehligen amerikanischen Laute.«<sup>63</sup> Betrat man die Bars, so schallte einem dort »widerliche Jazzmusik« entgegen.<sup>64</sup> In einer Bar fanden DDR-Journalisten beispielsweise »zwei schöne großgewachsene Burschen mit einer Haut, die glänzt, als seien sie gerade vorher beim Schuhputzer [...] gewesen [...] mit schlanken Hüften und leichten federnden Schritten, die an Urwald gemahnen.«<sup>65</sup>

Diese Berichte sind auch deshalb bemerkenswert, weil sie »Rasse« ausführlich thematisieren, obwohl der Anteil farbiger Soldaten nur bei ca. 12 Prozent lag.<sup>66</sup> Die Bars würden »von Fremden« betrieben, angeblich steckte »der Kaiserslauterner Wertheim« dahinter.<sup>67</sup> Die DDR verwendete oft antisemitische Bilder, um »den Kapitalisten« darzustellen. Diese gab es bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts, um dann im Nationalsozialismus ihren direkten Vorläufer zu haben.<sup>68</sup> Diese Darstellung in der DDR-Presse ist insofern bemerkenswert, als sie eine in Kaiserslautern erst zwei Jahre später zur vollen Entfaltung kommende antisemitische Diskussion in der Öffentlichkeit und in der Presse abbildet. Im Gefolge der US-Armee kamen mit den Displaced Persons auch osteuropäische Juden in die Pfalz. Einige betrieben auch Bars für die Amerikaner. In der Steinstraße in Kaiserslautern wurden 15 der 22 Etablissements von Juden geführt. Die darüber berichtende westdeutsche Presse achtete darauf, keine explizit antisemitische Terminologie zu benutzen. Sie schloss dennoch an alte antisemitische Stereotypen in der Darstellung der Betreiber an, die von den Lesern leicht dechiffriert werden konnten. Was die westdeutsche Presse im Kontext des Barbetriebs in Kaiserslautern jedoch nicht thematisierte war, dass eine Mehrheit der Bars ansässigen Geschäftsleute gehörte, die von dem überhöhten Mietzins profitierten, den die jüdischen Barbetreiber ihnen zu bezahlen hatten.<sup>69</sup> Der Artikel im ND ist ein Hinweis darauf, dass es dieses Thema bereits Jahre vor der sog. Steinstraßen-Affäre der Kaiserslauterer Stadtöffentlichkeit gegeben hatte, aber möglicherweise das Besatzungsstatut eine Debatte darüber erst später zuließ.

## Schlussbetrachtung

Wie gezeigt wurde, verlief die Berichterstattung im Osten über das »Dirnenunwesen« zeitlich anlog zum Westen. Man übernahm beispielsweise auch den Titel »Die goldene Pest«, aus dem westdeutschen Kino,

aber dennoch finden sich bedeutsame Unterschiede.<sup>70</sup> Im Westen war die Prostitution der Aufmacher und das zentrale Thema. Im Osten wurde sie zwar regelmäßig als Begleiterscheinung der Präsenz der US-Armee beschrieben. Der eigentliche Skandal waren jedoch die Amerikaner selbst und die von ihnen angeblich ausgehenden Gefahren. Zwar übernahmen die DDR-Medien inhaltlich viele Teile und Informationen des Dirnenskandals im Westen. Doch co-inszenierte man diese in der Propaganda-Erzählung über den Westen.<sup>71</sup> Dabei wurden altbekannte Propagandabilder über »die Amerikaner und ihre angebliche ›Kultur‹«, »die GIs«, »die Neger«, »die Homosexuellen«, »die Juden« sowie heteronormativ-machistische und nationalistische Stereotype tradiert. Neue Feindbilder wie die des »Militarismus«, »Kapitalismus« und »Kolonialismus« schlossen sich an. Die Zuschreibungen, die man hierzu in den Texten findet, entsprechen überwiegend jenen, die auch aus der historischen Feindbildforschung bekannt sind.<sup>72</sup> Die in der Bevölkerung vorhandenen Meinungen über den »goldenen Westen« wurden um die von der SED gewünschten Propaganda-Bilder des dekadenten Westens erweitert. Gleichzeitig wurden (unausgesprochene) Themen in der DDR mit angesprochen, indem sie auf die Situation in der Bundesrepublik übertragen wurden, um »innere Spannungen« zu kaschieren bzw. den Zusammenhalt zu fördern.<sup>73</sup> Dieses Vorgehen war geschickt, denn einmal verankerte Leitbilder werden »selbst dann nicht völlig aufgeben, wenn die politischen Verhältnisse sich plötzlich ändern.« Gleichzeitig tragen sie »zum inneren Zusammenhalt und zur Gefolgschaft bei.«<sup>74</sup> Solchermaßen entwarf die Berichterstattung über die Pfalz ein Gegenbild zum sozialistischen Leben in der DDR. Die »Nutzung öffentlicher Empörung« über das »Dirnenunwesen« und die Anwesenheit der Amerikaner diente der SED propagandistisch zum Machterhalt. Solche medial gestalteten Skandale »spielten [...] in der Phase der kommunistischen Machtetablierung und [...] Umgestaltung der ostdeutschen Gesellschaft eine tragende Rolle.«<sup>75</sup>

Wenn Höhn für den Prostitutionsskandal im Westen gezeigt hat, dass und wie dieser zur zum Abbau von Feindbildern und zur Amerikanisierung, Westernisierung und Modernisierung beitrug<sup>76</sup>, so hatten die DDR-Berichte für die ostdeutsche Bevölkerung den gegenteiligen Effekt. Hier wurden vorhandene Feindbilder tradiert und um neue ergänzt mit dem Ziel, eine Abgrenzung vom Westen und eine Integration in den Osten zu erreichen.

## Anmerkungen

- 1 Karl-Heinz Rothenberger, *Die Amerikaner in der Pfalz und Rheinhessen (1950–2010)*. Große Politik, Militär, Ziviles, Kaiserslautern 2010, S. 13.
- 2 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll der 259. Sitzung vom 15.4.1953, S. 12623.
- 3 Vgl. Rothenberger, *Die Amerikaner* (Anm. 1), S. 43–47, hier S. 43f.
- 4 Die US-Streitkräfte blieben damit drei Jahrzehnte lang der drittgrößte und ein finanziell und von den Karrierechancen her gesehen sehr attraktiver Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz. Auch die bereits zeitgenössisch bekannten Informationen zu Lohn und Chancen fehlen in der DDR-Presse. Vgl. Rothenberger, *Die Amerikaner* (Anm. 1), S. 159.
- 5 *Die Zeit*, 5.8.1954, S. 2.
- 6 Maria Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«. GIs im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2008, S. 81.
- 7 Vgl. als Basis des hier vorliegenden knappen Themenaufrisses zur gesamten Situation mit ihren weiteren Themen und Kontexten sehr erhellend Maria Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen« (Anm. 6), hier S. 186. Vgl. auch Dies., »You Can't Pin Sergeant's Stripes on an Archangel.« Soldering, Sexuality and U. S. Army Policies in Germany, in: Dies. und Seungsook Moon (Hg.), *Over There. Living with the U. S. Military Empire from World War Two to the Present*, Durham 2010, S. 109–145.
- 8 *Die Zeit*, 5.8.1954, S. 2.
- 9 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll der 259. Sitzung vom 15.4.1953, S. 12623. 1952 wurde bei einer Überprüfung der amerikanischen Haushalte in Baumholder festgestellt, dass 10% der dort beschäftigten »Dienstmädchen« bekannte Prostituierte waren. Vgl. Herbert Grimm: 50 Jahre Amerikaner, Baumholder 1998, S. 34f.
- 10 Maria Höhn, »Rheinland-Pfalz ist ein sittliches Notstandsgebiet«, in: Winfried Hergert (Hg.), *Amerika in Rheinland-Pfalz*, Trier 1996, S. 63. Zu den verschiedenen Bezeichnungen und ihrer konkreten Herkunft und Konnotation vgl. Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«, S. 210ff.
- 11 Höhn, »Rheinland-Pfalz ist ein sittliches Notstandsgebiet« (Anm. 10), S. 63.
- 12 Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen« (Anm. 6), S. 17. Der Dollarverfall trug dazu bei, das »Dirnenunwesen« zu beenden. Vgl. Rothenberger, *Die Amerikaner* (Anm. 1), S. 183f.
- 13 Ebd. S. 188.
- 14 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll der 259. Sitzung vom 15.4.1953, S. 12623.
- 15 Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen« (Anm. 6), S. 144ff; vgl. zu den Ehen: Höhn, »When Negro-Soldiers Bring Home White Brides«. Deutsche und amerikanische Debatten über die »Mischehe« (1945–1967), in: Werner Kremp u. a. (Hg.), *Amerikaner in Rheinland-Pfalz. Alltagskulturelle Begegnungen*, Trier 2008, S. 147–164.
- 16 Zu den vorhandenen Zahlenangaben und ihren Problemen für beide Städte vgl. Christian Köhne, Anstöße, Akteure, Öffentlichkeiten – Die Diskussion um die Prostitution in den US-Garnisonsstädten Kaiserslautern und Mannheim, in: Frank Jacob (Hg.), *Prostitution. Eine Begleiterin der Menschheit*, Frankfurt a. M. 2016, S. 291–316, hier S. 291ff.

- 17 Christian Köne, Amerikaner, Atomrüstung, Amüsierdamen. Wie die Pfalz als wilder Westen dem Aufbau des Sozialismus in der DDR nützt, in: Kaiserslauterer Jahrbuch für pfälzische Geschichte und Volkskunde Bd. 13–15, Kaiserslautern 2015, S. 453–484, hier S. 456–458.
- 18 Das hier ist die Hölle. Amis schänden Deutschland, deutsche Frauen, deutsche Kultur, in: Berliner Zeitung, 24.7.1952, S. 2.
- 19 Jens Dietrich, »Fest müsse wir sein«. Eine Pfälzer Weihnachtsreportage, in: Neues Deutschland, 25.12.1954, S. 4. Dies wirft die Frage auf, ob sich der Journalist überhaupt in der Westpfalz aufgehalten hat oder zeigt, wie miserabel es germanistisch um die Kenntnis von südwestdeutschen Dialekten oder um das Erstellen von Notizen in der sozialistischen Presse der DDR bestellt war.
- 20 Basis: Neues Deutschland, Neue Zeit und Berliner Zeitung. Suchbegriffe: Prostitution, Prostituierte, Dirne, Veronika in Kombination mit Pfalz, Kaiserslautern, Baumholder. Es können zwischen 1949 und 1965 ca. 58 Texte ermittelt werden. Die militärische Bedrohung durch die USA findet sich auch lediglich in 25% der Überschriften. So auch die Überschrift dieses Textes »Flugplatz, Mord und Prostitution«, in: Berliner Zeitung, 21.11.1950, S. 2.
- 21 Ann-Marie Göbel, Lob für die Täuschung, Rüge für die Wirklichkeit? Gute politische PR aus Sicht der DDR-Führung, in: Michael Meyen und Anke Fiedler (Hg.), Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen, Münster 2011, S. 85–106, hier S. 96f, 103f.
- 22 Vgl. ausführlich Christian Köne, Amerikaner, Atomrüstung, Amüsierdamen.
- 23 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, 12.2.1969, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, DY 30/IV 2/2.106/06, Bl. 36.
- 24 Invasion von »Veronikas«, in: Berliner Zeitung, 15.7.1952, S. 2.
- 25 Baumholder – die Schande Adenauers, in: Berliner Zeitung, 21.3.1953, S. 2. Die im Bundestag vorgestellten Zahlen zeigen, dass die Prostitution von Männern verbreiteter gewesen sein muss (s. u.). Vgl. Uta Falck, VEB Bordell. Geschichte der Prostitution in der DDR, Berlin 1998, S. 60f.
- 26 Dietrich, »Fest müsse wir sein« (Anm. 19), S. 4. Zum »Dollarwäldchen« vgl. Höhn, Amis, Cadillacs (Anm. 6), S. 202. Vgl. auch Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll der 259. Sitzung vom 15.4.1953, S. 12623.
- 27 Rechnet man die Angaben für Baumholder in der Debatte des Bundestages um (s. o.), so kommt man auf 15 Prozent. Rechnet man die Polizeiangaben für Kaiserslautern um auf die damals ca. 80000 Einwohner, so kommt man auf 0,6 Prozent.
- 28 Paradies, in: Neues Deutschland, 16.12.1954, S. 4. Es gibt keine validen Angaben zur »offiziellen« Prostitution und erst recht fehlen verlässliche Zahlen zur »heimlichen Prostitution« oder »reisenden Prostitution«. Die Boulevardpresse West sprach maximal von 3000 Prostituierten. Die Polizei Kaiserslautern von 1000 »amtlich festgestellten« Prostituierten – gezählt aber in insgesamt 4 Jahren. Vgl. Köne, Anstöße, Akteure, Öffentlichkeiten (Anm. 16), S. 291 ff. Plappert gibt die Zahl der polizeilich bekannten Prostituierten in Kaiserslautern mit 1400 an. Vgl. Rainer Plappert, Das

- Land als Militärstandort, in: Heinz-Günther Borck (Hg.), Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Koblenz 1997, S. 401–452, hier S. 419.
- 29 Zwei Städte im Bau, in: Berliner Zeitung, 28.9.1952, S. 2.
- 30 »Serviererin«, in: Berliner Zeitung, 18.2.1964, S. 3.
- 31 Im Bundestag wurde in einer Debatte von einem KPD-Abgeordneten mit ausdrücklichem Verweis auf die katholische Wochenzeitung »Michael« als Quelle erwähnt, dass angeblich 7% aller verübten Verbrechen in Westdeutschland von Tätern zwischen 14 und 18 begangen wurden und dass 28% dieser Verbrechen Jugendlicher sog. Notzuchtverbrechen waren. Fast 60% aller Personen, die in Westdeutschland »wegen geheimer Prostitution angehalten wurden«, waren noch nicht 14 Jahre alt. 51% aller registrierten Geschlechtskranken in Westdeutschland waren hiernach unter 20 Jahre alt. Diese Zahlen lassen vermuten, dass es sich hierbei nicht allein um weibliche Personen gehandelt haben kann. Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll der 273. Sitzung, 18.6.1953, S. 13539.
- 32 Sklavinnen und Amüsierobjekte, in: Neues Deutschland, 2.3.1950, S. 4.
- 33 Goldene Nägel in der Pfalz, in: Berliner Zeitung, 29.12.1954, S. 3. Zur Verurteilung von Jugendlichen wegen Prostitution und anderer Delikte vgl. Deutscher Bundestag. Protokoll der Verhandlungen, Sitzung 18.6.1953, S. 13539.
- 34 Paradies (Anm. 28), S. 5.
- 35 Ebd.
- 36 Paradies (Anm. 28), S. 4.
- 37 Benno Gammerl, Eine Regenbogengeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 15–16/2010, »Homosexualität«, 12.4.2010, S. 7–13, hier S. 7. Vgl. zur Entwicklung der homophoben Bilder und Traditionen Susanne zur Nieden, Homophobie und Staatsräson, in: Dies. (Hg.), Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900–1945, Frankfurt a. M. 2005, S. 17–51. Zur konkreten Situation in der DDR der 1950/60er Jahre: Günter Grau, Sozialistische Moral und Homosexualität, in: Detlef Grumbach (Hg.), Die Linke und das Laster. Schwule Emanzipation und linke Vorurteile, Hamburg 1995, S. 85–141.
- 38 Günter Grau, Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung, Frankfurt a. M. 2004, S. 31f.
- 39 Goldene Nägel (Anm. 33), S. 3. Im November 1954 gab es im Stadtgebiet Kaiserslautern tatsächlich insgesamt acht größere Razzien zur Bekämpfung von Kuppelei und »Dirnenunwesen« sowie drei kleinere sog. Überprüfungen. Dabei wurde zwischen Oktober und Dezember 1954 gegen 185 Personen Anzeige wegen Kuppelei erstattet. Vgl. Ergebnisse der Razzien auf leichte Mädchen, in: Die Rheinpfalz, 4.12.1954, o. p. StadtArch KL, Pressearchiv. Es wurde von monatlichen Preisen von 150,- DM an die Vermieter berichtet. Vgl. Kriminalpolizei macht dieses »Geschäft« zu einem Risiko, in: Pfälzische Volkszeitung, 1.12.1954, o. p. StadtArch KL, Pressearchiv.
- 40 Sittliches Notstandsgebiet Nr. 1, in: Berliner Zeitung, 2.2.1957, S. 2.
- 41 Einkommen und Einkauf, Konsum und Versorgungslage, [www.kas.de/wf/de/71.6591](http://www.kas.de/wf/de/71.6591), letzter Zugriff am 203.2015.
- 42 Besatzer herrschen in der Pfalz, in: Neues Deutschland, 27.10.1954, S. 2.
- 43 Hierbei wurden mehr als 18000 Hektar Land von den Amerikanern beansprucht.

- Vgl. Manfred Frenzel, Ein Standort im Goldenen Westen? Kaiserslautern als Garnisonsstadt, in: Dietrich Mack, Kaiserslautern. Aspekte und Perspektiven einer Stadt, Kaiserslautern 1976, S.93–102, hier S.97.
- 44 Vgl. Rothenberger, Die Amerikaner (Anm. 1), S. 43–47, hier S. 43f.
- 45 Karl-Heinz Stühler, Zwei Städte im Bau, in: Berliner Zeitung, 28.9.1952, S. 2.
- 46 Goldene Nägel (Anm. 33), S. 3.
- 47 Zweite Amerikastadt in der Pfalz, in: Berliner Zeitung, 4.12.1952, S. 2. Zu den Bau-  
maßnahmen vgl. Rothenberger, Die Amerikaner (Anm. 1), S. 47.
- 48 Amerikanisches Hoheitsgebiet in der Pfalz? in: Berliner Zeitung, 2.6.1954, S. 1.
- 49 Göbel, Lob für die Täuschung (Anm. 21), S. 101f.
- 50 Goldene Nägel (Anm. 33), S. 3.
- 51 Rothenberger, Die Amerikaner (Anm. 1), S. 166.
- 52 Das Leben in Westdeutschland, in: Neues Deutschland, 30.5.1953, S. 1.
- 53 Und das bis zum Jahr 2000? in: Neues Deutschland, 26.3.1955, S. 2. Laut Information  
des Stadtarchivs Kaiserslautern vom 7.3.2016 gibt es keine konkreten Angaben zur  
damaligen Wohnungssituation für Kaiserslautern. An dieser Stelle sei Herrn Kämmer  
vom Stadtarchiv KL herzlich gedankt! Laut Information durch Frau Gross des Docu  
Center Ramstein vom 8.3.2016 gilt das auch für den Kreis Kaiserslautern und die  
Pfalz. An dieser Stelle sei dem DC Ramstein herzlich gedankt! Leuerer spricht davon,  
dass das Wohnungsbauprogramm 1949–50 die vor dem massiven Zuzug der Ameri-  
kaner vorhandenen Bedürfnisse »gedeckt« hatte. Als die USA ihre Truppenstärke bin-  
nen Jahresfrist in Deutschland verdreifachten, kam es zu großem Wohnraumangel,  
der durch Zeltstädte oder mit Nissen-Hütten für die Soldaten kurzfristig gelöst wurde.  
Vgl. Thomas Leuerer, Die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Deutschland.  
Militärgemeinden der U.S. Army in Deutschland seit 1945 als ziviles Element der  
Stationierungspolitik der Vereinigten Staaten, Würzburg 1997, S. 172ff.
- 54 Karl-Heinz Rothenberger, Western Area Command. Der »westliche Befehlsbereich«  
Pfalz, Rheinhessen und Nahe als Nachschub- und Versorgungszentrum der 7. US-  
Armee in Deutschland, in: Paul Warmbrunn (Hg.), Mitteilungen des Historischen  
Vereins der Pfalz, Bd. 102, Speyer 2004, S. 403–432, hier S. 419.
- 55 Ebd., S. 420.
- 56 Goldene Nägel (Anm. 33), S. 3.
- 57 Ein Sozialdemokrat aus Kaiserslautern. Wir klagen an!, in: Neues Deutschland,  
29.6.1954, S. 2.
- 58 Silke Satjukow und Rainer Gries, Unsere Feinde, Leipzig 2004, S. 34.
- 59 Zur Situation West vgl. Höhn: Amis, Cadillacs und »Negerliebchen« (Anm. 6), S. 149ff.  
Vgl. auch Dewey A. Browder: The Two Faces of the American Soldier in Germany, in:  
Winfried Herget (Hg.), Amerika in Rheinland-Pfalz, Trier 1996, S. 99–115, hier  
S. 105.
- 60 Paradies (Anm. 28), S. 4.
- 61 Die Verbrechen der USA-Okkupanten in Rheinland-Pfalz, in: Neues Deutschland,  
22.5.1953, S. 2. Auch Wildwest in Rheinland-Pfalz, Berliner Zeitung, 22.5.1953, S. 2.
- 62 Maria Höhn, Bild und Wahrnehmung der GIs, in: Werner Kremp u.a. (Hg.):  
Amerikaner in Rheinland-Pfalz. Alltagskulturelle Begegnungen, Trier 2008 S. 129f.



- 63 Paradies (Anm. 28), S. 6.  
64 Goldene Nägel (Anm. 33), S. 3.  
65 Paradies (Anm. 28), S. 4.  
66 Vgl. zur rassistischen Debatte in der Bundesrepublik Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen« (Anm. 6), S. 305 ff.  
67 Paradies (Anm. 28), S. 4.  
68 Satjukow und Gries, Unsere Feinde (Anm. 58), S. 40 f.  
69 Vgl. Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«, S. 332–337, hier 334.  
70 Berliner Zeitung, 31.10.1963, S. 6.  
71 Vgl. Köhne, Amerikaner, Atomrüstung, Amüsierdamen (Anm. 17), S. 454–458.  
72 Satjukow und Gries, Unsere Feinde (Anm. 58), S. 32.  
73 Satjukow und Gries, Unsere Feinde (Anm. 58), S. 21.  
74 BpB (Hg.), Leit- und Feindbilder, Bonn 1997, S. 7.  
75 Martin Sabrow (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 25.  
76 Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen« (Anm. 6), S. 25 ff, S. 358 ff. Höhn diskutiert diese Begriffe und ihre Verwendbarkeit für ihre Untersuchung und kritisiert deren enge Verwendung in der Geschichtswissenschaft, da »die meisten Menschen ihr Leben nicht entsprechend den zwar klaren, aber dennoch künstlichen Kategorien« gemäß »erleben, die Historiker gerne aufstellen.« (S. 361).



Verkaufsberatung im Konsum-Fachgeschäft »Rundfunk und Fernsehen«, Ost-Berlin 1966.

Kludia Wick

## Am Ende der Anfangsjahre – Deutsches Fernsehen in Ost und West zwischen Etablierung und Neuorientierung

Für die Westdeutschen ist 1966 das Jahr vor der Tötung des Studenten Benno Ohnesorg, in deren Folge die Studentenrevolte viele überkommene Gewissheiten durch neue Freiheiten ersetzen wird. Für die Ostdeutschen ist es das Jahr nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED, das als »Kahlschlag-Plenum« in die Geschichte eingeht und die wenigen, nach dem Mauerbau in Aussicht gestellten Freiräume wieder zubetoniert. Viele Babyboomer aus beiden deutschen Staaten werden 1966 freilich als das Jahr in Erinnerung behalten, in dem ein Fernseh-Delfin ihre Herzen

eroberte. Das ZDF zeigt die US-Serie »Flipper« (NBC 1964–67) ab dem Neujahrstag im Nachmittagsprogramm. Weil aber 1966 auch das Jahr vor der Einführung des Farbfernsehens ist, sehen die Deutschen die prächtigen Unterwasseraufnahmen noch in Schwarz-Weiß.

Das Fernsehjahr 1966 markiert das Ende einer Aufbauphase. Seitdem die Geräteindustrie das »in die Röhre« Schauen erschwinglicher gemacht hat, kommen die Zuschauer aus allen Gesellschaftsschichten. Das Fernsehen sendet hüben wie drüben regelmäßig und abendfüllend, es hat eine eigene, vielfältige Formensprache entwickelt und mit seinen verlässlich wiederkehrenden Reihen und Serien das Freizeitverhalten der Deutschen maßgeblich verändert. Der Feierabend findet nun zuhause statt!

Fernsehen ist Zugang auf Knopfdruck: Gerade in ländlichen Gebieten ebnen die Theaterverfilmungen und Ausstellungsberichte den Standortnachteil der Provinz gegenüber den Städten ein und synchronisieren die Lebenswelten. Aber bei aller Euphorie für die neue Wirkmacht müssen die Programmacher doch auch erkennen: Weder die Hochkultur noch die politische Debatte und erst Recht nicht die belehrenden Dokumentarspiele begründen den Erfolg beim Publikum, sondern hüben wie drüben die vielen Formen der leichten Unterhaltung. Und der Spagat zwischen Bildungs- beziehungsweise Agitationsauftrag und Zuschauerwunsch ist noch größer geworden, seit in der Bundesrepublik das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) auf Sendung ist. Denn Karl Holzamer, Philosoph, Pädagoge und erster ZDF-Intendant, will die Herzen der Zuschauer mit Unterhaltsamkeit erobern. Dem Publikum ermöglicht die Konkurrenz mit dem ersten Deutschen Fernsehen der ARD ein Umschaltverhalten, das Ernstes und Erbauliches weitgehend vermeidet. Dieser sogenannte »Unterhaltungsslalom« wird in der DDR genau verfolgt und analysiert. Denn Mitte der 1960er Jahre schalten bis zu 85 Prozent der DDR-Fernsehteilnehmer das Westfernsehen ein. Sogar ein hoher Anteil von SED-Parteimitgliedern ist darunter, wie eine 200 Seiten starke Untersuchung »Zum Einfluß des Westfernsehens«

1966 feststellt. In Betrieben werden die Programmankündigungen des West-TV in Kopie verteilt. In einigen Fällen, so der Bericht, müssen sogar Gemeinde- oder Parteiversammlungen abgesagt werden, weil drüben attraktive Fernsehprogramme laufen – bevorzugt Shows, Kriminalfälle und Serien.

## Grenzenlos fernsehen

»Der Klassenfeind sitzt auf dem Dach!«, weiß der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht. Auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze stehen Sendeant-

lagen, die so positioniert kaum geeignet sind, das eigene Territorium mit Fernsehempfang zu versorgen. Das jeweils andere Deutschland erreichen die Sendemasten dafür umso besser, und natürlich überwindet der Overspill mühelos den neuen antifaschistischen Schutzwall. Aber während die West-Berliner sich im Kalten Krieg mit dem Fernsehen der DDR nicht identifizieren können und wollen, schauen die Menschen in der DDR mehr oder weniger heimlich »west«. Alle Versuche der DDR-Führung, mit Störsendern den Empfang des Westfernsehens zu unterbinden, sind zum Scheitern verurteilt. Zu nah liegen die eigenen Sendefrequenzen an denen des Klassenfeindes. Deshalb wird im Politbüro inzwischen mehr Wert darauf gelegt, die eigenen Fernsehzuschauer mit dem besseren Programm zu überzeugen. Die ZK-Abteilung für Agitation, zuständig für das Fernsehen, beschreibt 1966 die veränderte Aufgabenstellung: Statt Antennen von Dächern herunterzureißen, geht es darum, die Antennen des Klassenfeindes in den Köpfen zu entfernen. Aber ganz offensichtlich steht diesem Ziel der ideologische Programmauftrag des Deutschen Fernsehfunks (DFF) im Weg, wie die DFF-Programmleitung einräumen muss:

»Es ist in keiner Weise gelungen, dem Zuschauer das Gefühl zu nehmen, daß er von uns andauernd belehrt wird. Ohne Übertreibung muß festgestellt werden, daß Spannung, Lachen, Schmunzeln und Entspannung ohne politisches Engagement im wesentlichen nicht aus unseren eigenen Sendungen dem Zuschauer ermöglicht wird [sic], sondern meist aus Programmen aus dem Ausland, und besonders mit Hilfe des bürgerlichen Films.«

Bereits wenige Wochen nach dem Mauerbau 1961 hat der Sender Freies Berlin (SFB) ein Vormittagsprogramm gestartet, das sich an die Bürger jenseits der Mauer wendet und deshalb nur von den grenznahen Sendern NDR, HR und BR übernommen wird. Zum Jahresanfang 1966 erweitern ARD und ZDF das sogenannte »Wiederholungsprogramm für Mitteldeutschland«, nach Unterhaltungssendungen und Nachrichten vom Vortag schließt das Vormittagsprogramm mit einer aktuellen Presseschau ab. Viele Informationen, die den DDR-Bürgern von der eigenen Presse vorenthalten werden, finden so tagtäglich den Weg über die Grenze. »Drüben« nennt das ZDF eine neue Fernsehreihe, die ab 1966 regelmäßig aus »Mitteldeutschland« berichtet. Beim Bericht über die zentrale DFF-Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« fällt der Blick sogleich auf das Parteizeichen des Nachrichtensprechers: Nicht Objektivität, sondern Parteilichkeit, schlussfolgert der ZDF-Moderator, sei drüben also das Prinzip der Berichterstattung.

Das gegenseitige Zitieren ist in beiden Fernsehsystemen gängige Praxis. Thilo Koch, Leiter des Westberliner NDR-Studios, hat schon 1958 in

der Fernsehreihe »Die rote Optik« damit angefangen und dafür eigens einen Abfilmapparat entwickeln lassen. DFF-Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler beschäftigt sich seit 1960 auf die gleiche Weise (und unter Zuhilfenahme ähnlicher Technik) in »Der schwarze Kanal« mit dem Westfernsehen. Im »innerdeutschen Fernsehkrieg« (Koch) wird ab 1969 Gerhard Löwenthal mit dem »ZDF-Magazin« für mehrere Jahrzehnte zu von Schnitzlers direktem Gegenspieler.

## Vorbilddramaturgien

Die Mauer ist ein beliebter Gegenstand für das westdeutsche Fernsehen, der westdeutsche Kapitalismus ein beliebter Gegenstand für das Ostfernsehen: Weil auch der sozialistische Fernsehfilm von der Überlegenheit des eigenen Systems ausgehen soll, fehlen den Autoren oft Figuren mit glaubwürdigen inneren Widersprüchen für ihre Vorbilddramaturgien. Etliche Fernsehspiele des DFF erzählen deshalb von Menschen, die in der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik nicht glücklich geworden sind. In »Besuch aus der Ferne« (DFF 18.9.1966) thematisiert der Regisseur Lothar Bellag die Systemunterschiede anhand zweier Freunde, die einst Studienkollegen waren: Der eine praktiziert als Landarzt mit Nachtbereitschaft, der andere ist nach dem Medizinstudium in den Westen geflohen.

In Hamburg stellt der Regisseur Egon Monk in seinem Fernsehspiel »Preis der Freiheit« (ARD /NDR 15.2.1966) seinerseits die Systemfrage: Die an der innerdeutschen Grenze Dienst tuenden jungen NVA-Soldaten schwanken zwischen Kameradschaft und gegenseitigem Misstrauen. Monk stellt dem Freiheitswillen einzelner Soldaten das System der (Grenz-)Überwachung gegenüber. Am Ende wird einer von ihnen fliehen und dabei seinen Wachkameraden schwer verletzen. Der Preis der Freiheit ist aber nicht nur der Schädelbruch des Kameraden, sondern auch der gestiegene Argwohn der Grenzsoldaten.

Der Brecht-Schüler Egon Monk hat 1960 die Fernsehspielabteilung des NDR übernommen. Statt Bühnenstücke zu adaptieren, will der experimentierfreudige Hauptabteilungsleiter zeitgenössische Autoren gewinnen, die genuine Fernsehspiele entwickeln. Eberhard Fechner, Dieter Meichsner, Helga Feddersen, Klaus Wildenhahn oder Peter Beauvais gehören zu Monks Weggefährten. Demonstrativ zieht die Fernsehspielredaktion um auf das Gelände von Studio Hamburg, um näher am Produktionsprozess zu sein als bisher. Binnen weniger Jahre entsteht so eine neue Fernsehspielpraxis, die sich einerseits filmischer Mittel bedient, dabei aber andererseits in ihrer dramaturgischen

Form der analytischen Distanz und den Vermittlungsformen des epischen Theaters verpflichtet ist. »Private Leidenschaften interessieren mich nicht«, bekennt Egon Monk in Bezug auf sein Fernsehspiel »Ein Tag« (ARD/NDR 6.5.1965), das nüchtern und vermeintlich emotionslos den Alltag im Konzentrationslager von 1939 beschreibt. Auch »Preis der Freiheit« folgt diesem Vermittlungsmuster, das die minutiöse Zustandsbeschreibung an der bewachten Grenze nutzt, um den Zuschauer nicht zum Mitfühlen mit einzelnen Spielfiguren, sondern zum Nachdenken über die Verhältnisse an der Mauer zu bringen.

## Zeichen der Zeit

So wie sich in Hamburg die Fernsehspiel dramaturgen finden, haben sich in Stuttgart beim SDR die Dokumentarfilmer gesammelt. Sie sind vom Hörfunk zum Fernsehen gekommen oder wurden beim Spiegel abgeworben. Ihre Redaktion trägt das Wort »Film« nicht einmal im Namen, sondern heißt »Dokumentarabteilung«. Vieles – auch der bekannte Reihentitel »Zeichen der Zeit« – ist eine Übernahme aus dem Hörfunk. Die 16-mm-Kameras sind nur dann leichthändig und damit beweglich, wenn sie auf den Originalton verzichten. Bei Tonaufnahmen müssen sie schalldämmend verkleidet (geblimpt) werden, und das Pilottonkabel kettet Kameramann und Toningenieur wie siamesische Zwillinge aneinander. Immerhin kann Roman Brodmann, der 1965 vom ZDF nach Stuttgart gewechselt ist, seine Beobachtung einer Schönheitskonkurrenz für »Die Misswahl« (ARD/SDR 30.6.1966) schon mit einer selbst geblimpten Schulterkamera drehen, die zudem über ein Zoomobjektiv verfügt. So kommt das Kamerabild mitten aus dem Geschehen, und der Ton kann den Gesprächen der Konkurrentinnen lauschen. Stilprägend und sinnstiftend für die Dokumentarfilme der »Stuttgarter Schule« bleiben aber die Einlassungen aus dem Off, die das Gezeigte nicht selten von oben herab kommentieren.

## Denken und Handeln

Das dokumentarische Arbeiten ist im Fernsehen der DDR nicht einfacher geworden, seit ein Millionenpublikum erreicht wird. Weil das Programm »Denken und Handeln maßgeblich beeinflussen« kann (DFF-Intendant Heinz Adameck)<sup>1</sup>, steht es schon seit geraumer Zeit unter Dauerbeobachtung durch die DDR-Führungsspitze. Die Filme sollen die Programma-

tik der SED in Fernsehen umsetzen: Kritik muss solidarisch sein – oder einen Gegenstand aus dem kapitalistischen Ausland treffen. Dies gelingt den Dokumentaristen Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, als sie den Söldner Siegfried Müller, genannt »Kongo-Müller«, interviewen. In der Annahme, er spreche mit Westjournalisten, äußert sich der Major – bald zunehmend benebelt vom reichlich bereit gestellten Alkohol – offen über die Gräueltaten seiner Einheiten. Der Interviewfilm »Der lachende Mann« (DFF 9.2.1966) wird als Kinofilm in 37 Ländern aufgeführt, ist in der Bundesrepublik aber verboten.<sup>2</sup>

Nach einer Verbotswelle zum 10. Jahrestag des DFF wird seit Kurzem die langfristige Programmplanung in Abstimmung zwischen Intendanz und Partei festgelegt. Besonders in der Hauptabendschiene soll so ein ideologisch konformes Programm entstehen. Die Reihe »Bilder und Beobachtungen zur technischen Revolution« inszeniert die DDR als modernen Industriestaat. Weil es in der sozialistischen Gesellschaft keine unlösbaren Widersprüche zwischen den volkswirtschaftlichen Belangen und den Interessen des einzelnen Menschen geben darf, beschäftigt sich die Dokumentarspielreihe »Der Mensch neben Dir« damit, wie letzte Hindernisse in der Arbeitswelt auszuräumen sind. Beliebt sind auch exemplarische historische Lebensläufe. Vom Nationalsozialismus bis in die Gegenwart erzählt, sollen sie den Gründungsmythos von der DDR als antifaschistischem Deutschland wachhalten. So erinnert das Dokumentarspiel »Kein Platz für Gereke« (DFF 15.2.1966) an den bundesdeutschen Landwirtschaftsminister Günther Gereke, der 1952 in die DDR wechselte. Die Spielfilmserie »Ohne Kampf kein Sieg« (DFF 28.8.-6.9.1966) idealisiert den Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, der ebenfalls in die DDR übersiedelte. Selbst die populären Fernsehromane sind nicht frei von ideologischen Vorgaben: In »Columbus 64« (DFF 1.-6.10.1966) von Ulrich Thein muss sich ein angehender Schriftsteller, dargestellt von Armin Mueller-Stahl, als Fahrer im Uranbergbau der Wismut bewähren. Die harten Arbeitsbedingungen im Bergbau formen letztlich aus dem richtungslosen jungen Bürger einen verantwortungsvollen Genossen. Die bereits 1965 fertig gestellte Miniserie erhielt nach dem 11. Plenum im Dezember des Jahres keine Freigabe und lief nur einmal nach massiven Eingriffen: Man störte sich an der ungeschönten Darstellung der DDR-Arbeitswelt ebenso wie am Titelsong und Mitwirken von Wolf Biermann, der seit dem Plenum generelles Auftritts- und Veröffentlichungsverbot hatte. Selbst der Dialekt des Arbeitsdirektors der Wismut Sepp Wenig, der sich ebenfalls selbst darstellte, wurde beanstandet: Weil ein hochrangiger Parteifunktionär im DFF nicht Dialekt sprechen sollte,

wurde die Stimme Wenigs mit einem Schauspieler nachsynchronisiert.<sup>3</sup> Dem Fernsehpublikum bleiben solche nachträglichen Eingriffe, die dem künstlerischen Anspruch einer authentischen Darstellung entgegenstehen, natürlich nicht verborgen.

## Synchronisierte Lebenswelten

Im westdeutschen Fernsehen gibt es zwar auch einen edukativen Programmauftrag, aber weil sich das Fernsehen als Feierabendvergnügen etabliert, spart es gerade die Arbeitswelt weitgehend aus. Im Widerstreit zwischen Entspannungsmedium und Bildungsauftrag setzt sich die Programmidee der »Lebenshilfe« durch.<sup>4</sup> Das Fernsehen versteht sich als medialer Begleiter gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und gefällt sich darin, möglichst praktische Hilfestellung zu leisten. So unterrichtet das Fernsehen seine Zuschauer 1966 vor allem in etwas, das man später als Lifestyle bezeichnen wird: Man kann Quickstepp oder Englisch lernen, in der neuen Reihe »Der 7. Sinn« bereitet der WDR in unterhaltsamer Form Wissenswertes für Autofahrer auf.

Das ZDF startet im Januar 1966 das Kulturmagazin »Aspekte«, das die geografisch zerstreuten Ereignisse der internationalen Hochkultur in jedes Wohnzimmer mit Fernsehapparat vermitteln kann. Nur fünf Monate, nachdem das Theaterstück »Die Ermittlung« von Peter Weiss Premiere hatte, zeigt die ARD eine Fernsehfassung (ARD/NDR 29.3.1966). Der DFF folgt ein gutes halbes Jahr später mit einer eigenen TV-Adaption. Beim SDR experimentiert der irische Dramatiker Samuel Beckett mit der elektronischen Kamera und dem so oft geschmähten, engen Bildausschnitt des Fernsehens (Beckett nannte es »keyhole-art«<sup>5</sup>). Sein erstes Fernsehspiel »He Joe« (ARD/SDR 13.4.1966) inszeniert Beckett in neun Kamerafahrten, ohne Schwenk und ohne Schnitt. Es ist ein Stück, das die technischen Bedingungen des Fernsehens virtuos nutzt und zugleich die etablierte Formensprache rüde verweigert.

In seinem alltäglichen Sendungsbewusstsein ist das Fernsehen Mitte der 1960er Jahre aber längst kein technisches oder kulturelles Experiment mehr, sondern ein omnipotenter Alltagsbegleiter. Die Interviewsendungen von Günter Gaus ermöglichen Begegnungen mit Politikern und Prominenten, ohne dass man sich aus dem Sessel erheben muss. Magazine wie Trollers »Pariser Journal« bringen etwas Savoir-vivre ins eigene Wohnzimmer. Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss der neuen, die seit 1962 nicht mehr auf die dritten Programme beschränkt sind und insgesamt bis



zu 20 Minuten je Tag und Sender betragen dürfen<sup>6</sup>. Die dort gezeigten Produktwerbefilme tragen maßgeblich zur Modellierung eines kollektiven Konsumverhaltens beitragen – übrigens dank des Overspills in West wie in Ost. Das Fernsehen, im Westen das Fenster zur Welt, ist im Osten auf diese Weise ein Schaufenster in den Westen.

Das neue Leitmedium lockt mit ausgesprochen zeitintensiven Formen und einer persönlichen Ansprache, die bei den Leuten ankommt. Das Fernsehen habe sich zum »Niedersitz der Massen« entwickelt, grantelt der Fernsehpublizist Egon Netenjakob in einer Kritik des Durbridge-Krimis »Melissa« (ARD/WDR 10. – 14.1.1966).<sup>7</sup> Spannende Mehrteiler haben das Potenzial zum »Straßenfeger«. Das weiß auch Egon Monk in Hamburg und lässt aus dem englischen Postraub von 1963 den Dreiteiler »Die Gentleman bitten zur Kasse« (ARD/NDR 8. – 13.2.1966) entwickeln und das Familiendrama »Die Unverbesserlichen« mit Inge Meysel in Serie gehen. Spektakuläre Musik- und Unterhaltungsshows beschwören die Magie des Dabeiseins. Die ZDF-Show »Der goldene Schuß« betont ihren Live-Charakter, indem der Gastgeber Lou van Burg seine Kandidaten per Telefon anruft und fragt: »Welches Äpfelchen wählen Sie?« In einer Sonderausgabe aus Monte Carlo kann er im Sommer 1966 die Hollywoodschauspielerin Grace Kelly, die jetzt Fürstin Gracia Patricia heißt, sogar dafür gewinnen, das Kommando »Kimme, Korn, ran« auf Deutsch in die Kamera zu sprechen.

Beim Deutschen Fernsehfunk setzt man alles daran, mit den Attraktionen des Westfernsehens mitzuhalten, ohne den eigenen sozialistischen Programmauftrag zu verraten. Einmal jährlich zum Jahrestag der Republik mobilisiert der Fernsehfunk die ganze Nation zur Beteiligung an der ganztägigen (!) Fernsehshow »Spiel mit!«. In der Livesendung »Mit dem Herzen Dabei« werden verdiente Werktätige vor laufender Kamera mit telegenen Überraschungen geehrt. Beispielsweise wird eine Magdeburger Verkehrspolizistin an einer Kreuzung von tausend Autos buchstäblich umzingelt. Die Wünsche der Ausgezeichneten sind zum Teil mit geheimdienstlichen Methoden recherchiert: So sollen in der Wohnung eines Lokführers versteckte Mikrofone angebracht worden sein, um seinen Lebensrhythmus auszuspähen.<sup>8</sup> Mit spektakulären Auftritten will Walter Ulbricht die sozialistische Unterhaltungskunst von der des kapitalistischen Nachbarn absetzen. So versöhnt sich der Staatsratsvorsitzende in »Mit dem Herzen dabei« (DFP 16.4.1966) mit dem ehemaligen Justizminister. Max Fechner war nach dem 17. Juni 1953 in Ungnade gefallen und hatte mehrere Jahre als »Feind des Staates und der Partei« im Gefängnis gesessen.<sup>9</sup>

## Aufbruch

»Was heute noch wie ein Märchen klingt, kann morgen Wirklichkeit sein. Hier ist ein Märchen von übermorgen: Es gibt keine Nationalstaaten mehr. Es gibt nur noch die Menschheit und ihre Kolonien im Weltraum.« Mit diesem Intro startet im September 1966 eine Science-Fiction-Serie. Die Studiokulissen der »Raumpatrouille« (ARD 17.9.–10.12.1966) sind gespickt mit Geräten aus dem täglichen Bedarf wie Bügeleisen, Badezimmerarmaturen oder Bleistiftanspitzern. Das Fernsehen der kapitalistischen Gesellschaft hat nämlich nicht genug Produktionsmittel, um »Die Phantastischen Abenteuer des Raumschiffes Orion« technisch formvollendet auszustatten. Macht nichts! Die modernen Designs der Haushaltsgeräteindustrie müssen in der Not aushelfen. Noch fehlen dem Fernsehpublikum des Jahres 1966 die internationalen Vergleiche, das ZDF wird »Star Trek« (NBC 1966–69) erst sechs Jahre später als »Raumschiff Enterprise« ins Programm nehmen.

Erst einmal fiebern alle dem neuen Farbfernsehen entgegen, das im Rahmen der Deutschen Funkausstellung in Berlin im Sommer 1967 eingeführt werden soll. Den preiswertesten Farbfernseher bietet der Versandhandel an: Der Neckermann »Weitblick« kostet »nur« 1840 D-Mark. Mit der neuen PAL-Technik steht die Fernsehentwicklung wieder an einem Neuanfang. Der Theaterregisseur Peter Zadek wird eine Weile lang mit Farbe und Filtern experimentieren, in der Stuttgarter Dokumentarabteilung ist man in Sorge, dass das dokumentarische Drehen nun wieder beschwerlich werden könnte. Zum Staatsbesuch des Schahs von Persien wird Roman Brodmann am 2. Juni 1967 mit einer Schwarz-weiß-Kamera nach Westberlin fahren. Seine Bilder vom »Polizeistaatsbesuch« (ARD/SDR 26.7.1967) dokumentieren den Beginn der Studentenbewegung. Deren gesellschaftlicher Erneuerungswille wird im bundesdeutschen Fernsehen der 1970er Jahre Einzug halten und die Formensprache des Fernsehens von Grund auf verändern.

Auch der Fernsehfunk steht zu Beginn des neuen Jahrzehnts vor einem Paradigmenwechsel. Um »eine bestimmte Langeweile« (Erich Honecker 1971) im Fernsehen der DDR endlich zu überwinden, wird das Programm im Rahmen einer umfassenden Reform entideologisiert: Viele unterhaltende Fernsehformen wie »Ein Kessel Buntes« (DFF ab 29.01.1972 bis 19.12.1992) und »Außenseiter Spitzenreiter« (DFF ab 18.06.1972) oder »Polizeiruf 110« (DFF ab 27.6.1971) entfalten beim Publikum Bindungskräfte, die selbst die DDR überdauern werden. Das Fernsehen der DDR wird also in jeder Weise bunter. Die SECAM-Fernsehgeräte zeigen aber nur die DDR-Sendungen in Farbe, das Schaufenster in den Westen bleibt grau in grau.

## Anmerkungen

- 1 Heinz Adameck, »Die Rolle des Fernsehens bei der Bewußtseinsbildung seiner Zuschauer«, in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus 11 (1962), S. 79, zit. nach Dittmar, Feindliches Fernsehen (Anm. 2), S. 226.
- 2 Vgl. zu den Filmen von Heynowski und Scheumann Andreas Kötzing, Blinde Flecken. Das Jahr 1966 und die deutsch-deutschen Filmbeziehungen, in: Connie Betz, Julia Pattis und Rainer Rother, Deutschland 1966 (Anm. 1), S. 82–95.
- 3 Paul Werner Wagner, Der Fernsehfilm Columbus 64. Booklet zur DVD-Ausgabe »Große Geschichten 70«, Hamburg 2012.
- 4 »Lebenshilfe und zweckfreie Sinnenfreude«, in: Der Spiegel 8 (1963), S. 60.
- 5 Dietmar Kammerer, »Samuel Becketts Fernseharbeiten«, in: Samuel Beckett, Filme für den SDR. Booklet zur DVD-Ausgabe, Berlin 2008.
- 6 Joan-Kristin Bleicher, Chronik zur Programmgeschichte des deutschen Fernsehens, Berlin 1993, S. 112.
- 7 Egon Netenjakob, »Sehfunk. Niedersitz der Massen. Bemerkungen anlässlich des diesjährigen Durbridge.«, in: Funkkorrespondenz 4 (1966), S. 9.
- 8 Vgl. Rüdiger Steinmetz und Reinhold Viehoff (Hg.), Deutsches Fernsehen Ost. Eine Programmgeschichte des DDR-Fernsehens, Berlin 2008, S. 194.
- 9 Zu Fechner ausführlich Susanne Fischer, Max Fechner – Opfer oder Täter der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik?, in: Deutschland Archiv, 10.12.2015, [www.bpb.de/217123](http://www.bpb.de/217123), letzter Zugriff am 24.11.2016.



Spanische »Gastarbeiter« demonstrieren vor den Toren der »Hella«-Werke im nordrhein-westfälischen Lippstadt.

Oliver Trede

## Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik – zwischen Misstrauen und Integration

Vor ein paar Jahren titelte die Wochenzeitung *Der Spiegel*: »Jeder fünfte Gewerkschafter steht rechts«<sup>1</sup>, und die Sorge machte die Runde, dass ausgerechnet an der Basis der Arbeitnehmerschaft fremdenfeindliche Ressentiments bestünden. Der *Spiegel*-Beitrag verwies auf eine Studie der Freien Universität Berlin, gefördert durch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung, in der insbesondere ein Aspekt ins Auge stach: Gewerkschafter aus der Mittelschicht tendierten stärker zu rechten Ansichten als Nicht-Gewerkschafter aus denselben Milieus – hingegen wiesen Gewerkschaft-

ter der sogenannten Unterschicht einen ähnlichen Grad rechtsextremer Meinungen auf wie der Durchschnitt der gesamtgesellschaftlichen unteren Milieus.<sup>2</sup> Bei der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht handelt es sich, so führten die Autoren aus, »zumeist um Facharbeiter und qualifizierte Angestellte, die über ein relativ gutes Einkommen und über eine vergleichsweise gute Bildung verfügen und daher eigentlich nicht zu den Verlierern der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zählen.« Die Autoren erkannten, dass unter diesen Gewerkschaftern jedoch eine Angst vor einem »doppelten Abstieg« bestünde, da diese fürchteten, finanzielle Vorteile und politische Einflussmöglichkeiten zu verlieren.<sup>3</sup>

Zwei Jahre später wies der Soziologe Klaus Dörre auf die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen in der Arbeitswelt und der daraus entstehenden »Prekarisierung des Beschäftigungssystems« und der Entwicklung rechtspopulistischer Orientierungen hin: »Abstiegsängste, die daraus resultieren, dass die Betroffenen fürchten, unter die Schwelle der Sicherheit und der Respektabilität zu sinken, sind ein wichtiger Kristallisationspunkt von Prekarisierungsprozessen, die sich innerhalb der »Zone der Normalarbeit« bemerkbar machten.<sup>4</sup> Insbesondere seien gerade diejenigen betroffen, die zu den »Etablierten« in einer Gesellschaft, in einer Branche oder einem Betrieb gehörten. Dazu gehörten die, die sich aufgrund von Aufstiegsmöglichkeiten und -versprechen zu den Etablierten zählten und die zunehmend weniger Möglichkeiten des Aufstiegs sahen.<sup>5</sup>

Diese Abstiegsängste hängen eng mit Prekarisierungsprozessen zusammen, die in den 1960er und 1970er Jahren in diesem Maße nicht bestanden. Nach den »goldenen 50ern« befand sich die Bundesrepublik in den 1960er Jahren zwar noch in einer »Sturm und Drang«-Phase, jedoch wich zunehmend der »Wirtschaftsboom« trüberen ökonomischen Aussichten. Das nominale Wirtschaftswachstum ging zurück, die Inflationsraten stiegen, und die Arbeitslosenzahlen erreichten lang nicht mehr gekannte Höhen.<sup>6</sup>

Historikerinnen und Historiker erkennen in den 1970er Jahren einen »Bruch« oder einen »Wandel« in der Geschichte der Bundesrepublik (und in Europa).<sup>7</sup> Diese Diagnose betraf auch den Arbeitsmarkt. Der Bergbau durchlebte schon seit den späten 1950er Jahren eine Krise, aber auch produzierende Industrien wie beispielsweise die Bekleidungs- oder die Automobilbranche erfuhren Veränderungen, die sich entweder in der Auslagerung der Produktion ins Ausland oder in technischen Automatisierungsprozessen zeigten. Hinzu kamen Phänomene, die Indikatoren, zumindest aber Vorzeichen eines Bruchs der »Normalarbeitsverhältnisse« darstellten. Hierzu zählten das Aufkommen von »Leiharbeit« und der Einsatz von »illegal« Beschäftigten, worüber auch in den Medien vermehrt berichtet

wurde. Vor diesem Hintergrund ist auch die Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeitsmigration zu betrachten.

Damals wie heute beeinflussten zudem strukturelle Merkmale den Umgang der Arbeitnehmervertretungen mit Arbeitsmigranten: »Gastarbeiter« trafen auf dem Arbeitsmarkt oder in den Betrieben auf bestehende Strukturen, in denen auf »die Fremden« mit Skepsis, Misstrauen und manchmal auch Ablehnung reagiert wurde.<sup>8</sup> Im Folgenden werden die historischen Bedingungen der Arbeitsmigration und die Reaktion der Gewerkschaften darauf kurz skizziert.

## Gewerkschaften und die Anwerbeabkommen

Seit den frühen 1950er Jahren verhandelte die Bundesregierung mit Arbeitgeberverbänden und Unternehmen über die Möglichkeiten, den Einsatz von Arbeitsmigranten aus Süd- und Südosteuropa auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt rechtlich-administrativ zu organisieren. Dieses Vorhaben traf auch auf Seiten der Regierungen der Herkunftsländer vor allem aufgrund des potenziell lukrativen Devisenaustauschs auf Zustimmung. Da in einigen Branchen und Beschäftigungsbereichen zum Teil händeringend Arbeitskräfte gesucht wurden, und sich Bundesregierung und Unternehmen darauf verständigten, dass Arbeitsmigranten zu gleichen Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden sollten wie ihre deutschen Kollegen, konnte 1955 das erste Anwerbeabkommen mit Italien abgeschlossen werden. Weitere Abkommen mit Spanien, Griechenland, Portugal und Jugoslawien sowie der Türkei folgten.<sup>9</sup>

Auch die Gewerkschaften wirkten auf die Entscheidungen der zuständigen Bundesministerien zur Frage der Anwerbung von »Gastarbeitern« ein. Einige Jahre lang hatten sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaften, die für die betroffenen Arbeitsbereiche zuständig waren, gegen eine systematische und staatlich organisierte Anwerbung von Arbeitsmigranten gesperrt, da sie in ihnen eine potenzielle Konkurrenz für die einheimischen Arbeitskräfte sahen. Schließlich willigten die Gewerkschaftsführungen ein, Arbeitsmigranten anzuwerben und in einigen Branchen zum Einsatz kommen zu lassen. Als Hauptbedingung galt dabei neben der Zusicherung der gleichen Arbeitsbedingungen und Löhne die Regelung des »Inländerprimats«, das einheimischen Arbeitskräften Vorrang vor ausländischen Arbeitskräften einräumte. Öffentlich äußerten Gewerkschaften ihre Vorbehalte, stimmten aber schließlich offiziell den Anwerbeabkommen zu. Aus ihrer internen Sicht waren behördlich orga-

nisierte Zugangsregelungen einem – auch weiterhin andauernden – weniger kontrollierten Zugang von Migrant\*innen auf den Arbeitsmarkt vorzuziehen. Einige unmittelbar betroffene Einzelgewerkschaften blieben jedoch weiterhin – und öffentlich – bei ihren ablehnenden Positionen gegenüber der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften.

Erst zu Beginn der 1970er Jahre forderten die Gewerkschaftsspitzen eine deutliche Einschränkung der Zugangs- und Zuwanderungsmöglichkeiten von »Gastarbeitern«. Zu dieser restriktiven Haltung hatten die angesprochenen schlechten Wirtschaftsaussichten, fortschreitende Krisen innerhalb einzelner Industrien und die »Entdeckung der Einwanderung« beigetragen.<sup>10</sup> Gewerkschaften übten nun gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und der staatlichen Arbeitsverwaltung zunehmend Druck auf die Bundesregierung aus und forderten ein Ende der Anwerbungen. Anzunehmen ist, dass dieser gemeinsame Druck dazu beitrug, dass die Bundesregierung – vor dem Hintergrund einer drohenden »Rohölkrise« – Ende 1973 die Anwerbungen abrupt beendete.

## Illegalität und Leiharbeit – Perforierungen der Normalarbeitsverhältnisse

Die Gewerkschaften machten sich nach dem Anwerbestopp dafür stark, dass dieser auch konsequent umgesetzt wurde und verhinderten in den Folgejahren dessen Lockerung. Eine solche forderten vor allem das Wirtschaftsministerium und einige Unternehmen in der Landwirtschaft sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe. In den beiden zuletzt genannten Beschäftigungsfeldern bestand weiterhin großer Bedarf nach mobil und flexibel einsetzbaren Arbeitskräften, die es in ausreichender Zahl auf dem heimischen Arbeitsmarkt nicht gab. Die Gewerkschaften teilten hingegen die Position aller maßgeblichen politischen Akteure hinsichtlich der generellen Verschärfung der Vergabe von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen.<sup>11</sup>

Der Anwerbestopp, die restriktivere Arbeitserlaubnisvergabe und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit unter Arbeitsmigrant\*innen trugen im Laufe des Jahrzehnts dazu bei, dass vermehrt Arbeitsmigrant\*innen illegale Beschäftigungsverhältnisse eingingen.<sup>12</sup> Noch ein paar Jahre vor dem Anwerbestopp hatte der DGB dem Bundesarbeitsministerium die einmalige Legalisierung von »illegalen Ausländern« vorgeschlagen, denen eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erteilt werden sollte, wenn sie »nicht kriminell waren oder eine ansteckende Krankheit besaßen«.<sup>13</sup> Der DGB begründete diese Forderung damit, dass die Praxis der illegalen Beschäf-



tigungen von »Ausländern« »die Regeln des Arbeitsmarktes« störe und »kriminelle Elemente [...], welche die Unerfahrenheit der Zuwanderer missbrauchten«, begünstige.<sup>14</sup> In einem Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium an den DGB-Bundesvorstand rechtfertigte die Bundesregierung Mitte 1970 die Ablehnung einer Legalisierung damit, dass »abgesehen von rechtlichen Bedenken [...] eine solche Maßnahme das Problem vielleicht temporär, nicht aber auf Dauer lösen« könne. Insbesondere sahen Regierung und Bundesanstalt für Arbeit die Gefahr, dass durch eine Legalisierung eine »verstärkte Zuwanderung türkischer ‚Touristenarbeiter‘« erfolgen könnte.<sup>15</sup>

Nachdem die Legalisierung von »illegalen« Migranten vom Tisch war, konzentrierten sich die Gewerkschaften auf ihre Forderung, entschieden gegen »illegale Einwanderung und gegen Ausbeutung« vorzugehen. So bekräftigten Anfang 1974 die Gewerkschaften in der Kommission für Fragen ausländischer Arbeitnehmer beim SPD-Parteivorstand die Forderung nach einer Verbesserung der Erfassung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer (Anzahl, regionale Verteilung und Binnenwanderungsbewegung) und der Förderung der »freiwilligen Rückkehr arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer« sowie nach einer »raschen und wirkungsvollen Verschärfung der Strafen bei illegaler Anwerbung und Beschäftigung«.<sup>16</sup>

Illegale Beschäftigung war in einigen Branchen eng mit dem Phänomen der sogenannten Arbeitnehmerüberlassung beziehungsweise Leiharbeit verbunden. Nach Aufhebung des Leiharbeitsverbots durch das Bundesverfassungsgericht (Urteile von 1967 und 1972) stieg die Zahl der Leiharbeiter in den 1970er Jahren in einigen Wirtschaftszweigen an.<sup>17</sup> Die meisten Leiharbeiter waren als einfache Bürokräfte, in der Metallbranche und im Baugewerbe tätig.<sup>18</sup> Insbesondere die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (IG BSE) und die IG Metall setzten sich daher lange Jahre für das Verbot der Leiharbeit ein. Die Baugewerkschaft betonte dabei, aufgrund der Legalität der Leiharbeit habe auch die illegale Beschäftigung in ihrer Branche zugenommen. So trügen gerade »Scheinwerkverträge« und die Beschäftigung von ausländischen Leiharbeitern dazu bei, dass die polizeilichen und behördlichen Kontrollen ins Leere liefen. Arbeitnehmer würden, so die Gewerkschaft 1980, aufgrund der Beschäftigung als »Leiharbeiter« von tariflichen Leistungen ausgeschlossen, und die eigens für die Arbeitnehmer des Baugewerbes durch die Tarifvertragsparteien »sektoral geschaffene soziale Ordnung wird unterlaufen«. Zugleich beklagte die IG BSE die Schwierigkeit, diese Art der Beschäftigten organisieren zu können.<sup>19</sup> 1982 verabschiedete die Bundesregierung schließlich das »Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung«. Damit wurde der Verleih deutscher und



ausländischer Arbeitnehmer (in Besitz einer Arbeitserlaubnis) in der Baubranche als Ordnungswidrigkeit und die Beschäftigung von nichtdeutschen Arbeitnehmern ohne Arbeitserlaubnis als Straftat qualifiziert.<sup>20</sup> Der zum Teil ambivalente Umgang der Gewerkschaften mit der illegalen Beschäftigung von Arbeitsmigranten – Kontrolle versus Schutz – hält bis heute an.

## Arbeitsmigranten – eine Herausforderung für die Gewerkschaften

Von Anbeginn der Anwerbemaßnahmen lag der Fokus der Gewerkschaften auf der Gewinnung von Arbeitsmigranten als Mitglieder. Der DGB und die größte Einzelgewerkschaft, die IG Metall, richteten bereits in der frühen Phase der Anwerbungen eigene Abteilungen für die »Ausländerarbeit« ein. In den Vorstandsebenen des DGB und der IG Metall waren Funktionäre ausschließlich für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer zuständig. Der DGB und die IG Metall brachten regelmäßig fremdsprachige Mitteilungsblätter für die »Gastarbeitergruppen« heraus. Die Materialien des DGB wurden in den Einzelgewerkschaften verwendet.<sup>21</sup> In den Mitteilungsblättern wurde über die Situation in den Herkunftsländern, über arbeitsrechtliche und tarifpolitische sowie gewerkschaftliche Themen in der Bundesrepublik berichtet. Zudem wurden migrantische Gewerkschafter beschäftigt, die in den »Ausländerbüros« ihre Vorstände berieten. Dieses Engagement litt stets unter einer limitierten finanziellen Ausstattung. Zwar nahm die Zahl der »Gastarbeiter« beständig zu, die eingesetzten Mittel wurden jedoch nicht entsprechend angepasst. In den Jahren 1967 bis 1971 wurde die »Ausländerarbeit« beim DGB sogar weitgehend eingestellt. Die Gründe hierfür lagen im knappen Budget, das zu diesem Zeitpunkt für die gesamte Organisations- und Bildungsarbeit in den Gewerkschaften aufgewendet wurde, außerdem konnten sich die einzelnen Gewerkschaften nicht über eine paritätische Finanzierung der »Ausländerarbeit« verständigen.

Als sich in den 1970er Jahren der gewerkschaftliche Organisationsgrad der »Gastarbeiter« dem der inländischen annäherte, blieb die Zahl der hauptamtlichen migrantischen Gewerkschafter, der migrantischen Betriebsräte und Vertrauensleute sowie Delegierten auf Gewerkschaftskongressen dennoch weiterhin niedrig. Neben der Unterfinanzierung der gewerkschaftlichen »Ausländerarbeit« war diese Unterrepräsentanz der Arbeitsmigranten auch in den gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen angelegt. Die Gewerkschaften vertraten in erster Linie die Interessen der

(männlichen) Mitglieder wie auch der Facharbeiter. Bei der Erlangung von Ämtern und Mandaten spielten die Dauer der Zugehörigkeit und der Grad der Vernetzung innerhalb der Organisation eine wichtige Rolle. Hinzu kam eine ablehnende Haltung vieler Gewerkschafter gegenüber Arbeitsmigranten, denen sie kurzfristige Interessen und mangelnde sprachliche und berufliche Kenntnisse zuschrieben. Ablehnungen gegenüber den »Südländern« – wie sie in einigen Medien genannt wurden –, die auf kulturelle Differenzen oder gar Überlegenheiten verwiesen, sind dabei weder in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit noch im Schriftverkehr unter leitenden Gewerkschaftsfunktionären zu erkennen.

## Stimmen der Migranten und »wilde« Streiks in den 1970er Jahren

Die gewerkschaftliche «Ausländerarbeit» und die aktive Mitgliederwerbung legten den Grundstein für die spätere Integration von vielen migrantischen Arbeiterinnen und Arbeitern in bundesdeutschen Betrieben. Dennoch blieben gerade in den 1960er, aber auch in den 1970er Jahren die Belange vieler Arbeitsmigranten ungehört. Vereinzelt kamen ausländische Arbeitnehmer in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit (Gewerkschaftstage und Gewerkschaftszeitungen) zu Wort. Einige Arbeitsmigranten gelangten nach der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahre 1972 vermehrt in Betriebsräte. Die Reform ermöglichte die Aufstellung von ausländischen Arbeitnehmern aus dem Nicht-EG-Ausland zur Betriebsratswahl, ohne die vorherige Zustimmung der Belegschaft. Das Gesetz formulierte das explizite Ziel, »die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern«.<sup>22</sup>

Außerhalb der Arbeitswelt engagierten sich Migranten mehr und mehr in eigenen Initiativen, oft auch mit Hilfe nicht-migrantischer Unterstützer.<sup>23</sup> 1971 wurden in einigen Kommunen und Städten »Gastarbeiterparlamente« eingerichtet, die in kommunalen Parlamenten eine beratende Funktion einnahmen. Die Gewerkschaftsführungen blieben gegenüber diesen Initiativen skeptisch und vertraten nicht nur die Meinung, »Gastarbeiterparlamente« hätten keine Entscheidungsbefugnis, sondern verwiesen darauf, linke, »extremistische« Kreise könnten diese Einrichtungen für ihre Interessen missbrauchen.<sup>24</sup>

Diese Haltung war symptomatisch und Ausdruck einer generellen Position der Gewerkschaften, die sich für ein einheitliches Auftreten in den Betrieben, innerhalb einer Branche oder als Gesamtheit der Arbeitnehmer-

schaft einsetzen. Ansichten, die von Gewerkschaftspositionen abwichen oder als »extremistische« Positionen galten, hatten generell einen schweren Stand. Dabei waren innergewerkschaftliche Debatten über links-politische Ausrichtungen und fundamentale Kritik an Gewerkschaftspositionen oder an der Regierungspolitik Teil der gelebten Debattenkultur und des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. Gleichwohl warnten einige Medien und Politiker vor »radikalen« Kräften in den Arbeitnehmerorganisationen – ebenso wie in den sozialdemokratischen Parteien. Um einer gesellschaftspolitischen Marginalisierung vorzubeugen, aber auch um die inneren Strukturen zu schützen, bemühten sich Gewerkschaftsfunktionäre stets, sich von »extremistischen« Meinungen zu distanzieren und diese im Zaum zu halten.

Die Sorge vor »extremistischen Einflüssen« ging einher mit dem Bild der »Fremden«, die Konflikte mitbrachten und nur schwer in die (rechtlich) geregelte Arbeitswelt westeuropäischer Industriestaaten zu integrieren seien. Auch daher nahmen einige Migranten ihre Belange in den Betrieben selbst in die Hand. Zum einen wurden Migranten als Gewerkschafter aktiv und warben zahlreiche Landsleute als Gewerkschaftsmitglieder an. Darüber hinaus nahmen Migranten an geregelten und unregulierten Arbeitsniederlegungen teil, um ihren Protesten Gehör zu verschaffen. Unter den Streiks waren es gerade die unregulierten, gewerkschaftlich nicht organisierten, »spontanen« oder »wilden« Streiks, die eine besondere Bedeutung erlangten. »Wilde« Streiks stellten einen wichtigen Bestandteil der Tradition betrieblicher Auseinandersetzungen dar und galten stets als ein offensives und flexibles Mittel der Arbeitnehmerschaft.<sup>25</sup> In den 1970er Jahren gerieten »wilde« Streiks allerdings in der Öffentlichkeit zunehmend in die Kritik. Führende Politiker sahen darin den Ausdruck von Unberechenbarkeit und einen offenbaren Mangel an Regulierung und Kontrolle innerhalb der Betriebe. In den »wilden« Streiks dieser Jahre kamen überwiegend Proteste gegen Arbeitsbedingungen in den Betrieben, aber auch mangelnde Repräsentation und Einbindung einzelner Gruppen zum Ausdruck. In einigen Branchen zählten Migranten zu diesen Gruppen, in einzelnen Betrieben standen sie an der Spitze der Arbeitsproteste. Die dabei zumeist passive Haltung der Gewerkschaften rief unter Arbeitsmigranten gesteigerte Unzufriedenheit hervor, die sich unzureichend vertreten sahen. Einige dieser Streiks – allen voran der »Ford-Streik« in Köln – erfuhren in der Öffentlichkeit eine größere Aufmerksamkeit, da sie nicht nur im Kontext genereller Debatten über »Ausländer« gesehen wurden, sondern auch, weil – wie oben ausgeführt – in Teilen der medialen Öffentlichkeit besonders wachsam über »extremistische« Tendenzen in der Gesellschaft berichtet wurde.<sup>26</sup>

Trotz der überwiegenden Kritik und Ablehnung, die die »wilden« Streiks in der Öffentlichkeit und innerhalb der Gewerkschaften erfuhren, trugen die hier »sichtbar gewordenen Emanzipationsbestrebungen der ausländischen Arbeiter dazu bei«, so auch die Historikerin Karin Hunn, dass sich die Gewerkschaften nun verstärkt um die Integration und Partizipation der Migranten bemühten.<sup>27</sup> Den ausländischen Arbeitnehmern kam in der Organisationsarbeit in der Folge eine größere Aufmerksamkeit zu: Der DGB-Bundesvorstand richtete 1973 die Abteilung »Ausländische Arbeitnehmer« und die »Ausländerbüros« wieder ein, die fremdsprachigen Mitgliederzeitschriften wurden wieder aufgelegt und die Zahl der Seminare für ausländische Gewerkschafter erhöht. Auch in den Landesverbänden und in den Einzelgewerkschaften erfuhr die »Ausländerarbeit« fortan eine größere Bedeutung.

## Resümee

Der gewerkschaftliche Umgang mit (Arbeits-)Migranten und deren Integration war nur zu einem geringen Teil abhängig vom Engagement Einzelner. Ökonomische Konflikte, politische Machtverhältnisse und (strukturelle) Mechanismen des Ein- und Ausschlusses bestimmten in erster Linie die Bedingungen, unter denen auch Migranten bestehen mussten. Die Integration von (Arbeits-)Migranten und ihren Familien in die Gesellschaft wurde von Gewerkschaftsspitzen seit den frühen 1970er Jahren diskutiert und als Forderungen in die politischen Entscheidungsprozesse eingebracht. In den 1980er und 1990er Jahren bestärkten die Gewerkschaften diese Positionen. Diese Entwicklung war auch eine Reaktion auf die liberal-konservative Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, die insbesondere eine Verschärfung des Familiennachzugs durchsetzte. Die Einbindung in gewerkschaftliche und betriebliche Strukturen nahm stetig zu. Im Laufe der Jahre wurden aus den »Gastarbeitern« vermehrt akzeptierte Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Nachbarn in den Stadtteilen. Die innergewerkschaftliche Integrationsarbeit entwickelte sich neben dem Engagement gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu einem festen Bestandteil der Organisationsarbeit in den Gewerkschaften – vor allem in der IG Metall, IG Chemie und (ab 2001) bei ver.di.<sup>28</sup> Das Misstrauen gegenüber und eine teilweise Ablehnung von »Fremden« blieben allerdings unter Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären bestehen.<sup>29</sup>

## Anmerkungen

- 1 Anne Seith, Studie: Jeder fünfte Gewerkschafter steht rechts, in: Spiegel online, 28.6.2005, [www.spiegel.de/wirtschaft/studie-jeder-fuenfte-gewerkschafter-steht-rechts-a-362290.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/studie-jeder-fuenfte-gewerkschafter-steht-rechts-a-362290.html), letzter Zugriff am 1.7.2016.
- 2 Abschlussbericht des Forschungsprojekts »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Arbeitsstelle »Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik«, Otto-Stammer-Zentrum – Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie, 2004, [www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/](http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/), letzter Zugriff am 1.7.2016.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 26.
- 5 Vgl. Birgit Rommelspacher, Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt a.M. und New York 2002; aktuell siehe Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.
- 6 Tony Judt, Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, München und Wien 2006, S. 509–512; vgl. auch Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
- 7 Ebd.; vgl. auch Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990, München 2008; Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1997; zur wissenschaftlichen Debatte vgl. Knud Andresen, Ursula Bitzegeio und Jürgen Mittag (Hg.), »Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren, Bonn 2011.
- 8 Vgl. Oliver Trede, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren, Studien zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 28, Paderborn 2015; zu Gewerkschaften im Allgemeinen vgl. Walther Müller-Jentsch, Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, Frankfurt a.M. und New York 1986; Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels (Hg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003.
- 9 Zur Geschichte der »Gastarbeiter« und der Anwerbeabkommen vgl. u. a. Karin Hunn, »Nächstes Jahr kehren wir zurück...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005; Karen Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.
- 10 Unter der »Entdeckung der Einwanderung« versteht der Historiker Berlinghoff neben der Zunahme der ausländischen Arbeitnehmer und dem Nachzug ihrer Familienangehörigen auch das Bewusstwerden von sozialen Folgen der faktischen Einwanderung. »Gastarbeiter« oder »Ausländer« wurden in den 1970er Jahren immer mehr zu einem Teil der öffentlichen Wahrnehmung, und Aspekte der Integration

- rückten in den Fokus der politischen Debatten, in: Marcel Berlinghoff, *Das Ende der »Gastarbeit«. Die Anwerbestopps in Westeuropa 1970–1974*, Studien zur Historischen Migrationsforschung Bd. 27, Paderborn 2013.
- 11 Vgl. Oliver Trede, Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik in den 1950er bis 1970er Jahren, in: Jochen Oltmer, Axel Krienbrink und Carlos Sanz Díaz (Hg.), *Das »Gastarbeiter«-System. Arbeitsmigration und die Folgen in der Bundesrepublik und Westeuropa*, München 2012, S. 183–197.
  - 12 Vgl. auch Andreas Treichler, *Arbeitsmigration und Gewerkschaften. Das Problem der sozialen Ungleichheit im internationalen Maßstab und die Rolle der Gewerkschaften bei der Regulation transnationaler Migrationen*, untersucht am Beispiel Deutschlands und der Arbeitsmigrationen aus der Türkei und Polen; Münster 1998, S. 167; Hunn, *Türkische Gastarbeiter* (Anm. 9), S. 265–267.
  - 13 Arbeitspapier »Illegale Arbeitnehmer«, 5.10.1971, Archiv der Sozialen Demokratie (AdsD), DGB-BV, 5/DGAZ 208 sowie Schreiben Franz Woschek, Hauptvorstand DGB, an Bundesarbeitsminister Walter Arendt, 5.8.1970, ebd., 5/DGCQ 6.
  - 14 DGB-Nachrichten-Dienst, DGB – Problem illegaler Ausländerbeschäftigung muß gelöst werden, 3.8.1970, AdsD, DGB-BV, 5/DGCQ 6.
  - 15 Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMA, Helmut Rohde, an den DGB- Bundesvorstand, Woschek, 25.8.1970, AdsD, DGB-BV, 7/DGAZ 513.
  - 16 Protokoll der Kommission für Fragen ausländischer Arbeitnehmer, Sitzung am 14.1.1997, Archiv für Soziale Bewegungen, Akten der IG Bergbau, Ordner »Kommission Ausländische Arbeitnehmer. Arbeitsgruppen 1–5«, ohne Sg.
  - 17 Der DGB ging Mitte der 1980er Jahre von 1347 Zeitarbeitsfirmen in 1972 und 1864 Unternehmen in 1981 aus. Die Zahl der überlassenen Leiharbeiter hatte sich allerdings von rund 16000 zur Mitte der 1970er Jahre auf knapp 50000 am Beginn der 1980er Jahre mehr als verdreifacht; vgl. Michael Schuster, *Leiharbeit, illegale Beschäftigung, ungeschützte Arbeit*, Dokumentation der Fachtagung des DGB-Landesbezirks Nordmark vom 14.11.1986 in Hamburg, Hamburg 1986, S. 5f.
  - 18 Ebd.
  - 19 Der Grundstein, *Wochenschrift der IG BSE*, 1980, S. 5.
  - 20 Dieter Marschall, *Bekämpfung illegaler Beschäftigung. Schwarzarbeit, illegale Ausländerbeschäftigung und illegale Arbeitnehmerüberlassung*, München 1992, S. 5f.
  - 21 In der IG Chemie wurde im Laufe der späten 1960er Jahre verstärkt in die »Ausländerarbeit« investiert. Andere Gewerkschaften wie die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) oder die Gewerkschaft Nahrung Genuss und Gaststätten (NGG) folgten erst in den 1970er Jahren mit dem Angebot spezifischer Seminare und Informationen an ausländische Mitglieder.
  - 22 Peter Kühne, *Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Herausforderung für die deutschen Gewerkschaften*, in: *WSI-Mitteilungen*, 1982, Nr. 7, S. 385–402, S. 392.
  - 23 Vgl. Manuela Bojadžijev, *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster 2008.
  - 24 Vgl. Schreiben von IGM-Vorstand Alois Wöhrle an DGB-BV, Günter Stephan,

- Nationale Vereine und Verbände in der Bundesrepublik, 14.1.1964, AdsD, IG Metall-HV, 5/IGMA2600–09.
- 25 Vgl. Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt a.M. und New York 2007; vgl. dazu auch die Erfahrungen in Großbritannien, in: Trede, *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration* (Anm. 11).
- 26 Zum Ford-Streik siehe v.a. Jörg Huwer, »Gastarbeiter« im Streik – Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) (Hg.), Köln 2013.
- 27 Hunn, *Türkische Gastarbeiter* (Anm. 9), S. 275.
- 28 Siehe aktuell z.B. Migration online, in: DGB Bildungswerk, [www.migration-online.de](http://www.migration-online.de); Schwerpunkt Migration in: IG Metall, [www.igmetall.de/migration-12765.htm](http://www.igmetall.de/migration-12765.htm); Migrantinnen und Migranten, in: verdi online, [www.arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/arbeiten-und-leben/migrantinnen-und-migranten](http://www.arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/arbeiten-und-leben/migrantinnen-und-migranten), letzter Zugriff am 1.7.2016; siehe zur Anti-Rassismus-Arbeit v.a. *Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.*, [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de); vgl. aus internationaler Perspektive Lee Adler, Maite Taipa und Lowell Turner (Hg.), *Mobilizing against Inequality: Unions, Immigrant Workers, and the Crisis of Capitalism*, Ithaca, New York 2014.
- 29 Siehe aktuell »Antirassismus gehört zur Ausbildung«. Tagung des Kumpelvereins mit NRW-Arbeitsminister Schmelzer, [www.gelbehand.de/meldung/artikel/antirassismus-gehört-zur-ausbildung](http://www.gelbehand.de/meldung/artikel/antirassismus-gehört-zur-ausbildung), letzter Zugriff am 1.7.2016.



Vietnamesische Auszubildende im »VEB Jugendmode Rostock«, 1987.

Ann-Judith Rabenschlag

## Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung

### »Ausländische Werktätige«: Die Einwanderer im Auswanderland

Die politische und gesellschaftliche Abgrenzung der frühen DDR gegenüber Westdeutschland und der westlich-kapitalistischen Welt wurde im August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer buchstäblich zementiert und erfuhr erst im Laufe der 1980er Jahre eine gewisse Aufweichung. Bis zum



Mauerbau verließen jeden Monat tausende junger Ostdeutscher die DDR in Richtung Westen. Danach war der legale Grenzübertritt nur noch mit Genehmigung der Staatspartei SED möglich – die DDR war ein Auswanderungsland, kein Einwanderungsland.

Dennoch gab es auch in der DDR Zuwanderung. Die größte Gruppe unter den Einwanderern stellten Arbeitsmigranten und -migrantinnen dar, die ab den frühen 1960er Jahren ins Land kamen und im offiziellen Sprachgebrauch als ausländische Werktätige bezeichnet wurden. Die Arbeitsmigration in die DDR entsprach einem allgemeinen Trend während des Kalten Krieges, nach dem das Nachkriegseuropa »in eine nördliche Zuwanderungs- und eine südliche Abwanderungsregion« geteilt wurde.<sup>1</sup> Im Unterschied zur Bundesrepublik schloss die DDR ihre Anwerbeverträge jedoch ausschließlich mit anderen sozialistischen Staaten ab. Während die ersten Arbeitsmigranten aus Nachbarländern kamen, warb die DDR auf Grund des steigenden Bedarfs im Laufe der Jahre auch im außereuropäischen Ausland an. 1963 unterzeichnete die DDR ein erstes Abkommen mit der Volksrepublik Polen, drei Jahre später regelten die beiden Staaten im sogenannten »Pendlerabkommen« den Arbeitseinsatz polnischer Arbeitskräfte im Grenzgebiet. 1967 folgte ein Vertragsabschluss mit Ungarn. Wenige Jahre später unterzeichnete die DDR bilaterale Verträge mit Algerien (1974), Kuba (1975), Mosambik (1979), Vietnam (1980) und Angola (1984). In geringem Umfang sandten die Mongolei (1982), China (1986) und Nordkorea (1986) Arbeitskräfte in die DDR.<sup>2</sup>

## Viele junge Männer und keine Wahlmöglichkeiten

In der Mehrheit handelte es sich bei den ausländischen Arbeitskräften um junge Männer. Zur Frage, wie hoch genau der Frauenanteil unter den Arbeitsmigranten war, finden sich in der Forschung wenige und zum Teil widersprüchliche Informationen. Die meisten weiblichen Arbeitskräfte kamen vermutlich aus Polen und Vietnam. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen überwogen die Altersgruppen unter 35 Jahren.<sup>3</sup> Im Vergleich zur Bundesrepublik und gemessen an der Gesamtbevölkerung war die Anzahl ausländischer Arbeitsmigranten in der DDR gering. Von den frühen 1960er Jahren bis hin zum Mauerfall im November 1989 lässt sich jedoch eine deutliche Zunahme verzeichnen, vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kam es zu einem rasanten Anstieg der Anstellungszahlen. Für 1989 wird die Gesamtzahl ausländischer Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen auf 91 000–94 000 geschätzt.<sup>4</sup>

Die Anstellung der Arbeitskräfte erfolgte auf Grundlage bilateraler Verträge, in denen sich die DDR und das jeweilige Entsendeland über die Modalitäten des Arbeitseinsatzes verständigten. Der Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte war also durchweg staatlich organisiert, die Anreise der Vertragsarbeiter erfolgte in Gruppen, individuelle Vertragsaushandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gab es nicht.<sup>5</sup> Ebenso wie in den westlichen Industriestaaten übernahmen auch die »Gastarbeiter der DDR« vorrangig monotone, ungelernete und in anderer Hinsicht unattraktive Arbeiten. Sie arbeiteten gehäuft im Schichtdienst, mit veralteter Ausrüstung, am Fließband, sowohl in der Leicht- und Schwerindustrie als auch im Kohleabbau. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der DDR waren in annähernd 1 000 sogenannten volkseigenen Betrieben der DDR ausländische Vertragsarbeiter angestellt.<sup>6</sup>

Ihren Wohnort durften die ausländischen Arbeitnehmer nicht eigenständig wählen. Ihre Unterbringung wurde stattdessen vom Einsatzbetrieb organisiert und erfolgte in Wohnheimen, in denen nur ausländische Arbeitskräfte wohnten. Auch die Belegung der Zimmer wurde von der Betriebsleitung organisiert, pro Zimmer wurden bis zu vier Bewohner untergebracht. Männer und Frauen wohnten voneinander getrennt, selbst Ehepaare hatten keinen Anspruch auf ein gemeinsames Zimmer. Eine Einlasskontrolle registrierte An- und Abwesenheit der Bewohner und eventueller Besucher. Übernachtungsbesuch musste bei der Wohnheimleitung beantragt werden, ebenso die eigene Übernachtung außer Haus.<sup>7</sup>

Ein langfristiger Aufenthalt der ausländischen Vertragsarbeiter war nicht vorgesehen. Stattdessen basierten die bilateralen Verträge auf dem sogenannten Rotationsprinzip, nach dem Arbeitsmigranten in der Regel nach maximal fünf Jahren wieder in ihr Heimatland zurückgeschickt und durch Neuankömmlinge ersetzt wurden. Vertragsverlängerungen waren theoretisch möglich, bedurften jedoch der Zustimmung beider Staaten. Das Aufenthaltsrecht der ausländischen Arbeitskräfte war stets an ein bestehendes Arbeitsverhältnis geknüpft. Endete der Arbeitsvertrag, erlosch damit auch das Aufenthaltsrecht. Darüber hinaus konnten ausländische Vertragsarbeiter jederzeit vorzeitig entlassen und in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, wenn ihnen ein Verstoß gegen die »sozialistische Arbeitsdisziplin« zur Last gelegt wurde. Inwiefern ein solcher Verstoß stattgefunden hatte, lag im Ermessen des jeweiligen Einsatzbetriebes.<sup>8</sup>

## Eine doppelte Ausbildung?

Die Frage nach der Motivation der SED-Regierung, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, ist in der Forschung vielfach diskutiert worden. Folgt man der Darstellung der DDR-Presse, stellte die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ein Ausbildungs- und Hilfsprogramm gegenüber sozialistischen Bruderstaaten dar. So berichtete die *Junge Welt* von Osvaldo Estay aus Chile, der in der DDR »viele lernen [muss], wozu er in Chile keine Gelegenheit hatte.«<sup>9</sup> *Für Dich* sprach von kubanischen und mosambikanischen Arbeitskräften in der Lausitz, die »das Gelernte mit nach Hause nehmen« würden, um »beim Aufbau einer jungen Industrie« mitzuhelfen.<sup>10</sup> Und die Vietnamesinnen, die in einem Berliner Betrieb als Näherinnen arbeiteten, würden »später ihr Wissen und Können bei der Industrialisierung der Heimat weitergeben.«<sup>11</sup> Laut Darstellung der DDR-Presse kamen die Arbeitsmigranten zudem in den Genuss einer weltanschaulichen Ausbildung. Im alltäglichen Miteinander mit ihren deutschen Kollegen sollten sie den real existierenden Sozialismus erleben und dieses Gedankengut anschließend in ihre Heimatländer exportieren. Es ginge, so das *Neue Deutschland*, bei der Ausbildung der Zuwanderer auch um die »Entwicklung ihrer Persönlichkeit«.<sup>12</sup> Das gängige Erzählmuster der DDR-Presse kann daher als »Narrativ der zweifachen Ausbildung« bezeichnet werden.<sup>13</sup> Funktion dieses Narrativ war jedoch nicht allein die positive Selbstdarstellung der Staatspartei und ihrer Politik. Das Narrativ diente auch der Abgrenzung gegenüber der Gastarbeiter-Politik des kapitalistischen Westens und insbesondere der Bundesrepublik, die im öffentlichen Diskurs der DDR als »Fremdarbeiterpolitik« bezeichnet und damit in unmittelbare Nähe der nationalsozialistischen Verbrechen gerückt wurde.<sup>14</sup>

## Vielmehr Ausbeutung

Die Forschung ist sich allerdings weitgehend einig, dass der Mangel an einheimischen Arbeitskräften, insbesondere im Bereich unqualifizierter Tätigkeiten, die zentrale Motivation der SED-Regierung war, Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben.<sup>15</sup> Ebenso wie die kapitalistischen Anwerbestaaten Europas reagierte die DDR auf arbeitsmarktpolitische Notwendigkeiten. Die Frage, inwiefern die Arbeitsmigranten in der DDR trotz allem sinnvolle Tätigkeiten erlernten, ist je nach Nationalität und Einsatzort, vor allem aber je nach Zeitpunkt unterschiedlich zu beantworten. Mehrere Forscher halten fest, dass eine Qualifizierung der Ver-

tragsarbeiter zwar zu Beginn der Anwerbepolitik angestrebt wurde, im Laufe der Jahre aber an Bedeutung verlor und in den 1980er Jahren kaum noch eine Rolle spielte.<sup>16</sup> Darüber hinaus bestimmte das bereits vorhandene Bildungsniveau der einreisenden Arbeitskräfte, inwiefern diese mit anspruchsvollen und weiterbildenden Aufgaben betraut wurden oder ob ihre Arbeit auf simple, monotone Handgriffe beschränkt blieb. Während beispielsweise die mosambikanischen Zuwanderer in der Regel weder fachliche noch sprachliche Vorkenntnisse mitbrachten, wenn sie in die DDR einreisten, sprachen ungarische Arbeitskräfte zum Teil deutsch und hatten bereits eine abgeschlossene Ausbildung vorzuweisen.<sup>17</sup>

### »Freunde aus dem Ausland«

Nach Darstellung der DDR-Printmedien waren die ausländischen Vertragsarbeiter gut in die DDR-Gesellschaft integriert. Die Zugereisten, so der Tenor, hätten in der DDR eine »zweite Heimat« gefunden. Enge Bande zur einheimischen Bevölkerung seien geknüpft worden. In vielen Beiträgen werden Arbeitsmigranten schlicht als »Freunde« bezeichnet.<sup>18</sup> Diese Darstellung entsprach dem Selbstverständnis der DDR als antifaschistischem Staat, der die braune deutsche Vergangenheit erfolgreich hinter sich gelassen hatte. In der DDR, so Erich Honecker im August 1978, sei »der menschenfeindliche Rassismus mit der Wurzel ausgerottet« worden.<sup>19</sup> Klassenbewusstsein, nicht Ethnizität sollte das entscheidende Kriterium für Abgrenzung und Identitätsstiftung sein. Rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen waren tabu – was sprachlich nicht artikuliert wurde, so die dahinterstehende Hoffnung, würde auch in der sozialen Wirklichkeit keinen Raum einnehmen.

Ein näherer Blick auf die sprachliche Artikulierung dieses Wunschbildes zeigt jedoch, dass es hier nicht allein bei der Umsetzung in die Realität haperte. Eine Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte fand nicht nur im sozialpolitischen Umgang mit ihnen statt, sondern manifestierte sich bereits in den propagandistischen Thesen von Völkerfreundschaft und erfolgreicher Integration. Gleich auf mehreren Ebenen wird in der Berichterstattung der DDR-Presse über ausländische Arbeitskräfte ein Machtgefälle aufgebaut, das die Bürger der DDR als überlegen, die Zugewanderten als unterlegen darstellt. So werden DDR-Bürger in der Rolle des Helfenden, des Lehrers und Erwachsenen präsentiert, die Zugewanderten in der Rolle des Bedürftigen, des Schülers oder gar des Kindes. Die Infantilisierung der Arbeitsmigranten zeigt sich etwa in ihrer

konsequenten Anrede mit Vornamen, während deutsche Arbeitskollegen mit Nachnamen genannt werden.<sup>20</sup> Dieses Machtungleichgewicht wurde auch in anderen diskursiven Zusammenhängen reproduziert. So ist etwa in den Betriebsakten von der »Erziehung« der Arbeitsmigranten die Rede, die trotz ihres erwachsenen Alters als »Jungen« und »Mädchen« bezeichnet werden.<sup>21</sup> Selbst DDR-Bürgerinnen, die in Eingaben um die Verlängerung des Aufenthaltsrechts ihres ausländischen Partners bitten, reproduzieren das Machtgefälle, so etwa eine Verfasserin, die betont, dass ihr Freund es ernst mit der Beziehung meine, »obwohl er ein Mosambikamer sei.«<sup>22</sup>

Es ist die These des britischen Schriftstellers Rudyard Kipling von der »Bürde des weißen Mannes«, die hier in paternalistischem Ton in Form der »Bürde des DDR-Bürgers« zum Leben erweckt und mit dem Pflichtgefühl eines guten Sozialisten erklärt wird. Fremdenfeindliche Vorkommnisse in der DDR können also nicht pauschal auf die mangelnde Durchsetzungskraft einer auf Gleichberechtigung ausgerichteten Staatsideologie zurückgeführt werden. Vielmehr war die Diskriminierung Nicht-Deutscher bereits in der sprachlichen Artikulation dieser Ideologie selbst verankert.

## Fast unüberwindbare Hürden für Liebe und Freundschaft

Nichtsdestotrotz gab es viele Arbeitsmigranten, die den nahen Anschluss an die DDR-Gesellschaft suchten, und auf der anderen Seite DDR-Bürger, die versuchten, diesen Integrationswünschen zu entsprechen. Am deutlichsten zeigt sich dies an der Vielzahl binationaler Liebesbeziehungen. Eine rigide Gesetzgebung erschwerte diese Partnerschaften jedoch erheblich. So bedurften Eheschließungen zwischen DDR-Bürgern und Ausländern der Genehmigung beider Staaten. Und selbst in den seltenen Fällen, in denen eine Eheschließung genehmigt wurde, bedeutete dies für den ausländischen Partner kein Bleiberecht – auch dann nicht, wenn das Paar bereits gemeinsame Kinder hatte. Im Falle einer Schwangerschaft wurden Vertragsarbeiterinnen in der Regel vor die Wahl zwischen Ausreise oder Abtreibung gestellt. Diese Regelungen wurden erst Ende der 1980er Jahre gelockert. Großzügiger waren die Regelungen nur im Falle schwangerer Polinnen, die ihr Kind in der DDR zur Welt bringen durften.<sup>23</sup>

In den Betrieben arbeiteten ausländische Vertragsarbeiter gemeinsam mit deutschen Kollegen. Auch hier gab es also Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens. Seitens der deutschen Betriebsleitungen gab es durchaus Integrationsversuche. Ausländischen Arbeiterkollektiven

standen ein Gruppenleiter und ein Dolmetscher des eigenen Herkunftslandes vor, die zwischen Betriebsleitung und Landsleuten vermitteln sollten. Die Arbeitsmigranten waren Teil der Arbeiterbrigaden, kamen ebenfalls für Preise und Auszeichnungen in Betracht und durften eigene nationale Feiertage feiern.<sup>24</sup> Ein Problem blieb jedoch oft die Sprachbarriere. Zwar gab es verpflichtende Deutschkurse für die Arbeitsmigranten. Das hier gelehrt Vokabular war jedoch auf die Tätigkeit in der Fabrik und weniger auf den außerbetrieblichen Alltag ausgerichtet.<sup>25</sup>

Als problematisch erwies sich für die Betriebsleitungen zudem die ideologische Vorgabe, einer Gesellschaft anzugehören, die frei von Rassismus war. Das Spannungspotenzial des multikulturellen Miteinanders am Arbeitsplatz wurde dadurch schlicht verleugnet. Die Berichte über den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte, welche die volkseigenen Betriebe dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (SfAL) mehrmals pro Jahr zukommen lassen mussten, nennen zahlreiche Vorfälle, bei denen es zu (teilweise gewaltsamen) Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Angestellten kam.<sup>26</sup> In den Betriebsakten werden solche Auseinandersetzungen als »Besondere Vorkommnisse« verbucht. Diese Bezeichnung stimmt jedoch kaum mit der Häufigkeit ihres Auftretens überein, sondern muss als Versuch gesehen werden, am Wunschbild eines spannungsfreien interkulturellen Miteinanders festzuhalten. Die »Lösung« der rapportierten Zwischenfälle bestand meist in der Abschiebung der am Vorkommnis beteiligten ausländischen Arbeitskräfte.<sup>27</sup> Inwiefern bei diesen Konflikten stets die unterschiedliche Herkunft, oder aber doch nur interpersonelle Antipathien ausschlaggebend waren, ist an Hand dieser Quellen nicht zweifelsfrei zu sagen. Da ein ethnischer Konflikt auf Grund staatsideologischer Vorgaben jedoch von vornherein ausgeschlossen wurde, war konstruktiven Konfliktlösungen und einem interkulturellen Zusammenwachsen damit oft der Weg verstellt.

Hinsichtlich des nachbarschaftlichen Zusammenlebens von DDR-Bürgern und Arbeitsmigranten gab es allenfalls halbherzige Integrationsversuche der Behörden. Zahlreiche Eingaben, in denen sich DDR-Bürger über ihre ausländischen Nachbarn beschwerten, zeichnen das Bild eines angespannten nachbarschaftlichen Verhältnisses.<sup>28</sup> Der Umstand, dass die Arbeitsmigranten in großen Gruppen und auf engem Raum untergebracht waren, und es sich bei ihnen überwiegend um junge Männer handelte, trug hier sicher erheblich zu Nachbarschaftskonflikten bei. Seitens der DDR-Behörden versuchte man zunächst zu vermitteln. Das SfAL bestellte zu klärenden Gesprächen ein, an denen Vertreter beider Konfliktparteien teilnahmen.<sup>29</sup> Da diese Gespräche jedoch nur selten die gewünschte Ein-

gung erbrachten, löste das SfAL andauernde Konflikte letztlich durch eine physische Segregation: Entweder wurden die deutschen Beschwerdeführer umgesiedelt, oder aber die betroffenen Arbeitsmigranten. »Wir sehen«, resümiert der stellvertretende Staatssekretär im SfAL Horst Rademacher 1986 in einem Brief an den Staatssekretär der Staatlichen Plankommission Wolfgang Greß, »nach jahrelangen Erfahrungen und Versuchen solche Probleme zu mildern keine andere Lösung«. <sup>30</sup>

## Am Ende zerplatzte die Blase des Mythos der Freundschaft

Als im Laufe des Herbstes 1989 die Spannungen zwischen Bevölkerung und Staatsmacht zunahmen, wirkte sich dies auch auf das Verhältnis zwischen DDR-Bürgern und Arbeitsmigranten aus. Ausländer wurden zur Projektionsfläche von Angst und Wut und verstärkt als Konkurrenten im Kampf um knappe Ressourcen wahrgenommen. »Wir haben nichts zu verschenken! [...] Keinen proletarischen Internationalismus auf Kosten der eigenen Bevölkerung«, hieß es in einer Eingabe aus Waren vom 10. November 1989, dem Tag nach den Mauerfall. <sup>31</sup> Und ein Bürger aus Radelbeul hielt am 5. Dezember 1989 fest: »Es sind jetzt nicht die Zeiten dafür gegenüber Ausländern den Weihnachtsmann zu spielen.« <sup>32</sup> Während das SfAL in den Jahren zuvor auf derlei Eingaben mit einer kritischen Zurechtweisung und einem Appell an das internationale Solidaritätsgefühl reagiert hatte, fehlte diese Schärfe in den Antwortschreiben aus dem Herbst und Winter 1989/90. Anstatt fehlende Solidarität anzuprangern, wies die Behörde nun lediglich auf den wirtschaftlichen Nutzen der in der DDR wohnenden Arbeitsmigranten hin. <sup>33</sup> Eine Eingabe von über dreißig deutschen Arbeitern des Volkseigenen Betriebs (VEB) Bandstahlkombinat Hermann Matern in Eisenhüttenstadt offenbart den Autoritätsverlust der SED und ihrer Sprachpolitik schließlich überdeutlich. Man sei

»gegen die durch die Regierung beschlossene weitere Einbürgerung von ausländischen Bürgern in unsere Republik. Wir sind zutiefst enttäuscht, dass auch diese Entscheidung ohne Zustimmung des Volkes getroffen wurde und erwarten hierzu eine öffentliche Stellungnahme. Wir sind das Volk und haben über unsere Zukunft mitzuzentscheiden!« <sup>34</sup>

»Wir sind das Volk« – der Protestruf der Montagsdemonstrationen, der auf die Beseitigung der Diktatur und auf demokratische Reformen in der DDR abzielte und wenig später in der Variante »wir sind ein Volk« die

deutsche Wiedervereinigung einforderte, dient hier dazu, mit den Parolen der SED von Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität zu brechen. Die ausländischen Vertragsarbeiter haben in diesem »Wir« keinen Platz. Das »Volk« wird hier nicht (im Sinne der bürgerlichen Revolution) als Souverän benannt, sondern als ethnische Einheit angeführt: Der Volksbegriff wird nicht demokratisch, sondern völkisch verstanden.

Im Zuge des Zusammenbruchs des politischen Systems der DDR, der Abwicklung der volkseigenen Betriebe und vor dem Hintergrund eines zunehmend fremdenfeindlichen Klimas, kehrte die überwiegende Mehrheit der Arbeitsmigranten schließlich in ihre Heimatländer zurück.

## Anmerkungen

- 1 Klaus J. Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2002, S. 304.
- 2 Sandra Gruner-Domić, *Zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in die DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989)*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 32 (Juni 1996) 2, S. 204–230, hier S. 206 ff.
- 3 Für detailliertere Informationen zum Frauenanteil vgl. Ann-Judith Rabenschlag, *Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR (Diss.)*, Stockholm 2014, S. 22.
- 4 Hanns Thomä-Venske, *Notizen zur Situation der Ausländer in der DDR*, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* (1990) 3, S. 125–131, hier S. 126; Andreas Müggenburg, *Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation*, Berlin 1996, S. 8; Gruner-Domić, *Geschichte der Arbeitskräftemigration (Anm. 2)*, S. 229; die Autoren nennen leicht unterschiedliche Zahlen.
- 5 Zu den bilateralen Verträgen, vgl. u. a. Dirk Jasper, *Ausländerbeschäftigung in der DDR*, in: Marianne Krüger-Potratz (Hg.), *Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR*, Münster und New York 1991, S. 151–189; Gruner-Domić, *Geschichte der Arbeitskräftemigration (Anm. 2)*; Mirjam Schulz, *Migrationspolitik in der DDR. Bilaterale Anwerbungsverträge von Vertragsarbeitnehmern*, in: Kim Christian Priemel (Hg.), *Transit-Transfer*, Berlin 2011, S. 143–168.
- 6 Dennis Kuck, *»Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat?« Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR*, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger und Patrice G. Poutrus (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 271–281, hier S. 276; Nikolaus Werz, *Lateinamerikaner in der DDR*, in: *Deutschland Archiv* (2009) 5, S. 846–855, hier S. 848; Michael Feige, *Vietnamesische Vertragsarbeiter. Staatliche Ziele – lebensweltliche Realität*, in: Almut Zwengel (Hg.), *Die »Gastarbeiter« der*



- DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt (Studien zur DDR-Gesellschaft, Bd. 13), Berlin 2011, S. 35–52, hier S. 36; Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 16 f; Die Formulierung »Gastarbeiter der DDR« ist der Antologie Zwengels entnommen. Vgl. Zwengel, Gastarbeiter der DDR (Anm. 6).
- 7 Kuck, für den sozialistischen Aufbau (Anm. 6), S. 275; Andrzej Stach und Saleh Hussain, Ausländer in der DDR. Ein Rückblick, Berlin 1991, S. 16; Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 13.
- 8 Kuck, für den sozialistischen Aufbau (Anm. 6), S. 274; Thomä-Venske, Notizen zur Situation (Anm. 4), S. 127; Jasper, Ausländerbeschäftigung (Anm. 5), S. 173; Heidemarie Beyer, Entwicklung des Ausländerrechts in der DDR, in: Manfred Heßler (Hg.), Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, S. 211–229, hier S. 214; Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 18.
- 9 Junge Welt, 25.7.1978, S. 4.
- 10 Für Dich, 1981, Nr. 24, S. 18.
- 11 Für Dich, 1989, Nr. 6, S. 8. Weitere Beispiele in: Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 86 f.
- 12 Neues Deutschland, 6.3.1989, S. 2.
- 13 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf, (Anm. 3), S. 86–88.
- 14 Vgl. z. B. Lothar Elsner, Zum Wesen und zur Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz, Rostock 1974, S. 2–76.
- 15 Sandra Gruner-Domić, Beschäftigung statt Ausbildung. Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR (1961–1989), in: Jan Motte, Rainer Ohliger und Anne von Oswald (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Zuwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt a.M. und New York 1999, S. 215–240, hier S. 216; Stach und Hussain, Ausländer in der DDR (Anm. 7), S. 11; Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 8; Kuck, für den sozialistischen Aufbau (Anm. 6), S. 271; Jasper, Ausländerbeschäftigung (Anm. 5), S. 153; Werz, Lateinamerikaner (Anm. 6), S. 848; Mike Dennis, Die vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR, 1980–1989, in: Ders. und Karin Weiss (Hg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 15–49, hier S. 17 f; Rita Röhr, Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz, in: Behrends, Lindenberger und Poutrus, Fremde und Fremd-Sein (Anm. 6), S. 283–307, hier S. 290; Schulz, Migrationspolitik in der DDR (Anm. 5), S. 143; Bade, Europa in Bewegung (Anm. 1), S. 339; Anja Strnad, Vertragsarbeiter in der Leichtindustrie am Beispiel des VEB Textilkombinat Cottbus, in: Priemel, Transit – Transfer (Anm. 5), S. 169–187, hier S. 169. Lediglich Elsner und Elsner spielen die wirtschaftliche Motivation der SED deutlich herunter. Vgl. Eva-Maria Elsner und Lothar Elsner, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR, 1949–1990, Rostock 1994, S. 30; Dies., Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR (Hefte zur DDR-Geschichte, Abhandlungen 2), Berlin 1992, S. 26.

- 16 Kuck, für den sozialistischen Aufbau (Anm. 6), S. 272f; Stach und Hussain, Ausländer in der DDR (Anm. 7), S. 11; Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 10; Schulz, Migrationspolitik in der DDR (Anm. 5), S. 147f.
- 17 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 129.
- 18 Ebd., S. 82f.
- 19 Grußadresse des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, an die Weltkonferenz zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung in Genf, 14.8.1978, in: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hg.): Gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus. Dokumente der DDR 1977–1982, Berlin 1983, S. 158.
- 20 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 94–99.
- 21 Ebd., S. 120 und S. 125–127.
- 22 Eingabe aus Burg, 16.8.1983, in: Bundesarchiv (BArch), DQ3, 855; Vgl. auch Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 177–192.
- 23 Annegret Schüle, Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR: »Gewährleistung des Prinzips der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung«, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1 (2002), S. 80–100, hier S. 94f.; Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 18; Für detaillierte Informationen zum Einsatz polnischer Arbeitskräfte vgl. Rita Röhr, Hoffnung – Hilfe – Heuchelei. Geschichte des Einsatzes polnischer Arbeitskräfte in Betrieben des DDR-Grenzbezirks Frankfurt/Oder 1966–1991, Berlin 2001.
- 24 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 24 und 85.
- 25 Müggenburg, ausländische Vertragsarbeitnehmer (Anm. 4), S. 16f.
- 26 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 149–155.
- 27 Ebd., S. 155–159.
- 28 Ebd., S. 199–206.
- 29 Ebd., S. 205.
- 30 Brief vom 24.6.1986 von Rademacher an Greß, in: BArch, DQ3, 1809.
- 31 Eingabe aus Waren, 10.11.1989, in: BArch, DQ3, 1804.
- 32 Eingabe aus Radebeul, 5.12.1989, in: BArch, DQ3, 1801.
- 33 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf (Anm. 3), S. 206–213.
- 34 Eingabe aus Eisenhüttenstadt, 9.11.1989, in: BArch, DQ3, 1805.



Geflüchtete in Bad Segeberg, um 1946.

Andreas Kossert

## Wann ist man angekommen?

### Flüchtlinge und Vertriebene im Nachkriegsdeutschland

»Aus ihrem Land waren sie vertrieben worden, und in unserem wurden sie nicht heimisch. Sie hatten sich bei uns niedergelassen, sie hatten in unserer Stadt ihr Quartier aufgeschlagen, aber eigentlich bewohnten sie ihre verschwundene Heimat. Fortwährend sprachen sie darüber, was sie alles verloren hatten, und davon wollte keiner in der Stadt etwas hören.«<sup>1</sup>

Christoph Hein, selbst Vertriebener aus Schlesien, hat in seinem Roman «Landnahme» die tiefen Konflikte innerhalb der deutschen Gesellschaft

nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben. Bis zu 14 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge strömten in das verbliebene Deutschland, ohne Rückfahrkarte im Gepäck. Sie stammten aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, aus Czernowitz, aus Siebenbürgen, aus der Gottschee. Mitnichten kamen jedoch Deutsche zu Deutschen, denn zu unterschiedlich waren kulturelle und mentale Prägungen. Bauern aus Galizien trafen auf urbane Württemberger, Prager Großbürger auf Oberfranken auf dem Land. Dialekte, Mentalitäten, Konfessionen und Sozialisationen – die Unterschiede konnten kaum größer sein.

## Fundamentale Änderungen der Gesellschaft

»Wir können alles. Außer Hochdeutsch!« lautet eine geniale Werbekampagne des Landes Baden-Württemberg. Mit dieser Aktion propagiert der Südwest-Staat eine spezifische Eigenart, selbstbewusst und lokalpatriotisch. Im Zeitalter von Globalisierung und Krisen sehnen sich viele nach dem Regionalen, dem Fassbaren, dem Vertrauten. Was aber macht baden-württembergische Identität aus? Daraus ergibt sich ebenfalls die Frage: Wann ist man angekommen, wann Badener oder Württemberger, aber für ganz Deutschland auch wann Westfale, Rheinländer, Niedersachsen, Holsteiner, Sachse oder Franke? Gleichzeitig scheint ebenfalls die Frage berechtigt, ob einige vielleicht nie ankommen, weil sie immer fremd bleiben.

Wussten die Marketing-Experten in Baden-Württemberg überhaupt von den fundamentalen Änderungen durch die Ankunft von Flüchtlingen und Vertriebenen? Nach 1945 konnten bis zu zwanzig Prozent aller Menschen, insgesamt fast zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, in Baden und Württemberg weder Schwäbisch noch Badisch, ja, viele können es bis heute nicht. Sie sprachen Egerländisch, Böhmisch, Schlesisch, Ostpreußisch oder die Idiome Siebenbürgens, des Banats, der Batschka oder das russlanddeutsche Schwäbisch. Doch ist ihr kulturelles und sprachliches Erbe integraler Teil der baden-württembergischen Identität geworden, ist Schwaben in seinem Bewusstsein böhmischer oder schlesischer geworden? Zweifel sind angebracht. An diesem Beispiel zeigt sich, wie schwierig »Integration« ist, und vor allem, ab wann sie als gelungen betrachtet werden kann. Vorsicht ist ebenfalls geboten, wenn zwar Begriffe wie »Eingliederung« oder »Integration« verwendet werden, man aber eigentlich als Wunschziel die Assimilation von Flüchtlingen und Vertriebenen vor Augen hat.

## Wahrnehmung der »Fremden«

Die fremden Deutschen aus dem Osten wurden in den vier Besatzungszonen, vielfach als »Polacken«, als »Zigeuner«, als »Rucksackdeutsche« diffamiert. Willkommen waren sie nicht, vielmehr bestimmte Fremdheit ihren Alltag. Wenn Flüchtlinge zwangsweise ihre Heimat verlassen, tauchen historisch immer wiederkehrende Bilder auf, die uns seit den ältesten schriftlichen Überlieferungen im Alten Testament vertraut sind: Die Geschichte vom Eigenen und Fremden, von Willkommenskultur und Fremdenfeindlichkeit, von Hilfsbereitschaft und Rassismus, von Integration, Assimilation oder dauerhaft empfundenem Exil. 2015 kamen eine Million Flüchtlinge nach Deutschland, eine neue Willkommenskultur brach sich vorübergehend Bahn. Deutschland handelte anders als viele europäische Nachbarn. Menschen auf der Flucht 2015 – diese Bilder rufen historische Erfahrungen von Millionen Deutschen wach. Mutig und nicht unumstritten wehte am Leipziger Rathaus 2015 ein Banner mit flüchtenden Frauen und Kindern in Danzig 1945 sowie im syrischen Kobane 2015, ohne weitere Kommentierung. Bewusst lud Oberbürgermeister Burkhard Jung damit zur Reflexion ein, um die Menschen durch das Prisma eigener nationaler Erfahrungen empathiefähiger für die Flüchtlinge unserer Tage zu sein. Die Stadt Leipzig dokumentierte damit, dass historische Erfahrungen einen Resonanzraum in der Gegenwart haben.<sup>2</sup> Das unterstreicht auch der Initiator der Initiative Cap Anamur, der kürzlich verstorbene Rupert Neudeck. Er begründet seine eigene Fluchterfahrung 1945 aus Danzig für sein Engagement für Flüchtlinge unserer Tage:

»Die Bilder von damals blieben in mir gespeichert, prägten mein weiteres Leben – und machten mir etwas sehr Wichtiges klar: Eigentlich haben die meisten Menschen einen Hintergrund, der mit Migration und Flucht zu tun hat. Und auch wer zu wissen meint, dass seine Familie schon immer da war, wo er jetzt lebt, sollte sich nicht so sicher fühlen. Es könnte durchaus sein, dass es ihn oder seine Nachkommen in Zukunft doch noch erwischt. Denn in uns allen steckt ein Flüchtling«.<sup>3</sup>

Diese Beispiele zeigen, wie nachhaltig die Ankunft von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen war, denn sie haben Deutschland fundamental, ja revolutionär, verändert. Dennoch gewinnt man manchmal den Eindruck, als sei uns das immer noch nicht recht bewusst. Anders war es in London, als 2014 dort unter großer medialer Beachtung im Britischen Museum eine außergewöhnliche Ausstellung »Germany. Memories of a Nation« eröffnet

wurde.<sup>4</sup> Unter den wenigen Objekten, die dort die deutsche Geschichte von ihren Anfängen bis heute repräsentierten, wählte das Kuratorenteam unter Neil MacGregor ein Fluchtgefährt, einen Handwagen, mit dem eine deutsche Familie aus Pommern 1945 in den Westen geflüchtet war. Flucht als kollektive Erfahrung der Deutschen im 20. Jahrhundert: In London hatte man die Dimensionen des Fluchtgeschehens für die deutsche Gesellschaft nach 1945 längst erkannt und ihrer Bedeutung entsprechend exemplarisch an diesem zentralen Ort britischer Geschichte präsentiert.<sup>5</sup>

## Deutschland – Flüchtlingsland

Aufgrund jener kollektiven Erfahrungen ist Deutschland eigentlich ein Flüchtlingsland. Mehr noch, diese Bundesrepublik ist ohne Flüchtlinge nicht zu denken. Besorgte Pegida-Wutbürger ziehen auf die Straßen mit Transparenten wie »Bitte weiterflüchten«, vielleicht nicht einmal ahnend, dass ihre Eltern oder Großeltern nach 1945 im besetzten Nachkriegsdeutschland selbst Zuflucht suchen mussten. Im November 2014 erinnerte der Nobelpreisträger Günter Grass in Hamburg an die Not am Ende des Zweiten Weltkrieges: Er forderte – in der ihm eigenen pointierten Zuspitzung – ähnlich den Nachkriegsjahren nichts weniger als Zwangseinquartierungen in den gepflegten Eigenheimen der Deutschen.<sup>6</sup> Damit sollte Flüchtlingen unserer Tage ein Obdach gegeben werden. Siebzig Jahre später eine ungeheuerliche Zumutung für behagliche Wohlstandsmilieus durch einen intellektuellen Provokateur. Doch Grass erinnert zurecht an reale Lebenswelten im Deutschland jener Jahre, als Heimatlose, zu denen auch der gebürtige Danziger zählte, nach Kriegsende in dieses Land kamen, ohne die Möglichkeit ihrer Rückkehr. Von der konkreten Ankunftserfahrung geprägt, trat Günter Grass als früher Mahner gegen die eine gelungene Integration zelebrierende westdeutsche Politik auf, deren Leistungsstolz die tiefgreifenden Probleme der Vertriebenen kaschieren wollte. Hier sprach er, das ist unverkennbar, als persönlich Betroffener.

»Während der ersten Nachkriegsjahre bestimmten Hunger und Kälte, die Not von Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausgebombten den Alltag. In allen vier Besatzungszonen konnte der zunehmende Andrang von schließlich mehr als zwölf Millionen Deutschen, die aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland geflüchtet waren oder ausgewiesen wurden, nur durch Zwangseinweisung in beschränkten Wohnraum reguliert werden. [...] Mithin eine Leistung besonde-

rer Art. Denn die Zwangseinweisung von Flüchtlingen und Vertriebenen mußte oft genug gegen den fremdenfeindlichen Widerstand seßhaft einheimischer Bevölkerung durchgesetzt werden; die Einsicht, daß alle Deutschen, nicht nur die Ausgebombten und nunmehr Heimatlosen, den Krieg verloren hatten, dämmerte nur zögerlich; so früh wurde hierzulande das bis heute virulente Verhalten gegenüber Ausländern im Umgang von Deutschen mit Deutschen eingeübt.«<sup>7</sup>

## Nicht willkommen

Willkommen waren sie nicht, die Flüchtlinge. »Verschwinds, damisches Gesindel«, entgegnete man im Chiemgau einem kleinen Flüchtlingsjungen aus Ostpreußen, manchmal ließ man die Hunde von der Kette.<sup>8</sup> »Flüchtlings Schweine«, »Mulattenzucht« und »Polacken« schimpfte man sie. Allein auf sich gestellt, waren sie auf das Mitleid fremder Menschen in einer fremden Umgebung angewiesen. »Die drei großen Übel, das waren die Wildschweine, die Kartoffelkäfer und die Flüchtlinge«, sagte man nach dem Krieg im Emsland.<sup>9</sup> Für einige Zeitgenossen erschien es, als drängten sie ein wie eine »biblische Plage«, obwohl die Flüchtenden selbst keinen Einfluss auf das Geschehen hatten. Zwangseinquartierungen von Vertriebenen in die Häuser der Einheimischen, an die Günter Grass erinnert, gefährdeten mancherorts die soziale Ordnung. Maschinenpistolen der Besatzungsmächte mussten häufig unter Androhung von Gewalt die Aufnahme der Obdachlosen erzwingen. 1946 traf Grass seine Eltern und Schwester im Bergischen Land nach fast zwei Jahren Trennung wieder. Er erlebte persönlich die erzwungene Einquartierung bei einer eingessenen Bauernfamilie und beschrieb diese Ankunftssituation in seiner Autobiografie »Beim Häuten der Zwiebel« so:

»Vor mir standen Vertriebene, als einzelne zwar, doch unter Millionen von nur statistischem Wert. Ich umarmte Überlebende, die, wie es hieß, mit dem Schrecken davongekommen waren. Man existierte noch irgendwie, aber... [...] Die zuständige Behörde hatte die Eltern und die Schwester bei einem Bauern eingewiesen. Dieser Zwang war üblich, denn freiwillig wurden Flüchtlinge und Vertriebenen selten aufgenommen. Besonders dort, wo keine Schäden sichtbar waren, Haus, Stall und Scheune wie unbekümmert auf Erbrecht fußten, zudem keinem Bauernschädel ein Haar gekrümmt worden war, verweigerte man die Einsicht, den siegreich bejubelten Krieg gemeinsam mit den Geschädigten verloren zu haben.

Nur weil von der Behörde gezwungen, hatte der Besitzer des Hofes meinen Eltern den zweigeteilten Raum mit Betonfußboden überlassen: eine ehemalige Futterküche für Schweinemast.

Beschwerden halfen nichts. »Geht doch hin, wo ihr hergekommen seid!« hieß die Antwort des seiner Hektar sicheren Bauern, der so katholisch war wie jener, dem ich im Frühjahr des vergangenen Jahres davongelaufen war. Allorts hatte man sich schon immer mißtrauisch bis feindselig gegenüber Fremden verhalten und – wie es hieß – Hergelaufenen verhalten; dabei sollte es bleiben.«<sup>10</sup>

Hier wagt Grass Zusammenhänge herzustellen, die für die großen Nachkriegsnarrative von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, aber auch von Verdrängung und Verantwortung, schwere Kost waren. Die ihren Opferstatus herausstellenden Vertriebenenverbände hingen am Subventionstropf der von Einheimischen geprägten Landes- und Bundesregierungen und stimmten frühzeitig in den westdeutschen Hurratriotismus der »gelungenen Integration« ein. Grass sah diesen Integrationsprozess von Anfang an kritischer, sah die mentalen Verletzungen, das Heimweh insbesondere der Alten. Diskriminierung, Ausgrenzung und Feindschaft gegenüber den deutschen Vertriebenen innerhalb der deutschen Gesellschaft thematisierte er bereits frühzeitig.

## Traumatische Ankunftserfahrungen

Zahlreiche Belege für die teilweise traumatischen Ankunftserfahrungen im Westen bietet die deutsche Nachkriegsliteratur. Sie ist ein verlässlicher Seismograf für die Erfahrungen von Heimatverlust und Exil. Neben vielen anderen Autoren sind es Christoph Hein, Günter Grass, Siegfried Lenz und auch Christa Wolf, die dieses Schicksal selbst teilten. Viele Heimatlose konnten ihren Verlust nicht verkraften und zerbrachen regelrecht daran. Heimweh als Todesursache, davon erzählt Christa Wolf in ihrem 1976 erschienenen Buch »Kindheitsmuster«:

«Für die Alten – für die, die seit Jahren vom Tod gebrabbelt hatten, um den Widerspruch der Jüngeren zu hören – wurde es Zeit, zu schweigen; denn was jetzt vor sich ging, das war ihr Tod, sie wußten es gleich, sie alterten in Wochen um Jahre, starben dann, nicht schön der Reihe nach



und aus den verschiedensten Gründen, sondern alle auf einmal und aus ein und demselben Grund, mochte man ihn Typhus nennen oder Hunger oder ganz einfach Heimweh, was ein überaus triftiger Vorwand ist, um daran zu sterben.»<sup>11</sup>

Oft wurde von der gelungenen Integration gesprochen, das war jedoch oft eine Reduzierung auf die materiellen Folgen der Vertreibung. Andere Dimensionen übersah man dabei häufig gern, sie passten nicht ins Bild der zupackenden Bundesrepublik. Insbesondere alten Menschen fehlte vielfach die Kraft zu einem Neuanfang. Auf den Friedhöfen in Deutschland künden Grabinschriften von dieser Sehnsucht der Flüchtlinge: die Heimatorte der Verstorbenen – Stettin, Waldenburg, Allenstein, Flatow, Glatz, Eger – unterstreichen in Stein gemeißelt ihre irdische Heimatlosigkeit.

Deutschland und seine Vertriebenen: Nach 1945 war ihre Anwesenheit die ungeliebte Mahnung an den gemeinsam verlorenen Krieg, den man am liebsten verdrängen und vergessen wollte. Allein auf sich gestellt, waren die Vertriebenen auf das Mitleid fremder Menschen in einer fremden Umgebung angewiesen. Katharina Elliger berichtet über ihre Ankunft in Westfalen:

»Am Morgen darauf machte ich mich mit meiner Mutter auf den Weg, um ausfindig zu machen, wo wir einquartiert werden sollten. [...] Schließlich baten wir einen Mann, der auf dem Feld arbeitete, um Auskunft. Er machte nur eine unbestimmte Geste und fragte: »Wo kommt ihr denn wech?« Ich fand seine Aussprache lustig. Auf meine Antwort: »Aus Schlesien« schüttelte er den Kopf: »Kalte Heimat, watt? Polacken! Kieschitzki und Co!« Wir waren entsetzt. Mit einem Schlag war uns klar, wofür man uns hielt: dahergelaufenes Pack mit zweifelhafter Herkunft.«<sup>12</sup>

Frontal trafen zwei Welten aufeinander: Habenichtse und Besitzende. Die Vertriebenen kamen überwiegend auf dem Land in eine feindliche Welt einheimischer Besitzstände. Im nordhessischen Oberlistingen sagte ein einheimischer Bauer im Jahr 1950, überfordert mit dem, was seine vertriebenen Landsleute erlebt und erlitten hatten:

»Die Heimatvertriebenen können uns nicht immer auf der Pelle sitzen. Sie wollen nun schon Schweine und Hühner halten. Wir sollen ihr Viehzeug mit in unsere Ställe sperren. [...] Wir sind nicht schuld, daß sie ihre Heimat verlassen mußten. Sie sprechen zwar immer davon, daß

wir gemeinsam den Krieg verloren hätten; aber man kann doch nicht so einfach alles teilen wollen.«<sup>13</sup>

## Materielle Hilfen

Dass es mit Soforthilfegesetz und Lastenausgleichsgesetzgebung materielle Möglichkeiten für einen Neuanfang gab, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere in der Bundesrepublik eine wirkliche Entschädigung nie erfolgt ist, auch gar nicht erfolgen konnte. Im Nachgang darf man die geleistete Hilfe nicht verklären, denn es hat handfeste Verteilungskämpfe und Interessenkonflikte gegeben. Deutlich kritisierte Günter Grass die in seinen Augen ungerechte Verteilung der Kriegsfolgen. Insbesondere Verarmung und soziale Ungerechtigkeiten des Lastenausgleichs offenbarten, dass die Flüchtlinge aus dem Osten die Hauptlast für die deutsche Schuld bezahlt hätten. Eine wahre solidarische Umverteilung sei unterblieben, das westdeutsche Eigentum unangetastet geblieben.

»Nachdem die letzten Illusionen zu schwinden beginnen und deutlich wird, daß die verlorenen Ostprovinzen – Schlesien, Pommern und Ostpreußen – weder durch bloßes Wünschen noch durch die demagogische Formel ›friedliche Rückgewinnung‹ zurückgewonnen werden können, zeichnet sich ab, wie einseitig die Hauptlast des verlorenen Krieges den ehemaligen Flüchtlingen aufgebürdet worden ist: Während sie ihre Heimat verloren, klammerte sich der westdeutsche Besitzstand an Grund und Boden, kam es nicht zum Lastenausgleich.«<sup>14</sup>

Und dennoch: Auf revolutionäre Weise hat sich Deutschland nach 1945 durch die Ankunft der Flüchtlinge verändert; alles schien aus den Fugen geraten. Die bloße Anwesenheit der Flüchtlinge stellte gewachsene Hierarchien und Traditionen in Frage. Kurzum: Flüchtlinge waren Motoren einer ungeahnten Modernisierung, sie brachen verkrustete Strukturen auf und trugen maßgeblich zum Wiederaufbau Deutschlands bei. Heimatlosigkeit und Obdachlosigkeit war für Millionen Deutsche eine Grunderfahrung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Gesellschaft bleiben konnte. Auch die Einheimischen standen vor gewaltigen Herausforderungen. Zwei völlig unterschiedliche Erfahrungswelten trafen aufeinander, die häufig einem »cultural clash« gleichkamen. Der große Unterschied liegt auf der Hand: Wer sich seiner Heimat stets sicher sein konnte, brauchte sich nie Fragen nach Identität zu stellen. Wer sie verloren hatte, musste sie das stän-

dig tun. Erzwungener Heimatverlust bringt jedoch die Gewissheit vom geschützten Raum, vom Elternhaus, vom Dialekt der Kindheit, den Gerüchen der Küche, diese von frühester Kindheit geprägte Gewissheit von Zugehörigkeit durcheinander. Für Millionen Deutsche war das eine konkrete persönliche Erfahrung.

## Verdrängte Erinnerung

Die Trauer um die verlorene Heimat, die Verletzungen durch die Ankunftserfahrungen – sie fanden hinter verschlossenen Türen statt, privatisiert in den Familien. Und die Geschichten begleiten die Familienangehörigen bis heute. Nachgeborene Kinder von Vertriebenen werden häufig erst durch den Tod der Eltern noch einmal mit den Traumatisierungen in der Familiengeschichte konfrontiert. Solche Geschichten sind in Deutschland millionenfach zu erzählen und wirken weiter nach. Doch wurden sie – wenn überhaupt – in den Familien weitergegeben, der Welt der Einheimischen blieben sie oft verborgen. Die innere, die mentale Kluft zwischen Deutschen, die ihre Heimat verloren haben und denen, die sie nicht verloren haben, existiert nach wie vor – so der Osteuropahistoriker Karl Schlögel, obwohl äußerlich kein Unterschied mehr feststellbar ist.<sup>15</sup> In vielen Millionen deutscher Wohnzimmer wurde getrauert um den Verlust der Heimat. Daher verlaufen die unterschiedlichen Erzählungen auch nicht entlang politischer Linien, sondern, ob die Heimat der Familie im Böhmerwald, Riesengebirge oder Siebenbürgen war oder im Westerwald, Lüneburger Heide oder Schwarzwald.

Lange Zeit begnügte man sich in der Darstellung der Ankunft der Vertriebenen im verbliebenen Teil Deutschlands mit der Erzählung der Erfolgsgeschichten, die allein die materiell messbare Integration unterstreichen sollten. Sind die Flüchtlinge und Vertriebenen als neue Hessen oder Rheinland-Pfälzer Teil einer neuen Landesidentität geworden? Das wäre ein Zeichen von gelungener Integration. Nicht nur die Angekommenen mussten sich an die neuen Gegebenheiten anpassen, sondern auch die Mehrheitsgesellschaften veränderten sich. Doch hinterließen diese Veränderungen kaum Spuren im kollektiven Bewusstsein. Noch heute lohnt exemplarisch ein Blick in Ortschroniken und Regionalgeschichten. Wenn überhaupt, kommt die Ankunft der Vertriebenen – die häufig bis zwanzig bis fünfzig Prozent der örtlichen Bevölkerung nach Kriegsende ausmachen konnten – in wenigen Sätzen vor, dann wird die Dorfgeschichte weitererzählt, als habe die Ankunft der Schlesier, Ostpreußen oder

Donauschwaben gar nichts in der lokalen Gemeinschaft verändert. Viele Vertriebene empfanden ihren Aufenthalt viele Jahrzehnte deshalb nur als Geduldetsein, deshalb wählten viele die innere Emigration.

Flüchtlinge, die heute vor Unmenschlichkeit, Terror und Kriegen fliehen, rufen bei vielen Deutschen historische Bilder wach. Dieses Land hat trotz der beschriebenen Schwierigkeiten mit der Integration von Millionen Vertriebenen eine ungeheure kulturelle und soziale Herausforderung gestemmt, als manche ein Scheitern oder gar ein schwelendes revolutionäres Pulverfass voraussagten. Dass es dennoch auf der physischen und finanziellen Ebene gelungen ist, erleichtert vielleicht heute Mitgefühl und Solidarität, unaufgeregt und souverän. Gleichzeitig lohnt einmal mehr ein neuer Blick auf eigene Familienbiografien. Das »Bitte weiterflüchten« der Dresdener Transparente hingegen offenbart einen Zynismus, der diese elementaren historischen Erfahrungen ausblendet. Millionen Biografien in Deutschland sind in ihrem Kern von einem Flüchtlingsschicksal geprägt. Vertreibung, Heimatlust und unerwünschte Ankunft haben als millionenfache Erfahrung in der deutschen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen und das Flüchtlingsschicksal damit in der mentalen Verfassung der deutschen Gesellschaft eingeschrieben. Die beschriebenen Schwierigkeiten auf der emotionalen Ebene aber sollten gleichzeitig das Bewusstsein für die enormen Herausforderungen einer wirklichen und gelungenen Integration schärfen.

## Anmerkungen

- 1 Christoph Hein, Landnahme, Frankfurt a. M. 2005, S. 35.
- 2 Fotobanner am Rathaus Leipzig thematisiert Flucht und Vertreibung, in: Leipziger Volkszeitung, 8.10.2015, [www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Fotobanner-am-Rathaus-Leipzig-thematisiert-Flucht-und-Vertreibung](http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Fotobanner-am-Rathaus-Leipzig-thematisiert-Flucht-und-Vertreibung), letzter Zugriff am 3.11.2016.
- 3 Rupert Neudeck, In uns allen steckt ein Flüchtling. Ein Vermächtnis, München 2016, S. 7–8.
- 4 In einer leicht veränderten Form wurde die Ausstellung unter dem Titel »Der Britische Blick: Deutschland – Erinnerungen einer Nation« vom 8. Oktober 2016 bis 9. Januar 2017 im Berliner Gropius Bau gezeigt.
- 5 Vgl. dazu die deutsche Übersetzung des Essaybandes von Neil MacGregor, Deutschland. Erinnerungen einer Nation, München 2015. Vgl. auch Andreas Kossert, Böhmen, Pommern, Syrien, in: Zeit Online, 29.1.2015, [www.zeit.de/2015/05/fluechtlinge-boehmen-pommern-nachkriegszeit](http://www.zeit.de/2015/05/fluechtlinge-boehmen-pommern-nachkriegszeit), letzter Zugriff am 23.11.2016.
- 6 Grass fordert private Unterbringung von Flüchtlingen, in: Zeit Online, 27. 11.2014, [www.zeit.de/gesellschaft/2014-11/guenter-grass-fluechtlinge-asytrecht-unterbringung](http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-11/guenter-grass-fluechtlinge-asytrecht-unterbringung),

letzter Zugriff am 3.11.2016.

- 7 Günter Grass, *Essays und Reden* Bd. 4. Werkausgabe, Göttingen 2008, S. 201 f.
- 8 Siehe dazu etwa die Erinnerungen von Olaf Ihlau, *Der Bollerwagen*, München 2014. Ihlau wählt für seine Autobiografie insgesamt den Bollerwagen als Begleiter durch sein Leben, vom ostpreußischen Königsberg bis schließlich auf seiner Finca auf Ibiza.
- 9 Interview mit Manfred Meißner, in: Andreas Einyck (Hg.), *Alte Heimat – Neue Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945*, Lingen 1997, S. 495.
- 10 Günter Grass, *Beim Häuten der Zwiebel*, Göttingen 2006, S. 272–273.
- 11 Christa Wolf, *Kindheitsmuster*, München 2002, S. 412.
- 12 Katharina Elliger, *Und tief in der Seele das Ferne. Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien*, Reinbek 2006, S. 182 f.
- 13 Wolfgang Schröder, Oberlistingen, Kreis Wolfhagen, und seine bäuerlichen Heimatvertriebenen, in: Eugen Lemberg und Lothar Krecker (Hg.), *Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen*, Marburg 1950, S. 44–54, hier S. 49.
- 14 Günter Grass, *Essays und Reden* Bd. 2, 1970–1979. Werkausgabe, Göttingen 2001, S. 96 f.
- 15 Karl Schlögel, *Topographie des Verlustes. Europäische und brandenburgische Erfahrungen*, in: Christoph Kleßmann, Burghard Ciesla und Hans-Hermann Hertle (Hg.), *Vertreibung. Neuanfang, Integration*, Potsdam 2001, S. 11–35, hier S. 14.



DDR-Bürger beim Einkauf in Westberlin, 12. November 1989.

Bettina Effner

## Das Spezifische deutsch-deutscher Migration

»Wohin flüchten?« war das Kursbuch 183 vom September 2015 betitelt, dessen Autorinnen und Autoren zu einer differenzierten Bestandsaufnahme der damals heftig diskutierten Wanderungen nach Europa beitragen wollten. Diese »entscheidende Frage« dürfte sich den Menschen, die wegen Repression und Indoktrination, fehlender Grundrechte und rigider Beschneidung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten zwischen 1949 und 1989 die DDR verließen, nicht gestellt haben. Selbst für die wenigen, die es in weitere Ferne zog, war die Bundesrepublik in der Regel eine unvermeidliche Station: »Wir sind halt Deutsche, das ist das Land, wo man sich verständigen kann, wir müssen erstmal hierher, schon um zu Papieren zu kommen«, erläuterte die in den 1970er Jahren geflüchtete Brigitte H. ihre Überlegungen. DDR-Bewohner waren laut Grundgesetz Deutsche, und wer in den westlichen Teilstaat gelangte, konnte sich ohne Umschweife einen

Pass ausstellen lassen. Im Vergleich zu anderen Menschen, die das Gebiet der Bundesrepublik betreten und hier ansässig werden wollten, waren die aus der DDR Herüberwechselnden daher privilegiert. Die Regelung des Grundgesetzes, die ihnen Freizügigkeit sicherte, bedeutete für sie gleichsam eine offene Tür; auch über alle weiteren Rechte, die der westdeutsche Staat seinen Bürgern garantierte, verfügten die ostdeutschen Flüchtlinge und Übersiedler sofort vollumfänglich.<sup>1</sup>

So waren DDR-Zuwanderer einerseits ihrem Status nach von vornherein zugehörig und gleichberechtigt – während sie andererseits von außen, aus einem andersartigen Staatswesen und einer nach anderen Grundsätzen organisierten Gesellschaft, in die Bundesrepublik kamen. Die folgenden Ausführungen setzen bei dieser Besonderheit der deutsch-deutschen Migration an. Fokussiert auf die 1980er Jahre gehe ich der Frage nach, wie sich dieses Spezifische hinsichtlich der Aufnahme und des Ankommens der Zuwanderer in der neuen Gesellschaft fassen lässt. Drei Aspekte werden dabei in den Blick genommen. Erstens: Wie moderierte der westdeutsche Staat auf Basis der grundgesetzlich festgeschriebenen Staatsbürgereigenschaft die Eingliederung der Übergesiedelten in zentrale gesellschaftliche Funktionssysteme, vor allem die Bereiche Bildung und Arbeit (Stichwort Teilhabe)? Zweitens: Ebenfalls per Verfassung gesetzt war die Zugehörigkeit der Ostdeutschen zu derselben (gedachten) nationalen Gemeinschaft. Lassen sich Beobachtungen einer partiell skeptisch-distanzierten Aufnahme in den 1980er Jahren aus einem Wandel des nationalen Selbstverständnisses der Westdeutschen erklären? Drittens: Inwieweit machten auch diese Wandernden, die »von Deutschland nach Deutschland« gingen, Fremdheitserfahrungen – und sind darin anderen Migranten trotz aller Spezifik eventuell vergleichbar? Wo im Folgenden jenseits allgemeiner Beobachtungen eine lokale Ebene angesprochen ist, wird als Beispiel West-Berlin herangezogen.<sup>2</sup>

## Teilhabe

Über die volle Mitgliedschaft im westdeutschen Staat verfügten übergesiedelte DDR-Bürger als Deutsche laut Grundgesetz umstandslos. Wie interpretierte der Staat auf Grundlage dieser Beziehung seine Aufgabe speziell gegenüber diesen Bürgern? Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann formulierte im November 1984 mit Blick auf die Zuwanderer aus der DDR: »Für ihre Eingliederung muss ihnen die Hilfe zuteil werden, die notwendig ist, um vorhandene Startnachteile auszugleichen

und Chancengleichheit herzustellen.« Wie dieses Programm zu verstehen ist, erschließt sich, wenn man die Erläuterungen des Migrationsforschers Michael Bommers zur Aufnahme von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in der Bundesrepublik nachvollzieht. Er beschreibt ein Prinzip, das trotz sonstiger Unterschiede etwa hinsichtlich der Sprache für beide Gruppen galt: Bommers argumentiert, dass der Wohlfahrtsstaat die abweichenden Biografien der Migranten gleichsam reparierte. Abweichend waren ihre Lebensläufe, weil Bildungs- und Ausbildungswege nicht dem entsprachen, was man in der Bundesrepublik kannte und erwartete; und auch, weil sich das an Eigentum und sozialer Absicherung Akkumulierte nicht ohne Verluste in das Leben nach der Wanderung transferieren ließ.<sup>3</sup>

Diese Problematik struktureller Anschlussfähigkeit traf auch auf die Lebensläufe von DDR-Zuwanderern zu. Der Staat begegnete ihr mithilfe des gleichen Eingliederungsinstrumentariums, das er für Aussiedler nutzte; unter anderem in Gestalt des Bundesvertriebenen-, Fremdreten- und Lastenausgleichsgesetzes war dieses Instrumentarium bis Mitte der 1960er Jahre in wesentlichen Zügen entwickelt worden. Gelder für Wohnungsbau und Hausratsbeschaffung, Kredit- und Steuererleichterungen, auch Hilfen zur wirtschaftlichen Existenzgründung: Diese Mittel erlaubten, Defizite infolge der Migration auszugleichen. Bei den Sozialversicherungen wurden DDR-Zuwanderer so behandelt, als hätten sie ihr Leben lang in der Bundesrepublik Beiträge gezahlt. Damit sie erfolgreich »Mitgliedschaftsrollen« übernehmen konnten, war es darüber hinaus wichtig, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten anzupassen.<sup>4</sup> Diese Thematik wurde für DDR-Zuwanderer 1984 virulent, als nach rund zwei Jahrzehnten erstmals wieder deutlich mehr und vor allem jüngere Ostdeutsche in die Bundesrepublik wechselten. Etwa 35 000 Menschen ließ das SED-Regime in diesem Jahr ausreisen. Ein Mitarbeiter der West-Berliner Senatskanzlei vermerkte, dass die größte Altersgruppe unter den Neubürgern die 25- bis 40-Jährigen bildeten. Als Berufsgruppe seien Facharbeiter und Handwerker am stärksten vertreten, doch stellten auch Akademiker mit knapp 18 Prozent einen beachtlichen Anteil.<sup>5</sup>

Notwendig war nun eine Bestandsaufnahme: Wo ergaben sich Schwierigkeiten? Wie weit reichten vorhandene Regularien – Arbeitsförderungsgesetz und Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) etwa sowie die Zusatzprogramme, die seit Mitte der 1970er Jahre vornehmlich für Aussiedler aufgelegt worden waren? Die West-Berliner Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien konstatierte »Anschlussprobleme« vor allem für Höherqualifizierte dort, wo Systemdifferenzen zum Tragen kamen: bei Oberstufenschülern zum Beispiel, denen unter anderem Kenntnisse in



Fremdsprachen fehlten, und bei Akademikern. Zumal Lehrer, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler ohne weitere Qualifizierung im Westen nicht als anererkennungsfähig galten. Die unterschiedliche ideologische und methodologische Ausrichtung verschärfte sich aus westlicher Sicht in einigen Bereichen durch ein Technologie- und generelles Modernitätsgefälle. Hinzu kam eine weitere Herausforderung, die in anderer Weise aus dem System der DDR erwuchs: Politiker, Verwaltungsmitarbeiter und Arbeitgeber im Westen mussten beurteilen, inwieweit sich Repression in die Biografien der Gewanderten eingeschrieben hatte und auch auf diese Weise andere Karrieren entstanden waren, als man sie in der Bundesrepublik kannte.<sup>6</sup>

Die Frage, was die Betroffenen insbesondere hinsichtlich ihrer beruflichen Teilhabe aus dem alten Leben mitbrachten, stellte sich für verschiedene Migrantengruppen. Auffallend ist im Fall der DDR-Zuwanderer (wie auch bei den Aussiedlern), mit welchem Aufwand sich die Politik um Anschlüsse für sie bemühte. Die skizzierten »Eingliederungsprobleme« beschäftigten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Kultusministerkonferenz und immer wieder auch Bundestag und Bundesregierung. Zwei Beispiele: 1985 wurde ein »Akademikerprogramm«, das Ende 1982 eingestellt worden war, wiederaufgelegt; 1988 erneuerte das Bundesjugend- und Familienministerium durch zwei Richtlinien den sogenannten Garantiefonds, der jungen Zuwanderern in Schule und Ausbildung zugutekam.<sup>7</sup> Bemerkenswert ist außerdem, wie man die DDR-Zuwanderer der sogenannten 84er-Welle als Gruppe hinsichtlich ihres Teilhabepotenzials einschätzte. Den Gewanderten wurden hier überwiegend positive Noten ausgestellt. Laut Bundesinnenminister etwa zeigten sie »hohe Einsatzbereitschaft und Aktivität« sowie neben Mobilität »eine große Arbeitswilligkeit«. Auf der anderen Seite gingen Vertreter von Integrationsbürokratie und Beratungseinrichtungen davon aus, dass die Neubürger durchaus »Akkulturationsbedarf« hatten: Vor allem Konsummündigkeit und Eigeninitiative müssten sie lernen.<sup>8</sup> Als soziale Problemgruppe wurden DDR-Zuwanderer jedoch generell nicht wahrgenommen, Hinweise auf Schwierigkeiten gab es nur begrenzt. Einige Medien, so z. B. Der Spiegel, thematisierten immer wieder mal, dass ehemalige DDR-Bürger – bevorzugt Männer und ehemalige Häftlinge – einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Obdachlosen stellten. Der Soziologe Volker Ronge konstatierte bei den Übersiedlern einen Trend zur »sozialen Isolation«, den er auf unterschiedliche Werthaltungen in Ost und West zurückführte, doch blieben sowohl dieser Befund wie auch seine Erklärung empirisch ungesichert.<sup>9</sup>

## Zugehörigkeit

Auch bei diesem Thema bildet die Staatsangehörigkeitsregelung den Ansatzpunkt: 1949 hielten die Verfassungsgeber an einer einzigen deutschen Staatsangehörigkeit fest, um dem Fortbestand eines (gesamt)deutschen Staatsvolks Ausdruck zu verleihen. DDR-Bewohner, die in die Bundesrepublik wechselten, waren durch ihre Staatsangehörigkeit daher über formale Gleichberechtigung hinaus als Angehörige derselben nationalen Gemeinschaft qualifiziert. In den 1970/80er Jahren war die Vorstellung dieser Gemeinschaft unsicherer geworden: Inwieweit konnte man nach Jahrzehnten der Teilung und Auseinanderentwicklung vom Bestand einer (gesamt)deutschen Nation überhaupt noch ausgehen? Die Existenz zweier deutscher Staaten war selbstverständlicher geworden, die DDR vielen aus dem Blick gerückt. Zu der Frage, ob und wie sich diese Entwicklungen in der Wahrnehmung der DDR-Zuwanderer niederschlugen, finden sich in der Geschichtswissenschaft polare Positionen. Helge Heidemeyer geht davon aus, dass Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR zunehmend »als Fremde wie Asylsuchende wahrgenommen wurden«; Michael Kubina postuliert, dass sie »im Verständnis der bundesdeutschen Öffentlichkeit und Politik letztlich Deutsche [waren]«, denen man überwiegend mit Wohlwollen begegnete.<sup>10</sup>

Heidemeyers These entsprechen Beobachtungen von Journalisten und Demoskopen Mitte der 1980er Jahre, die auf eine Abwehrhaltung gegenüber DDR-Zuwanderern hindeuten. »Warum kommen Sie denn hierher? In der DDR hatten Sie doch Wohnung und Arbeit. Hier wohnen schon genug Ausländer«, zitierte etwa *Der Spiegel* im April 1984 plakativ die Äußerung einer Mainzer Passantin gegenüber einer Ausgereisten. Bei einer zur gleichen Zeit erstellten Infratest-Erhebung stimmten 52 Prozent der Befragten der Aussage zu »Die ostdeutschen Zuwanderer nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg.« Sehr häufig verband sich diese Sorge überdies mit der Überzeugung, der Zuzug sollte restriktiver gehandhabt werden.<sup>11</sup> Fraglich ist jedoch, inwieweit solche Befunde als Ausdruck eines gewandelten nationalen Selbstverständnisses der Westdeutschen gelesen werden können beziehungsweise dieses überhaupt eine geeignete Erklärungsfolie für (mangelnde) Aufnahmebereitschaft abgibt.

Dass hier kein einfacher Konnex bestand, veranschaulicht ein Blick auf die 1950er Jahre, für die sich das Verhältnis zu Ostdeutschland eindeutiger bestimmen lässt. Wie der Soziologe Duncan Cooper ausführt, lehnte die große Überzahl der Bundesbürger es damals ab, die DDR als unabhängigen Staat zu betrachten. Daraus erklärt er die 1953 per Umfrage erhobene

Mehrheitsmeinung, Ostdeutsche sollten grundsätzlich Zugang zur Bundesrepublik haben. Zugleich aber, so Cooper weiter, begrenzten viele Teile der Bevölkerung in dieser Phase massenhaften Zuzugs ihre Unterstützung auf jene, die politisch verfolgt waren, in Not waren oder sich hier auf Verwandte stützen konnten – so wie es das von der Bundesregierung installierte Notaufnahmeverfahren für DDR-Zuwanderer auch offiziell vorsah.<sup>12</sup> Eine Kontrolle und Einschränkung der Zuwanderung mit Hilfe des Postulats »legitimer« Flucht- oder Übersiedlungsgründe waren also trotz damals stark empfundenem Ost-West-Zusammenhalt von Bedeutung.

Schon vor diesem Hintergrund scheint es nicht umstandslos möglich, aus einem ähnlichen Befund (nicht umfassend wohlwollender Aufnahme) nun zu folgern, dass die DDR und ihre Bewohner »Deutschland« oder der »deutschen Nation« nach bundesrepublikanischem Verständnis nicht mehr zugehörig waren. Auch zeigten Meinungsumfragen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, dass die Bundesbürger das Ziel, die deutsche Einheit herzustellen, nach wie vor mehrheitlich unterstützten. Schließlich relativieren sich die in der Presse überlieferten Titulierungen als »Ausländer« angesichts einer 1989 erstellten Repräsentativumfrage unter DDR-Zuwanderern, die unter anderem auf Diskriminierungserfahrungen abhob. 89 Prozent der Befragten machten solche Erfahrungen nicht; von den 11 Prozent, die von Herabsetzungen berichteten, gab wiederum nur ein kleiner Teil an, als »Ausländer« ausgegrenzt worden zu sein.<sup>13</sup> Doch gilt auch in umgekehrter Perspektive kein Automatismus: Dass man sie größtenteils als Mitglieder derselben nationalen Gemeinschaft sah, garantierte DDR-Zuwanderern keine vorbehaltlose Inklusion. Ihr Zugang wurde zumindest phasenweise mit bestimmten Auflagen und Erwartungen an die Übersiedlungsgründe verknüpft, und sie waren nicht dagegen gefeit, als Konkurrenten um knappe Ressourcen oder »Spione« mit Abwehr und Misstrauen belegt zu werden.<sup>14</sup> Beide Aspekte traten in Zeiten hoher Zuzugszahlen und einer – wie 1984/85 – krisenhaft wahrgenommenen Wirtschaftslage schärfer hervor.

Insgesamt gewinnt man jedoch nicht den Eindruck, dass sich die genannten Stereotype zu einem klar konturierten Bild verfestigt hätten, das systematisch auf DDR-Zuwanderer als eine bestimmte Migrantengruppe bezogen worden wäre. In Selbstberichten und Zeitzeugeninterviews zeigen sich deutlicher Wahrnehmungen, die etwas anders gelagert waren: unterhalb von offener Ausgrenzung, aber dennoch Fragen von Zugehörigkeit tangierend. So thematisierten viele der Gewanderten, dass sie sich mit ihrer Biografie im Westen nicht anerkannt fühlten, weil sie hier vielfach auf Unwissen und Desinteresse trafen. »Man merkt eine verbreitete Unlust, das zur Kenntnis zu nehmen, was DDR heute ist«,

stellte ein Ausgereister 1988 fest. Auch einige Umfrageergebnisse legen nahe, dass die DDR aus dem westdeutschen Problemhorizont weitgehend herausgerückt war beziehungsweise dortige Verhältnisse kaum mehr fundiert eingeschätzt werden konnten; insofern fanden »Westbindung« und »Konzentration auf sich selbst«, wie Heidemeyer sie konstatiert, tatsächlich Niederschlag. In der Folge trafen herübergewechselte Ostdeutsche mit ihren Erfahrungen oft auf Unverständnis. Eine über Ungarn Geflüchtete bemerkte rückblickend: »Im Westen war es schwierig, [...] jemanden zu finden, und denn [au]ch [...] so verstanden zu werden.«<sup>15</sup> In den Zitaten deutet sich eine Erfahrung an, die auch andere Migranten in der Bundesrepublik machten: »Die Leute wissen gar nicht, was Du bist«, zitiert die Soziologin Roswitha Breckner einen ihrer rumänischen Interviewpartner. Dass man im Westen mit seinem Herkunftsland nichts verband, erlebte auch er als Irritation und Ungleichgewicht.<sup>16</sup>

## Fremdheit

Der Frage nach charakteristischen Erfahrungen in Migrationsprozessen lässt sich anhand des dritten hier zu verhandelnden Themas, Fremdheit, weiter nachgehen. Von einem DDR-Bürger erwarte man, »da er ja von Deutschland nach Deutschland kommt, dass er Deutscher – Bundesdeutscher ist. Man ist aber völlig fremd, unwissend, wirkt [...] eigenartig und dumm beziehungsweise weltfremd. Noch heute fehlen mir häufig hier übliche Umgangsformen, Verhaltensregeln«, äußerte eine Ausgereiste rückschauend. Wie diese Lehrerin aus Ost-Berlin thematisierten auch andere Übergesiedelte Fremdheitserfahrungen, wenn sie über ihr Ankommen im Westen sprachen.<sup>17</sup> Diese Erfahrungen konnten unterschiedlicher Art sein; eine mögliche Ausprägung kommt in der Formulierung der Lehrerin zum Ausdruck: Fremdheit als Unvertrautheit im Sinne von »nicht kennen« beziehungsweise »nicht wissen« oder auch »nicht verstehen« und »sich nicht verhalten können«. Diese Unvertrautheit begleitete die Gewanderten im Prozess des sich Hineinfindens in die neue Gesellschaft; in spezifischer Weise aber kennzeichnete sie die Situation unmittelbar nach dem Wechsel: die Phase des Übergangs, in der nach der Ankunft ein neuer Alltag etabliert werden musste. Eine Studentin, Anke\*, schilderte 1989 ihr Erleben kurz nach ihrer Ausreise im September 1985:

»Ja erstmal war ich irgendwie tagelang völlig verwirrt, so von dieser Eindrucksvielfalt, weil ja, also uns Westlern, also mich jetzt eingeschlos-

sen, fällt das ja nicht mehr auf, wir haben gelernt, mit den vielen bunten Plakaten und so zu leben und wir gucken nicht mehr hin, wie haben andere, man oder ich habe dann entwickelt eine andere Art von Wahrnehmung[...].«

Anke beschrieb hier Eindrücke, die sie anfangs überforderten, weil sie sie nicht gewichten und sich nicht abgrenzen konnte; sie reagierte mit wochenlanger Müdigkeit und Kopfschmerzen. Ein weiteres Beispiel: Marianne K.\* gelangte nach ihrem Freikauf ebenfalls im September 1985 zunächst nach Gießen; sie berichtete im Interview 2011:

»denn erschlägt einen ja das is ja auch nervlich belastend diese Anjebotsfülle [...] is ja auch richtig teuer alles was verdienste hier und, [...] man muss sich hier wahnsinnig sortieren und im, Kopp rattert das Tach und Nacht dies, diese ganzen Eindrücke zu verarbeiten, das erschlägt einen schon n Stück weit, die bürokratischen Hürden erschlagen einen auch [...]«.«

Beide Frauen stellten in diesen Passagen dar, dass sie hinsichtlich bestimmter Situationen oder Anforderungen nicht mehr über Verhaltenssicherheit verfügten; Orientierungsschemata im Sinne erprobter und selbstverständlicher Rezepte für das Alltagshandeln fehlten. Insofern lässt sich ihr Erleben als »Krisis-Erfahrung« kennzeichnen, wie sie die Forschung zumeist in Anlehnung an den Soziologen Alfred Schütz als typische Erfahrung bei einem Gesellschaftswechsel beschreibt. Dass solche Krisis-Erfahrungen bei DDR-Zuwanderern erkennbar sind, hat Manfred Gehrman anhand einiger Fälle kurz skizziert.<sup>18</sup> Die Interviews, die in der Stiftung Berliner Mauer vorliegen, geben weitere Beispiele dafür, wie sich die Krisis-Erfahrung ausprägte und in welchen lebensgeschichtlichen Zusammenhängen sie stand. Sowohl bei der zitierten Anke als auch bei Marianne K. bündelten sich in der geschilderten Orientierungslosigkeit nicht allein Schwierigkeiten des Neuanfangs; ihr Erleben von Überforderung verschärfte sich durch Vorerfahrungen in der DDR, die nun aufbrachen. Anke hatte mit ihrer Mutter 22 Monate auf die Ausreise gewartet, davon das letzte Jahr als Putzhilfe gearbeitet; Marianne K. kam aus einer fünfmonatigen Haft, deren gesundheitliche Folgen sie nun belasteten.

Als Faktoren, die in der neuen Umgebung die Überwindung von Fremdheit erleichterten, gibt Gehrman an: über verwandtschaftliche Netzwerke zu verfügen, rasch Freunde zu finden oder auf eine »community« von DDR-Zuwanderern vor Ort zurückgreifen zu können. Nicht

jede Fremdheitserfahrung ließ sich jedoch auflösen. In Interviews und publizierten Selbstberichten beschreiben einige der Gewanderten Formen von Unvertrautheit, denen nicht ohne Weiteres durch Wissenserwerb beizukommen war. Reiner F.\* etwa bemerkte, dass man, weil man selbst nicht hier gewesen war, die Erfahrungen der anderen nie ganz teilen konnte – beziehungsweise biografisch verspätet war. »Det is natürlich irgendwie ne-ne-ne quälende Sache. Man ist im Grunde genommen in nem Alter, wo man diese Erfahrungen schon haben müsste und hat sie nicht.,, Der Schriftsteller Utz Rachowski beschrieb sich als habituell unpassend, was sich in Kommunikationssituationen äußerte und, wie er meinte, auch den Umgang mit Frauen erschwerte. „Ich habe durch das Exil auch das Leben meiner Generation verloren«, lautete sein Fazit.<sup>19</sup>

Anhand des Themas Fremdheit lässt sich aufzeigen, wie sich Herausforderungen der Integration auf der Ebene der Erfahrung der Gewanderten selbst darstellen konnten. Außerdem bietet sich hier ein Ansatzpunkt, um Ähnlichkeiten mit anderen Wanderungen herauszuarbeiten, die innerdeutsche Ost-West-Migrationen bei aller Spezifik gegebenenfalls aufwiesen. So scheint sich die These zu bestätigen, die Roswitha Breckner in ihrer Untersuchung »Migrationserfahrung – Fremdheit – Biografie« 2009 aufgestellt hat: dass es bezüglich bestimmter Aspekte der Erfahrung in Migrationsprozessen über unterschiedliche Typen von Migration hinweg Gemeinsamkeiten gebe; und dass eine wichtige dieser Gemeinsamkeiten darin liege, Diskontinuität in den eigenen Orientierungsmustern und sozialen Zugehörigkeiten zu erleben, die biografisch bearbeitet werden muss.<sup>20</sup> DDR-Zuwanderern in der Bundesrepublik boten sich, wie in den ersten beiden Abschnitten ausgeführt, hinsichtlich Partizipation und Zugehörigkeit in besonderem Maße inklusionsfördernde Bedingungen; gleichwohl lohnt es sich auch in ihrem Fall genauer zu prüfen, inwieweit sie sich in der Position des Fremden wiederfanden und wie sie damit umgingen.

## Anmerkungen

- 1 Armin Nassehi, Editorial, in: Kursbuch 183. Wohin flüchten?, Hamburg 2015, S. 1–4, hier S. 1; Brigitte H., »Mich zieht's immer zu den Inseln ...«, in: Horst-Günter Kessler und Jürgen Miermeister, Vom »Großen Knast« ins »Paradies«? DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Lebensgeschichten, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 209–220, hier S. 215. Brigitte H. flüchtete zunächst nach West-Berlin und ging später nach Island; Otto Kimminich, Fluchthilfe und Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik

- Deutschland. Staats- und völkerrechtliche Beurteilung von Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland nach den Vereinbarungen mit der DDR, insbesondere nach dem Grundvertrag und dessen Beurteilung durch das Bundesverfassungsgericht, Hamburg 1974, S. 8f.
- 2 »Von Deutschland nach Deutschland. Zur Erfahrung der inneren Übersiedlung«, lautete der Titel eines von Gerhard Finn und Liselotte Julius herausgegebenen Bandes (Köln 1983).
  - 3 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten von Schmude u.a., Drucksache 10/2101, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 10/2412, 23.11.1984, S. 10; namens der Regierung antwortete Bundesinnenminister Zimmermann; Michael Bommers, Migration und Lebenslauf: Aussiedler im nationalen Wohlfahrtsstaat, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 23 (2001) 1, S. 9–28.
  - 4 Mitgliedschaftsrollen erläutert Bommers, ebd., S. 11 f; zu den gesetzlichen Grundlagen des Eingliederungsinstrumentariums siehe Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, viertes Kapitel; eine Übersicht der Unterstützungsmöglichkeiten Stand 1984 bietet Der Bundesminister des Innern, Bericht zur Aufnahme und Eingliederung von Zuwanderern aus der DDR und Berlin (Ost), Anlage 2: Leistungsübersicht: detaillierte Zusammenstellung der Eingliederungshilfen für Zuwanderer aus der DDR und Berlin (Ost), Bonn 2.5.1984, in: Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 002, Nr. 17683.
  - 5 Zur Zahl der »legalen und illegalen Übersiedlungen aus der DDR« 1984 siehe Karl F. Schumann u.a., Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende, Weinheim 1996, S. 25; Klaus Lehmann, Vermerk Betr.: Zuwanderer aus der DDR bzw. Berlin (Ost), Berlin 11.5.1984; ders., Vermerk Betr.: Zuwanderer aus der DDR bzw. Berlin (Ost), Berlin 22.5.1984, beide in: LAB, B Rep. 002, Nr. 17684; weitere soziografische Merkmale der Übersiedler dokumentiert Volker Ronge, »Einmal BRD – einfach«. Die DDR–Ausreisewelle im Frühjahr 1984, in: Ders., Von drüben nach hüben. DDR–Bürger im Westen, Wuppertal 1985, S. 13–29, hier S. 14–16.
  - 6 Hanna-Renate Laurien, Rundschreiben an die Kultusminister der Länder betr. Eingliederungsschwierigkeiten von DDR-Zuwanderern im Bildungsbereich, 2.5.1984, in: LAB, B Rep. 002, Nr. 17683; zur Problematik bestimmter Berufe und der Einschätzung ihrer Hintergründe siehe Der Präsident des Landesamts Berlin, Schreiben an den Senator für Gesundheit und Soziales betr., Berufliche Eingliederung der Aussiedler und Zuwanderer aus der DDR und aus Berlin (Ost), 13.6.1985, in: LAB, B Rep. 002, Nr. 17686; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten von Schmude (Anm. 3), S. 5 (ebd., S. 7f., auch noch einmal zu Schwierigkeiten von Schülern und Studierenden). Das In-Rechnung-Stellen repressiver Maßnahmen des SED-Regimes wurde u. a. bei einer Anhörung vor dem innerdeutschen Ausschuss des Deutschen Bundestags behandelt. Dort trug Bernd S. vor, dass ihm in West-Berlin Arbeitslosengeld als Lehrer nicht gewährt wurde, weil er die Rahmenfrist verfehlte; seine vorausgegangene dreijährige Arbeitslosigkeit in der DDR habe aber politische Gründe gehabt. Ausschuss für innerdeutsche Bezie-

- hungen, Stenographisches Protokoll, 44. Sitzung [nichtöffentliche Anhörung zur »Situation der Übersiedler aus der DDR«], 11.9.1985, in: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (ParLA), Bestand 3101, WP 10, F 44, S.65d, 65e.
- 7 Die hier exemplarisch angesprochenen Fördermaßnahmen im (Aus-) Bildungsbereich erläutern zusammenfassend Der Bundesminister des Innern, Bestandsaufnahme der Eingliederungshilfen von Bund und Ländern für Aussiedler und für Zuwanderer aus der DDR und Berlin (Ost) – mit einer Analyse des Bedarfs, Bonn, 31.3.1988; Jürgen Haberland, Die Eingliederung von Aussiedlern und Übersiedlern, in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit: Zeitschrift für berufskundliche Information und Dokumentation (ibv) 24 (1989), S. 1195–1204, hier S. 1201–1203.
  - 8 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten von Schmude (Anm. 3), S. 1, 6; bezüglich eines »Anpassungsbedarfs« vgl. z. B. Dieter Stäcker, Kaum im Westen – hoch verschuldet, in: Bremer Nachrichten, 30.7.1988; der Autor bezog sich auf Auskünfte von Rolf Lenz, Vorsitzender des West-Berliner »Verbandes ehemaliger DDR-Bürger e. V.«, Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen, Stenographisches Protokoll, 41. Sitzung [öffentliche Anhörung zur »Situation der Übersiedler aus der DDR«], 12.6.1985, in: ParLA, Bestand 3101, WP 10, F 44, S. 13, 37.
  - 9 Wie die Motten, in: Der Spiegel 53 (1979), S.30f.; Welle in den Topf, in: eBd. 40 (1988), S. 112–114; Volker Ronge, Die soziale Integration der – ersten – Übersiedlerwelle 1984, in: Ders., Die Einheit ist erst der Anfang: soziologische Lehren aus der Übersiedlerbewegung für die deutsch-deutsche Integration, Wuppertal 1991, S. 23–46, hier v. a. S.38f., 43, 45f.; die Thesen Ronges diskutiert kritisch Manfred Gehrman, Biografische Prozesse der sozialen Assimilation von DDR-Übersiedlerinnen und Übersiedlern im Westen [Kapitel 4], in: Schumann u.a., Private Wege (Anm. 5), S. 173–233, hier S. 185–195, 220, 232f.
  - 10 Ingo von Münch, Die deutsche Staatsangehörigkeit. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Berlin 2007, S. XXII, 89; Helge Heidemeyer, »Antifaschistischer Schutzwall« oder »Bankrotterklärung des Ulbricht-Regimes«. Grenzsicherung und Grenzüberschreitung im doppelten Deutschland, in Udo Wengst und Hermann Wentker (Hg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 87–109, Zitat S.109; Michael Kubina, Das Recht auf Freizügigkeit. Die Aufnahmepolitik Westdeutschlands gegenüber den DDR-Zuwanderern, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 28 (2010), S.75–89, Zitat S.86.
  - 11 Wie ein Sprung über 20 Jahre, in: Der Spiegel 14 (1984), S. 22–26, Zitat der Passantin S. 25. Anne Köhler und Volker Ronge, Ein Test auf die Wiedervereinigung? Die Reaktion der Bundesdeutschen auf die Übersiedlerwelle aus der DDR vom Frühjahr 1984, in: Ders., Von drüben (Anm. 5), hier S. 38, 40; Anne Köhler und Richard Hilmer, Ein Jahr danach: Wie sehen die Bundesdeutschen die Übersiedlerfrage heute?, in: Deutschland Archiv 19 (1986), 1, S. 41–46, hier S. 44f.
  - 12 Duncan Cooper, Immigration and German Identity in the Federal Republic of Germany from 1945–2006, Wien u. a. 2012, S. 92f.
  - 13 Gerhard Herdegen, Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage, Teil 1: Nation und deutsche Teilung, in:



- Deutschland Archiv 20 (1987), 12, S. 1259–1273, hier S. 1263. Schumann, *Private Wege* (Anm. 5), S. 178, 301f.; zur Anlage der Befragung siehe ebd., S. 54–56. Die Teilnehmer dieser Studie waren zwischen 1983 und 1986 in die Bundesrepublik gekommen.
- 14 Zu der Ansicht, unter den Übergesiedelten könnten sich Spione befinden, s. Köhler und Ronge, *Ein Test* (Anm. 11), S. 38, 41f.; Köhler und Hilmer, *Ein Jahr* (Anm. 11), S. 43.
- 15 Diether Schmidt, Hier gehts um die Schlagsahne auf dem Kuchen, in: Martin Ahrends (Hg.), *Mein Leben, Teil zwei*, Köln 1989, S. 87–98, hier S. 87; Gerhard Herdegen, *Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage, Teil 2: Kleine Schritte und fundamentale Fragen*, in: Deutschland Archiv 21 (1988) 4, 391–403, hier S. 395; Heidemeyer, »Antifaschistischer Schutzwall« (Anm. 10), S. 109. Interview mit Regina W. (2006), *Zeitzeugeninterview-Bestand der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde – Stiftung Berliner Mauer*.
- 16 Roswitha Breckner, *Migrationserfahrung – Fremdheit – Biografie. Zum Umgang mit polarisierten Welten in Ost-West-Europa*, Wiesbaden 2009, Zitat S. 259.
- 17 Die Aussage der Lehrerin bei Manfred Gehrman, *Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk*, Berlin 2009, S. 504.
- 18 Interview mit Anke\* (1989) [\* zeigt Pseudonym an]; Interview mit Marianne K.\* (2011), beide *Zeitzeugeninterview-Bestand der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde – Stiftung Berliner Mauer*. Beispiele für eine Krisis-Erfahrung im geschilderten Sinne bei Gehrman, *Überwindung* (Anm. 17), S. 455–457. Wie diese Erfahrung nach Alfred Schütz zu beschreiben ist, erläutert Gehrman ebd., S. 245f., 446; siehe ausführlich dazu Breckner, *Migrationserfahrung* (Anm. 16), S. 67–76.
- 19 Gehrman, *Überwindung* (Anm. 17), S. 258f., 446, 458f., 504. Interview mit Reiner F.\* (1990), *Zeitzeugeninterview-Bestand der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde – Stiftung Berliner Mauer*; Utz Rachowski (Berlin, 3.3.2000), in: Jörg Bernig und Walter Schmitz (Hg.), *Literaturlandschaft im Wandel. Gespräche zur literarischen Kultur in Sachsen und Ostdeutschland 1990 bis 2005*, Dresden 2006, S. 165–177, hier S. 175.
- 20 Breckner, *Migrationserfahrung* (Anm. 16), S. 16, 147f., 410, 417.



Synagoge in der Pestalozzistraße in Berlin-Charlottenburg, Januar 1967.

Karen Körber

## Jüdische Gegenwart in Deutschland. Die Migration russischsprachiger Juden seit 1989

### Eine andere Gemeinde und ein anderes Land

»Im Sommer 1990 breitete sich in Moskau ein Gerücht aus: Honecker nimmt Juden aus der Sowjetunion auf, als eine Art Wiedergutmachung dafür, dass die DDR sich nie an den deutschen Zahlungen für Israel beteiligte. [...] Es sprach sich schnell herum, alle wussten Bescheid, außer Honecker vielleicht.«<sup>1</sup>

Mit diesem Zitat fasst der russisch-jüdische Schriftsteller Wladimir Kamiener lakonisch den Beginn einer Migrationsbewegung zusammen, in deren Verlauf sich das jüdische Leben in Deutschland von Grund auf verändert hat. Tatsächlich war es nicht der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, sondern im Gegenteil, die letzte Volkskammerregierung der DDR, die sich angesichts eines sichtbaren Antisemitismus in der Sowjetunion im Sommer 1990 dafür aussprach, ausreisewillige Juden aufzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die ersten jüdischen Migranten mit einem Touristenvisum nach Ostberlin eingereist und im Laufe des Jahres sollte die Zahl der Einreisenden stetig anwachsen. Im Januar 1991 beschloss schließlich die erste gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz ein Verfahren, das künftig die Aufnahme von sowjetischen Juden als »jüdische Kontingentflüchtlinge« in das vereinigte Deutschland ermöglichen sollte. Seitdem sind über 220 000 Jüdinnen und Juden nebst ihren nichtjüdischen Familienangehörigen aus der Sowjetunion und den postsowjetischen Staaten nach Deutschland eingewandert und haben damit eine Revitalisierung jüdischen Lebens in Gang gesetzt, die historisch nicht vorauszusehen war.

Knapp 30 000 Mitglieder zählten die jüdischen Gemeinden Ende der 1980er Jahre in Westdeutschland, in der DDR waren es noch etwa 380 Gemeindemitglieder, viele davon bereits in fortgeschrittenem Alter. Ohne die Einwanderung, darin sind sich bis heute alle einig, wäre die jüdische Gemeinschaft in den kommenden Jahren kaum noch überlebensfähig gewesen. Mittlerweile lebt in Deutschland die zweitgrößte jüdische Gemeinschaft auf dem europäischen Kontinent. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland auf 105 angewachsen. Knapp 100 000 Personen gehören gegenwärtig einer jüdischen Gemeinde an, davon sind über 90 Prozent russischsprachige Juden.<sup>2</sup> Laut Schätzungen verbleibt eine etwa ebenso große Zahl außerhalb der Gemeinden. Doch es sind nicht allein die Zahlen, die einen Wandel dokumentieren. Die jüdische Gemeinschaft ist in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur größer, sondern auch sichtbarer geworden und hat sich kulturell und religiös pluralisiert.

Aber nicht nur die jüdische Gemeinschaft ist eine andere geworden, sondern auch das Aufnahmeland Deutschland. Im westlichen Nachkriegsdeutschland waren die deutsch-jüdischen Beziehungen insbesondere durch die politisch-symbolische Funktion der jüdischen Minderheit gekennzeichnet, durch ihre Anwesenheit die Demokratisierung des deutschen Staates zu legitimieren.<sup>3</sup> Nach der Wiedervereinigung Deutschlands zeichnet sich nun ein umkämpfter Prozess ab, in dessen Zentrum die schrittweise politisch-rechtliche Anerkennung steht, eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu sein. Die gesellschaftliche Erfahrung einer ethnischen, kulturel-

len und religiösen Pluralisierung hat in jüngster Zeit auch Fragen in Bezug auf ein nationales Selbstverständnis aufgeworfen, das aus der historischen Verantwortung für den Holocaust erwachsen ist und erinnerungspolitisch zwei Kollektive konstruiert: Juden als Opfer und Deutsche als Täter. Diese Konstruktion einer Erinnerungsgemeinschaft, so der Einwand von Kritikerinnen und Kritikern, folgt nicht nur einer binären Logik, sondern trägt in der Konsequenz ethnisierende Züge, weil die Erfahrungen und Erinnerungen all jener ausgeschlossen bleiben, die im Zuge von Migrationen nach Deutschland gekommen sind und im nationalen Gedenken keinen Platz haben.<sup>4</sup> Wie im Folgenden am Beispiel der eingewanderten russischsprachigen Jüdinnen und Juden gezeigt werden soll, hält diese binäre Logik auch für das Verständnis der jüdischen Diaspora in Deutschland etliche Fallstricke bereit. Zum einen läuft das symbolische Bild der Opfergemeinschaft Gefahr, in Konflikt mit jenen heterogenen Entwürfen jüdischen Lebens zu geraten, die für die Gegenwart kennzeichnend sind. Zum anderen gerät es zunehmend in Widerspruch zu den vielfältigen Narrativen, die im Zuge der russisch-jüdischen Migration an Bedeutung gewonnen haben und in deren Folge sich das Selbstverständnis der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland verändert hat.

## Die Konstruktion des jüdischen Kontingentflüchtlings

Der Beschluss der letzten Volkskammerregierung der DDR, den sowjetischen Juden ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren, endete mit der Auflösung der DDR. Stattdessen verhängte die damalige Bundesregierung einen Aufnahmestopp und löste damit eine öffentlich-politische Diskussion aus, an deren Ende ein gesetzlich geregeltes Aufnahmeverfahren stand: Mit Beginn des Jahres 1991 konnten Juden aus der Sowjetunion als »jüdische Kontingentflüchtlinge« nach Deutschland einreisen.

Bereits in der Debatte des Deutschen Bundestags im Herbst 1990 zur Frage der Einwanderung der sowjetischen Juden finden sich rasch jene Elemente eines Deutungsmusters versammelt, welches fortan im medialen und politischen Diskurs über die jüdische Einwanderung maßgeblich ist. Der Selbstentwurf Deutschlands als »Erinnerungsgemeinschaft« und damit als Nation, die für die Verbrechen der deutschen Vergangenheit haftet, bildet den Kontext für die symbolische Deutung der russischsprachigen Juden als Angehörige einer Opfergemeinschaft.<sup>5</sup> Dieses Selbstverständnis begründete in den letzten Jahrzehnten wesentlich das immer auch ambivalente Verhältnis zur jüdischen Minorität in Deutschland, das Dan Diner ein-

mal als »negative Symbiose« bezeichnet hat.<sup>6</sup> Der besondere Zeitpunkt der Debatte – Oktober 1990 – verleiht der Diskussion zusätzliches Gewicht. Im Kontext der deutschen Vereinigung wird die jüdische Einwanderung zu einem Faktor, an dem sich die Legitimität des neuen gesamtdeutschen Staates messen lassen muss. Wahrgenommen im Deutungshorizont der deutschen Geschichte, erscheinen die russischsprachigen Juden vor allem als Angehörige der Opfergemeinschaft, die durch die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten entstanden ist. Die Differenz zwischen den Opfern des Holocaust, den Überlebenden und den jüdischen Immigranten der Gegenwart scheint symbolisch aufgehoben.

Den gesetzlichen Rahmen, der die Aufnahme regeln soll, bietet das Kontingentflüchtlingsgesetz, das erstmals 1980 im Zusammenhang mit der Aufnahme vietnamesischer »boat-people« Anwendung gefunden hatte.<sup>7</sup> Die Konstruktion des »jüdischen Kontingentflüchtlings« stattet die russischsprachigen Juden mit einem Flüchtlingsstatus aus, obwohl sie in einem regulären Asylverfahren kaum Chancen auf Anerkennung als politische Flüchtlinge gehabt hätten. Faktisch ist auf diesem Weg jedoch ein rasches und unbürokratisches Einreiseverfahren geschaffen, das das Risiko der Ablehnung ausschließt. Nach dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Januar 1991 wird auf ein »formelles Beweiserhebungsverfahren« verzichtet, das auf einer eindeutigen Definition jüdischer Identität basiert. Mit anderen Worten, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit will Deutschland nicht erneut in die Situation geraten, zu bestimmen, wer Jude ist. Andererseits bedarf es, wie bei jeder Einwanderung, einer überprüfbaren Einreiseregulung. Das entscheidende Kriterium für die Aufnahme bildet dementsprechend die ethnische Zugehörigkeit: Wer den Nachweis einer jüdischen Abstammung erbringt, kann nach Deutschland einwandern.<sup>8</sup> Mit diesem Verfahren erkennt der deutsche Staat zwei verschiedene Definitionen jüdischer Zugehörigkeit an, um die fortan innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gestritten wird: Während in den jüdischen Gemeinden das orthodoxe jüdische Religionsgesetz gilt, wonach sich die jüdische Herkunft matrilinear begründet, wird nach sowjetischem Verständnis das Judentum als Nationalität verstanden und patrilinear weitergegeben. Zwei Definitionen, mit denen sich auch unterschiedliche Vorstellungen und Erfahrungen in Hinblick auf die Frage verknüpfen, was Jude sein bedeutet.

## Enttäuschte Erwartungen

Während die russischsprachigen Juden anfangs den Erwartungen der deutschen Politik zu entsprechen scheinen – immerhin handelt es sich um eine Gruppe von überwiegend hochqualifizierten Migrantinnen und Migranten, die mehrheitlich aus den urbanen Zentren Russlands und der Ukraine eingewandert sind – stellt sich im Verlauf der 1990er Jahre in den lokalen und überregionalen Medien eine gewisse Enttäuschung ein, als die jüdischen Immigranten nicht dem Bild des Opfers entsprechen wollen und zudem auch die Figur des verfolgten Flüchtlings Risse bekommt. Als sich zudem herausstellt, dass die Migranten neben der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis auch die Heimatpässe ihrer jeweiligen Herkunftsstaaten besitzen, regt sich insbesondere in den deutschen Behörden Unwille. Das Reisen oder auch Pendeln steht in scharfem Kontrast zur Definition des Flüchtlings als Klient im Wohlfahrtsstaat. Flüchtlinge genießen Schutz, weil sie ihr Land verlassen müssen. Die periodische Rückkehr in die Herkunftsländer verweist dagegen auf transnationale Zugehörigkeiten und damit auf Handlungsspielräume der Immigranten, die die nationalen Grenzen überschreiten und dem staatlichen Zugriff entzogen sind. Eine Erkenntnis, die auf deutschen Amtsebenen Zweifel an der Rechtmäßigkeit des erworbenen Status aufkommen lassen.

Mehr als alles andere erweckt jedoch der Umstand Misstrauen, dass die Eingewanderten sich nicht in dem Maße den jüdischen Gemeinden anschließen, wie es von ihnen erwartet worden war. Mit der wachsenden Einsicht, dass eine beträchtliche Anzahl der jüdischen Einwanderer wenig religiös geprägt ist und diese außerhalb der Gemeinden bleiben, wächst daher der Vorwurf eines nur instrumentellen Verhältnisses zur eigenen Identität, der man sich gleichsam optional, zum Zweck der Ausreise, bedient habe, ohne weitere Bindungen daran zu knüpfen. Damit steht die Rechtmäßigkeit der jüdischen Emigration insgesamt in Frage.<sup>9</sup>

Mitte der 1990er Jahre verhindert der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, dass die Aufnahme russischsprachiger Juden gestoppt wird. Die Sonderregelung für jüdische Kontingentflüchtlinge bleibt bis zum Jahr 2005 gültig und wird erst durch das lange um- und erkämpfte Zuwanderungsgesetz Deutschlands außer Kraft gesetzt – ein Vorgang, der nicht einer gewissen Ironie entbehrt.<sup>10</sup>

## Eine neue deutsch-jüdische Gemeinde?

In den überhöhten Erwartungen an die russischsprachigen Juden und an eine Erneuerung jüdischen Lebens zeigt sich die besondere politisch-symbolische Rolle, die der jüdischen Gemeinschaft bereits in den Nachkriegsjahrzehnten in Westdeutschland zugewiesen wurde und die sich in den Konflikten um die russisch-jüdische Migration im Verlauf der 1990er Jahre ein weiteres Mal manifestiert.

Die Bereitschaft des deutschen Staates, mit der Aufnahmeregelung die jüdische Minorität zu stärken, geht mit der Vorstellung einher, dass die Migration der Revitalisierung der jüdischen Gemeinden dienen soll und, damit verbunden, dass es die Aufgabe der jüdischen Gemeinden ist, ihre Einwanderer zu integrieren. Das Bemühen der jüdischen Gemeinden, diesen Vorstellungen zu entsprechen, beruht auf einer gemeinsam geteilten Konzeption darüber, was als eine erfolgreiche Einwanderung gilt. Danach sollen sich die jüdischen Migrantinnen und Migranten zum einen in die deutsche Gesellschaft und zum anderen in die jüdische Religionsgemeinschaft in Deutschland integrieren. Eine Anforderung, die voraussetzt, was der Mehrheit der jüdischen Immigranten vorerst fremd ist, nämlich erstens das Verständnis des Judentums als Religion und zweitens der jüdischen Geschichte als Geschichte der Juden in Deutschland.

Insbesondere die Tatsache, dass sich mit ihrem Grenzübertritt eine Re-Definition ihrer kollektiven Identität vollzieht, gehört für die russischsprachigen Juden zu einer der zentralen und problematischen Erfahrungen ihrer Migration. Waren sie in der Sowjetunion Angehörige einer nationalen Minderheit gewesen, so gelten sie in Deutschland als Mitglieder einer Religionsgemeinschaft. Für die mehrheitlich säkularisierten Juden stellt dieser Wandel von einer nationalen zu einer religiösen Minderheit einen umstrittenen Prozess dar, der innerhalb der Gemeinden dauerhaft zu Konflikten führt.<sup>11</sup>

Auf Seiten der alteingesessenen Gemeindemitglieder stellt sich in den ersten Jahren nach Beginn der Einwanderung Enttäuschung darüber ein, dass die Gemeinden zwar neue Mitglieder gewinnen, diese aber nicht in den Weg in die Synagoge finden würden. Die demografische Entwicklung durch die Einwanderung stellt den Integrationsanspruch der alteingesessenen Gemeindemitglieder bald in Frage. Faktisch verwandeln sich die jüdischen Gemeinden in Immigrantengemeinden, die sich aus einer Minderheit aus Alteingesessenen und einer großen Mehrheit von neuen Mitgliedern zusammensetzen.

Kreisen die Auseinandersetzungen in den jüdischen Gemeinden zwischen den russischsprachigen Juden und den alteingesessenen Mitgliedern

also um die Differenz zwischen einem ethnisch-säkularen und einem religiös-kulturellen Selbstverständnis der jüdischen Gemeinschaft, so existiert seit den 1990er Jahren ein weiteres Konfliktfeld, das im Gemeindealltag wiederholt aufbricht, nämlich die Konkurrenz der Narrative. Für die jüdischen Gemeinden im Nachkriegsdeutschland bildete die Erinnerung an den Holocaust den zentralen Bezugspunkt ihres Selbstverständnisses, der auch ihr Verhältnis zur Bundesrepublik wesentlich strukturierte. Mit der Einwanderung der russischsprachigen Juden zieht in die Gemeinden nun eine andere kollektive Erinnerung ein, in deren Zentrum nicht der Holocaust steht, sondern der Große Vaterländische Krieg, und, damit verbunden, der Sieg über Deutschland. Die Differenz der verschiedenen Narrative entlädt sich vielerorts am Konflikt um die Feiern zum neunten Mai, dem Tag des Sieges über den Faschismus, der in der Sowjetunion als höchster Feiertag galt. Insbesondere von der Generation der Kriegsteilnehmerinnen und Kriegsteilnehmer wird in den Gemeinden selbstverständlich eingefordert, dieses Datum öffentlich zu begehen, was anfänglich zu Unverständnis unter alteingesessenen Gemeindegliedern führt und Auseinandersetzungen nach sich zieht.

Scheinen sich in den jüdischen Gemeinden also zwei Erinnerungskulturen gegenüber zu stehen, in denen die einen Sieger des Krieges und die anderen die Opfer des Holocaust sind, so offenbaren transgenerationale Familienerzählungen der russischsprachigen Juden einen Vorgang der Umwertung, Verschiebung oder Überlappung verschiedener Erinnerungen, in denen sowohl der Krieg als auch das besondere Schicksal der Juden in der Sowjetunion zur Geltung kommen. Beispielhaft dafür stehen die Werke von Autorinnen wie Lena Gorelik<sup>12</sup> und Katja Petrowskaja<sup>13</sup>, deren Texte deutlich machen, dass sich das kommunikative Gedächtnis der jüdischen Gemeinschaft mit der Einwanderung der russischsprachigen Juden um Dimensionen von leidvollen und anderen Erfahrungen pluralisiert, die um das zentrale Narrativ des Holocaust herum einen Platz beanspruchen. Anstelle einer Gegenerinnerung handelt es sich also eher um eine Erweiterung des kollektiven jüdischen Gedächtnisses, in deren Folge sich auch das Selbstverständnis der jüdischen Gemeinden in Deutschland weiter wandeln wird.

## Jüdische Gegenwart in Deutschland: Lebenswirklichkeiten junger russischsprachiger Juden

Die geschilderten Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gemeinden gewinnen zusätzlich an Gewicht vor dem Hintergrund der Tatsache,



dass sie gut zwei Jahrzehnte nach Beginn der Einwanderungsbewegung mit einem Bedeutungsverlust zu kämpfen haben. Angesichts der wachsenden Überalterung und sinkenden Mitgliederzahlen blicken insbesondere kleinere und mittlere jüdische Gemeinden eher pessimistisch in die Zukunft und beklagen vor allem, dass die junge Generation fehlt.

Eine Untersuchung am Jüdischen Museum Berlin gibt nun Auskünfte darüber, wie es um die Lebenswirklichkeiten dieser jungen Erwachsenen zwischen zwanzig und vierzig Jahren steht, die als Kinder mit ihren Familien im Rahmen des Kontingentverfahrens eingewandert sind.<sup>14</sup> In der quantitativ und qualitativ durchgeführten Erhebung haben wir knapp 300 Frauen und Männer aus der Gruppe der jungen russischsprachigen Juden unter anderem nach ihren Bildungs- und Berufsverläufen, ihren privaten Lebensformen, ihren jüdischen Identitätsmustern und Praxen und nach der Wahl ihrer sozialen Zugehörigkeiten gefragt, sowie danach, wie sich die Zugehörigkeit zu Deutschland gestaltet.

Tatsächlich erweist sich die Migration für die jungen Erwachsenen als sozialer und ökonomischer Erfolg, im Unterschied zu ihren Eltern, die nach der Einwanderung in hohem Maße von Arbeitslosigkeit und prekären Erwerbssituationen betroffen waren. Sie profitieren von hohen Bildungsabschlüssen und verfügen über eine überdurchschnittlich gute Erwerbssituation. Dieser Aufstieg geht jedoch mehrheitlich mit einem säkularen Verständnis ihrer jüdischen Identität einher und mit sinkenden Zahlen, was die Mitgliedschaft in einer jüdischen Gemeinde angeht.

Die Kritik äußert sich zum einen an dem oftmals als abweisend und unbeweglich wahrgenommenen religiösen Selbstverständnis der jüdischen Gemeinden – ein Befund, der immer wieder beispielhaft am Ausschluss der nicht-halachischen Juden festgemacht wird. Zudem, und darin sind die jungen russischsprachigen Juden nicht anders als alle anderen Angehörigen dieser Generationengruppe, entsprechen die ortsgebundenen und biografisch langfristig gedachten Mitgliedschaftsstrukturen der etablierten Gemeinden oftmals nicht den eigenen Bedürfnissen, Interessen und mobilen Lebensformen, die flexible, vorübergehende Formen der Zugehörigkeit bevorzugen. Allerdings bedeutet die wachsende Distanz zur Institution der Gemeinde bei unseren Befragten nicht notwendigerweise, dass sie sich vollständig von der jüdischen Religion und Tradition abkehren. Vielmehr lässt sich bei unseren Interviewpartnerinnen und -partnern ein Wandel im Verhältnis zwischen Religion und Individuum beobachten, der sich keineswegs auf die jüdische Gemeinschaft beschränkt und eine wesentliche Akzentverschiebung darstellt. Die Einzelnen entscheiden selbst darüber, ob, wann und zu welchem Zweck sie sich den institutionalisierten

jüdischen Einrichtungen zuwenden, oder ob sie, insbesondere in urbanen Räumen, stattdessen lieber neue, posttraditionale Formen jüdisch-religiöser und kultureller Vergemeinschaftungen aufsuchen und selbst initiieren.<sup>15</sup>

Lässt sich also ein Wandel der religiös-kulturellen Praxen und Zugehörigkeitsmuster innerhalb des jüdischen religiösen Feldes in Deutschland beobachten, so finden sich ebenfalls Unterschiede, was die Bedeutung und die Form von staatlicher und kultureller Zugehörigkeit betrifft. Während die Angehörigen vergangener jüdischer Migrationsgenerationen in den Nachkriegsjahrzehnten sich ihren Herkunftsstaaten wenig verbunden fühlten, finden wir heute sowohl in der ersten als auch in der zweiten Generation der russischsprachigen Juden Formen der Mehrfachzugehörigkeit vor, die geprägt sind durch die selbstverständliche Erfahrung vielfältiger Kontakte in die Herkunftsregionen, die sowohl privater wie beruflicher Natur sein können und beispielhaft für jene simultanen oder »bewegten Zugehörigkeiten«<sup>16</sup> in einer globalisierten Welt stehen, in der Zugehörigkeiten und Biografien in Bewegung geraten sind und Menschen gleichzeitig in verschiedenen Welten leben.

Allerdings zeigt die Studie auch, dass Mehrfachzugehörigkeiten nicht nur das Ergebnis individueller Entscheidungen der russischsprachigen Juden sind, sondern auch die Folge von negativen Bewertungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft. So schildern die Befragten sowohl Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihres Jüdisch-Seins als auch aufgrund der Tatsache, dass sie einen Migrationshintergrund haben. Mittlerweile haben Angehörige der zweiten Generation diese Erfahrungen öffentlich zu Gehör gebracht. Sowohl die bereits erwähnte Autorin Lena Gorelik als auch die Schriftstellerin Olga Grjasnowa<sup>17</sup> beschreiben Erfahrungen von Diskriminierung, die nicht mit ihrer jüdischen Herkunft zusammenhängen sondern mit ihrem Status als Migrantinnen in Deutschland. Sie kritisieren die Nicht-Anerkennung von mitgebrachten Bildungstiteln und die Missachtung von Bildungserfolgen und kennzeichnen diese als strukturelles Versagen einer Gesellschaft, die auf die Herausforderungen von Einwanderungen noch immer mit Abschottung reagiert.

## Schlussfolgerungen

In den Auseinandersetzungen um ein neues Selbstverständnis der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1989 zeichnen sich Widersprüche und Dilemmata der deutschen Politik ab, die den schwierigen Wandel von einem nationalen Selbstverständnis als »Erinnerungsgemeinschaft«

hin zu der politisch zu gestaltenden Gegenwart einer modernen Einwanderungsgesellschaft gestalten muss. Zugleich dokumentieren die geschilderten Konflikte und Problemlagen auch die ambivalenten Effekte einer institutionellen und symbolischen Ordnung, die bislang prägend für die Organisationsform der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland war und die im Zuge der russisch-jüdischen Einwanderung einen Bedeutungswandel erfährt. Sichtbar wird darin vor allem, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland weniger ein »neues deutsches Judentum« darstellt, sondern vielmehr das umkämpfte Ergebnis einer sich neuformierenden jüdischen Diaspora-Gemeinschaft, deren Sinnbezüge und Organisationsformen eben nicht nur in Deutschland liegen. Allgemeiner gesprochen: Im Wandel der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland dokumentieren sich exemplarisch Spannungsverhältnisse und Konflikte, die für diasporische Gemeinschaften der Gegenwart insgesamt kennzeichnend sind. Dieser Wandel macht auf eine zentrale Herausforderung unserer Zeit aufmerksam: Zugehörigkeiten als heterogen zu akzeptieren und damit die Grenzen einer Gemeinschaft fortwährend in Frage stellen zu lassen.

## Anmerkungen

- 1 Wladimir Kaminer, Russendisko, München 2002, S. 9.
- 2 Zentralrat der Juden in Deutschland, [www.zentralratjuden.de/de/topic/5-mitglieder.html](http://www.zentralratjuden.de/de/topic/5-mitglieder.html), letzter Zugriff am 20.9.2016.
- 3 Anthony Kauders, Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik, München 2007.
- 4 Viola B. Georgi, Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003.
- 5 Hanno Loewy, Hanno, Ein kurzer, verschämter, paradoxer Augenblick des Einverständnisses. Deutsche Identitäten vor und nach dem Holocaust, in: Frankfurter Rundschau, 7.10.2000, S. 21.
- 6 Dan Diner, Negative Symbiose, in: Ders. (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987, S. 185–197.
- 7 Das Kontingentflüchtlingengesetz von 1980 erlaubt die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus der Genfer Konvention, wenn sich die Antragsteller noch im Herkunftsland oder in einem Drittstaat befinden, ohne dass ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen werden muss. Vgl. Kay Hailbronner, Ausländerrecht. Ein Handbuch, Heidelberg 1989.
- 8 Die Verteilung der jüdischen Kontingentflüchtlinge wurde vom Bundesverwaltungsamt in Köln in Absprache mit den Bundesländern auf der Grundlage des Asylverteilungsschlüssels, das heißt nach der Einwohnerdichte der jeweiligen Bundesländer, übernommen. Darauf erfolgte die Einreisegenehmigung. Es bestand ein verbrieftes Anspruchs auf unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und auf Sozialleistungen wie Eingliederungshilfen (zum Beispiel Sprachkurse), Sozialhilfe, Wohnungsgeld, Kindergeld oder BAföG. Mit Abschluss eines anerkannten Sprachkurses konnten Leistungen des Arbeitsamtes (Weiterbildung, Umschulung oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) in Anspruch genommen und nach acht Jahren konnte die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt werden. Vgl. Julius H. Schoeps, Willi Jaspers und Bernhard Vogt (Hg.), Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land, Weinheim 1996, S. 31 ff.
- 9 Vgl. ausführlich hierzu Karen Körber, Juden, Russen, Emigranten. Identitätskonflikte jüdischer Einwanderer in einer ostdeutschen Stadt, Frankfurt a. M. 2005.
- 10 Nach Verhandlungen mit dem Zentralrat ist ein Kompromiss zur Neuregelung der jüdischen Einwanderung gefunden worden, der seit 1. Juli 2006 gilt und die ursprünglichen Aufnahmebedingungen entschärft, aber weiterhin zur Auflage macht, dass die Einreisewilligen Mitglied einer jüdischen Gemeinde werden können und bereit sind, die jüdischen Gemeinden zu stärken. Zentralrat der Juden in Deutschland, [www.zentralratjuden.de/de/topic/262.htm](http://www.zentralratjuden.de/de/topic/262.htm), letzter Zugriff am 20.9.2016.
- 11 Karen Körber, Pushkin oder Thora? Der Wandel der jüdischen Gemeinden in Deutschland, in: José Brunner und Shai Lavi (Hg.), Juden und Muslime in Deutschland. Recht, Religion, Identität, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 37, Göttingen 2009.
- 12 Lena Gorelik, Die Blockade war immer da, in: Lena Muchina, Lenas Tagebuch, München 2013, S. 7–13.
- 13 Katja Petrowskaja, Vielleicht Esther, Berlin 2014.

- 14 Karen Körber, Zäsur, Wandel oder Neubeginn. Russischsprachige Juden in Deutschland zwischen Recht, Repräsentation und Realität, in: Karen Körber (Hg.), Russisch-jüdische Gegenwart in Deutschland. Interdisziplinäre Perspektiven auf eine Diaspora im Wandel, Göttingen 2015, S. 13–36.
- 15 Ebd., S. 31.
- 16 Sabine Strasser, Bewegte Zugehörigkeiten. Nationale Spannungen, Transnationale Praktiken, Transversale Politik, Wien 2009.
- 17 Vgl. Lena Gorelik, »Sie können aber gut Deutsch!« Warum ich nicht mehr dankbar sein will, dass ich hier leben darf, und Toleranz nicht weiterhilft, München 2012; vgl. Olga Grjasnowa, Deutschland Deine Dichter – bunter als behauptet, in: Die Welt, 8.2.2014.



Runder Tisch in Berlin: Zusammenkunft am 3. Januar 1990.

Francesca Weil

## »Weniger als Feigenblätter ...« oder Institutionen zivilgesellschaftlichen Engagements?

### Die Runden Tische 1989/90 in der DDR

Die Auffassungen über den Zentralen Runden Tisch der DDR, seine Funktionen, Erfolge und Grenzen, gehen weit auseinander. Jens Reich, einer der Erstunterzeichner des zur Gründung des »Neuen Forums« führenden Aufrufs, betrachtete den Zentralen Runden Tisch rückblickend als »Kaffeekränzchen«, durch das sich die revolutionäre Bewegung ihr Recht auf die Neugestaltung der Gesellschaft zugunsten »medienwirksamen Palaverns« habe abkaufen lassen.<sup>1</sup> Dagegen plädierte Ulrike Poppe,

unter anderem Mitbegründerin der Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«, für eine Erinnerung an den Zentralen Runden Tisch als Bestandteil und Errungenschaft der Friedlichen Revolution sowie als »Ausdruck politischer Willensartikulation der DDR-Bevölkerung«.<sup>2</sup> Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie das Gesamtphänomen »Runde Tische in der DDR« zu bewerten ist.

## Runde Tische verhinderten den Zusammenbruch

Zwischen November 1989 und Januar 1990 etablierten sich in der DDR Hunderte von Runden Tischen auf allen staatlichen Ebenen. Darüber hinaus gab es diese Gremien in zahlreichen Betrieben und als thematische Runde Tische, beispielsweise »Grüne Tische« mit unterschiedlichen Bezeichnungen, die sich mit Umweltproblemen auseinandersetzten, sowie Runde Tische unter anderem zu den Themen »Jugend«, »Nationale Volksarmee«, »Arbeitslosigkeit« und »Bildung«.

Zum Zentralen Runden Tisch der DDR in Berlin lud – wie von den Oppositionellen gewünscht – der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR alle Parteien und Gruppierungen offiziell ein. Am 7. Dezember 1989 trafen sich 15 Repräsentanten von sieben Oppositionsgruppen (SDP, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Grüne Partei, Vereinigte Linke) mit ebenso vielen Vertretern der SED und der vier Blockparteien aus dem wenige Tage zuvor aufgelösten »Demokratischen Block« (CDU, LDPD, NDPD, DBD).<sup>3</sup> Nachdem bis zur zweiten Sitzung der Unabhängige Frauenverband und die Grüne Liga sowie FDGB und VdGB Stimmrechte erhielten, erhöhte sich die Stimmzahl beider »Lager« auf jeweils 19.<sup>4</sup> Seit dem 22. Dezember erschienen auch Regierungsvertreter am Tisch, allerdings nur, um bei der Behandlung über die ihren Bereichen zuzuordnenden Sachprobleme Auskunft zu erteilen. Ministerpräsident Hans Modrow dagegen akzeptierte den Zentralen Runden Tisch erst im Januar 1990 endgültig als maßgeblichen politischen Faktor.<sup>5</sup> Der Zentrale Runde Tisch definierte sich selbst als Übergangsinstitution. Mit der Erklärung, seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen, erlegte er sich eine Selbstbegrenzung seiner Existenz auf.<sup>6</sup>

Wie die Zentralen Runden Tische in der DDR und in sechs weiteren ostmitteleuropäischen Ländern verfolgten auch die zahlreichen Runden Tische in den Kommunen, Kreisen und Bezirken der DDR eine Strategie des Verhandeln mit den alten Machthabern. In der Praxis bedeutete das

den Verzicht darauf, dieselben zu stürzen und die Macht durch oppositionelle Parteien und Gruppierungen zu übernehmen.<sup>7</sup> Dem entgegen wollten die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Runden Tischen dazu beitragen, die alten administrativen Strukturen vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Auch als den verunsicherten und unentschlossenen »Staatsorganen« der DDR die Macht aus den Händen zu gleiten drohte, konnten und wollten die meisten Runden Tische Entscheidungsbefugnisse im Sinne von Machtausübung nicht übernehmen. Somit ließen es die Runden Tische zu, dass die nach wie vor von SED-Funktionären dominierte staatliche Bürokratie in den Kommunen, Kreisen und Regionen nicht oder nicht vollends entmachtet wurde. Letztendlich unterstützten sie sogar die Stabilisierung der meisten Behörden, die sich nicht nur mit einer Krisensituation, sondern unter der Modrow-Regierung auch mit einer zunehmenden, ungewohnten Eigenständigkeit konfrontiert sahen.

Bildung, Zusammensetzung, Arbeitsweisen, Schwerpunktsetzung in den Aufgaben, Modalitäten der Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, aber vor allem unmittelbare Einfluss- und Wirkungsmöglichkeiten lassen die Runden Tische äußerst unterschiedlich erscheinen. Zunächst entstanden sie spontan. Nach der Bildung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989 und des damit verbundenen Aufrufs der SED zur Etablierung derartiger Gremien vom 23. November<sup>8</sup> und dem Beschluss der Modrow-Regierung vom 21. Dezember, die Runden Tische zu unterstützen,<sup>9</sup> folgte die Gründung der Tische mitunter gelenkt. In diesen Fällen spielten Funktionäre der SED, der Blockparteien und der staatlichen Institutionen bei der Einberufung der Gremien häufig eine Schlüsselrolle. Doch diese Ansätze für eine »von oben verordnete« Demokratisierung sagen nicht allzu viel über die jeweiligen Ergebnisse sowie den Einfluss der einzelnen Tische auf die Entwicklung und die Demokratisierung in den Kommunen und Regionen aus. Die Runden Tische bildeten sich auf den einzelnen Ebenen voneinander unabhängig; ein hierarchisches System wurde nicht geschaffen. Sie knüpften lediglich an die entsprechenden Verwaltungsebenen in den Kommunen, Kreisen und Bezirken, an. Bei der Bildung der Tische war der Zentrale Runde Tisch allerdings weniger Impulsgeber oder Vorbild als erwartet, sondern eher Impulsverstärker.

## Zusammensetzung und Teilnehmer

In Hinblick auf die Zusammensetzung nach Parteien und Gruppierungen, aber auch auf die Vergabe von Stimmrechten, der Anzahl von Stim-



men, von Beobachtungs-, Beratungs-, Rede- und Antragsrechten und auf das Beachten einer gewissen Parität, unterschieden sich die Runden Tische grundsätzlich voneinander. Damit war das gesellschaftliche Gewicht der vertretenen Gruppen quantitativ wie qualitativ sehr unterschiedlich. Gemeinsam war den meisten Gremien, dass die Teilnehmer der ersten Tischrunden recht willkürlich darüber entschieden, welche Parteien oder Gruppen außer ihnen noch stimmberechtigt, beratend oder beobachtend an den Tischen Platz nehmen durften. Die Zusammensetzung war aber auch deswegen willkürlich, weil sich Parteien im Verlaufe der Zeit nach Belieben zurückzogen. Ein einheitliches Muster der Zulassung und Zusammensetzung ist jedenfalls nicht erkennbar.

Von einem demokratischen Wahl- oder Delegierungsverfahren durch die Parteien und Gruppierungen kann auch nicht durchgängig die Rede sein. Ausgangspunkt für diese durchaus kritisch zu betrachtende Situation war weniger die Intention, einem basisdemokratischen Modell zu folgen, sondern eher die Überzeugung, die Runden Tische vorrangig als Verständigungs- und nicht als Leitungsgremien zu verstehen.<sup>10</sup> Daraus ergaben sich jedoch Probleme mit der Legitimation der Tische. Realiter wurden sie zwar von den Funktionären der staatlichen Institutionen anerkannt, das geschah aber nur, weil diese das Funktionieren der Runden Tische für die eigene Legitimation benötigten. Außerdem konnten sich die Tische zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf den Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung stützen. Es waren vor allem die Massendemonstrationen und -proteste, die ihre Position stärkten und ihnen eine gewisse Einflussmöglichkeit auf den Gang der Dinge gaben. Die fehlende demokratische Legitimation erwies sich jedoch bei der Einflussnahme der Runden Tische auf Entscheidungen der Administration als grundsätzliches Problem.

Dem Beispiel des Zentralen Runden Tisches in Berlin, die Sitzungen von Kirchenvertretern moderieren zu lassen, folgten viele dieser Gremien. An diesen Tischen verstanden sich die Kirchenvertreter meistens nicht als Vertreter eigener Interessen, sondern wie die am zentralen Gremium als »Vermittler in Verantwortung für das Ganze«, »Helfer zum Gespräch« und »Mahner zur Friedfertigkeit«.<sup>11</sup> Hierbei konnte ein christlich geprägter Wunsch nach Konsens und Ausgleich jedoch auch wichtige oder intensivere Auseinandersetzungen verhindern. Auf die Frage, nach welchen Modalitäten moderiert wurde, antwortete beispielsweise Christoph Sens, Moderator am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg: »Also wenn, dann sehr zurückhaltend. Ich für meinen Teil habe dort nicht bestimmte Positionen inhaltlicher Art vertreten. Wenn, dann ausgleichend oder beschwichtigend. Also da lag uns schon daran, als Mode-

ratoren die Gesprächslage nirgendwo zu verschärfen, sondern zu gewährleisten, dass auch die unterschiedlichen Meinungen, auch wenn sie mal ein bisschen aufeinander prallen, wieder in Ruhe miteinander erörtert werden können.«<sup>12</sup>

An anderen Runden Tischen zirkulierte die Gesprächsleitung unter allen teilnehmenden Gruppierungen und Parteien. Solch eine Rotation der Tischleitung behinderte aber mitunter die erforderliche Stringenz im Ablauf.

Im Gegensatz zum zentralen Gremium waren an vielen Runden Tischen die Funktionäre der staatlichen Institutionen, in den meisten Fällen die (amtierenden) Vorsitzenden der Räte, von Anfang an anwesend; sie beteiligten sich maßgeblich und in Ausnahmefällen sogar mit Stimmrecht an den Beratungen. Mag das Stimmrecht auch eher kritisch zu sehen sein, so hatte ihre Teilnahme durchaus ihre Berechtigung, ging es den Runden Tischen doch in erster Linie um die Kontrolle der staatlichen Institutionen in den Kommunen wie Regionen und damit um umfassende Informationen durch die Räte. Die einzelnen Tische besaßen jedoch aufgrund der verschiedenen Ansprüche, Intentionen, Ambitionen und Herangehensweisen nicht die gleichen Chancen, was ihre Kontroll- und Beratungstätigkeit in den staatlichen Institutionen und damit ihre Einflussnahme auf die Entwicklung in den Kommunen, Kreisen und Bezirken anging.

## Erfolge und Misserfolge

Der Zentrale Runde Tisch tagte vom 7. Dezember 1989 bis zum 12. März 1990 insgesamt 16 Mal. In diesem kurzen Zeitraum wurden zahlreiche Beschlüsse verabschiedet, die alle Politikbereiche betrafen.<sup>13</sup> Der Tisch verfügte letztendlich über insgesamt 17 Arbeitsgruppen mit den klassischen Funktionen von Parlamentsausschüssen. Die Gesamtzahl der ordentlichen Mitglieder und Berater belief sich auf 276, welche teilweise ein an die letzten Reserven gehendes Arbeitspensum erledigten.<sup>14</sup> Die regionalen und lokalen Runden Tische kamen im Laufe ihres Bestehens durchschnittlich neun bis 20 Mal zusammen und tagten in der Regel zwischen acht bis zwölf Stunden.<sup>15</sup> Die Teilnehmer der Runden Tische der Bezirke trafen sich zwischen dem 7. Dezember 1989 und dem 12. Juli 1990 zwölf bis 21 Mal. Manche gingen ihrer Tätigkeit regelmäßig, zumeist wöchentlich oder vierzehntägig nach, andere (vor allem zum Ende hin) eher unregelmäßig.

Die Zeit von drei bis maximal sieben Monaten war ein knapper Zeitraum, in dem an den Tischen viele Themen und Probleme diskutiert wur-

den, die jedoch oft nicht binnen Kurzem oder gar endgültig gelöst werden konnten. Die größte Leistung der Oppositionellen am Zentralen Runden Tisch der DDR war, dass der Staatssicherheitsapparat gegen den Willen des Ministerpräsidenten kompromisslos und vollständig aufgelöst wurde. Damit verbunden waren aber auch die größten Fehler des Zentralen Runden Tisches. So erklärten sich die Beteiligten damit einverstanden, dass sich die Hauptverwaltung Aufklärung, das heißt der Apparat der Auslandsspionage des MfS, bis zum 30. Juni 1990 weitgehend selbst auflösen und alle Akten vernichten konnte. Der zweite Fehler, die Zustimmung des Runden Tisches zur physischen Zerstörung aller Magnetbandspeicher am 19. Februar des Jahres, erregte die Öffentlichkeit noch wesentlich stärker.<sup>16</sup> Obwohl er das von der Volkskammer letztendlich angenommene Wahlgesetz nicht wie beabsichtigt selbst entworfen hat, wachte der Zentrale Runde Tisch außerdem darüber, dass die Entscheidung, freie Wahlen zuzulassen, erfolgreich umgesetzt wurde, und war damit »Wegbereiter freier Wahlen«.<sup>17</sup> Das Gremium beschäftigte sich zudem – wenn auch nicht immer erfolgreich – mit dem Parteien- und Vereinigungsgesetz, dem Versammlungsgesetz, dem Mediengesetz und nicht zuletzt mit einem Verfassungsentwurf.

Wie am Zentralen Runden Tisch ging es auch an den Runden Tischen der Bezirke – hier vergleichsweise sogar noch mehr – um kurzfristige Maßnahmen für das praktische Leben; sie entwickelten jedoch ebenso konkrete längerfristige Reformvorschläge für ausgewählte Bereiche der Gesellschaft. Die Teilnehmer diskutierten zahlreiche wichtige und teilweise hochbrisante, vor allem die Regionen betreffende Themen und führten einen Teil den erforderlichen Lösungen zu. Fast alle Runden Tische der Bezirke konnten – analog dem zentralen Gremium – die größten Erfolge ihrer Arbeit in der begleitenden Kontrolle der Auflösung der MfS-Strukturen in den Bezirken und in der Beaufsichtigung der Wahlvorbereitungen verbuchen. Manche Tische nahmen sich aber auch durchgängig bestimmter Schwerpunktthemen an, was sie deshalb maßgeblich von anderen Bezirkstischen unterschied. Diese Schwerpunkte wurden zum einen durch die ungleichen Ausgangssituationen in den einzelnen Bezirken mitbestimmt. An manchem Runden Tisch wie dem des Bezirkes Gera ging es deshalb in erster Linie und von Anfang an um die Aufrechterhaltung von Strukturen, damit die Versorgung der Bevölkerung weiterhin ausreichend gewährleistet werden konnte. Zum anderen gab es bei der Schwerpunktsetzung der Themen auch Sonderfälle. So gingen von einzelnen Runden Tischen, beispielsweise vom Dresdner Bezirkstisch, erste Impulse zur Länderbildung aus; in anderen Gremien

wie dem Runden Tisch des Bezirkes Suhl spielten die Wahlvorbereitungen eine überdurchschnittlich große Rolle.

## Eine reale Macht?

Von Dezember 1989 bis Mitte Februar 1990 waren die Runden Tische zwar nicht Inhaber der realen Macht, was die meisten Teilnehmer auch bewusst nicht wollten. Aber es ging ebenfalls nichts (mehr) gegen und schon gar nichts ohne sie. Mit ihren Kritiken und daraus folgenden Empfehlungen, Anregungen, Weisungen und Beschlüssen versuchten die Teilnehmer an den Runden Tischen, Einfluss auf die Beschlüsse der Räte und damit auf die Entwicklung in den Orten und Regionen zu nehmen. Seit der zweiten Dezemberhälfte konnte es sich kein Repräsentant einer staatlichen Einrichtung mehr leisten, Einladungen oder Anträge Runder Tische auszuschlagen. Die Anfragen der Gremien zu ignorieren, wäre nur um den Preis eines sofortigen Absturzes in die politische Bedeutungslosigkeit möglich gewesen.<sup>18</sup> Viele Vertreter von staatlichen Institutionen waren allerdings auch bereit, sich der veränderten Situation anzupassen und mit den Tischen zusammenzuarbeiten. Das lief selbstverständlich nicht ohne Konflikte ab. Doch hinterließen manche Staatsfunktionäre einen durchaus pragmatischen wie reformwilligen Eindruck. Außerdem wurden sie sich im Laufe der Zeit darüber im Klaren, dass auch sie nur noch eine Übergangsfunktion innehatten. Die Beschlüsse der meisten Runden Tische erhielten deshalb immer mehr verbindlichen Charakter. Damit ging einher, dass das Auftreten der Runtischteilnehmer gegenüber den staatlichen Institutionen, aber auch gegenüber der Regierung in Berlin spürbar selbstsicherer und fordernder wurde.<sup>19</sup>

Ab Ende Januar 1990 dominierten die Runden Tische zwar das politische Leben in der DDR.<sup>20</sup> Dennoch blieben die realen Möglichkeiten der Kontrolle und Einflussnahme auf Entscheidungen der Räte für eine Reihe von Teilnehmern, vor allem für die Vertreter der neuen Gruppierungen, geringer als erhofft. Sie konnten die umfangreiche Tätigkeit der Räte nicht umfassend kontrollieren und schon gar nicht das gesamte Alltagsgeschäft aller Institutionen. Nicht wenige Möglichkeiten und Aktionen der alten Machtstrukturen blieben für sie undurchschaubar und wenig beherrschbar.<sup>21</sup> Offenbar gab es nur wenige, an den Tischen getroffene Entscheidungen, deren praktische Umsetzung man bis ins Detail hätte nachvollziehen können. Die hauptsächlichen Ursachen bestanden in dem nicht überschaubaren Ausmaß an zu lösenden Problemen, im Zeitmangel und

nicht zuletzt im Defizit an einer ausreichenden Anzahl kompetenter Fachleute in den neuen Gruppierungen, die eine wirksame Kontrolle auch tatsächlich hätten wahrnehmen können. Viele Mitglieder der neuen Gruppierungen waren »Laien im politischen Geschäft«<sup>22</sup> und verfügten nicht über das nötige Herrschaftswissen. Eine ganze Reihe von ihnen fühlte sich deshalb, was Sach- und Verwaltungskompetenz anging, den alten Machthabern unterlegen. Aber gemessen an ihren Erfolgen besaßen diese Gremien in aller Unvollkommenheit und Laienhaftigkeit auch etwas Exemplarisches.<sup>23</sup>

## Bedeutungsverlust und Auflösung

Im Verlauf des Wahlkampfes favorisierten immer mehr DDR-Bürger eine möglichst rasche Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wandten sich deshalb vor allem den Politikern zu, die schnell und konsequent auf die Einheit hinarbeiteten. Die in dieser Zeit am Runden Tisch noch agierenden Vertreter leisteten das nicht.<sup>24</sup> Damit hatte sich die generelle Kluft zwischen der mobilisierten Bevölkerung und der organisierten Opposition, die sich im Herbst 1989 geschlossen hatte, erneut aufgetan, »denn zu unterschiedlich waren trotz der Übereinstimmung im Demokratisierungsziel inzwischen die Lagebeurteilungen, Interessenlagen und Zukunftsvisionen«.<sup>25</sup> Als der Zentrale Runde Tisch am 12. März 1990 zu seiner letzten Sitzung zusammentrat, hatte er schon längst seine Legitimation durch die Bevölkerung und seine politische Bedeutung verloren. Das zeigte unmissverständlich das Ergebnis der Volkskammerwahl, aus der die »Allianz für Deutschland«, die auf eine schnelle Vereinigung setzte, als deutlicher Sieger hervorging.<sup>26</sup>

Die anderen Runden Tische lösten sich ebenfalls nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 beziehungsweise spätestens nach den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 auf. Für den Zentralen Runde Tisch und die Kreis- wie Stadttische hatte die Beendigung ihrer Tätigkeit durchaus ihre Berechtigung, immerhin agierten jetzt demokratisch legitimierte Parlamente, deren Kontrolle durch Runde Tische nicht mehr nötig erschien. Dagegen hatten in den Bezirken aufgrund der zu erwartenden Länderbildung keine demokratischen Wahlen stattgefunden. Die Runden Tische in den Regionen sollten dennoch aufgelöst werden, noch bevor demokratische Wahlen stattgefunden haben und grundlegende Personalentscheidungen für die Exekutiven und ihre Verwaltungen getroffen werden konnten. Deshalb fühlten sich die meisten Teilnehmer an den Tischen der Bezirke –

abgesehen von den Wahlsiegern – auch noch weiterhin als Ansprechpartner für Anliegen von Bürgern und zugleich verantwortlich für die Belange in den Regionen. Doch verließen bereits ab März 1990 die Vertreter der Parteien, welche als Sieger aus der Volkskammerwahl hervorgegangen sind, die Gremien. Außerdem erklärte die Regierung de Maizière, die Arbeit der Runden Tische der Bezirke nicht (mehr) anzuerkennen. Im Frühjahr 1990 verloren die Bezirkstische endgültig an Bedeutung. Bis zu diesem Zeitpunkt waren aber fast alle Runden Tische der Bezirke durchaus noch nicht gewillt, ihre Arbeit einzustellen. Dennoch gaben fast alle Bezirkstische ihre Tätigkeit bis Mai 1990 auf. Das ging nicht überall konfliktfrei zu.

## Fazit: Was waren die Runden Tische?

Die Runden Tische waren operative Organe, deren Sinn und Zweck darin bestand, das Alltagsleben weitgehend störungsfrei ablaufen zu lassen. Ihnen wurde vor allem eine Kontrollfunktion zugeschrieben, die zugleich eine neue Qualität von Öffentlichkeit etablierte.<sup>27</sup> Hinzu kamen teilweise auch gewisse Steuerungs- oder Regierungsfunktionen. Immerhin hatten einige der Runden Tische – analog dem Zentralen Runden Tisch – Vertreter als Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich in die kommunalen und regionalen Exekutiven delegiert. Für manchen Teilnehmer waren die Gremien aber auch »nur« Gesprächsinstrumente, um die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung zu überbrücken. Nicht zuletzt hatten sie eine Assistenzfunktion für den Transformationsprozess und waren Mittel zur Verhinderung von Gewalt. Sie trugen durch ihre Mittlerfunktion zwischen alten und neuen Kräften, zwischen den Demonstranten und den Inhabern staatlicher Macht zur Berechenbarkeit der Entwicklungen gerade vor Ort bei.<sup>28</sup>

In den ersten Wochen und Monaten ihrer Existenz stellten sie gewissermaßen die politische Autorität in der DDR dar, denn die alte Autorität war zu großen Teilen weggebrochen und eine neue noch nicht etabliert.<sup>29</sup> Dennoch sprechen manche ehemalige Akteure den Runden Tischen im Nachhinein prinzipiell politische Macht oder gar Eigenständigkeit ab. Wie beispielsweise Katrin Rohnstock, die Vertreterin des Unabhängigen Frauenverbandes am Runden Tisch der Stadt Berlin, vertreten sie die Auffassung, Politik sei damals an anderen Stellen gemacht worden.<sup>30</sup> Mitunter verstehen sie, wie beispielsweise Franz-Peter Spiza, Moderator am Runden Tisch des Bezirkes Schwerin, die Tische rückblickend sogar als »weniger als ein Feigenblatt, sondern mehr als ein Ablenkungsmanö-

ver für die, die im Hintergrund die politischen Strippen gezogen haben«. Ehemaligen politisch Verantwortlichen sei zwar klar gewesen, dass ihre Zeit vorbei war, aber sie hätten in dieser Zeit noch gerettet, was zu retten gewesen sei.<sup>31</sup> Eine Reihe von Teilnehmern betrachtet deshalb die Funktionen und die Arbeit der Runden Tische retrospektiv weniger als Beitrag zur Demokratisierung, sondern eher als demokratischen Lernprozess.<sup>32</sup>

Die Runden Tische waren Kontroll- und Beratungsgremien, aber keine Platzhalter für nachfolgende demokratisch legitimierte Institutionen. Sie begleiteten die Tätigkeit der staatlichen Institutionen, wickelten sie aber nicht ab. Sie arbeiteten weitgehend eigenständig, verfügten realiter aber nicht über Macht und auch nur über weniger Einfluss als erhofft. Dennoch trugen die konkordanzdemokratisch konzipierten Runden Tische ohne Zweifel dazu bei, die Proteste zu kanalisieren und eine gewaltfreie Institutionalisierung der Demokratie zu gewährleisten. Sie gestalteten den Prozess der Befreiung und Demokratisierung in der DDR mit – allerdings in höchst unterschiedlichem Maße. Ihre Anteile an diesem Prozess hingen demzufolge maßgeblich von den jeweils gestellten Zielen, den Herangehensweisen, den konkreten Machtstrukturen und den handelnden Personen vor Ort ab. Es gab – so Uwe Thaysen – offensichtlich viele Wege zur Demokratie und eine »wie auch immer begrenzte Handlungsautonomie der Akteure, die unter jeweils anderen Bedingungen jeweils eigenwillig wahrgenommen wurde«.<sup>33</sup>

Dieser vielfältige Demokratisierungsprozess von unten bestätigt: Zahlreiche sich an den Runden Tischen engagierende DDR-Bürger waren nach Jahrzehnten Diktatur kurzfristig in der Lage, sich eigenständig zu organisieren, Probleme anzusprechen, sachkundig wie sachlich zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, ohne dass es ihnen – wie jahrzehntelang geschehen – von einer zentralen Stelle offeriert oder gar vorgeschrieben wurde. Tausende DDR-Bürger brachten sich an den Runden Tischen ein – Politik war Bürgersache geworden. Das ist nicht zuletzt Ausdruck einer – immer noch zu wenig beachteten und gewürdigten – eigenständigen DDR-Demokratisierung. Selbstdemokratisierung oder »Demokratisierung von unten« durch Runde Tische fand allerdings nur in der DDR statt; in den anderen ostmitteleuropäischen Staaten gab es neben dem zentralen Gremium nicht auch noch Hunderte lokaler, regionaler und thematischer Tische.

Die Tische waren weder Institutionen einer repräsentativen noch – wie häufig deklariert – einer direkten Demokratie, sie arbeiteten jedoch mit basisdemokratischen Elementen. Die allerwenigsten Teilnehmer verstanden sie damals als Institutionen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Heute

steht dagegen fest, dass 1989/90 auf ostdeutschem Boden fast ein halbes Jahr zivilgesellschaftliche Selbststeuerung durch Runde Tische und Bürgerkomitees praktiziert worden ist.<sup>34</sup> Die Runden Tische von 1989/90 gehören deshalb nicht nur zur Tradition der seit dem 19. Jahrhundert gepflegten round-table talks<sup>35</sup>, sondern und in erster Linie zur Tradition des sich im 20. Jahrhundert entwickelnden zivilgesellschaftlichen Engagements. Als Wegbereiter von Systemwandel und -wechsel stellen die Gremien von 1989/90 im Vergleich zu allen Runden Tischen bisher allerdings ein einmaliges Phänomen in der Geschichte dar.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Ulrike Poppe, Der Runde Tisch, in: Martin Sabrow (Hg.), Erinnerungsorte in der DDR, München 2009, S. 492–502, hier S. 500.
- 2 Vgl. ebd., S. 501.
- 3 Vgl. Hans Michael Kloth, Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen: Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000, S. 518f.
- 4 Vgl. Uwe Thaysen, Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990, S. 43–45.
- 5 Vgl. Uwe Thaysen und Hans Michael Kloth, Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd. VII.2, Baden-Baden 1995, S. 1706–1852, hier S. 1738.
- 6 Ausführlich zum Zentralen Runden Tisch vgl. Francesca Weil, Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen 2011, S. 45–66.
- 7 Vgl. Bernd Gehrke, 1989 und keine Alternative?, in: Ders. und Wolfgang Rüdtenklau (Hg.), ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 417–431, hier S. 427.
- 8 Am 23.11.1989 erschien im SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« ein Artikel unter der Überschrift »Anregung der SED«. Darin versuchte die Parteiführung der Bevölkerung zu suggerieren, das Politbüro des Zentralkomitees der SED verbreite von sich aus den Vorschlag, dass sich die herrschenden Parteien gemeinsam mit anderen politischen Kräften des Landes an einem Zentralen Runden Tisch zusammenfinden sollten. Die SED-Führung versuchte damit noch im letzten Moment, sich an die Spitze dieser Aktivitäten zu stellen. Es misslang ihr aber; ihrem Zentralorgan glaubte ohnehin niemand mehr. Vgl. Poppe, Ulrike, Der Runde Tisch, in: Martin Sabrow (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 492–502, hier S. 494.
- 9 Gegen Ende Dezember 1989 stellten die (amtierenden) Ratsvorsitzenden übereinstimmend fest, dass in den staatlichen Institutionen der Bezirke Handlungsfähigkeit bestehe. In diesem Kontext verwiesen die Berichte der Beauftragten der Modrow-Regierung in den Bezirken auf hilfreiche und förderliche Aufrufe der Teilnehmer



- an den Runden Tischen der Bezirke zu Rechtsstaatlichkeit, Gewaltlosigkeit und gemeinsamen Handeln. Vgl. Bundesarchiv Berlin, DC 20, 11958, Schreiben zur Einschätzung der Lage in den Bezirken am 21.12.1989 vom 22.12.1989, Bl. 84f. Nicht zuletzt aus diesem Grund beschloss die Regierung am 21.12. weitgehende Maßnahmen zur Unterstützung Runder Tische auf allen Ebenen.
- 10 Vgl. Günter Bransch, Von der Konfrontation zur Sacharbeit. Runder Tisch Potsdam, in: Friedrich Winter (Hg.), Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90, Leipzig 1999, S. 81–85, hier S. 82.
  - 11 Vgl. Martin Ziegler, Runder Tisch und politische Kultur in Europa, in: Der Platz der Kirchen an den Runden Tischen. 9. Werkstattgespräch (Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung 11), Berlin 2000, S. 68–71, hier S. 69.
  - 12 Interview der Autorin mit Christoph Sens am 10.4.2008, S. 11.
  - 13 Vgl. André Hahn, Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht. Politische Kultur im letzten Jahr der DDR, Berlin 1998, S. 124f.
  - 14 Vgl. Uwe Thaysen, Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? (Anm. 4), S. 102.
  - 15 Vgl. Friedrich Winter, Einführung, in: Ders. (Hg.), Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90, Leipzig 1999, S. 10–44, hier S. 18.
  - 16 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 515f.
  - 17 Vgl. Uwe Thaysen und Hans Michael Kloth, Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED (Anm. 5), S. 1797f.
  - 18 Vgl. Stephan Schnitzler, Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozess von 1989/90 in der Stadt Erfurt, Göttingen 1996, S. 209.
  - 19 Vgl. ebd., S. 210.
  - 20 Vgl. Hermann-Josef Rupieper, Runde Tische in Sachsen-Anhalt 1989/90. Einige Bemerkungen zur Forschungsproblematik, in: Ders. (Hg.), Friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt, Halle 2000, S. 194–207, hier S. 207.
  - 21 Vgl. Gerlind Grahn (Hg.), »Wir bleiben hier, gestalten wollen wir«. Der Runde Tisch im Bezirk Potsdam 1989/90 – Forum des gesellschaftlichen Dialogs, Schkeuditz 2006, S. 97.
  - 22 Interview der Autorin mit Heino Falcke, dem Moderator des Runden Tisches des Bezirkes Erfurt, am 4.3.2009, S. 4.
  - 23 Vgl. ebd., S. 3.
  - 24 Vgl. Ehrhart Neubert, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008, S. 338.
  - 25 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, 1989, in: Ders. (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 11–46, hier S. 42.
  - 26 Vgl. Kowalczyk, Endspiel (Anm. 16), S. 498.
  - 27 Vgl. Schnitzler, Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene (Anm. 18), S. 209.
  - 28 Vgl. Rupieper, Runde Tische in Sachsen-Anhalt 1989/90 (Anm. 20), S. 206.

- 29 Vgl. Interview der Autorin mit Bernd Winkelmann, dem Vertreter des »Neuen Forums« am Runden Tisch des Bezirkes Suhl, am 26.7.2008, S. 14.
- 30 Vgl. Interview der Autorin mit Katrin Rohnstock am 20.2.2008, S. 3.
- 31 Vgl. Interview der Autorin mit Franz-Peter Spiza am 28.5.2008, S. 5.
- 32 Vgl. Peter Wurschi, Akteure an den Runden Tischen der Bezirke 1989/90. Tagung in Dresden, 19. April 2008, in: Deutschland Archiv 41 (2008), S. 715–718, hier S. 718.
- 33 Vgl. Uwe Thaysen, Wege des politischen Umbruchs in der DDR. Der Berliner und der Dresdner Pfad der Demokratiefindung, in: Karl Eckart und Manfred Wilke (Hg.), Berlin, Berlin 1998, S. 69–90, hier S. 89.
- 34 Vgl. Thaysen (Hg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Opladen 2000, Band I, S. XVIII.
- 35 Vgl. Rüdiger Läger, Nähe und Distanz am Runden Tisch. Konfliktkommunikation und Argumentieren im politischen Kontext am Beispiel des Zentralen Runden Tisches der DDR, in: Ruth Reiher und Undine Kramer (Hg.), Sprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung, Frankfurt a. M. 1998, S. 237–271, hier S. 237.



Verwaltungsgebäude und Zellentrakt des ehemaligen Jugendwerkhofs Torgau, April 2010.

Berenike Feldhoff

## Zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und individueller Rehabilitierung

### Eine (Zwischen-)Bilanz der Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung

Fremdbestimmung, Menschenverachtung, Freiheitsbeschränkung und entwürdigende Strafen bestimmten den Alltag vieler Minderjähriger in den Spezialkinderheimen der DDR. Eingewiesen wurden Kinder und Jugendliche, die den von der SED vorgegebenen Normen der »sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung« nicht entsprachen. Die Heimerziehung war insbesondere in den Spezialkinderheimen, offenen Jugendwerkhöfen sowie im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau (GJWT) von

drakonischen Methoden der Disziplinierung und Umerziehung geprägt. Viele der Jugendlichen, die in diese DDR-Heime kamen, wurden aufgrund ihrer Freizeitgestaltung oder aufgrund ihres familiären Hintergrundes als verhaltensauffällig sowie schwer erziehbar stigmatisiert. Sie sollten durch Zwang, Ausgrenzung und Einschließung zu »sozialistischen Persönlichkeiten« umerzogen werden. Durch den Heimaufenthalt sind viele der ehemaligen Heimkinder auch heute noch in ihren Lebenschancen massiv beeinträchtigt, da in den Heimen der DDR eine Entwicklung der Minderjährigen zu selbstbestimmten Menschen gezielt verhindert wurde. Die psychischen wie physischen Folgen der DDR-Heimerziehung wirken zum Teil bis in die Gegenwart, weshalb eine umfassende Beschäftigung mit diesem dunklen Kapitel der DDR-Vergangenheit von hervorgehobener Bedeutung sein sollte.

Im deutschen Forschungsdiskurs zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit sind insbesondere vier Dimensionen für eine Analyse des DDR-Aufarbeitungsprozesses von zentraler Bedeutung. Bei den Aufarbeitungsdimensionen handelt sich erstens um die politische Aufarbeitung, zweitens die wissenschaftliche Aufarbeitung und gesellschaftliche Aufklärung, drittens die strafrechtliche Aufarbeitung und die personellen Erneuerungen sowie viertens die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer. Im Folgenden wird rekonstruiert, wann, was, auf welche Weise und durch welche Akteure an Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung geleistet beziehungsweise nicht geleistet wurde. Dabei sollen unter anderem folgende Fragen im Zentrum der Analyse stehen: Welchen Beitrag hat die Politik zur Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung geleistet? Welche gesellschaftlichen Aufklärungsmöglichkeiten gibt es? Wurden die Täter bestraft und die Opfer entschädigt?<sup>1</sup>

## Die politische Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung

Die politische Aufarbeitung in Deutschland umfasst einerseits »politische Entscheidungen zur administrativen ›Regulierung‹ von Vergangenheit« sowie andererseits »Diskurse und Handlungen, mit denen Geschichte gedeutet und eine kollektive Vergangenheit zu politischen Zwecken öffentlich repräsentiert wird.«<sup>2</sup> Das vielfach erklärte Ziel der politischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte besteht darin, einen politisch-kulturellen und politisch-institutionellen Rahmen zu schaffen, in dem das System des SED-Regimes delegitimiert und das Bild der DDR als Diktatur im öffentlichen Gedächtnis fest verankert werden kann.<sup>3</sup>

Die politische Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung begann vergleichsweise spät nach der Wiedervereinigung. Erst seit 2011/2012 kann vom Beginn einer intensiven und differenzierten politischen Beschäftigung mit der ostdeutschen Heimerziehung gesprochen werden. Bis 2011 bestand die politische Aufarbeitung der DDR-Heimpädagogik in erster Linie aus rhetorischen Bekundungen, Empfehlungen und ersten Untersuchungen.<sup>4</sup>

Erst im Zusammenhang der Aufarbeitung der westdeutschen Heimerziehung, die sich in den Jahren 2008 bis 2011 im Rahmen des »Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren« vollzog und die die DDR-Heimerziehung explizit ausklammerte, brachte auch die politische Aufarbeitungspraxis der DDR-Heimpädagogik eigene nennenswerte Initiativen hervor. Angespornt durch die Tätigkeit des »Runden Tisches« traten vermehrt Betroffene der DDR-Heimerziehung an die Öffentlichkeit und verlangten bei der Aufarbeitung von Missständen und der Rehabilitation von Opfern mit einbezogen zu werden.<sup>5</sup>

Die maßgeblich von Betroffenen angestoßene Initiative, die von ostdeutschen Opferverbänden und der Politik unterstützt wurde, führte im Juli 2011 schließlich zur Konstituierung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe (BLAG), die Grundlagen für eine politische Entscheidung zur Würdigung und Anerkennung des Leids ehemaliger Heimkinder aus der DDR ausarbeiten sollte. Im März 2012 wurde der von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitete Bericht »Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR«<sup>6</sup> veröffentlicht, welcher zusammen mit drei von der BLAG in Auftrag gegebenen Expertisen zu rechtlichen, pädagogischen und psychologischen Aspekten der Heimerziehung<sup>7</sup>, den Ausgangspunkt für weitere Aufarbeitungsmaßnahmen bildete. Auf Basis des Berichtes errichteten die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie die Freistaaten Sachsen und Thüringen gemeinsam mit dem Bund zum 1. Juli 2012 den Entschädigungsfonds »Heimerziehung in der DDR von 1949 bis 1990«. Parallel zum Fonds richteten die Länder Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige DDR-Heimkinder ein, wodurch einer Forderung der Betroffenen nach gezielten und individuellen Beratungs- und Unterstützungsleistungen Rechnung getragen wurde.<sup>8</sup>

Die politische Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung hat in den letzten 26 Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen, sodass unter dem Dach der allgemeinen SED-Diktaturaufarbeitung mittlerweile auch für die Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung ein politisch-kultureller und politisch-institutioneller Rahmen zur Verfügung steht. Zum einen werden die drakonischen Erziehungsmethoden in den DDR-Spezialheimen

im politischen Diskurs allseits als menschenrechtsverletzend und ihre Aufarbeitung als notwendig anerkannt. Zum anderen wurde diese diskursive Anerkennung auch in konkrete politische Maßnahmen, wie etwa die Errichtung des Fonds, übersetzt, welche die Aufarbeitung anleiten.

## Wissenschaftliche Aufarbeitung und gesellschaftliche Aufklärung

Die wissenschaftliche Aufarbeitung und gesellschaftliche Aufklärung dienen in besonderem Maße dem langfristigen Umgang mit den Lasten der überwundenen Gewaltherrschaft. Für eine Verhinderung der Restauration alter Verhältnisse ist das Wissen über ehemalige Herrschaftsmethoden notwendig.<sup>9</sup> Das Gewinnen sowie die Verbreitung dieser Erkenntnisse fallen als Ziele vor allem in den Aufgabenbereich der Wissenschaft und gesellschaftlicher Institutionen, wie etwa Gedenkstätten, Opferverbände und Museen.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung ist mittlerweile relativ weit vorangeschritten. Sie beschäftigt sich etwa mit den sozialistischen Umerziehungspraktiken im Geschlossenen Jugendwerkhof (GJWH) Torgau<sup>10</sup>, der DDR-Jugendhilfe und -Heimerziehung im Allgemeinen<sup>11</sup> sowie mit den bereits genannten rechtlichen, pädagogischen und psychologischen Aspekten der Heimerziehung.<sup>12</sup> Nachdem die repressiven Umerziehungsmethoden in den Spezialkinderheimen der DDR durch diverse zeithistorische Untersuchungen mittlerweile gut erforscht sind, wendet sich die Forschung spezifischeren Fragen zu, die sich etwa mit der medizinischen Versorgung in den DDR-Heimen, der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der DDR-Heimerziehung oder mit dem internationalen Vergleich von Heimerziehungspraktiken beschäftigen.<sup>13</sup>

Im Rahmen der gesellschaftlichen Aufklärung ist insbesondere die Gedenkstätte GJWH Torgau, die 1998 durch die Initiativgruppe »Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.« eingerichtet wurde, als bedeutender Aufarbeitungsakteur hervorzuheben.<sup>14</sup> Sie ist »bundesweit der einzige Erinnerungsort, der sich mit den repressiven Machtstrukturen des Bildungs- und Erziehungssystems der SED-Diktatur auseinandersetzt und an das Schicksal zehntausender Opfer, denen in ihrer Kindheit und Jugend das Recht auf Freiheit und Menschenwürde genommen wurde, erinnert.«<sup>15</sup> In der Gedenkstätte befindet sich ein Museum, das neben den drakonischen Umerziehungspraktiken im GJWH auch das DDR-Heimerziehungssystem im Allgemeinen thematisiert. Außerdem zeichnet sich die Gedenkstätte

durch ein umfassendes Bildungsangebot und verschiedene Veranstaltungen wie Buchpräsentationen, Lesungen, Lehrerfortbildungen, Seminare und das seit 2003 jährlich stattfindende Treffen ehemaliger DDR-Heimkinder in der Gedenkstätte aus. Neben Führungen und Zeitzeugengesprächen entwickelte die Gedenkstätte zudem »Das Mobile Bildungsprojekt – Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung«, das unabhängig vom Ort der Durchführung die Möglichkeit bietet, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern mit der Geschichte des GJW vertraut zu machen. Die Errichtung der Gedenkstätte am authentischen Ort bedeutet für die Opfer ein »Zeichen der Anerkennung und zumindest der moralischen Rehabilitierung«. <sup>16</sup> Ihre Tätigkeit trägt damit ganz wesentlich zur gesellschaftlichen Aufarbeitung und Aufklärung der DDR-Heimerziehung bei. <sup>17</sup>

Auch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (durch Projektförderungsmittel und Weiterbildungen <sup>18</sup>) sowie die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (durch die Bereitstellung didaktisch professionell ausgearbeiteter Bildungsangebote, wie etwa Lehrerfortbildungen, Unterrichtsmaterialien und unterrichtsergänzende Veranstaltungen <sup>19</sup>) setzen sich dafür ein, das DDR-Heimerziehungssystem für eine breite Öffentlichkeit verständlicher und greifbarer zu machen.

## Die strafrechtliche Aufarbeitung und personelle Erneuerungen

Die strafrechtliche Auseinandersetzung mit den Lasten der Vergangenheit sowie die Forderung nach einem Personalaustausch sind nach dem Umbruch von einem autoritären zu einem demokratischen politischen System von zentraler Bedeutung, da sich die Legitimität des neuen Systems entscheidend an seinem Umgang mit dem überkommenen Unrecht bemisst. Durch die Entlassung und Sanktionierung der Täter kann eine justizförmige Aufarbeitung zur Delegitimierung der überwundenen Ordnung beitragen und den legitimen Ansprüchen der Opfer gerecht werden. <sup>20</sup>

Als die Hauptverantwortlichen für die DDR-Heimerziehung können Margot Honecker und Eberhard Mannschatz identifiziert werden. Die Heimerziehung wurde in der Abteilung Jugendhilfe/Heimerziehung im Ministerium für Volksbildung (MfV), welches von 1963 bis 1989 von Margot Honecker geleitet wurde, zentralistisch organisiert. Mannschatz gilt als langjähriger Leiter der Abteilung Jugendhilfe (von 1951–1954 und von 1957–1977) und enger Mitarbeiter Margot Honeckers als einer der »wichtigsten Protagonisten der DDR-Jugendhilfe«. <sup>21</sup> In den 1960er Jahren

stellte er die Heimerziehung ausdrücklich in den Dienst der politisch-ideologischen Vorgaben der Staats- und Parteiführung, wodurch der Jugendhilfe die Aufgabe zukam, »die Kinder und Jugendlichen zu ›guten Staatsbürgern‹ zu erziehen«<sup>22</sup>.

Weder Margot Honecker noch Eberhard Mannschatz wurden nach der Wiedervereinigung strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen. Margot Honecker, die bis zu ihrem Tod im Mai 2016 unbescholten in Chile lebte, wurde zwar im Juni 1993 für die unmenschlichen Zustände in Torgau angezeigt, die Klage wurde jedoch aufgrund mangelnder Beweise abgewiesen.<sup>23</sup> Auch Eberhard Mannschatz, der »1991 ohnehin in den Ruhestand ging, blieb [...] jede Überprüfung und Evaluierung erspart«.<sup>24</sup> Nach seiner Emeritierung, er war von 1977–1989 Inhaber des einzigen Lehrstuhls für »Jugendhilfe und Heimerziehung« in der DDR an der Humboldt-Universität Berlin, beteiligte er sich sogar in Form verschiedener Publikationen und Vorträge nahezu unhinterfragt am wissenschaftlichen Diskurs zur deutschen Bildungs- und Sozialpolitik. Erst im Jahr 2012 entbrannte eine mediale Debatte über seine Person, als darauf aufmerksam gemacht wurde, dass ein Artikel von Mannschatz, in dem er das rigide System der Umerziehung in der DDR verharmlosend darstellt, im Sammelband »Grundkurs Soziale Arbeit« von Timm Kunstreich jahrelang kommentarlos als Lehrmaterial herangezogen wurde. Es wurde scharf kritisiert, dass einer der Hauptverantwortlichen für die autoritären Ausformungen der DDR-Heimerziehung »zum Kronzeugen für eine angeblich gelungene Sozialarbeit in der DDR« stilisiert wurde. Mannschatz' Vergangenheit hatte demnach für sein späteres Leben in der Bundesrepublik keine Konsequenzen.<sup>25</sup>

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern die ausführenden Organe, also die Heimerzieherinnen und -erzieher, zur Rechenschaft gezogen worden sind. Diejenigen des GJW wurden zwar noch im Jahr 1990 entlassen, vereinzelte Strafanzeigen führten jedoch nur zu wenigen Verurteilungen, in denen lediglich Geldstrafen verhängt wurden.<sup>26</sup> Nur ein Gerichtsprozess erlangte ab Februar 1999 eine gewisse mediale Aufmerksamkeit, der sogenannte »Meerane-Prozess«, in dem erstmalig mehrere Vertreter der autoritären DDR-Jugendhilfe wegen Freiheitsberaubung, Verletzung der Erziehungspflicht, Körperverletzung und sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen vor Gericht gestellt werden sollten.<sup>27</sup> Erst fünf Jahre nach der ersten Anklage mussten sich im Juni 2004 vier der ursprünglich fünf angeklagten Erzieherinnen und Erzieher vor Gericht verantworten. Der Prozessöffnung waren jahrelange Ermittlungen und ein juristischer Konflikt um mögliche Verjährungsfristen vorausgegangen.<sup>28</sup> Das



Gerichtsverfahren wurde dann jedoch noch am Tag des lang erwarteten Prozessbeginns eingestellt. Drei der Angeklagten einigten sich mit der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf die Zahlung von Geldbußen, räumten aber keine Misshandlungen ein. Der vierte Beschuldigte kam ohne Auflagen davon. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass die teilweise 18 Jahre zurückliegenden Taten ohnehin schwer aufzuklären gewesen wären und dass den Opfern durch die Einstellung unangenehme Konfrontationen und aufwendige Glaubwürdigkeitsgutachten erspart bleiben sollten.<sup>29</sup> Durch das vorzeitige Prozessende und das fehlende Gerichtsurteil wurde jedoch weder das von den DDR-Heimerzieherinnen und -erziehern verübte Unrecht offiziell juristisch aufgearbeitet und anerkannt noch die ehemaligen Heimkinder als Opfer des Heimsystems der DDR gewürdigt. Die Grenzen des Rechtsstaats sowie die spät einsetzende Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung haben dazu geführt, dass in den letzten 26 Jahren kaum Täter der Heimerziehung justiziell bestraft wurden, da die Taten entweder verjährt waren oder nicht bewiesen werden konnten.<sup>30</sup>

Das Meerane-Beispiel zeigt außerdem Fahrlässigkeiten beim Personalaustausch. Während zwei der Beschuldigten auch nach der Wende noch in dem Kinderheim beschäftigt waren, war ein Dritter über lange Jahre stellvertretender Bürgermeister der Stadt Meerane.<sup>31</sup> Wenngleich systematisierte Studien zum Verbleib der DDR-Heimerzieherinnen und -erzieher fehlen, kann davon ausgegangen werden, dass viele beim Fortbestehen ihrer Einrichtung ihre Jobs behielten, um die Funktionsfähigkeit des neuen demokratischen Heimsystems zu gewährleisten. Diese personellen Kontinuitäten und ihre Folgen sind bis heute nicht erforscht.

## Rehabilitierung nach §2 StrRehaG und »Heimkinderfonds Ost«

Die Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur sowie die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für deren Rehabilitierung gehörten im wiedervereinigten Deutschland von Anfang an »zu den vordringlichsten Aufgaben im Zusammenhang mit der Herstellung der staatlichen Einheit.«<sup>32</sup> Ein angemessener und juristisch begleiteter Umgang mit Diktaturopfern, die meist auch in den neuen demokratischen Gesellschaften Randgruppen bleiben, trägt zur Stabilisierung des neuen Systems und zum Glauben in seine Rechtmäßigkeit bei.<sup>33</sup>

Die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der DDR-Heimerziehung kann zum einen über die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und dabei insbesondere über Paragraph 2 des Strafrechtlichen Rehabili-

tierungsgesetzes (StrRehaG) erfolgen.<sup>34</sup> Im Falle der DDR-Heimerziehung führt ein stattgegebener Rehabilitierungsantrag zur Aufhebung der Heimeinweisungsanordnung, die außerdem für rechtsstaatswidrig erklärt wird. In einem zweiten Schritt können ehemalige Heimkinder soziale Ausgleichsleistungen erlangen, zu denen auch eine monatliche Unterstützungsleistung (die Opferrente) zu zählen ist, die jedoch nur bei besonderer Bedürftigkeit gewährt wird.<sup>35</sup>

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass der Anspruch auf Entschädigungsleistungen auf Basis von Paragraph 2 StrRehaG nur schwer durchzusetzen ist.<sup>36</sup> Schätzungsweise nur ein bis zehn Prozent aller Anträge ehemaliger Heimkinder aus der DDR führen zum Erfolg.<sup>37</sup> Als Gründe für die geringe Erfolgsquote dieser Rehabilitierungsverfahren wird zum einen die schwer zu erfüllende Rehabilitierungsvoraussetzung angeführt, der zufolge ein Betroffener nur rehabilitiert werden kann, wenn die Anordnung seiner Unterbringung in einem Heim der DDR-Jugendhilfe mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar war. Ausschlaggebend für einen Anspruch auf Rehabilitierung durch das StrRehaG sind folglich nicht die Umstände in den Heimen, sondern die Entscheidung über die Einweisung ins Heim und die Frage nach deren Rechtsstaatswidrigkeit. Diese Voraussetzung, die in jedem Rehabilitierungsverfahren einer Einzelfallprüfung bedarf, stellt eine hohe Hürde des StrRehaG dar, da »die meisten ehemaligen Heimkinder bis heute ihre Einweisungsgründe ins Heim nicht kennen«.<sup>38</sup> Zum anderen erschwert bislang eine restriktive Haltung deutscher Gerichte die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder. Das hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass Hinweise auf eine Unvereinbarkeit einer Heimunterbringungsanordnung mit Grundsätzen einer freiheitlichen rechtstaatlichen Ordnung viel zu selten und wenn dann nur ungenügend überprüft und anerkannt worden sind.<sup>39</sup> Diese unzureichende Anerkennung der Betroffenen der DDR-Heimerziehung wurde im Dezember 2014 durch das BVerfG kritisiert, was dazu beitragen sollte, die Haltung der Gerichte zu ändern.<sup>40</sup>

Mittlerweile sei zwar ein veränderter Umgang mit den Betroffenen feststellbar, da es inzwischen Anhörungen von Opfern an Gerichten gebe, es bleibt jedoch weiter abzuwarten, wie sich die Rechtsprechung nach der Rüge aus Karlsruhe und der Feststellung von Verfahrensmängeln auf dem Gebiet der Rehabilitierung von DDR-Heimkindern in den nächsten vier Jahren positionieren wird.<sup>41</sup> Die Frage, ob es bis Ende 2019, wenn die Antragsfristen für alle Rehabilitierungsgesetze ablaufen, gelungen ist, einen angemessenen rehabilitativen Umgang mit den Opfern der DDR-Heimerziehung zu etablieren, bleibt weiter spannend.

Zum anderen bietet der Fonds »Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990« den ehemaligen Heimkindern Unterstützungsleistungen. Der Fonds mit einem Volumen von bis zu 364 Millionen Euro, der als ein »neues und außergewöhnliches Instrument im Rahmen der DDR-Unrechtsaufarbeitung«<sup>42</sup> bezeichnet wird, ist ein eigenständiges, zusätzliches Hilfesystem, das bestehende sozialrechtliche Versorgungssysteme ergänzt. Bis Ende 2018 stellt der Fonds, der bewusst einen niedrigschwelligen Ansatz verfolgt, 27 554 Betroffenen der DDR-Heimerziehung Hilfen und Unterstützungsleistungen bei heute noch bestehenden Folgeschäden zur Verfügung.<sup>43</sup> Durch den Fonds wird die Anerkennung des Heimkinderschicksals »in einen größeren Zusammenhang gestellt, der [...] über das gerichtliche Verfahren hinausweist«<sup>44</sup>, da der Fonds auch bei Betroffenen greift, deren Heimaufenthalt nicht strafrechtlich rehabilitiert werden kann, aber trotzdem schädigende Folgen verursacht hat. Der Fonds kann demnach als »Beitrag zur Versöhnung und zur Herstellung von Rechtsfrieden«<sup>45</sup> verstanden werden, wenngleich materielle Entschädigungen für entgangene Lebenschancen natürlich extrem schwer gerecht zu beziffern sind.<sup>46</sup> An den hohen Zahlen von abgeschlossenen Vereinbarungen, die individuell mit den Betroffenen in den neu eingerichteten Beratungsstellen getroffen werden, ist ablesbar, dass der Fonds immer mehr ehemalige Heimkinder erreicht.<sup>47</sup>

## Schlussbetrachtung

Die Untersuchung der bisherigen bundesdeutschen Aufarbeitung zur Heimerziehung in der DDR hat ein ambivalentes Bild ergeben. Auf der einen Seite sind die politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung weit vorangeschritten. Sie tragen wesentlich zu einem besseren Umgang mit den Lasten der DDR-Heimvergangenheit bei und schärfen das öffentliche Bewusstsein für das an den ehemaligen Heimkindern begangene Unrecht. In den genannten Dimensionen ist es gelungen, die autoritären Elemente des DDR-Heimsystems zu delegitimieren, das an den Heimkindern verübte Unrecht anzuerkennen sowie die Opfer der DDR-Heimerziehung zu würdigen. Auf der anderen Seite ließen sich bei der strafrechtlichen Aufarbeitung und dem Personalwechsel nach wie vor bestehende Defizite konstatieren, da es in dem Bereich nicht gelang, sich entschieden gegen das DDR-Heimunrecht zu stellen. Die strafrechtliche Rehabilitierung und Entschädigung der ehemaligen DDR-Heimkinder ist zwar im StrRehaG angelegt, jedoch in der

Praxis bislang kaum erfolgsversprechend – mit Ausnahme der Rehabilitierung für den Aufenthalt im GJW. Wenngleich den ehemaligen Heimkindern ein gesetzlicher Rahmen für ihre Rehabilitierung zur Verfügung steht, konnte dieser Rahmen bis dato keine umfassende Rehabilitierung der DDR-Heimkinder anstoßen. In diesem Bereich stehen die Wiederherstellung eines umfangreichen Rechtsfriedens sowie die letztgültige Delegitimierung des DDR-Heimsystems noch aus. Dafür besteht in Form des »Heimkinderfonds Ost« ein zusätzliches Instrument zur Würdigung und Entschädigung der Opfer der DDR-Heimerziehung.

Durch die Schaffung eines politisch-kulturellen und politisch-institutionellen Rahmens ist es der Politik in Zusammenarbeit mit den Betroffenen erst vor wenigen Jahren gelungen, die Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung einen entscheidenden Schritt voranzutreiben. Wichtig ist jetzt eine kontinuierliche wissenschaftliche wie gesellschaftliche Aufarbeitung, die auch in Zukunft umfassend über die Vergangenheit aufklärt und überdies weitere Facetten der DDR-Heimerziehung erforscht. Die andauernde Tätigkeit gegen das Vergessen sowie die nachhaltige Erinnerung an die Opfer der Heimerziehung sollten dabei vordergründige Ziele darstellen.

## Anmerkungen

- 1 Der Artikel basiert auf den zentralen Ergebnissen einer Masterarbeit an der Universität Freiburg zum Thema »Aufarbeitung der Aufarbeitung« – Eine kritische Analyse des deutschen DDR-Aufarbeitungsprozesses am Beispiel der Heimerziehung in der DDR.
- 2 Thomas Großbölting, Geschichte und Politik im wiedervereinigten Deutschland, in: Saskia Handro und Thomas Schaarschmidt (Hg.), Aufarbeitung der Aufarbeitung. Die DDR im geschichtskulturellen Diskurs, Schwalbach/Ts. 2011, S. 37–54, hier S. 43 und 44.
- 3 Vgl. u. a. Martin Sabrow, Zeitgeschichte als Aufarbeitung. Der Fall DDR, in: Handro und Schaarschmidt (Hg.), Aufarbeitung (Anm. 2), S. 21–36, hier S. 25.
- 4 Zu nennen sind hier die Veröffentlichungen und Materialien der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (1992–1994)« und »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit (1995–1998)«.
- 5 Anke Dreier und Karsten Laudien, Einführung. Heimerziehung in der DDR, Schwerin 2012.
- 6 Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, AGJ (Hg.), Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR – Bericht, Berlin 2012.
- 7 Friederike Wapler, Expertise 1. Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR, in: Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hg.), Aufarbeitung

- der Heimerziehung in der DDR – Expertisen. Berlin 2012, S.5–123; Karsten Laudien und Christian Sachse, Expertise 2. Erziehungsvorstellungen in der Heimerziehung der DDR, in: Beauftragter Neue Länder (Hg.), Aufarbeitung, S.125–297; Ruth Ebbinghaus und Martin Sack, Expertise 3. Was hilft ehemaligen Heimkindern in der DDR bei der Bewältigung ihrer komplexen Traumatisierung?, in: Beauftragter Neue Länder (Hg.), Aufarbeitung, S.299–397.
- 8 Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, TMSFG (Hg.), Bericht über die Aktivitäten des Arbeitskreises Misshandlung/Missbrauch in ehemaligen DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen, Erfurt 2013, S.26.
- 9 Bert Pampel, Was bedeutet »Aufarbeitung der Vergangenheit«? Kann man aus der »Vergangenheitsbewältigung« nach 1945 für die »Aufarbeitung« nach 1989 Lehren ziehen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1/2 (1995), S.27–38, hier S.31.
- 10 Verena Zimmermann, »Den neuen Menschen schaffen«. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990), Köln 2004; Andreas Gatzemann, Die Erziehung zum »neuen« Menschen im Jugendwerkhof Torgau. Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis, Berlin 2008.
- 11 Vgl. Christian Sachse, Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1945–1989), Schwerin 2010; Dreier und Laudien, Einführung (Anm.5).
- 12 Wapler, Rechtsfragen; Laudien und Sachse, Erziehungsvorstellungen; Ebbinghaus und Sack, Traumatisierung (Anm.7).
- 13 Karsten Laudien, Vertiefende Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Ein Bericht über ein Forschungsprojekt und seine Vorgeschichte, in: HEZ – die Heim und ErzieherInnen Zeitschrift, Heft 5 (2013).
- 14 Die Gedenkstätte im GJW ist seit 2013 Teil der institutionellen Gedenkstättenförderung des Bundes. Diese dauerhafte finanzielle Förderung durch den Bund trägt dazu bei, die Aufarbeitung der DDR-Heimvergangenheit am historischen Ort zu gewährleisten, (finanziell) sicherzustellen und dadurch die Erinnerung an die Opfer der DDR-Heimerziehung langfristig wachzuhalten (Vgl. CDU, CSU und SPD, Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, Berlin 2013, hier S.130).
- 15 Bundesregierung, Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2013, Drucksache 17/12115, hier S.85.
- 16 Bundesregierung, Stand der Aufarbeitung (Anm.15), hier S.87.
- 17 Die Gedenkstätte gründete überdies die Selbsthilfegruppe »Verborgene Seelen«, die sich im April 2014 zum Opferverband »Missbrauch in DDR-Heimen e.V.« entwickelte. Dieser will vor allem über sexuelle Gewalt in den DDR-Spezialkinderheimen aufklären. »Ehemalige DDR-Heimkinder gründen Opferverein«, in: Focus online, 11.5.2011, [www.focus.de/regional/sachsen/geschichte-ehemalige-ddr-heimkinder-gruenden-opferverein\\_id\\_3835353.html](http://www.focus.de/regional/sachsen/geschichte-ehemalige-ddr-heimkinder-gruenden-opferverein_id_3835353.html), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 18 Vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung, Tätigkeitsbericht 2013, Berlin 2013, hier S.75.
- 19 Landesbeauftragte MV: [www.landesbeauftragter.de/bildung-forschung/unterrichtsangebote](http://www.landesbeauftragter.de/bildung-forschung/unterrichtsangebote) letzter Zugriff am 17.2.2016; Landesbeauftragte Brandenburg: [www.aufarbeitung.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.276975.de](http://www.aufarbeitung.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.276975.de), letzter Zugriff am

- 17.2.2016.
- 20 Peter Hurrelbrink, Die Bedeutung der Erinnerung für die Demokratie, Online-Akademie der Friedrich Ebert-Stiftung 2001, hier S. 6.
- 21 Ute Jahn, Jugendwerkhöfe und sozialistische Erziehung in der DDR, Erfurt 2010, S. 6.
- 22 Gatzemann, Erziehung (Anm. 10), hier S. 60.
- 23 Gedenkstätte GJW, Historie, [www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Aufklaeren-und-Erinnern/457](http://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Aufklaeren-und-Erinnern/457), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 24 Peter Grimm, Soziale Arbeit und Dunkelzelle. Mannschatz am Rauhen Haus, in: Horch und Guck, Heft 76 (2012), S. 66–69.
- 25 Martin Lutz und Uwe Müller, Die DDR-Pädagogik landet in Kirchenlehrbuch, in: Die Welt, 11.06.2012, [www.welt.de/politik/deutschland/article106488861/Die-DDR-Paedagogik-landet-in-Kirchenlehrbuch.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article106488861/Die-DDR-Paedagogik-landet-in-Kirchenlehrbuch.html), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 26 Gedenkstätte GJW, Historie, [www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Aufklaeren-und-Erinnern/Mitglieder-des-unabhaengigen-Untersuchungsausschusses-des-Kreistages-und-der-Stadtverordnetenversammlung-bei-einer-Besichtigung-des-Geschlossenen-Jugendwerkhofs-1990-/457d17](http://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Aufklaeren-und-Erinnern/Mitglieder-des-unabhaengigen-Untersuchungsausschusses-des-Kreistages-und-der-Stadtverordnetenversammlung-bei-einer-Besichtigung-des-Geschlossenen-Jugendwerkhofs-1990-/457d17), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 27 Almut Hielscher, Stockschläge und Kniebeugen, in: Der Spiegel 29 (2000), zit. nach [www.spiegel.de/spiegel/print/d-16914223.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-16914223.html), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 28 Das Bundesverfassungsgericht hatte schließlich im November 2003 festgestellt: »Es liegt keine Verjährung vor. Die Fristen von fünf und acht Jahren sind durch die Wiedervereinigung und gerichtliche Entscheidungen unterbrochen«, vgl. Marion van der Kraats, Prozess um DDR-Spezialkinderheim, in: Lausitzer Rundschau, 11.6.2004, zit. nach [www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Prozess-um-DDR-Spezialkinderheim;art1065,594466](http://www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Prozess-um-DDR-Spezialkinderheim;art1065,594466), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 29 Andreas Förster, Prozess um Misshandlungen in einem DDR-Kinderheim eingestellt. Geldbuße für sadistische Quälereien. in: Berliner Zeitung, 15.6.2004, zit. nach [www.berliner-zeitung.de/archiv/prozess-um-misshandlungen-in-einem-ddr-kinderheim-eingestellt-geldbusse-fuer-sadistische-quaelereien,10810590,10185304.html](http://www.berliner-zeitung.de/archiv/prozess-um-misshandlungen-in-einem-ddr-kinderheim-eingestellt-geldbusse-fuer-sadistische-quaelereien,10810590,10185304.html), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 30 »Auf Biegen und Brechen – DDR-Heimerziehung und ihre Folgen« (Fernsehdokumentation), in: Exakt. Die Story, 25.6.2014, [www.doku-stream.org/auf-biegen-und-brechen-ddr-heimerziehung-und-ihre-folgen-hd-doku](http://www.doku-stream.org/auf-biegen-und-brechen-ddr-heimerziehung-und-ihre-folgen-hd-doku), letzter Zugriff am 17.2.2016, 15:22–15:27min.
- 31 Hielscher, Stockschläge (Anm. 27).
- 32 Deutscher Bundestag, Entwurf Einigungsvertragsgesetz, Bonn 1990; Drucksache 11/7760, S. 363.
- 33 Sven Felix Kellerhoff, Aus der Geschichte lernen – Ein Handbuch zur Aufarbeitung von Diktaturen, Baden-Baden 2013, hier S. 93.
- 34 Seit einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) aus dem Jahr 2009 und der entsprechenden Gesetzesänderung des StrRehaG im Dezember 2010 wird in § 2 StrRehaG klargestellt, dass auch die Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder und Jugendliche einer strafrechtlichen Rehabilitation zugänglich ist.

- 35 Vgl. Philipp Mützel, Die Bedeutung des StrRehaG für die Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung, in: Dreier und Laudien (Hg.), Einführung, Heimerziehung (Anm. 5), S. 151–163, hier S. 151.
- 36 Die Rehabilitierung für den Aufenthalt im GJWH Torgau stellt einen besonderen Fall dar. Seit dem Berliner Kammergerichtsurteil vom 15.12.2004 (Aktenzeichen 5 Ws 169/04 REHA), welches einen Aufenthalt im GJWT grundsätzlich als rechtsstaatswidrig darstellte, können ehemalige Heiminsassen aus Torgau unabhängig von den Gründen ihrer Heimeinweisungsanordnung fast ausnahmslos rehabilitiert werden. Für eine Rehabilitierung muss lediglich der Aufenthalt im GJWT nachgewiesen werden (Vgl. Gabriele Beyler und Laura Hottenrott, Weggesperrt, geschädigt und gedemütigt. Der lange Weg zur Rehabilitierung von DDR-Heimkindern, in: Horch und Guck 2 (2010), S. 22–25).
- 37 AGJ, Aufarbeitung (Anm. 6), hier S. 48.
- 38 Ebd., hier S. 49.
- 39 Alexander Fröhlich und Grit Poppe, Urteil über DDR-Heimkinder. Gegen das Rechtsstaatsprinzip, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 24.2.2015, [www.pnn.de/brandenburg-berlin/941254](http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/941254), letzter Zugriff am 17.2.2016.
- 40 Vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 18.12.2014 – 2 BvR 2063/11.
- 41 Fröhlich und Poppe, DDR-Heimkinder (Anm. 39).
- 42 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, BAFzA, Fonds »Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990«. Bericht über die Erfüllung des Fondszwecks 2012, Köln 2013, hier S. 12.
- 43 Neben Rentenersatzzahlungen umfasst der Fonds materielle Leistungen, wie etwa die Anschaffung eines E-Bikes zur Erleichterung der Mobilität der Betroffenen oder die Übernahme von Kosten von therapeutischen Maßnahmen, die durch die Krankenkassen nicht gedeckt sind (vgl. Claudia Kittel, Fonds »Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990«, in: Dreier und Laudien (Hg.), Einführung, Heimerziehung (Anm. 5), S. 143–150, hier S. 147).
- 44 AGJ, Aufarbeitung (Anm. 6), hier S. 50.
- 45 Ebd., hier S. 5.
- 46 Der Fonds sollte in Zukunft jedoch nicht als der alleinige Entschädigungsmechanismus betrachtet werden. Die justizielle Rehabilitierung als gesetzliche Anerkennung des während der DDR-Heimerziehung verübten Unrechts ist nach wie vor unabdingbar für die Würdigung der Opfer.
- 47 BAFzA, Fondszweck 2012 (Anm. 42), hier S. 26.





Marx- und Engels-Denkmal, Berlin Mitte 1990.

David Johst

## Demokratischer Denkmalsturz? Über den Umgang mit politischen Denkmälern der DDR nach 1989

Sie zeugen noch heute vom Legitimationsanspruch einer untergegangenen politischen Ordnung: in der DDR errichtete Denkmäler. Die überdimensionierte Thälmannbüste in Berlin oder der erst vor wenigen Jahren restaurierte Karl-Marx-Kopf in Chemnitz sind nur einige der bekanntesten dieser Monumentalplastiken. In jeder Bezirkshauptstadt der DDR, aber auch in Kleinstädten und Dörfern, existierten politische Denkmäler, die ein wichtiges Element in der Präsentation und Inszenierung des politischen Selbstverständnisses der SED-Herrschaft bildeten. Im Gegensatz zu den zahlreichen Traditionskabinetten, Porträts, Fahnen und Emble-



men ließen sich die Denkmäler nach 1989 meist nicht geräuschlos beseitigen. Die gesellschaftliche Debatte über den richtigen Umgang mit den Hinterlassenschaften aus Bronze, Stein und Beton hält bis heute an,<sup>1</sup> auch wenn sich der Ton verändert hat, in dem über 25 Jahre nach der politischen Wende über DDR-Denkmäler diskutiert wird. Er ist sachlicher geworden, der Umgang gelassener. Ganz anders war die Situation in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. Viele Menschen fühlten sich von den sichtbaren Zeichen des untergegangenen SED-Staates provoziert, andere wiederum verurteilten die Beseitigung von Denkmälern als politisch motivierten Denkmalsturz.

Doch im Gegensatz zu den osteuropäischen Ländern richtete sich der Volkszorn in Deutschland zunächst gar nicht gegen die Denkmäler sondern gegen andere sichtbare Zeichen des SED-Staates, wie die Zentralen der Staatssicherheit oder die Berliner Mauer. Die politischen Denkmäler blieben einweilen unbeachtet oder wurden mit Hilfe von Spraydose oder Hammer und Meißel neu interpretiert. Am bekanntesten ist vielleicht jenes Graffiti am Berliner Marx-Engels-Denkmal – »Wir sind unschuldig« war dort eine Zeit lang auf dem Sockel zu lesen und auf der Rückseite: »Beim nächsten Mal wird alles besser.« Die Denkmalkultur der DDR

Betrachtet man die Denkmallandschaft der DDR als Ganzes, das heißt unter Abstraktion zeitlicher wie lokaler Besonderheiten, so lassen sich folgende Merkmale benennen: Erstens die besondere Bedeutung der lokalen Vorgeschichte: Indem die Denkmäler an lokale Ereignisse der Arbeitergeschichte erinnerten und auf zentrale Orte der Arbeiterkämpfe verwiesen, bildeten sie die Grundlage für ein neues, nationales wie regionales Traditionsverständnis. Mithilfe einer spezifisch sozialistischen Erinnerungskultur sollten nicht zuletzt überlieferte lokale Traditionen – wie die Erinnerung an Monarchen oder das Gefallenengedenken – zurückgedrängt und abgelöst werden. Zweitens der Internationalismus: Lokale wie nationale Formen des Gedenkens wurden immer ergänzt durch den Bezug auf einen internationalen Traditionszusammenhang, insbesondere durch den Bezug auf die Sowjetunion, aber auch auf die Befreiungskämpfe der kolonialisierten Völker oder auf den Spanischen Bürgerkrieg. Die Idee des Sozialismus stand hierbei nicht im Gegensatz zu lokalen oder nationalen Traditionen, sondern bildete den übernationalen Rahmen der lokalen Erinnerung. Drittens die Inszenierung des Denkmals: Die Inszenierung von Denkmälern im öffentlichen Raum durch Aufmärsche, Jahresfeiern oder Weihen stellte einen zentralen Aspekt der DDR-Denkmalkultur dar. Häufig wurden die Denkmäler als architektonischer Fluchtpunkt von Aufmarsch-

plätzen konzipiert oder als Orte wiederkehrender Ereignisse, wie etwa der Aufnahme von Kindern in die Organisation der Jungpioniere, zum zentralen Ort politischer Inszenierungen. Viertens der enge Zusammenhang zwischen Denkmal und Topografie: Denkmäler wurden ab den 1960er Jahren nicht mehr nur »aufgestellt«, sondern verstärkt als zentraler Bestandteil von Architektur- und Stadtplanung verstanden und konzipiert. So entstanden die zahlreichen architektonischen Ensembles wie der Thälmannplatz in Halle oder der Leninplatz in Berlin. Die großen Bauvorhaben der 1960er und 1970er Jahre zeugen nicht zuletzt von dem politischen Willen, bewusst und planerisch eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Im Gegensatz zu der Symbolarmut des westdeutschen Staates stehen die Denkmäler der DDR für einen ausgeprägten Denkmalpathos und eine Tendenz zur »semiotischen Aufladung des öffentlichen Raumes.«<sup>2</sup> Demokratische Säuberungen

Nach 1989 kam es in den ostdeutschen Bundesländern zu einer unsystematischen »Säuberung« der sozialistischen Denkmallandschaft. Anders als nach 1945 gab es nach 1989 dazu aber keinen zentralen Befehl, der, analog zum allgemeinen Kontrollratsbefehl Nummer 30, den Umgang mit den überlieferten Denkmälern regelte.<sup>3</sup> Die Beseitigung einzelner Denkmäler verlief zumeist nicht spontan von unten, sondern war in der Regel das Ergebnis gezielter politischer Initiativen einzelner Akteure, die den Abriss von oben anordneten. Auffällig ist hierbei, dass der Denkmalsturz nicht als symbolische Handlung inszeniert wurde, sondern die Denkmäler oftmals ohne öffentliche Debatte »entsorgt« wurden. In mehreren Fällen lässt sich belegen, dass öffentliches Aufsehen ausdrücklich vermieden werden sollte, um einen möglichst reibungslosen Ablauf der Beseitigung zu gewährleisten, so beispielsweise im Fall eines zentralen politischen Denkmals der Stadt Halle, dem sogenannten »Fahnenmonument«.<sup>4</sup>

Im Gegensatz dazu stehen die spontanen Versuche, die Denkmäler ironisch oder politisch zu kommentieren, ihren ungeklärten Status in Form von Happenings oder Graffitis zu thematisieren. So brachte die Junge Union am »Monument der revolutionären Arbeiterbewegung« in Halle mehrere Styroportafeln mit Jahreszahlen an, die an den Aufstand des 17. Juni 1953, den Mauerbau 1961, das Wendejahr 1989 und die Wiedervereinigung 1990 erinnern sollten.<sup>5</sup> In der Aktion wurden die ursprünglich auf dem Denkmalsockel angebrachten Jahreszahlen, die an zentrale Ereignisse der revolutionären Arbeiterbewegung und der Geschichte der DDR erinnern sollten, um diese neuen Jahreszahlen ergänzt. Einen weniger ernsthaften Hintergrund hatte eine andere Aktion. In Halle verabre-

deten sich Hunderte Jugendliche in der Silvesternacht von 1989 zu 1990 an der »Flamme der Revolution«, einem der größten DDR-Denkmal der Stadt, und hinterließen neben zahlreichen leeren Flaschen verschiedene Sprüche am Monument: »Neue Farbe braucht das Land«, »Ich bleibe Bier« oder »Die Flamme der Revolution zum bunten Segel der Wende«. Es lassen sich zahlreiche Beispiele für solche spontanen Inszenierungen von unten finden. Denkmäler wurden als Kulisse für Aktaufnahmen benutzt, mit Seil und Haken »bestiegen« oder durch eine Installation kurzfristig umgewidmet. Es gab Versuche, die Denkmäler zu verhüllen, zu begrünen oder neu zu bemalen. Auch wenn die Grenze zwischen Interpretation und Vandalismus dabei bisweilen fließend war, zielten solche Aktionen im Kern nicht auf eine Zerstörung des Denkmals, sondern auf eine Umdeutung oder eine ironische Brechung seiner ursprünglichen Aussage. Derartige Aktionen legen nahe, dass es nach 1989 auch einen Willen gab, sich jenseits der Alternative Abriss oder Erhalt mit den politischen Denkmälern der DDR auseinanderzusetzen. Doch die entsprechenden Aktionen führten niemals zu einer dauerhaften Umgestaltung des Denkmals.

Im Gegensatz dazu folgte die Beseitigung zahlreicher Denkmäler in den 1990er Jahren offiziell aus rein pragmatischen Gründen und war gekennzeichnet durch die Weigerung, sich inhaltlich mit den Denkmälern auseinanderzusetzen. Der Abbau wurde zumeist mit dem schlechten Erhaltungszustand der Denkmäler, mit den Schäden, welche durch Vandalismus und Witterung entstanden waren, begründet. So verwies die Stadt Halle beim Abbau des Fritz-Weinecke-Denkmal auf bauliche Schäden an der Skulptur sowie die Verunreinigungen durch Graffiti.<sup>6</sup> Der Eindruck eines politisch motivierten Denkmalsturzes sollte vermieden werden. Gleichzeitig war es in vielen Fällen offensichtlich, dass die Abrissforderungen nicht nur stadtplanerischen Überlegungen folgten, sondern auch politisch motiviert waren. So folgte der Abriss des Lenin-Denkmal in Berlin einerseits der Überlegung, durch die Wegnahme des Denkmals die Grundlage für eine architektonische Neugestaltung des Platzes zu schaffen, andererseits stellte der Abriss, aus Sicht des zuständigen Bausenators von Berlin, eine »Fortsetzung und Bestandteil der friedlichen Revolution von 1989« dar. Die Bürger seien nicht mehr bereit, die Insignien des SED-Staates zu dulden.<sup>7</sup>

## Gründe für die Beseitigung

Sehr häufig aber stand die Forderung nach der Beseitigung eines Denkmals im Zusammenhang mit geplanten oder bereits begonnenen Bauvorhaben.

Häufig überlagerten sich dabei ästhetische, bauliche und politische Argumente. In Halle begründete die Stadt den Abriss des »Fäustemonuments« mit den baulichen Veränderungen am zentral gelegenen Riebeckplatz.<sup>8</sup> Die Umbaumaßnahmen würden dazu führen, dass das Denkmal auf einem hohen Sockel stehen würde, zudem sei eine aufwendige Sicherung des Fundamentes notwendig. Eine solche Aufwertung des Denkmals und die damit verbundenen Kosten seien nicht zu rechtfertigen.<sup>9</sup> Am Beispiel des Fäustemonuments lässt sich sehr gut zeigen, wie durch die Bauplanung eine Situation entstand, in der das Denkmal nun plötzlich als Fremdkörper erschien, der sich architektonisch nicht mehr integrieren ließ. Die bauliche Veränderung schaffte hier die Vorbedingung für den Abriss. Die Baumaßnahmen wurden gleichsam am Denkmal vorbei vorgenommen. Damit wurden alternative Möglichkeiten, das Denkmal zu erhalten, oft gar nicht berücksichtigt oder erst dann erwogen, wenn die entsprechende Planung beziehungsweise Umgestaltung schon so weit vorangeschritten war, dass sich das Denkmal eben nicht mehr oder nur mit großem Aufwand integrieren ließ. Der finanzielle Aufwand, das Denkmal am Ort zu erhalten und zu sichern, überzeugte am Ende oft auch die Gegner eines Abrisses. Im Fall der »Fäuste« veranschlagte die Stadt Halle 200 000 D-Mark für den Erhalt des Denkmals, eine Summe, die angesichts leerer Stadtkassen politisch kaum zu rechtfertigen war.<sup>10</sup>

Neben den Baumaßnahmen wurden aber auch ästhetische Argumente zur Rechtfertigung des Abrisses herangezogen. Das Denkmal sei künstlerisch wertlos und ein »Schandfleck« für die Stadt, begründeten die Halleschen Verkehrsbetriebe als Bauherr die geplante Beseitigung des Fäustemonuments.<sup>11</sup> Äußerungen wie diese zeigen, dass die Denkmäler meist nicht im historischen Kontext betrachtet, sondern an einem angenommenen, überzeitlichen ästhetischen Wertmaßstab gemessen wurden. Ob ein Denkmal erhalten blieb oder beseitigt wurde, hing außerdem von der Lage des Denkmals sowie seinem Inhalt, das heißt der zentralen Aussage des Monumentes ab. Zunächst lässt sich als allgemeine Regel festhalten, dass der Erhalt immer dann besonders umstritten war, wenn das Denkmal sich an einem zentralen Platz befand und damit das Stadtbild dominierte. Zu diesen Denkmälern gehörte unter anderem das Lenin-Denkmal in Berlin oder das Karl-Marx-Denkmal in Chemnitz, aber auch das Monument der revolutionären Arbeiterklasse in Halle oder das Lenin-Denkmal in Dresden. Durch ihre zentrale Lage und Größe waren diese Denkmäler weithin sichtbar und prägten das Stadtbild.

Als weiterer wichtiger Faktoren erwiesen sich die dem Denkmal zugeschriebene Aussage und die Eindeutigkeit dieser Aussage. Der letzte Punkt

ist erklärungsbedürftig. Während einzelne Denkmäler aufgrund ihrer abstrakten Gestaltung oder ihrer allgemein gefassten Aussage einen gewissen Interpretationsspielraum boten, waren andere Monumente eindeutig inhaltlich festgelegt. So ließ sich beispielsweise das »Fahnenmonument« in Halle als Flamme, als Fahne oder als aufstrebende Spirale betrachten und damit unterschiedlich interpretieren. Ganz anders verhielt es sich im Fall des bereits kurz nach der Wende abgerissenen Denkmals für die an der Mauer getöteten Grenzsoldaten in Berlin – in diesem Fall war die Denkmalausage inhaltlich eindeutig festgelegt.

Besonders umstritten waren Denkmäler, die an Ereignisse, Personen oder Gruppen der DDR-Geschichte erinnern sollten. Hierzu zählte neben eben jenem Grenzsoldaten-Denkmal unter anderem das in Berlin befindliche Kampfgruppen-Denkmal. Denkmäler, die sich auf Ereignisse vor 1945, insbesondere den kommunistischen Widerstand im Nationalsozialismus, bezogen, blieben in vielen Fällen erhalten. Eine Sondergruppe bilden die zahlreichen Thälmann- und Lenin-Denkmäler. Während fast alle Lenin-Denkmäler beseitigt wurden, blieben viele Thälmann-Denkmäler erhalten. Dem entspricht, dass viele Thälmannstraßen ihren Namen behielten, während es heute keinen Leninplatz und keine Leninallee mehr gibt. Für den Erhalt vieler Thälmann-Denkmäler war ausschlaggebend, dass sich hier häufig eine Verbindung zu konkreten historischen Ereignissen und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung herstellen ließ,<sup>12</sup> zudem war die Person Ernst Thälmanns weniger umstritten, gehörte das Andenken an Thälmann fast schon zur Folklore der DDR. Lenin war nicht nur als Denker und Politiker wesentlich umstrittener. Hinzu kam, dass der konkrete historische Bezug fehlte. Die entsprechenden Lenin-Denkmäler wurden daher oft als aufgezwungene Symbole der Sowjetmacht und als Fremdkörper im Stadtbild wahrgenommen.

## DDR-Denkmäler und Denkmalschutz

Einige prominente DDR-Denkmäler standen nach 1989 zunächst unter Denkmalschutz, sie waren in der nationalen Denkmalliste der DDR verzeichnet. Dieser Umstand führte dazu, dass es immer wieder zu Konflikten zwischen den Städten und den jeweiligen Landesdenkmalbehörden kam.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen Stadtverwaltungen und Landesdenkmalbehörden stand die Frage nach dem Denkmalwert.<sup>13</sup> Dabei lassen sich zwei Denkmalwerte unterscheiden. Erstens der allgemeine ästhetische Denkmalwert. In diesen Zusammenhang gehört die

Frage nach dem künstlerischen Wert, nach der Abgrenzung zwischen individuellem Kunstwerk und Propagandawerk ohne künstlerischen Wert. Wird die Beseitigung eines Denkmals aus ästhetischen Gründen gefordert, liegt solchen Forderungen zumeist ein weitgehend subjektiver Denkmalbegriff zugrunde, der zumeist vollständig vom Entstehungskontext abstrahiert und eine Differenzierung in der Wahrnehmung eines Denkmals ablehnt. Der ästhetische Denkmalwert ist zumeist zeitgebunden und häufig politisch aufgeladen.

Vom ästhetischen Denkmalwert lässt sich der Denkmalwert im Sinne des Denkmalschutzes unterscheiden. Der Wert eines Denkmals wird hierbei nicht allein ästhetisch begründet, sondern das Denkmal in seiner Komplexität von Entstehungskontext, architektonischer Besonderheit und kunsthistorischer Bedeutung betrachtet. Die Entscheidung über den Denkmalwert ist institutionell geregelt, das verhindert ästhetisch begründete Ad-hoc-Entscheidungen. Durch den Einigungsvertrag hatte die DDR-Denkmalliste auch nach 1989 zunächst noch Gültigkeit. In der Bundesrepublik aber ist der Denkmalschutz unter der Kulturhoheit der Länder. In den einzelnen Landesdenkmalgesetzen wurde dann im Detail geregelt, wie diese Liste durch eigene Landesdenkmallisten ersetzt werden sollte. Somit galt in der ersten Zeit nach der Wende die DDR-Denkmalliste.

In mehreren Fällen kam es aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über den Denkmalwert eines Objektes zum Konflikt zwischen Stadtrat und Landesdenkmalbehörde. In Halle führte die Debatte um das sogenannte »Fahnenmonument« dazu, dass das Denkmal entgegen der ursprünglichen Entscheidung des Stadtrates erhalten blieb. In seiner Stellungnahme zum Antrag auf Abbruchgenehmigung der Deutschen Telekom AG vom 4. März 1996 fordert das zuständige Landesdenkmalamt den Erhalt des Denkmals:

»Nach sorgfältiger Prüfung der bau- und kunsthistorischen Einordnung sowie der zeitgeschichtlichen Bedeutung dazu der ästhetischen und städtebaulichen Bewertung des Fahnenmonumentes sind wir zu der denkmalfachlichen Auffassung gelangt, dass dieses wichtige Zeugnis der DDR-Geschichte für die Stadt Halle unverzichtbar und deshalb unbedingt zu erhalten ist.«<sup>14</sup>

In den meisten Fällen konnte ein Veto der Landesdenkmalbehörden die Beseitigung eines Denkmals jedoch nicht verhindern. Die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften verlangten häufig lediglich, ein Benehmen zwischen städtischer Behörde und Landesdenkmalamt anstatt einer

einvernehmlichen Lösung.<sup>15</sup> Damit waren den Landesdenkmalbehörden enge Grenzen gesetzt und der Einfluss auf politische Entscheidungen blieb gering. Allerdings konnte sich der geplante Abriss durch den Einspruch der Landesdenkmalbehörde verzögern, die Argumente der Denkmalschützer wurden zudem häufig von der Presse aufgegriffen und öffentlich diskutiert. Eine stille Beseitigung war damit nicht mehr möglich.

## Umgangsformen

Der Vergleich verschiedener Denkmalkonflikte zeigt, dass der Umgang mit den politischen Denkmälern nach 1989 keinem klaren Muster folgte. Es gab keine systematische politische Initiative zur Beseitigung politischer Denkmäler der DDR. Lediglich in Berlin befasste sich eine eigens gebildete Expertenkommission mit dem Problem und formulierte Empfehlungen für den Umgang mit den einzelnen Monumenten.<sup>16</sup> Doch auch wenn die Beseitigung der politischen Denkmäler nach 1989 zumeist unkoordiniert verlief und es letztlich den einzelnen Gemeinden und Ländern oblag, über Erhalt oder Abbau zu entscheiden, lassen sich Parallelen zum Systembruch nach 1945 ziehen.

Grundsätzlich lassen sich für den Umgang mit politischen Denkmälern nach Systembrüchen fünf verschiedene Formen des Umgangs unterscheiden. Die erste Form ist der vollständige Erhalt eines Denkmals am ursprünglichen Ort, der zumeist eine Sanierung oder zumindest die Beseitigung von Schäden beinhaltet. So wurde beispielsweise das Karl-Marx-Denkmal in Chemnitz erst vor kurzem vollständig saniert.<sup>17</sup> Die zweite Form ist die Umgestaltung des Denkmals. Sie zielt auf eine neue Interpretation des Denkmals, wobei die ursprüngliche Gestalt zumeist erhalten bleibt und der intendierte Sinn des Denkmals aufgegriffen wird. So blieb die Gestalt des »Fahnenmonuments« in Halle erhalten, es bekam jedoch einen völlig neuen Anstrich, der bewusst an die damalige Gestaltung des Denkmals anknüpft. In Ausnahmefällen wird das Denkmal umgewidmet<sup>18</sup> – hierfür lassen sich für die Zeit nach 1989 keine Beispiele finden. Auch die Kommentierung des Denkmals durch Tafeln oder Dauerausstellungen stellt eine Veränderung dar, ebenso die Errichtung von Gegendenkmälern. Eines der bekanntesten Beispiele ist das von Alfred Hrdlicka angefertigte Gegendenkmal zum sogenannten 76er Kriegerdenkmal in Hamburg.<sup>19</sup> Die dritte Form ist die Einlagerung des Denkmals. Das Denkmal wird in diesem Fall von seinem Ort entfernt, jedoch nicht vernichtet. Damit ist es möglich, das Denkmal an einem anderen Ort wieder aufzustellen oder es im Rah-

men von Ausstellungen temporär zu zeigen. Durch die Einlagerung bleibt zudem immer die Möglichkeit bestehen, das Denkmal wieder an seinem ursprünglichen Ort aufzustellen.<sup>20</sup> Die vierte Form ist die Umsetzung des Denkmals, in diesen Fällen wird das Denkmal nicht durch Eingriffe am Denkmal umgestaltet, sondern durch seine Verlagerung in einen anderen Kontext gestellt. So entschied die sächsische Stadt Riesa beispielsweise, das an zentraler Stelle stehende Lenindenkmal der Stadt auf den sowjetischen Ehrenhain der Stadt versetzen zu lassen.<sup>21</sup> Im Gegensatz zu einer Einlagerung ist das Denkmal damit weiterhin im öffentlichen Raum zugänglich, verliert jedoch zugleich seinen Bezug zum Ort. Durch die Umsetzung wird das Denkmal zumeist aus dem Zentrum an die Peripherie oder von öffentlichen Plätzen in Parks oder auf Friedhöfe verschoben. Die fünfte Form ist die Beseitigung und Vernichtung des Denkmals. Der Verkauf des Denkmals an private Personen stellt einen Sonderfall dar. Hier bleibt das Denkmal zwar erhalten, wird jedoch durch die private Nutzung der Öffentlichkeit zumeist entzogen, was faktisch einer Vernichtung sehr nahe kommt. So verkaufte die Stadt Dresden ihr Lenindenkmal für 200 000 D-Mark an einen bayrischen Natursteinfabrikanten.<sup>22</sup>

Auch wenn es noch keine exakten Erhebungen über den Verbleib sozialistischer Denkmäler nach 1989 gibt, deuten erste Auswertungen darauf hin, dass die Denkmäler in der Mehrheit der Fälle entweder am Ort erhalten blieben oder eingelagert wurden. Dies lässt sich anhand der ausgewerteten Materialien etwa für die Stadt Halle belegen.<sup>23</sup> Nur in Ausnahmefällen wurden die Denkmäler vollständig vernichtet. Allerdings ist der Verbleib einzelner Denkmäler oft ungeklärt.

## Demokratische Bereinigung oder symbolische Neuordnung?

Auch wenn es keine einheitliche Denkmalpolitik gab, lässt sich festhalten, dass die Beseitigung einzelner Denkmäler immer auch darauf zielte, öffentliche Räume symbolisch neu in Besitz zu nehmen. Dies erklärt, warum insbesondere solche Denkmäler beseitigt wurden, die sich an zentralen öffentlichen Plätzen befanden. Der Wille zur Neugestaltung führte jedoch nicht zu einer flächendeckenden Umgestaltung der bestehenden Denkmallandschaft. So blieben beispielsweise in Berlin die meisten der in der DDR entstandenen Denkmäler und Gedenkorte erhalten. Lediglich besonders exponierte und inhaltlich umstrittene Monumente wie das Lenin-Denkmal oder das Denkmal für die Kampfgruppen mussten weichen. Entstanden nach der politischen Wende neue Denkmäler,



ordneten sich diese meist in die bestehende Denkmallandschaft ein, auf eine symbolische »Inbesitznahme« zentraler Plätze wurde ebenso verzichtet wie auf überdimensionierte Objekte und eine pathetische Denkmalsprache.<sup>24</sup>

Ein Vergleich zwischen dem Wandel der städtischen Denkmallandschaft innerhalb der SBZ/DDR nach 1945 und den denkmalpolitischen Entscheidungen nach 1989 zeigt, dass nach 1989 eher eine symbolische Bereinigung als eine bewusste symbolische Neuordnung stattfand. Weder wurde die Beseitigung einzelner Denkmäler zur politischen Inszenierung genutzt, noch wurden an zentralen Plätzen neue Denkmäler errichtet. Im Vergleich hierzu bestand in der DDR ein ideologisch untermauertes, ungebrochenes und in gewisser Hinsicht naives Verhältnis zu Personen, Traditionen und utopischen Idealen, die nicht zuletzt eine Monumentalität und Eindeutigkeit der Denkmalkunst zuließen, die sich heute kaum mehr glaubhaft vermitteln lässt.

## Anmerkungen

- 1 Einen Überblick über die Diskussionen um Erhalt oder Abriss findet sich bei Jürgen Trimborn, *Denkmale als Inszenierungen im öffentlichen Raum. Ein Blick auf die gegenwärtige Denkmalproblematik in der Bundesrepublik aus denkmalpflegerischer und medienwissenschaftlicher Sicht*, Köln 1997.
- 2 Herfried Münkler, *Das kollektive Gedächtnis der DDR*, in: Dieter Vorsteher (Hg.), *Parteiauftrag ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, München 1996, S. 458–468, hier S. 460.
- 3 David Johst, »Als Totenehrung erlaubt« – Die Entmilitarisierung des Kriegstotenge-denken in der Sowjetischen Besatzungszone. In: *Deutschland Archiv*, 4.4.2014, [www.bpb.de/182057](http://www.bpb.de/182057), letzter Zugriff am 27.6.2014.
- 4 Akte Riebeckplatz/Fäustemonument, Schreiben vom 18.4.1997, in: *Archiv des Landesdenkmalamtes Sachsen Anhalt (AdLDSA)*.
- 5 Fäuste zeigen vier neue Daten aus Styropor, in: *Mitteldeutsche Zeitung* 291, 16.12.1997.
- 6 Kleiner Trompeter wird eingelagert, in: *Mitteldeutsche Zeitung* 206, 3.4.1997.
- 7 Akte Lenin-Denkmal, Schreiben Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz an Senator für Bau- u. Wohnungswesen vom 14.9.1991, in: *Landesdenkmalamt Berlin Archiv (AdLDB)*.
- 8 Der offizielle Titel der Skulptur lautet »Monument der revolutionären Arbeiterbewegung«, zur Bau- und Kunstgeschichte, vgl. Helge Jarecki, *Das Fäustemonument am Riebeckplatz*, in: Ralf Jacob (Hg.), *Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte* 2003, S. 107–117.

- 9 Akte Riebeckplatz/Fäustemonument, Schreiben HAVAG an Regierungspräsidium v. 23.4.2007, in: AdLDSA.
- 10 David Johst, Entleerung der Geschichte. Vier Fäuste für Ernst Thälmann, in: taz, 30.7.2003, S. 17.
- 11 Schreiben HAVAG an Regierungspräsidium (Anm. 9).
- 12 So sollte das Thälmann-Denkmal in Halle an die Besuche Ernst Thälmann in der Stadt erinnern. Um diesen Zusammenhang besonders hervorzuheben, waren am Denkmal Tafeln angebracht, die auf die einzelnen Besuche Thälmanns verwiesen.
- 13 Vgl. zum Begriff des Denkmalwertes Alois Riegl, Der moderne Denkmalwert, sein Wesen, seine Entstehung, in: Ders. (Hg.), Gesammelte Aufsätze, Leipzig 1928, S. 144–194.
- 14 Stellungnahme im Rahmen der Anhörung nach § 8 (1) zu einem Wegnahmeantrag, 2.4.1996, in: AdLDSA, Akte Fahnenmonument.
- 15 Vgl. u. a. § 8 Landesdenkmalgesetz von Sachsen Anhalt, [www.lsa.de/denkmal-schutzgesetz/](http://www.lsa.de/denkmal-schutzgesetz/), letzter Zugriff am 27.6.2016.
- 16 Akte zum Lenin-Denkmal, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Ergebnisprotokoll der Abteilungsleitersitzung vom 2.10.1991, Berufung eines Beirates zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin, in: AdLDB.
- 17 »Nischel« in Chemnitz fertig saniert, in: Sächsische Zeitung, 7.4.2012, S. 4.
- 18 So wurde etwa in Allrode (Harz) das Kriegerdenkmal des Ortes 1946 vollständig umgewidmet, die Inschriften und die Namen der gefallenen Soldaten wurden entfernt und eine neue Inschrift »Nie wieder Krieg!« angebracht, vgl. LHASA Md. Rep. 3, Nr. 10615.
- 19 Hier wurde dem seit 1936 bestehenden Denkmal, welches den Soldatentod verherrlicht, durch Alfred Hrdlicka zwei Denkmäler zu Erinnerung an den Bombentod und die Opfer der »Cap Arcona«-Katastrophe entgegengesetzt. Siehe [www.gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/gedenkort/gegendenkmal-zum-so-geannten-76er-denkmal/](http://www.gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/gedenkort/gegendenkmal-zum-so-geannten-76er-denkmal/), letzter Zugriff am 27.6.2016.
- 20 Ein prominentes Beispiel ist das Reiterstandbild Friedrich des Großen Unten der Linden in Berlin, welches nach 1945 zunächst abgebaut und eingelagert und 1980 wieder am alten Standort aufgestellt wurde.
- 21 Good bye, Lenin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.2012, S. 6.
- 22 Marx und Lenin für den Freizeitpark, in: Der Spiegel 43 (1993), S. 25.
- 23 David Johst, Zerstören, Erhalten, Vergessen – der Umgang der Stadt Halle mit politischen Denkmälern der DDR nach 1989, in: Manfred Hettling (Hg), Politische Denkmale in der Stadt Halle, Halle 2016, S. 85–114.
- 24 Einzige Ausnahme bildet das Berliner Holocaust-Mahnmal.



Blick auf den Sarkophag des zerstörten Reaktors IV des Atomkraftwerks Tschernobyl, 2011.

Sebastian Stude

## Tschernobyl und die Stasi

### Tschernobyl als Zäsur

Tschernobyl – das ist ein Schlüsselbegriff der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es ist die Kurzformel für den GAU (»größten anzunehmenden Unfall«) in einem sowjetischen Kernkraftwerk am 26. April 1986, dem bis dahin schwersten nuklearen Unfall bei der zivilen Nutzung der Kernkraft. Tschernobyl bewirkte eine Zäsur in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Ohne Beispiel waren die Grenzenlosigkeit und Vielgestaltigkeit der Folgen von Tschernobyl. Die unkontrolliert entwichene Radioaktivität war mit menschlichen Sinnen nicht fassbar, kannte weder Landes- noch Kontinentalgrenzen, und ihre Langzeitfolgen halten bis heute an. 30 Jahre beträgt beispielsweise die Halbwertszeit des radio-

aktiven Isotopes Cäsium-137, heute ist also gerade einmal die Halbwertszeit für die Strahlkraft dieses massenhaft freigesetzten chemischen Elements erreicht. Auch in Teilen Deutschlands sind bis heute Waldpilze und Wildfleisch radioaktiv belastet.<sup>1</sup>

Für die Sowjetunion war Tschernobyl ein herber Schlag. Auch die DDR und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sahen sich durch Tschernobyl einer Herausforderung gegenüber. Das Besondere dabei war, dass diese Herausforderung in dreierlei Hinsicht von außen kam. Zum einen war die nukleare Katastrophe selbst außerhalb der DDR geschehen. Die DDR war aber durch ihre engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Sowjetunion unmittelbar betroffen. Zum anderen kam von außen auf die DDR die Bedrohung in Gestalt einer radioaktiven Wolke zu. Und schließlich war aus der Perspektive der Herrschenden in der DDR die Berichterstattung über Tschernobyl in den westdeutschen Medien eine weitere Bedrohung von außen. Tschernobyl war eine Katastrophe in einer sich globalisierenden Welt. Der Umgang mit der Katastrophe erschwerte sich damit für die auf Abgrenzung strebende SED-Diktatur.<sup>2</sup>

## Widersprüchlichkeiten und Grenzen der Stasi-Tätigkeit

Der Staatssicherheit ging es nach Tschernobyl in verschiedener Hinsicht um das Verhindern eines Kontroll- beziehungsweise Herrschaftsverlustes. Erstens: Der politisch-ideologische Schaden in der DDR musste begrenzt werden. Der bis dahin seitens der SED-Partei- und DDR-Staatsführung bemühte Propaganda-Slogan »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen« war durch den GAU massiv in Frage gestellt. Zweitens: Ein wirtschaftlicher Schaden für die SED-Diktatur musste verhindert werden. Das galt einerseits für das ehrgeizige ostdeutsche Kernenergieprogramm, für das die DDR seit den fünfziger Jahren auf sowjetische Technologie setzte. Andererseits erlitt die DDR wirtschaftliche Schäden in der Lebensmittelproduktion sowie in strahlenempfindlichen Industriebereichen. Zudem drohten wegen möglichen radioaktiven Belastungen beträchtliche Handelsausfälle gegenüber dem sogenannten »nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet« (NSW). Und drittens sah sich die Stasi einer neuen sicherheitspolitischen Herausforderung gegenübergestellt. Für die politische Geheimpolizei galt es von nun an, das Entstehen einer ostdeutschen Antiatomkraftbewegung zu verhindern. Mit Tschernobyl eröffneten sich der DDR-Opposition gleich mehrere Politikfelder – die (Energie-)Wirtschaftspolitik, die Umweltpolitik und die Informationspolitik –, auf denen sie die von der SED-Füh-

rung beanspruchte »Kompetenzkompetenz« infrage stellte.<sup>3</sup> Damit war das MfS im Zusammenhang mit der nuklearen Havarie in Tschernobyl in seiner doppelten Funktionszuschreibung als »Schild und Schwert der Partei« herausgefordert, also den Machtanspruch der SED-Parteiführung im ostdeutschen Teilstaat passiv und aktiv abzusichern. Letztlich galten dafür die Vorgaben der SED-Führung. Die Stasi konnte ihren politischen Auftrag dabei nur teilweise und nicht ohne das Schaffen von Widersprüchlichkeiten erfüllen.

## Keine Informationen aus Moskau

Für die Staatssicherheit ging es unmittelbar nach dem nuklearen Unfall in Tschernobyl darum, den technologischen GAU nicht zu einer geheimpolizeilichen Katastrophe werden zu lassen. Anders als zu vermuten, konnte sich die Stasi dafür ebenso wenig wie die SED-Parteiführung auf einen stabilen Informationsfluss aus Moskau stützen. Die ersten Informationen über den nuklearen Unfall gelangten nicht etwa aus Moskau, sondern vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) zur Stasi. Das SAAS war direkt dem DDR-Ministerrat unterstellt und berichtete dessen Vorsitzenden, Willi Stoph (SED), seit Bekanntwerden des Unglücks fortlaufend über die Strahlensituation im ostdeutschen Teilstaat. Zwei Tage nach dem Unglück und noch vor der öffentlichen Bekanntmachung durch die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete ein SAAS-Mitarbeiter bei der IAEA in Wien am frühen Abend des 28. April 1986, dass er zu einem möglichen nuklearen Störfall in der DDR befragt worden sei, da aus Schweden eine Anfrage zu unerklärlich hohen Radioaktivitätswerten vorliege. Die internationale Atomenergiebehörde holte daraufhin Erkundigungen bei ihren Mitgliedsstaaten ein, so auch bei der DDR. Erst kurz darauf veröffentlichte die Sowjetunion eine knappe Pressemeldung zu Tschernobyl, die am folgenden Tag kommentarlos auch in der SED-Tageszeitung *Neues Deutschland* erschien.<sup>4</sup>

Die folgenden Tschernobyl-Berichte des SAAS gingen wenigstens in Kopie immer auch an die Stasi. Die Empfänger hier waren in der Regel der Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Rudi Mittig, sowie der Leiter der Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft), Generalmajor Alfred Kleine. Zum Teil waren die Tschernobyl-Berichte des SAAS auch direkt an den Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral Erich Mielke, gerichtet. Über ein am 29. April 1986 eigens eingerichtetes Rapportsystem wurde Mielke zudem telefonisch durch seinen Stellvertreter Mittig informiert.<sup>5</sup>

Die Tschernobyl-Berichte des SAAS enthielten Zahlenmaterial über die fortlaufenden Radioaktivitätsmessungen in der DDR und deren knappe Textinterpretation. In ihnen sind bis in die erste Mai-Hälfte 1986 mehrfache und deutliche Überschreitungen geltender Richtwerte für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln und Tierfutter dokumentiert. Am 7. Mai 1986 hielt das SAAS beispielsweise für die Bezirke Cottbus, Potsdam und Frankfurt für die zurückliegenden Tage eine Überschreitung des Richtwertes von 500 Becquerel pro Liter (Bq/l) für Frischmilch fest, in Cottbus maß das SAAS bis zu 703 Bq/l Milch. Auch der Richtwert 1000 Bq/kg für Gras und Blattgemüse wurde um ein Mehrfaches überschritten, das SAAS registrierte bis zu 5600 Bq/kg für Gras und 2675 Bq/kg für Spinat.<sup>6</sup> Wenige Tage zuvor hatte es in den SAAS-Berichten noch geheißen: »Obwohl die radioaktive Kontamination der Milch noch weiter ansteigt, ergibt sich aus der gegenwärtigen Strahlungslage aus fachlicher Sicht noch nicht zwingend die Auslösung in der Öffentlichkeit durchzusetzender Maßnahmen.«<sup>7</sup> Unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Lage hieß es von dem Strahlenschutzamt in der zweiten Mai-Woche 1986 dann: »Auf Grund der weiter anhaltenden Radioaktivitätszufuhr in den Biozyklus steigt die radioaktive Verunreinigung des Blattgemüses auf Werte an, die nunmehr Maßnahmen erforderlich machen können. Gemeinsam mit dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wird geprüft, ob bei weiterem Anhalten der Situation der Partei- und Staatsführung aus fachlicher Sicht ein Vorschlag zur vorübergehenden Einschränkung des Verzehrs von Blattgemüse durch die Bevölkerung unterbreitet werden muss.«<sup>8</sup> Auch die Stasi wusste um diese prekäre Strahlenschutzsituation in der DDR, ohne dass sie für Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung eingetreten wäre.

## Das staatliche Strahlenschutzamt als Instrument der Stasi

Die Tschernobyl-Berichte zeichnete in der Regel der Präsident des staatlichen Strahlenschutzamtes, Prof. Georg Sitzlack (SED), ab. Sitzlack gab MfS-Offizieren darüber hinaus mehrfach mündlich Auskunft. Wenige Tage nach dem Unglück bestätigte er am 2. Mai 1986 Stasi-Offizieren zur Unglücksursache, dass höchstwahrscheinlich »durch technisches bzw. menschliches Versagen explosiv eine Leckage der aktiven Zone« entstanden sei. Für die Einschätzung der Strahlengefährdung der DDR machte er bei diesen Gesprächen die Bereitstellung von Informationen seitens der Sowjetunion zur Voraussetzung. Von dort, so der SAAS-Präsident gegenüber dem MfS, erfolgten bis dahin »auf dementsprechende Anfragen keine

Informationen«. Zugleich ließ sich Sitzlack auf Absprachen ein, die täglichen Tschernobyl-Berichte des SAAS für den Vorsitzenden des DDR-Ministerrates auch an das MfS weiterzureichen.<sup>9</sup> Von einem weiteren Gespräch vier Tage darauf hielt ein MfS-Vermerk zum Strahlenschutz-Präsidenten fest: »Die gegebenen Hinweise wird Genosse Prof. Sitzlack nutzen, um die für Presse, Rundfunk und Fernsehen durch das SAAS zu erarbeitenden Argumentationen entsprechend zu präzisieren. Außerdem wird er dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vorschlagen, zur nächsten Sitzung des Ministerrates an alle Minister die erforderlichen Hinweise zu geben.«<sup>10</sup> Die Aussage von SED-Partei- und DDR-Staatschef Erich Honecker gegenüber seinen westdeutschen SPD-Gästen Johannes Rau und Oskar Lafontaine Anfang Mai 1986, in der DDR habe man sich nach Tschernobyl entschieden, dass »die Wissenschaftler sprechen«, erhält vor diesem Hintergrund seine entscheidende Einordnung.<sup>11</sup> Die MfS-Bemühungen gegenüber dem Präsidenten des Strahlenschutzamtes zielten darauf ab, die mediale Berichterstattung in der DDR zu steuern und mäßigend zu beeinflussen. Der Strahlenschutzpräsident diente dafür als Instrument. In dieses Bild passte sich ein, dass die ostdeutsche Geheimpolizei Sitzlack zwischen 1960 und 1963 als inoffiziellen Mitarbeiter (IM) mit dem Decknamen »Jürgens« führte. Im Oktober 1963 beendete das MfS die inoffizielle Zusammenarbeit. Sitzlack war damals Leiter der neugegründeten Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz (SZS), dem Vorläufer des 1973 gegründeten SAAS. Ein geheimer Stasi-Vermerk hielt dazu fest: »Auf Grund dieser Funktion wird mit ihm offiziell zusammengearbeitet.«<sup>12</sup> Seinen konkreten Ausdruck fand das unter anderem im Frühjahr 1986 im Zusammenhang mit Tschernobyl.

## West-Orientierung, Wirtschaftsschäden und belastete Lebensmittel

Als unmittelbare Folge der nuklearen Havarie nahm die Stasi ein verändertes Einkaufs- und Ernährungsverhalten vieler DDR-Bürger zur Kenntnis: Zwei Wochen nach dem Super-GAU hielt eine erste Information der Stasi-Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) fest, dass in der DDR-Hauptstadt Ost-Berlin der Verkauf von grünem Salat bis zu 50 Prozent zurückgegangen war. Im nahe gelegenen Bezirk Potsdam war die Situation ähnlich, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) blieben auf ihrem frischen Salat und Rhabarber sitzen. In der gesamten DDR ging der Absatz von Frischmilch schlagartig um Tausende Liter zurück. Diese Entwicklung



hatte Anfang Mai an solcher Dynamik gewonnen, dass sich – so ein handschriftlicher Vermerk des Mielke-Stellvertreters Mittag – der DDR-Ministerrat mit dem Thema beschäftigen musste. Die Tage bis Ende Mai 1986, als Tschernobyl im Mittelpunkt der Stasi-Berichterstattung stand, waren vielleicht der einzige Zeitraum ihres Bestehens, in dem die Geheimpolizei von einem Überangebot an Gemüse sowie Frischmilch in den Kaufhallen und Verkaufsstellen berichtete. Die Kundenwünsche erfüllte das gleichwohl nicht, weil im Osten die Verunsicherung vor radioaktiv verunreinigten Lebensmitteln umging. Das war insofern vielsagend, weil DDR-Politiker und -Medien sich bemühten, das Bild unbedenklicher Radioaktivitätswerte zu vermitteln. Ein großer Teil der DDR-Bevölkerung orientierte sich jedoch an der Berichterstattung der Bundesrepublik, die feste Grenzwerte und Ernährungsempfehlungen kommunizierte. Die vollen Regale in der DDR waren sichtbarer Ausdruck der Westorientierung der Bevölkerung.<sup>13</sup>

Auch bei Produktionsausfällen in strahlenempfindlichen Industriebereichen blieb die Stasi hilfloser Berichterstatter an die SED-Parteiführung und die staatliche Verwaltungsspitze. Aus dem VEB Fotochemische Werke Berlin wusste die Staatssicherheit beispielsweise von Qualitätsmängeln an den gefertigten Röntgenfilmen. Die Angestellten des Betriebes hatten wegen einer defekten Klimaanlage die Fenster öffnen müssen. Dadurch gelangten radioaktive Partikel, die offensichtlich von der Katastrophe in der Sowjetunion herrührten, in die Fabrikhalle und setzten sich auf dem Filmmaterial ab. Der Schaden betrug laut der Stasi immerhin 6 Millionen Mark. Hinzu kamen die Kosten für die Sanierung der radioaktiv verunreinigten Fabrikbereiche. Schon alleine, weil der Staatssicherheit das Ereignis erst im Nachhinein bekannt wurde, konnte sie auf das Verringern oder gar das Verhindern des Schadens keinen Einfluss nehmen. Typisch für die DDR-Mangelwirtschaft war, dass die fehlerhaften Röntgenfilme dennoch Verwendung finden mussten, weil kein Ersatz zu beschaffen war. Laut MfS waren davon drei Viertel des Gesamtbedarfs an Röntgenfilm innerhalb des Gesundheitswesens betroffen.<sup>14</sup>

Unter den Augen der Staatssicherheit registrierte das staatliche Strahlenschutzamt SAAS noch Anfang 1987 erhöhte Strahlenwerte eingelagerter Feldfrüchte und Futtermittel, die im Vorjahr abgeerntet worden waren. Zu erhöhten Strahlenbelastungen kam es demnach an drei Schwerpunkten: südlich von Schwerin, nördlich von Magdeburg und westlich von Potsdam. Für Export-Lebensmittel hatte das SAAS gemeinsam mit dem DDR-Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft mittlerweile ein Messkontroll- und Zertifizierungsverfahren eingerichtet. Damit war man einerseits entsprechenden Forderungen aus dem Ausland



nachgekommen. Andererseits griff man damit eventuellen Entdeckungen vor, die politische Folgeschäden hätten auslösen können. Radioaktiv belastete Lebensmittel wie Feldfrüchte, Viehfutter, Fleisch und Milchprodukte entzog man dem Export oder der bevorzugten Versorgung sogenannter »Sonderbedarfsträger« – beließ sie wohl aber unter den Augen der Stasi im Versorgungssystem für die übrige DDR-Bevölkerung. Aus den Stasi-Überlieferungen geht damit hervor, dass für den West-Export vorgesehene Lebensmittel wegen erhöhter Strahlenwerte in den DDR-Verkauf gegangen sind.<sup>15</sup>

Die DDR-Exportwirtschaft erlitt durch Tschernobyl deutliche Schäden. Unmittelbar nach der nuklearen Katastrophe verweigerte eine West-Berliner Molkerei praktisch für den gesamten Monat Mai 1986 die vertraglich vereinbarte Abnahme von Frischmilch aus dem brandenburgischen Umland. Die ostdeutschen Produzenten lieferten keinen entsprechenden Unbedenklichkeitsnachweis für die Radioaktivitätswerte der Milch. Dem ostdeutschen Teilstaat entgingen dadurch laut MfS-Angaben knapp 325 000 Valutaeinheiten. Von Handelseinschränkungen wegen erhöhter Radioaktivitätswerte war eine Vielzahl von Produkten betroffen: der Export von Bier nach Italien, der Verkauf von Zuchtrindern nach Marokko, der Absatz von Kaninchenfleisch nach Österreich oder die Ausfuhr von Schlachtpferden nach Frankreich. Die Devisenausfälle der SED-Diktatur gingen in die Millionen. Auch hier blieb der Stasi nur die Rolle eines passiven Beobachters und Berichterstatters.<sup>16</sup>

## Die Stasi als Krisenmanager?

Im Bereich der Transportwirtschaft trat die Stasi dagegen aktiv zur Bewältigung der Tschernobyl-Folgen in Erscheinung. Weil die Bundesrepublik seit Anfang Mai 1986 feste Grenzwerte für die radioaktive Belastung einreisender PKW, LKW und Schienenfahrzeuge durchsetzte, kam es zu Zurückweisungen an der innerdeutschen Grenze. In den ersten Mai-Wochen zählte die Staatssicherheit dazu immerhin 50 PKW, 260 LKW und 60 Güterwagons aus dem Transitverkehr, vor allem mit Ladungen aus der Sowjetunion. Um die wirtschaftlichen Schäden einzudämmen und einen störungsfreien Ablauf der Grenzpassage sicherzustellen, reagierte die DDR mit Strahlenmessungen im Vorland der Grenze. Gegebenenfalls sollten Dekontaminationswäschen und der Austausch radioaktiv verunreinigter Luftfilter erfolgen. An diesen Aktionen beteiligten sich Offiziere der grenznahen MfS-Bezirksverwaltungen wie Magdeburg oder Cottbus,

sowie knapp 150 Spezialkräfte der zentralen Abteilung Bewaffnung und Chemischer Dienst (BCD). Nach internen Angaben überprüften die MfS-Mitarbeiter in der ersten Maihälfte fast 4000 Fahrzeuge alleine an der innerdeutschen Grenze auf erhöhte Radioaktivität. Jedes vierte Fahrzeug davon behandelten sie, um dessen Strahlenwerte zu senken.<sup>17</sup>

Die Dekontaminationsarbeiten, an denen sich die Stasi beteiligte, verliefen nicht sauber. Nicht immer konnten radioaktiv verschmutzte Luftfilter ausgetauscht werden, weil es an Ersatzfiltern mangelte. Und die Entsorgung der radioaktiven Abwässer der Waschungen erfolgte zum Teil ohne besondere Schutzmaßnahmen über die Kanalisation, zum Teil über freie Fließgewässer der Umgebung. An den eingerichteten Waschplätzen dokumentierte die Geheimpolizei noch Jahre später deutlich – bis um das Zweihundertfache – erhöhte Strahlenwerte. Schon während der Mess- und Wascharbeiten erregten die Aktionen unerwünschtes Aufsehen und Ärgernis. In der thüringischen Ortschaft Probstzella im Kreis Saalfeld an der Grenze zur Bundesrepublik führte am 9. Mai 1986 ein Bauingenieur Beschwerde über die mögliche Verseuchung des Grundwassers wegen der Dekontaminationswaschungen. Ein ganzes Aufgebot aus örtlicher SED-Parteiführung und Sicherheitskräften der SED-Kreisleitung, MfS-Kreisdienststelle, Volkspolizeikreisamt, Feuerwehr und Transportpolizei, erschien daraufhin bei der Waschstation des örtlichen Bahnhofes und zeigte sich uninformiert über die dortige Dekontaminierungsaktion. Von der Bevölkerung in Probstzella gab es derweil beunruhigte Anfragen zur Gefährlichkeit der Arbeiten und der radioaktiven Verschmutzung des Grundwassers und der bevorstehenden Ernte.<sup>18</sup>

## »Unter Kontrolle halten« – die Stasi und die Bevölkerung

Nachdem die nukleare Katastrophe von Tschernobyl seit dem 28. April 1986 öffentlich geworden war, bemühte sich die Stasi um ein umfassendes Bild der Reaktionen in der ostdeutschen Bevölkerung. Dafür benutzte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) seine inoffiziellen Mitarbeiter (IM), aber auch andere Zuträger. Das Erarbeiten eines solchen Meinungs- und Stimmungsbildes fügte sich in die übliche Stasi-Informations- und Berichtstätigkeit zu – aus der Perspektive der SED-Führung – bedeutsamen Ereignissen ein.

Ein Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) als der zentralen Schaltstelle im Apparat der Staatssicherheit gibt einen Überblick über die Reaktionen der ostdeutschen Bevölkerung auf Tschernobyl, denen die Stasi besondere sicherheitspolitische Bedeu-

tung beimaß. Der Bericht, datiert vom 6. Mai 1986, stammt also aus der Woche nach dem Öffentlichwerden der nuklearen Katastrophe. Innerhalb der Staatssicherheit war der Bericht über den Minister Mielke hinaus an dessen Stellvertreter Mittag, Gerhard Neiber, die Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft), den ZAIG-Leiter Werner Irmeler und die dortige Arbeitsgruppe 6 des Bereiches 1 (politisch-ideologische Diversion, politische Untergrundtätigkeit, Kirchen, Kultur) gerichtet. Damit waren zugleich die internen Stasi-Zuständigkeiten umrissen: Tschernobyl war für die Geheimpolizei vor allem wegen seiner wirtschaftlichen und politisch-ideologischen Folgewirkungen Arbeitsgegenstand. Über Mitleidsbekundungen hinaus betonte der MfS-Bericht im Anfang pflichtschuldig, dass die staatliche Mitteilung über andere Reaktortypen und strenge Sicherheitsvorschriften in der DDR für »Beruhigung und Befriedigung« gesorgt habe. Als entscheidend für das frühe Krisenmanagement im ostdeutschen Teilstaat wurde herausgehoben, dass DDR-Wissenschaftler öffentlich eine Strahlengefährdung verneint hätten.

Dennoch kam die Stasi nicht umhin, zum Unmut über das lange Verschweigen des Unglücks durch die Sowjetunion und die im Vergleich zur Bundesrepublik relativ späte und eingeschränkte Berichterstattung in der DDR zu berichten. Im Ergebnis hielt sich dennoch die Meinung in der Bevölkerung – und das war im Sinne der SED-Politik – auf die Kernenergie könne nicht verzichtet werden. Von besonderer Bedeutung war für die Stasi der Umstand, wonach im Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald und auf den Baustellen zu neuen Kernreaktoren bei Greifswald und bei Stendal Zweifel und Besorgnis zu den Ursachen und Auswirkungen von Tschernobyl sowie der Sicherheit der sowjetischen Kernkraftwerke in der DDR bestanden. Ebenso misstrauisch registrierte das MfS kritische Fragen zu den veröffentlichten Opferzahlen und den Langzeitfolgen der in Tschernobyl freigesetzten Radioaktivität, die Chemiestudenten der Universität Greifswald unter Verweis auf in Dänemark gemessener Strahlenwerte stellten. Der Stasi-Minister Mielke vermerkte dazu handschriftlich: »unter Kontrolle halten«.<sup>19</sup> Das war mehr als ein launischer Kommentar, nämlich die sicherheitspolitische Kurzformel der Stasi gegenüber der DDR-Bevölkerung im Zusammenhang mit Tschernobyl.

## Unwissen und Zweifel durch die staatliche (Des-)Informationspolitik

Eine Vielzahl von Berichten der IM und anderer Stasi-Zuträger zeichnete ein im Tenor gleiches Bild. Grundlegende Erkenntnis der Berichte ist, dass Tschernobyl ein Thema war, das viele DDR-Bürger bewegte. Zunächst dominierte eine ganz menschliche Reaktion, man war zuallererst erschüttert über die nukleare Katastrophe. Mit der Schlussfolgerung, auf die offensichtlich nicht beherrschbare Technologie zu verzichten, verband das allerdings kaum jemand. Auf den ersten Schock folgten in den überlieferten IM-Berichten und MfS-Analysen zur Bevölkerungsstimmung Unwissenheit und daraus resultierend Unsicherheit. Die DDR-Bürger zeigten sich unzufrieden mit der mangelhaften Berichterstattung der Sowjetunion und der DDR-Medien. Das Ausweichen auf westdeutsche Informationen führte zur Bestätigung dieser Unzufriedenheit, aber auch zu Zweifeln. Denn sowohl die westdeutsche Berichterstattung als auch die Reaktion der bundesdeutschen Politiker hinsichtlich der radioaktiven Gefährdung entsprachen nicht den offiziellen ostdeutschen Verlautbarungen. Beispielgebend berichtete der IM »Blitz«, ein Angestellter im Fernmeldeamt Rostock, seinem Stasi-Offizier: »Fast alle sagen, dass der Westen es übertrieben und dramatisiert habe, was nicht gut ist. Aber ebenso schlecht ist, dass wir völlig im Unklaren gelassen wurden und man es heruntergespielt habe. Danach braucht man ja kaum noch Angst vor einer Atombombe haben.«<sup>20</sup>

Darüber hinaus berichteten die Stasi-Überlieferungen aus vielen Regionen des ostdeutschen Teilstaates, wie DDR-Bürger zur Selbsthilfe griffen: Gemüse und Milch wurden vom Einkaufszettel gestrichen, Milchpulver erfreute sich großer Beliebtheit, an den Schul- und Kindereinrichtungen sowie in den Betrieben wurde die Trinkmilch oftmals weggeschüttet und Salat vom Speiseplan gestrichen, Physiklehrer nahmen auf den Schul-Freiflächen behelfsmäßige Strahlenmessungen vor, Eltern untersagten ihren Kindern den Aufenthalt im Freien, durchaus begehrte Auszeichnungsreisen in die Sowjetunion wurden zurückgegeben oder abgelehnt.<sup>21</sup>

Aus der staatlichen (Des-)Informations-Politik und der anderslautenden westlichen Berichterstattung resultierten – was die Stasi eigentlich zu verhindern bemüht war – Ungewissheit, Ängste und Gerüchte. In den geheimen MfS-Berichten sind verschiedenste Krankheitsbilder, mysteriös anmutende Phänomene wie tote Fische und Vögel im örtlichen Stadtteil festgehalten, die desinformierte Bürger auf die aus der Sowjetunion kommende radioaktive Verstrahlung zurückführten. Manche IM-Auskünfte geben im Rückblick von 30 Jahren vielsagende Einblicke zum gesell-

schaftlichen Zustand der DDR Mitte der achtziger Jahre. Da war gegenüber MfS-Offizieren unverblümt von minderwertiger »Russentechnik« die Rede, oder wurde die radioaktive Gefährdung gegenüber der täglichen Schwefeldioxid-Belastung als weniger schlimm verharmlost. Die »unverbrüchliche Liebe« zur Sowjetunion war nicht selten wirklichkeitsfremde Staatspropaganda – die DDR als einer der größten Umweltsünder mit dem weltweit höchsten Ausstoß von Schwefeldioxid hingegen war alltägliche Wirklichkeit.<sup>22</sup>

## Der »26. April« – ein neuer »17. Juni«?

Mitte Mai 1986 ging bei der Lokal-Redaktion der SED-Zeitung *Sächsische Zeitung* in Bautzen folgendes Leser-Gedicht ein: »Ein schöner Tag im Mai, der Frühling macht Gefühl, aus Osten bläst der Wind, er kommt aus Tschernobyl. Was wird er uns wohl bringen, aus unsrem Freundesland? Von Freunden, wie den uns'ren, Sowjetunion genannt. [...] Für uns ist das Problem gelöst, die Parameter stimmen, in Luft und Wasser – Wald und Flur, und alle Vögel singen. Die Strömung ging bei uns vorbei, im Süden und im Norden, dem Lieben Gott sei es gedankt, was wäre sonst geworden. [...] Bei uns ist alles einwandfrei, so wie ein schöner Tag im Mai!«<sup>23</sup> Der anonyme Verfasser stieß mit seinen Zeilen weder bei der Zeitungsredaktion und erst recht nicht bei der Stasi auf Verständnis. Briefumschlag und Briefmarken untersuchte die Geheimpolizei auf Speichelspuren, das Schriftbild des Leserbriefes begutachtete sie – beides ohne den Verfasser ausfindig machen zu können.<sup>24</sup> Solche Leserbriefe boten in der SED-Diktatur begrenzte Möglichkeiten des politischen Protestes. Begrenzt war solcher Protest schon allein deshalb, weil er in aller Regel die Presse-Zensur nicht überwinden und damit auch nicht öffentlichkeitswirksam werden konnte.

Es hat nach Tschernobyl auch öffentlichkeitswirksamen individuellen Anti-KKW-Protest in der DDR gegeben: In der Bezirksstadt Potsdam wurden Anfang Mai 1986 öffentlich Zettel mit dem Text »Stoppt die Kernkraftwerke. Tschernobyl macht vor unsren Wohnungstüren nicht halt« und »Tschernobyl darf sich nicht wiederholen. Die Alternative: Sonnenenergie« verteilt. Vor der Magdeburger Bezirkseinsatzleitung, dem regionalen Sicherheitsstab unter Leitung des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, berichtete die MfS-Bezirksverwaltung im September 1986 von acht Losungen »Atomverbrannt durch Freundesland«, die im Magdeburger Stadtgebiet angebracht wurden. Oder im April 1988 wurden zum zweiten

Jahrestag der nuklearen Katastrophe in der Sowjetunion an einer Wandzeitung im Lehrlingswohnheim der Stahl- und Walzwerkes Brandenburg mehrere Aushänge angebracht, auf denen zu lesen stand: »26.4.86 kam es in Tschernobyl zum bisher schwersten KKW-Unglück« sowie »am 26.4.88 [sic!] kam es in Tschernobyl (UdSSR) zum bisher schwersten KKW-Unglück mit verheerenden Folgen für Natur und Menschheit.«<sup>25</sup>

Die nukleare Katastrophe in Tschernobyl gab der staatlich unabhängigen Umweltbewegung in der DDR einen kräftigen Impuls. Der GAU in der Sowjetunion war eine Möglichkeit, in der überschaubaren Oppositionsszene und darüber hinaus einen größeren Personenkreis zu erreichen und für die großen Gefahren der Kernkraftwerke zu sensibilisieren. Das Entstehen einer Antiatomkraftbewegung wie in der Bundesrepublik war für die Machthaber der SED-Diktatur dabei ein Schreckens-Szenario, dessen Nachahmung es in der DDR zu verhindern galt. In diesem Sinne unterstellte die Stasi den ostdeutschen Kernkraftwerksgegnern ein »feindlich-negatives« Verhalten.

Die Ängste der Geheimpolizei vor der Herausbildung eines ostdeutschen Gegenstücks zur Antiatomkraftbewegung in der Bundesrepublik ähnelten den Stasi-Ängsten vor einer Wiederkehr des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Interne Befehle und Weisungen der Stasi unmittelbar nach Tschernobyl und im Vorfeld der folgenden Jahrestage des Unglücks belegen die Befürchtung der Geheimpolizei, dass der 26. April für die ostdeutsche Umweltbewegung so etwas wie ein 17. Juni hätte werden können – ein festes, regelmäßig wiederkehrendes Datum öffentlichen Protestes. Tatsächlich war die oppositionelle Szene in der DDR im Frühjahr 1986 zunächst weit entfernt von einer breiten Protestbewegung ähnlich der westdeutschen Antiatomkraftbewegung. Die Stasi schien bei ihren Bemühungen, die SED-Politik abzusichern, zunächst erfolgreich – gab sich mit ihren Einblicken um die Aktivitäten der staatlich unabhängigen Umweltaktivisten jedoch durchaus alarmiert.

## »Eine lange Aktion« – Tschernobyl als Impuls für die Opposition

Bereits Anfang Juni 1986, gerade einmal fünf Wochen nach Öffentlichwerden des Unfalls, musste die Stasi zur Kenntnis nehmen, dass die Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR zahlreiche Aktionen zu Tschernobyl durchführten und planten. Dazu gehörten der mehrseitige Aufruf »Tschernobyl wirkt überall« der beiden Gruppen »Gegenstimmen« und »Friedrichsfelder Friedenskreis«, ein Schreiben des Wis-

senschaftlers Sebastian Pflugbeil an die Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) mit der Aufforderung sich des Themas anzunehmen, ein Aufruf von Martin Böttger, Gerd Poppe und Wolfgang Templin aus der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) an die Volkskammer mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die Nutzung der Kernenergie, ein Rundbrief des »Ökologiekreis Weißensee« unter dem Titel »Atomkraftwerke – eine Bedrohung?«, die Absicht der Berliner Gruppe »Ärzte für den Frieden« eine Eingabe an die Minister für Kohle und Energie sowie für Gesundheitswesen und an das staatliche Strahlenschutzamt SAAS zu richten, ein Brief des »Friedenskreises Pankow« an die sowjetische Botschaft, eine Eingabe des »Friedens- und Umweltkreis« der Pfarr- und Glaubensgemeinde Berlin-Lichtenberg an den DDR-Ministerrat und die sowjetische Botschaft oder eine Veranstaltung »Morsche Meiler« in der Berliner Zionskirchgemeinde. Das MfS trieb die Sorge um, dass im Zusammenhang mit Tschernobyl aus dem Umfeld der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen eine »lange Aktion« aus Unterschriftensammlungen, Gesprächsveranstaltungen und öffentlichen Aktionen kreiert werden könnte.<sup>26</sup>

Die besondere Aufmerksamkeit der Stasi weckte der Appell »Tschernobyl wirkt überall«. Mitglieder und Sympathisanten der Friedens- und Umweltbewegung richteten den Aufruf an die Regierung und die Bevölkerung, Silvia Müller und Vera Wollenberger trugen 141 Unterschriften zusammen und am 5. Juni 1986 – dem Weltumweltag – wurde er dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates und der staatlichen Nachrichtenagentur ADN übergeben. In dem Appell hieß es: »Die Reaktorhavarie in Tschernobyl hat bei uns Unsicherheit und das Gefühl der Bedrohung ausgelöst. Unser Mitgefühl gilt allen Getöteten und gesundheitlich Geschädigten in der Sowjetunion. [...] Doch nicht nur die Bedrohung durch havarierte Kernkraftwerke ist augenscheinlich geworden, sondern ebenso die Auswirkungen einer verantwortungslosen und gesellschaftsfährdenden Informationspolitik in Ost und West. Hier wurde entmündigt, desinformiert und verunsichert – und dies nicht erst anlässlich von Tschernobyl, sondern schon vorher.« Das war eine Kritik, der sich viele DDR-Bürger hätten anschließen können. Die Staatssicherheit deutete das deshalb nicht zu Unrecht als sicherheits-politische Herausforderung und setzte ihren vielfältigen Beobachtungs-, Zersetzungs- und Verfolgungsapparat in Bewegung. Der Mielke-Stellvertreter Mittag erließ dafür am 13. Juni 1986 an die MfS-Bezirksverwaltungen den zentralen Befehl, die Unterzeichner des Appells ausfindig zu machen und weitere Aktivitäten und Unterschriftensammlungen zu »Tschernobyl wirkt überall« zu unter-

binden. Insbesondere die Verbringung des Aufrufes in die Bundesrepublik sollte verhindert und aufgetauchte Exemplare beschlagnahmt werden. Die inhaltliche Nähe zur westdeutschen Antiatomkraftbewegung machte schon der Titel des Aufrufs deutlich, der dem »Tschernobyl ist überall« der westdeutschen Grünen ähnelte.<sup>27</sup>

Vor dem Hintergrund der Stasi-Ängste, durch Tschernobyl könnte eine ostdeutsche Antiatomkraftbewegung mit einem wiederkehrenden öffentlichen Protestritus erwachsen, ergingen zu den folgenden Jahrestagen der nuklearen Katastrophe wiederholt zentrale MfS-Befehle zu vermeintlichen »feindlichen Aktivitäten«. 1987 galt als Vorgabe für die MfS-Bezirksverwaltungen, Kontakte der ostdeutschen Kernkraftwerksgegner zu den westdeutschen Grünen und dem aus der DDR ausgewiesenen Roland Jahn im Zusammenhang mit einem Anti-Kernkraftwerks-Kongress in der Bundesrepublik zu unterbinden. Zudem befahl der Mielke-Stellvertreter Mittig öffentliche Aktionen in der DDR im Vorfeld zu verhindern. Dafür wurde die geheimpolizeiliche Beobachtung und Kontrolle von vermuteten »Störenfriedern« weiter verschärft.<sup>28</sup> Auch im darauffolgenden April 1988 befürchtete die Staatssicherheit im Zusammenhang mit dem Tschernobyl-Jahrestag Gedenkveranstaltungen oder öffentliche Aktionen der Kernkraftwerksgegner. Vom Leiter der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kirche, Kultur, Untergrund), Generalmajor Paul Kienberg, erging deshalb ein ähnlicher Befehl wie im Vorjahr. Im Ergebnis einer verstärkten Verfolgung sogenannter »feindlich-negativer Zusammenschlüsse« sollten vor allem öffentliche Aktionen jenseits kirchlicher Räume verhindert und personelle Kontakte in die Bundesrepublik unterbunden werden.<sup>29</sup>

Selbst wenn die Antiatomkraftbewegung unter den Bedingungen der SED-Diktatur nach Tschernobyl zunächst kein eigenständiges Gesicht entwickeln konnte, war sie doch ein fester Bestandteil der staatlich unabhängigen Umweltbewegung.<sup>30</sup> Und selbst wenn die Staatssicherheit zunächst das Entstehen einer politisch wirksamen Antiatomkraftbewegung in der DDR verhindern half, so lernten die DDR-Bürger am Beispiel Tschernobyl doch, die SED-Diktatur zunehmend kritisch zu sehen und sich in eigener Sache einzumischen. Dass unter den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums im September 1989 mehrere engagierte Kernkraftwerksgegner waren, ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer Entwicklung, die letztlich mit der Friedlichen Revolution 1989/90 über das Mielke-Ministerium hinweggegangen ist. Während der friedlichen Revolution 1989/90 engagierten sich viele ostdeutsche Kernkraftwerksgegner frühzeitig und letztlich erfolgreich für die Überwindung der SED-Diktatur und die Stilllegung der ostdeutschen Kernkraftwerke.



## Anmerkungen

- 1 Melanie Arndt, Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt 2011, S.5f. und S.29f.; Joachim Radkau und Lothar Hahn, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013, S.337; Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH (Hg.), Tschernobyl – Zehn Jahre danach. Der Unfall und die Sicherheit der RBMK-Anlagen, Köln 1996, S.1 u. 52; Greenpeace e.V. (Hg.), 26. Jahre nach Tschernobyl. Die Lage am Standort – keine Lösung in Sicht, Hamburg 2012, S.39.
- 2 Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S.125f.
- 3 Rainer Weinert, Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteipolitik, in: Theo Pirker, M. Rainer Lepsius, Rainer Weinert und Hans-Hermann Hertle, Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR – Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S.285–308.
- 4 Anruf, 28.4.1986, 18.25 Uhr, Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen der ehemaligen DDR (BStU), MfS, HA VII, Nr.11647, T. 2, Bl. 326–328; Sebastian Pflugbeil, Tschernobyl und die DDR. Zwischen staatlicher Leugnung und Bürgerbewegung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt (Hg.), Tschernobyl und die DDR. Fakten und Verschleierungen – Auswirkungen bis heute?, Magdeburg 2003, S.24–35, hier S.24ff.; Dorothée de Nève, Die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Reaktionen in der DDR, Berlin 1995, S.11 f. u.S.17 ff.
- 5 Schreiben, o. Dat., BStU, MfS, HA VII, Nr.1333, Bl.168–170; Schreiben, 5.5.1986, ebd., Bl.156–161; Anschreiben und Fortschreibung zur Havarie, 30.4.1986, ebd., Bl.284–288.
- 6 Bericht Nr.14 zur Strahlensituation auf dem Territorium der DDR infolge der Havarie im KKW Tschernobyl/UdSSR, 7.5.1986, 15 Uhr, BStU, MfS, HA XVIII, Nr.11647, T. 1, Bl.176–185.
- 7 Bericht Nr.7 zur Strahlensituation auf dem Territorium der DDR infolge der Havarie im KKW Tschernobyl/UdSSR, 3.5.1986, 16 Uhr, BStU, MfS, HA XVIII, Nr.6492, Bl.20–26, hier Bl.21.
- 8 Bericht Nr.14 zur Strahlensituation auf dem Territorium der DDR infolge der Havarie im KKW Tschernobyl/UdSSR, 7.5.1986, 15 Uhr, ebd., hier Bl.177.
- 9 Gespräch mit dem Genossen Staatssekretär Prof. Dr. Sitzlack, 3.5.1986, BStU, MfS, HA VII, Nr.1333, Bl.274–275.
- 10 Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomicherheit und Strahlenschutz, 6.5.1986, ebd., Bl.256.
- 11 Jochen Staadt, Vorwort. Reaktionen auf das Unglück in den beiden deutschen Teilstaaten – beiderseitig desinformiert, in de Nève, Atomkatastrophe (Anm.4), S.3f.
- 12 Bericht über die durchgeführte Werbung des GI-Kandidaten, 29.2.1960, BStU, MfS, AIM 17551/63, Bl.34–38; Verpflichtungserklärung, 27.2.1960, ebd., Bl.39; Vermerk, 11.4.1964, ebd., Bl.58.
- 13 Information zu Erscheinungen des Rückgangs beim Abkauf von Frühgemüse und Frischmilch durch die Bevölkerung, 8.5.1986, BStU, MfS, HA VII, Nr.1333,

- Bl.242–244; Ehrhart Neubert, Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997, S. 626.
- 14 Beeinträchtigung der Produktion im VEB Fotochemische Werke Berlin infolge des Reaktorunglücks in der UdSSR, 29.7.1986, BStU, MfS, BV Bln, KD Kö, Nr. 9554, Bl. 8–9; Information über Qualitätsminderung von Röntgenfilmen als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl, 9.8.1986, BStU, MfS, BV KMSt, Abt. XX, Nr. 1660, Bl. 63–64.
  - 15 Information über Maßnahmen im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft nach der Kernkraftwerkshavarie von Tschernobyl, 2.1.1987, BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 26359, Bl. 7–9.
  - 16 Information über Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und des Exports auf dem Gebiet der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft im Zusammenhang mit radioaktiver Belastung, 23.5.1986, BStU, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 194–196, hier Bl. 195; Information über Auswirkungen der Kernkraftwerkshavarie in Tschernobyl auf den Export des AHB Nahrung, 27.5.1986, ebd., Bl. 197; sowie Information, 9.5.1986, BStU, MfS, BV KMSt, Abt. XVIII, Nr. 1646, Bd. 2, Bl. 266.
  - 17 Information über das willkürliche Vorgehen der BRD-Behörden bei der Zurückweisung von Straßenfahrzeugen und Eisenbahngüterwagen an den Grenzübergängen der DDR zur BRD und die durch das Ministerium für Staatssicherheit eingeleiteten Maßnahmen zur Schadensabwendung, 14.5.1986, BStU, MfS, BCD, Nr. 587, Bl. 58–64; Meldung über Erweiterung der Maßnahmen zur Entaktivierung, 9.5.1986, BStU, MfS, HA I, Nr. 13244, Bl. 173–174; Bernd Thriene, Ablauf und Folgen von Tschernobyl im Bezirk Magdeburg, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt (Hg.), Tschernobyl (Anm. 4), S. 42–51, hier S. 45.
  - 18 Information Entaktivierung Kfz SU, 14.5.1986, BStU, MfS, BCD, Nr. 587, Bl. 65; auch Untersuchungsbericht, 26.1.1988, BStU, MfS, BCD, Nr. 3249, Bl. 224–227. Operativ-Information Auswirkungen im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr durch die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl, 6.5.1986, BStU, MfS, BV Bln, Abt. XIX, Nr. 10012, Bl. 16; Bericht über den Einsatz von AA aus den chem. DE des MB 3, 13.5.1986, BStU, MfS, HA I, Nr. 13244, Bl. 180–183.
  - 19 Roger Engelmann und Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin 2009, S. 3. Hinweise über Reaktionen der Bevölkerung der DDR auf die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR, 6.5.1986, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4208, Bl. 1–6; Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atom-sicherheit und Strahlenschutz, 6.5.1986, BStU, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 256.
  - 20 Vgl. Informationen über die Lage im Verantwortungsbereich für den Zeitraum 1. Mai 1986 bis 31. Mai 1986, 2.6.1986, BStU, MfS, BV Bln, AKG, Nr. 3576, Bl. 42–47, hier Bl. 47; Atomkraftwerksunfall in der UdSSR, 24.7.1986, IMS »Blitz«, BStU, MfS, BV Ro, AIM 395/93, T. II, Bd. 4, Bl. 454.
  - 21 Information über das Kaufverhalten von Bürgern bei frischem Obst und Gemüse sowie Frischmilch, 6.5.1986, BStU, MfS, BV Bln, AKG, Nr. 3581, Bl. 1–3; Informationsbericht zum Reaktorunglück in Tschernobyl, 9.5.1986, BStU, MfS, BV Sl, Abt. VII, Nr. 6687, Bd. 7, Bl. 1–2; Information über Stimmungen und Meinungen

- der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl, 13.5.1986, BStU, MfS, BV Mbg, KD Bg, Nr. 1348, Bl. 46–47; Informationen über weitere Hinweise im Zusammenhang mit der Reaktion auf die Havarie in Tschernobyl, 14.5.1986, BStU, MfS, BV Cb, AKG, Nr. 805, Bl. 5–8; Bericht zu Tschernobyl, 20.5.1986, IME »Elisabeth«, BStU, MfS, BV Ro, AIM 101/91, T. II, Bd. 2, Bl. 44–47; Diskussionen zum Kernkraftwerksunglück in Tschernobyl, 22.5.1986, BStU, MfS, BV Pdm, Vorl. Arch. 76/87, Bl. 138; Meinungen zum Unfall im KKW der UdSSR, o. Dat., IMS »Eva«, BStU, MfS, BV Mbg, KD Hln, 1893/60, T. II, Bd. 6, Bl. 172–173.
- 22 Berichterstattung zur Lage und Stimmung im Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle Karl-Marx-Stadt/Stadt, 13.5.1986, BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 3093, Bd. 2, Bl. 91–94; Information über weitere Stimmungen und Meinungen im Zusammenhang mit der Havarie im KKW Tschernobyl, 20.5.1986, BStU, MfS, BV Hle, KD Mbg, Nr. 146, Bl. 29–30. Vgl. Kowalczuk, Endspiel (Anm. 2), S. 126.
- 23 Brief, Mai 1986, BStU, MfS, BV Dn, Abt. XX, Nr. 10656, Bl. 1–3.
- 24 BStU, MfS, BV Dn, Abt. XX, Nr. 10656, Bl. 6–10.
- 25 Information über Auffinden von Schriften im Zusammenhang mit der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl in Potsdam, 9.5.1986, BStU, MfS, HA VII, Nr. 5804, Bl. 30. MfS-Berichterstattung vor der BEL Magdeburg, 19.9.1986, BStU, MfS, BV Mbg, AKG, Nr. 9, Bl. 183–205, hier Bl. 183 ff; Handschriftlicher Aushang mit dem Hinweis auf das Tschernobyl-Vorkommnis im Lehrlingswohnheim des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg (SWB), 26.4.1988, BStU, MfS, BV Pdm, AKG, Nr. 3013, Bl. 134–138.
- 26 Übersicht über Aktivitäten von Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit sowie der »Friedens- und Ökologiegruppen« im Zusammenhang mit der Kernreaktorhavarie in Tschernobyl, 5.6.1986, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 6861, Bl. 27–31; vgl. Arndt, Tschernobyl (Anm. 1), S. 102–107.
- 27 Provokativer Appell »Tschernobyl wirkt überall«, 13.6.1986, BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Nr. 333, Bl. 15–26; Arndt, Tschernobyl (Anm. 1), S. 5 f.
- 28 Geplante feindliche Aktivitäten zum 1. Jahrestag der Reaktorhavarie von Tschernobyl, 26.3.1987, BStU, MfS, HA XX, Nr. 18836, Bl. 230.
- 29 Geplante feindliche Aktivitäten zum 2. Jahrestag der Reaktorhavarie von Tschernobyl am 26.4.1986, 21.4.1988, BStU, MfS, ZKG, Nr. 19228, Bl. 23.
- 30 Ilko-Sascha Kowalczuk, Unabhängige Umweltbewegung. Einführung, in: Ilko-Sascha Kowalczuk und Tom Sello (Hg.), Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 272–275.



Das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen in Bonn, 1955.

Julia Reuschenbach

## Nur ein Provisorium? Bonner Hauptstadtarchitektur seit 1949

»Nichts ist endgültiger als ein Provisorium«<sup>1</sup> – diese viel zitierte Feststellung lässt sich in fast allen Werken zur Geschichte Bonns als Bundeshauptstadt von 1949 bis 1999 wiederfinden. Der politischen Situation nach Gründung von Bundesrepublik und DDR geschuldet, diente Bonn als Platzhalter für die »eigentliche« Hauptstadt Berlin. Diese Funktion Bonns hatte nicht nur Auswirkungen auf das politische Alltagsgeschehen, sondern vor allem auf die Selbstdarstellung des Staates und seiner Hauptstadt. Ein Blick auf Bauprojekte der »Bonner Republik« eröffnet zahlreiche Facetten der Bedeutung von Architektur für einen Staat und

seine Darstellung nach außen. Anhand ausgewählter Beispiele thematisiert der Beitrag das Zusammenspiel von Politik und Architektur und geht der Frage nach, ob die in Bonn errichteten Gebäude einer Art demokratischen Bauens zugehörig sind.

## Die Wahl fällt auf Bonn

Hermann Wandersleb, Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, brachte Bonn am 5. Juli 1948 als Sitz des vorbereitenden Verfassungskonvents, des Parlamentarischen Rates, ins Gespräch.<sup>2</sup> Bonn war, im Verhältnis zu anderen nahegelegenen Städten, recht wenig zerstört, bot mit der 1930 bis 1933 erbauten und direkt am Rhein gelegenen Pädagogischen Akademie sowie dem Museum Alexander König gute Unterbringungsmöglichkeiten und wurde als Sitz des Gremiums ausgewählt. In dessen anschließenden Debatten zur Frage nach der zukünftigen Hauptstadt bestand Einigkeit darüber, dass die »alte Hauptstadt« Berlin, bedingt durch die Teilung in vier Sektoren und aufgrund der inselartigen Lage inmitten der sowjetischen Besatzungszone, ausschied. Im Herbst 1948 bewarben sich neben Bonn und Frankfurt am Main auch Kassel und Stuttgart um die künftige Unterbringung der Bundesorgane. Die von Bonn vorgelegte Bewerbung fußte vor allem auf der Begründung, dass alle in Bonn befindlichen intakten Gebäude überwiegend in Reichshand seien und somit eine teure Anmietung, wie beispielsweise in Frankfurt, wegfallen. Daneben unterstützte die Landesregierung unter Wandersleb die Bewerbung Bonns mit 20,5 Millionen D-Mark und der Bereitstellung der Pädagogischen Akademie als Bundeshaus.<sup>3</sup> Zudem schien Bonn als Übergangslösung besonders gut geeignet. Frankfurt hingegen, die prunkvolle einstige Krönungsstadt deutscher Kaiser und Standort der prächtigen Paulskirche, war symbolisch viel bedeutungsvoller. So ließ der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, verlauten: »Wenn Frankfurt Hauptstadt wird, wird es Berlin nie wieder.«<sup>4</sup> Bei der Abstimmung im Parlamentarischen Rat konnte sich Bonn mit 33 zu 29 Stimmen gegen Frankfurt durchsetzen. So war gerade »Vorläufigkeit« das Zauberwort der Bonner Bewerbung.<sup>5</sup>

### »Einer staatlichen Repräsentation sehr abgeneigt«

Die Unterbringung der Behörden und ihrer Bediensteten wurde weit über Bonn hinaus bis Meckenheim, Siegburg und in das Siebengebirge geplant.<sup>6</sup>

Der erste Vorschlag für den Ausbau Bonns sah 1949 Kosten in Höhe von 3,8 Millionen D-Mark vor. Nur ein Jahr darauf sollte sich dies bereits als Fehlkalkulation herausstellen.<sup>7</sup> Schon im Sommer 1950 hatten allein 7000 Bundesbedienstete ihren Dienstsitz in und um Bonn.<sup>8</sup> Die benötigten Bauten haben das Stadtbild Bonns von Beginn an nachhaltig verändert.

Mit dem Postministerium realisierte man kurz darauf das erste offizielle Neubauvorhaben. Das Gebäude an der Adenauerallee, das heute den Bundesrechnungshof beherbergt, zählt zu den wenigen frühen Neubauten Bonns und weist den typisch vorläufigen Charakter auf. Alle Bundesbauten, egal ob Erweiterungs-, Neu- oder Umbau sollten nach Möglichkeit mit der Orientierung an einer späteren alternativen Zweckmäßigkeit errichtet beziehungsweise betrieben werden. Für das Postministerium hatte man daher vorgesehen, das schlichte aber durchaus repräsentative Gebäude im Falle einer Wiedervereinigung zu Sozialwohnungen umzuwandeln.<sup>9</sup> Ende der 1960er Jahre wurde das Gebäude noch als monumentaler Baublock wahrgenommen. Mit der zunehmenden Bebauung im Umfeld fügt sich das Gebäude heute jedoch nahtlos ein und ist vom stelenartigen Eingangsportal bis hin zur Innenhofanlage ein stadtweit einzigartiges Zeitzeugnis des typischen Stils der 1950er Jahre.<sup>10</sup>

Mit dem neungeschossigen Neubau des Auswärtigen Amtes entstand zwischen 1953 und 1955 gleich nebenan der damals größte Verwaltungskomplex der Bundesrepublik. Problematisch gestaltete sich zudem die Suche nach neuen Häusern für die zahlreichen Auslandsvertretungen. Hierbei spielte deren Architektur eine maßgebliche Rolle, wie das Auswärtige Amt noch 1966 in einer hauseigenen Broschüre notierte: »In Deutschland bevorzugt man den modernen einfachen Stil und ist einer staatlichen Repräsentation sehr abgeneigt. [...] Im Ausland herrschen oft völlig andere Auffassungen; was wir schlicht nennen, wird dort als ärmlich empfunden. Und Ärmlichkeit nimmt man dem Wirtschaftswunderland Deutschland übel, weil man sie als Missachtung falsch deutet. Es ist sehr schwer, sich den örtlichen Verhältnissen anzupassen.«<sup>11</sup>

Schon bald erwies sich als Vorteil, dass Bonn als traditionelle Garnisonsstadt einige Kasernen beherbergte. Zahlreiche der – teilweise in der Zeit des Nationalsozialismus entstandenen – Kasernen wurden Sitz eines Ministeriums. So kamen sowohl das Finanz-, Innen- und Verteidigungsministerium als auch die Bundesministerien für Landwirtschaft sowie Arbeit und Sozialordnung in Kasernen unter.<sup>12</sup> Die Nutzung der vorhandenen Kasernen entsprach der vorläufigen, provisorischen Rolle Bonns. Bereits Mitte der 1950er Jahre konzentrierten sich so die Bundesbauten städtebaulich an drei Stellen im Stadtgebiet.<sup>13</sup> Während die ausländischen Botschaften und

Diplomaten vorwiegend im Bonner Süden und in Bad Godesberg ansässig wurden, konzentrierten sich die Ministerialbauten im Bonner Norden. Der dritte und wichtigste Komplex lag rund um die ehemalige Pädagogische Akademie, unmittelbar am Rhein in der Bonner Gronau.

## Palais Schaumburg und Kanzlerbungalow

Das zu den sogenannten »weißen Villen am Rhein« zählende prunkvolle Gebäude des Palais Schaumburg, rein äußerlich dem 19. Jahrhundert verschrieben, wurde ab November 1949 von Konrad Adenauer als Bundeskanzleramt genutzt. Zuvor unterhielt Adenauer ein vorläufiges Büro in den Räumen des naturkundlichen Museums Alexander König.

Das Palais liegt bis heute eingebettet in eine beeindruckende Parkanlage und wurde 1948/49 im Inneren vom Architekten Hans Schwippert<sup>14</sup> grundlegend umgestaltet. Seitenweise Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Schwippert, bisweilen um einzelne Möbelstücke, zeugen von erheblichen Meinungsverschiedenheiten.<sup>15</sup> Etliches Mobiliar, Bilder und Tafelsilber wurden letztlich kurzfristig beim Schwager Adenauers, dem Oberstadtdirektor von Köln, geliehen.<sup>16</sup> Schon 1955 wurden nebenan mehrere Verwaltungsgebäude errichtet, da das Palais nicht genügend Büroräume bot. So war auch das Palais, ebenso wie das Museum König, in Einrichtung und Größe ein Provisorium.<sup>17</sup>

Obwohl das Palais architektonisch repräsentativ und als Herberge des Kanzleramts durchaus als Zeichen der neu gewonnenen Selbstsicherheit der jungen Bundesrepublik gesehen werden konnte, erfüllte es für Adenauer, mit Blick auf die Repräsentation im alltäglichen Verkehr mit den Vertretern der Besatzungsmächte, gerade die notwendigen Minimalanforderungen, um langfristig auf die Souveränität der Bundesrepublik hinzuwirken.<sup>18</sup>

Das 1963/1964 auf Ludwig Erhards Wunsch errichtete und von Sep Ruf geplante »Wohn- und Empfangsgebäude des Bundeskanzlers«, gemeinhin unter dem Begriff Kanzlerbungalow geplant, ist ein architektonischer Gegensatz zum benachbarten Palais Schaumburg. Bauherr Erhard, der mit dem Bungalow eine »weltoffene, qualitätsbewußte Baugesinnung demonstrieren« wollte, ließ eine aus zwei Quadraten bestehende Stahlkonstruktion errichten, deren Empfangsräumlichkeiten von nahezu vollständiger Verglasung umgeben und dem Bauhaus-Stil zuzuordnen sind.<sup>19</sup> Trotz großen Lobes in der Fachwelt wurde der Bau in der Öffentlichkeit und auch unter den nachfolgenden Bundeskanzlern stark kritisiert.<sup>20</sup> Von der Presse war das Gebäude bereits zur Schlüsselübergabe als ungemütlicher, beschei-



dener Zweckbau titulierte worden, und Erhards Nachfolger Kiesinger fand es schlichtweg unbehaglich. Willy Brandt zog gar nicht erst ein, da ihm der Wohntrakt zu klein war. Einzig Helmut Schmidt lobte das Gebäude, seine Formsprache und die »großartige Verbindung von Haus und Park«.<sup>21</sup>

## Das Bundeshaus von Hans Schwippert

Ein Holzschild an der Baustelle des Bundeshauses trug 1949 die Aufschrift »Hier wird das Bundeshaus gebaut. Gesucht wird jeder, der Arbeit nicht scheut«.<sup>22</sup> Symbolisch findet sich in dieser etwas ungewöhnlich anmutenden Einladung, deren Verfasser leider nicht bekannt ist, eine erste Idee »demokratischer Architektur«, die in der gewünschten baulichen Mitwirkung der Stadtbevölkerung zum Ausdruck kommt. Mittelpunkt des Bundeshauses ist bis heute die 1930 bis 1933 von Martin Witte erbaute Pädagogische Akademie, die mit schlichten kubischen Formen, Flachdach, weiß und glatt verputzten Fassaden und Fensterbändern typische Elemente des Neuen Bauens enthält.<sup>23</sup> Beim Bau des Plenarsaals wurde von Beginn an von einem Umbau und nicht von einem Neubau gesprochen. Mit Rücksicht auf die politische Situation des geteilten Deutschlands war es auch hier unerlässlich, den vorläufigen Charakter Bonns zu unterstreichen, um den Gedanken einer möglichen Wiedervereinigung nicht zu gefährden.<sup>24</sup> So galt auch für das Bundeshaus, dass das Gebäude auch dann sinnvoll nutzbar sein sollte, wenn Bonn nicht oder nicht mehr Hauptstadt sein würde. Laut Schwippert hätte die Akademie beispielsweise sowohl Zwecken der Universität Bonn als auch einer getrennten Nutzung von Bauwerk und Gastronomie dienen können. Daneben musste selbstverständlich auch eine etwaige Tauglichkeit für größere bauliche Ergänzungen bei längerfristiger parlamentarischer Arbeit in Bonn bedacht werden, auch wenn diese in der Öffentlichkeit nicht diskutiert wurde.<sup>25</sup> Zudem drängte die Zeit. Erste Arbeiten begannen im Februar 1949. Nach dem Richtfest am 5. Mai 1949 und der offiziellen Wahl Bonns zur Hauptstadt im Parlamentarischen Rat am 10. Mai 1949, tagte bereits am 7. September 1949 der Bundestag das erste Mal im Gebäude. An diesen Daten und Schwipperts Hinweis »das Bauwerk wird gleichzeitig gebaut und geplant in einem völlig ungewöhnlichen und durch die Umstände erzwungenen Verfahren«, ist der enge Zeitplan der Umbauten erkennbar.<sup>26</sup>

Die Formsprache des Gebäudes entsprach dem sachlichen und nüchternen Zeitgeist von Bauhaus und Werkbund.<sup>27</sup> Schwipperts Vorschlag einer kreisrunden Sitzordnung – eines Raums für Diskussion und Gespräch ohne



Hierarchien – stieß bei Adenauer auf Widerstand. Die Idee von der Gleichberechtigung aller Beteiligten, sitzend in einem Forum, dem Schwippert gar eine Art Urform attestierte, sagte Adenauer überhaupt nicht zu. Dieser setzte stattdessen eine Saalordnung mit deutlich hervortretender hierarchischer Komponente durch.<sup>28</sup> »Regierungsmitglieder und Bundesratsvertreter nahmen auf einem erhöhten Podest Platz, der Bundestagspräsident in deren Mitte. Die Sitze der Abgeordneten waren paarweise angeordnet und in einer Art Bogen auf die Rednertribüne ausgerichtet.<sup>29</sup> Ein in der Sitzordnung ausgedrücktes „demokratisches« Element scheiterte also in den Bonner Anfängen an einzelnen Personen, heute hingegen loben Redner, Architekten und Informationsbroschüren Schwipperts Idee, die im Nachfolgebau durch Günter Behnisch an selber Stelle Anfang der 1990er Jahre dann realisiert wurde. Eine späte, aber sicherlich wohltuende Genugtuung für den Visionär Schwippert.

Die raumhohe Verglasung mit 20 Metern Breite und acht Metern Höhe, sollte, so der Architekt selbst »den Plenarsaal zu einem Haus der Offenheit machen.«<sup>30</sup> Adenauer und andere konnten hingegen mit dem Baustoff Glas nicht viel anfangen. So schrieb Adenauer am 30. Juni 1949 an Schwippert: »Es gibt nichts Ungemütlicheres, fast möchte ich sagen, Unerträglicheres, als einen Aufenthalt in einem solchen Glaskasten. Die Lichtverhältnisse darin sind derartig unangenehm und störend, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß ein normaler Mensch in einem solchen Raum vernünftig denken und sprechen kann. Ich glaube Ihnen sagen zu dürfen, daß ein solcher Bau von der weitaus größten Mehrzahl der zukünftigen Abgeordneten [...] grundweg abgelehnt werden wird.« Adenauer meinte gar, eine solche Bauweise sei geeignet, die Chancen Bonns, auch künftig Sitz des Bundes zu bleiben, aufs schwerste zu schädigen.<sup>31</sup> Bereits während der Bauphase konterte Schwippert Adenauers Kritik. 1951 erläuterte er nochmals die Idee seiner Konzeption: »Ich glaube richtig zu sehen, wenn ich sage, wir alle [...] haben Sehnsucht nach dem leichten Gehäuse, nach der Helle, nach der Offenheit, nach einem Dach zwar, aber nicht nach Fluchtbau und nach dem Bunker [...]«.<sup>32</sup>

Im Inneren stattete Schwippert bewusst alle mit den gleichen Möbeln aus: Präsident, Minister und Sekretärin fanden in ihren Räumen identische Schreibtische vor. Frei von repräsentativen Leihgaben, wie man sie im Palais Schaumburg antreffen konnte, hin zu einer nichts verbergenden Arbeitsmöglichkeit, die Gedankenfreiheit und Offenheit garantieren sollte.<sup>33</sup> Auch hier standen sich von Beginn an zwei Seiten gegenüber: Auf der einen die Abgeordneten, von denen viele bereits kurz nach Fertigstellung über ihre Büroräume, über Enge, Kargheit und das vermeintlich

fast sterile Ambiente des Hauses klagten. Auf der anderen Seite die Fachpresse, etwa die Zeitschrift »Bauen und Wohnen«: »Nirgends kommt das Gefühl von muffiger Kanzlei oder von konventionellen Repräsentationsräumen auf. Im Vorzimmer der Sekretärin stehen die gleichen Möbel wie im Arbeitsraum des Präsidenten, auch dies ein wohlthuend zu vermerken-des Faktum im demokratischen Sinn.«<sup>34</sup> Heute wird Schwipperts Konzeption als richtungsweisend für die Parlamentsarchitektur bezeichnet.<sup>35</sup> Teile des Zeitgeists der 1950er Jahre konnten allerdings entscheidende Ideen Schwipperts noch nicht mittragen. Allein in Fachkreisen wurde der Bau unmittelbar nach Fertigstellung hoch gelobt.

## Aufgabe oder Ausweitung des Provisoriums?

Obwohl die Raumnot im Bundesviertel bereits Anfang der 1950er Jahre offenkundig geworden war, erließ man 1956 einen Baustopp, der die Mutmaßungen der Öffentlichkeit (»Schluß mit dem Bau von Büropalästen! [...] Bonn baut weiter gegen Berlin.«<sup>36</sup>) bezüglich der Anerkennung der deutschen Teilung entschärfen sollte.<sup>37</sup> Der Baubeginn am Abgeordneten-hochhaus »Langer Eugen« 1966 stellte daher einen ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Aufgabe des »Bonner Provisoriums« und zugleich das Ende des zuvor ausgerufenen Baustopps dar.<sup>38</sup> Trotz der Idee »das neue Hochhaus solle das höchste Bauwerk der Metropole Bonn-Godesberg werden, so daß das Landschaftsbild von dem Parlament geprägt werde«, war das von Egon Eiermann geplante Gebäude Gegenstand vieler Diskussionen. Im Inneren führte die Idee, das Restaurant und zahlreiche Konferenzräume in den oberen Stockwerken zu platzieren, zu schier unüberblickbaren Schlangen vor den Aufzügen. Als der Bundestag ausgerechnet kurz nach dem Einzug 1969 beschloss, jedem Abgeordneten einen Mitarbeiter und eine Sekretärin zu finanzieren, war die gerade überwundene Raumnot sofort wieder vorhanden.<sup>39</sup> Und somit war auch der »Lange Eugen« letztlich ein Provisorium. Regionale und überregionale Zeitungen begannen nun auch diesen Aspekt der Vorläufigkeit Bonns anzugreifen. »Ist unsere Bundeshauptstadt noch immer Provisorium?« titelte die Bonner Rundschau.<sup>40</sup> Schließlich bewirkte diese Art von Öffentlichkeit einen erneuten Baustopp in der Bundesstadt. Durch diesen wurden unter anderem fünf der ursprünglich sieben geplanten »Kreuzbauten« für Ministerien am Bonner Hochkreuz verhindert.<sup>41</sup> Im Laufe der Zeit wurde aus dem »Langen Eugen« jedoch, was Bonn bis dahin nicht geboten hatte. Wie ein Wahrzeichen zierte er abendlich die Fernsehbilder aus Bonn.<sup>42</sup>

Willy Brandt, seit 1969 Bundeskanzler, bekannte sich 1973 als erster Bundeskanzler zu »Bonn als Bundeshauptstadt«. <sup>43</sup> Zahlreiche Bauten wurden zwar von Experten gelobt, öffentlich dennoch außerordentlich kritisiert, sodass noch 1986 Johannes Gross die Bundeshauptstadt Bonn ein »capitales minimum« nannte. <sup>44</sup> In der Rückschau auf Architektur der »Bonner Republik« erweist sich aber gerade das Vorläufige, das immer wieder Kompromisshafte, letztlich als Stärke Bonns. Dabei ragt das Bonner Bundeshaus unter den zahlreichen Neu- und Umbauten besonders hervor. <sup>45</sup>

Dafür war aber ein Preis zu zahlen. Hin- und hergerissen zwischen funktioneller und vernünftiger Arbeitsmöglichkeit und der Rücksicht auf die politische Situation des Landes, wurde insbesondere die Finanzierung der »Bundeshauptstadt Bonn« zur Bewährungsprobe. Jahrzehntlang fielen horrende Mietsummen zur Wahrung des provisorischen Charakters der Bundeshauptstadt Bonn durch den Bund als Bauherren an. Gerade in Zeiten der Baustoppverordnungen wurden zahlreiche Gebäude und Räume im Stadtgebiet angemietet und teils bis zum Regierungsumzug 1999 unterhalten. <sup>46</sup> Hinzu trat die geforderte Nutzungsflexibilität der Gebäude, die zahlreiche Bauvorhaben verlängerte und für unnötige Kostenexplosionen sorgte. Am Ende scheint bezeichnend, dass der über Jahrzehnte geplante Neubau des Plenarsaals 1989 durch den Fall der Mauer über Nacht zum Denkmal wurde und im Wasserwerk, dem provisorischen Ausweichquartier des Bundestags während der Bauarbeiten, die Entscheidung für den Umzug nach Berlin getroffen wurde. <sup>47</sup>

## Demokratisches Bauen?

Wie erbaut man ein Parlamentsgebäude, wenn es keine bestehende Tradition demokratischer Bauweise gibt? Kann ein Bauwerk überhaupt demokratisch sein? <sup>48</sup> »Parlament und Demokratie sind wesensgemäß durch Öffentlichkeit ausgezeichnet. [...] Öffentlichkeit erfordert eine [...] Durchsichtigkeit des parlamentarischen Geschehens. [...] Diese korrespondiert notwendig [...] mit einer Transparenz der gesamten Baulichkeit«, formulierte Adolf Arndt 1961 in einem Vortrag »Demokratie als Bauherr«. <sup>49</sup> Die angesprochene Transparenz war essenzieller Bestandteil der Pläne Schwiperts zur Gestaltung des Bonner Bundeshauses. Der gewünschte Einblick in Entscheidungsprozesse sollte durch Transparenz, Helligkeit und die Verwendung von Glas erreicht werden. Mehr als 30 Jahre später hingegen urteilte die Fachzeitschrift »Bauwelt« 1992: »Demokratisches Bauen gibt es

das? [...] Es gibt keine abgeschotteten, dem Auge des Bürgers verborgenen Bereiche. [...] Doch die Bereiche, in denen wirklich Politik gemacht wird [...] werden ihm weiterhin vorenthalten: die Ausschüsse, die Fraktionsitzungen. Politik wird nicht dadurch transparenter, daß man sie im Glashaushaus präsentiert.«<sup>50</sup> Anders jedoch als im Erscheinungsjahr des Artikels bedurfte es 1949 einer Neuordnung der Architektur bereits auf niedriger Ebene. Der Journalist und Jurist Heinrich Wefing fragt mit Recht: »wen es wohl gewundert haben könne, dass die Deutschen, 1945 verstört und betäubt aus lichtlosen Bunkern gekrochen, nun diese helle Weite, gläserne Moderne suchten, gar liebten? Kann Architektur in diesem Sinne auch ein Weg der Selbstreinigung sein?«<sup>51</sup> Der Baustoff Glas bot nicht nur symbolisch, sondern auch äußerlich die Möglichkeit einer Abgrenzung zur Monumentalarchitektur der NS-Zeit. »Wer [...] transparent baut, so die Faustformel auch und vor allem nach 1945, baut demokratisch.«<sup>52</sup> Wie die Bilder von Erna Wagner-Hehmke eindrucksvoll zeigen, diente gerade der einfache, direkte Blick in den Sitzungssaal der Einbeziehung der Öffentlichkeit in die politischen Geschehnisse. Zugleich erscheint das Architekturverständnis zwiesgespalten. Während Architekten und Fachleute den nüchternen, sachlichen Stil zahlreicher Bonner Bauten lobten, taten sich die erfahreneren und anders sozialisierten Politiker wie Adenauer schwer mit diesen Vorstellungen.

So lassen sich Leitideen demokratischen Bauens durchaus identifizieren. Der Stil soll nicht übertrieben, aber auch nicht ärmlich sein. Er soll ohne Pathos und Imponiergehabe daherkommen, ohne jedoch unverbindlich sein). Freiheit, Zugänglichkeit, Menschlichkeit und Offenheit können als charakterisierende Stichworte verwendet werden.<sup>53</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass weder neoklassizistische Säulen per se eine Diktatur, noch Glasbauten ausschließlich eine Demokratie beherbergen können. Abgeleitet vom Begriff »Demokratie«, dem Willen und der Herrschaft des Volkes, »müssen die Bauten ausstrahlen, dass sie für und nicht gegen den Bürger errichtet sind, sie in seinem Dienst stehen und in ihnen die Interessen der Bürger vertreten werden.«<sup>54</sup> Mit dem Bau des Bonner Plenarsaals gelang Schwippert die Ablehnung einer verschlossenen, schweren und auf Ewigkeit bedachten Architektur. »[Man] hatte von Anfang an auf ein Darstellungsmittel verzichten wollen, das üblicherweise die sichtbaren Signale neuer Staaten setzt, auf die Architektur. Nach den baulichen Entgleisungen des Dritten Reiches sollte nun [...] unter allen Umständen der Wille zu Entsagung und Neubeginn demonstriert werden.«<sup>55</sup> Dass man bereits während der Bonner Hauptstadtzeiten Brückenschläge zwischen Demokratie und Architektur versuchte, zeigt nicht nur der Vortrag Adolf Arndts, son-

dern auch ein 1979 auf Anregung Helmut Schmidts veranstaltetes vielbeachtetes Expertenkolloquium mit dem Titel »Bauen für die Demokratie«. <sup>56</sup>

Es bleibt abschließend auf die Symbolik dieser Gründerjahre zu verweisen. Wie Schwippert für den Plenarsaal formulierte: »Ich habe gewünscht, daß das deutsche Land der parlamentarischen Arbeit zuschaut« <sup>57</sup>, gelang mit geringen finanziellen Mitteln und der nötigen Bescheidenheit eine erfolgreiche Selbstdarstellung der jungen Bundesrepublik. Wie Schwippert selbst sagte, verlangten damals nur wenige Stimmen nach mehr Feierlichkeit für die Volksvertretung. »Wir werden sie erbauen, wenn die Politik einmal wieder erhabene Erfolge haben wird. Einstweilen halte ich es für recht, daß dieser Anfang ein helles Haus habe und ein einfaches, ein Haus von heute, und daß das zur Welt hin offen ist.« <sup>58</sup> Dass indes viele der mit dem Regierungsumzug in Berlin entstandenen Bauten eine andere Sprache sprechen, als man es aus Bonn gewohnt war, steht auf einem anderen Blatt Papier.

## Anmerkungen

- 1 Andreas Wirsching, Wege der Demokratie, in: Matthias Hannemann und Dietmar Preißler (Hg.), Bonn – Orte der Demokratie, Berlin 2009, S. 36.
- 2 Vgl. Edith Ennen und Dietrich Höroldt, Vom Römerkastelle zur Bundeshauptstadt: Kleine Geschichte der Stadt Bonn, 3. Aufl., Bonn 1976, S. 2.
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Ansgar Fürst, Die Bonner Republik, Freiburg 2001, S. 24; ausführlich Ralf-Georg Reuth, Berlin – Bonn: Eine Konkurrenzsituation?, in: Reiner Pommerin (Hg.), Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn 1949–1989, Karlsruhe 1989, S. 26.
- 5 Ebd., S. 17.
- 6 Ennen und Höroldt, Kleine Geschichte (Anm. 2), S. 345.
- 7 Ingeborg Flagge und Wolfgang Jean Stock, Architektur und Demokratie: Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 229.
- 8 Ennen und Höroldt, Kleine Geschichte (Anm. 2), S. 346.
- 9 Wirsching, in: Hannemann und Preißler, Orte der Demokratie (Anm. 1), S. 93.
- 10 Ursula Zänker und Jürgen Zänker, Bauen im Bonner Raum 49–69, Versuch einer Bestandsaufnahme, Düsseldorf, 1969, S. 135 sowie vgl. Ingeborg Flagge, Architektur in Bonn nach 1945: Bauten in der Bundeshauptstadt und ihrer Umgebung, Bonn 1984, S. 47.
- 11 Hannemann und Preißler (Hg.), Orte der Demokratie (Anm. 1), S. 79.
- 12 Helmut Vogt, »Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4«: Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50, Bonn 1999, S. 23.

- 13 Ennen und Höroldt, *Kleine Geschichte* (Anm. 2), S. 347.
- 14 Zu Schwipperts zahlreichen Projekten (u. a. Wiederaufbau der Stadt Köln nach dem Zweiten Weltkrieg, Bundeshaus Bonn, Palais Schaumburg, Deutscher Pavillon zur Weltausstellung 1958, Haus der Wissenschaften Düsseldorf, sowie wegweisende Aktivitäten im Deutschen Werkbund) siehe u. a.: Gerda Breuer, Hans Schwippert. *Bonner Bundeshaus 1949*, Tübingen, Berlin 2009 sowie Agatha Buslei-Wuppermann, Hans Schwippert, 1899–1973: *Von der Werkkunst zum Design*, München 2007.
- 15 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Bundeskanzleramt (Hg.), *Die Bundeskanzler und ihre Ämter*, Berlin 2006, S. 17.
- 16 Ebd., S. 20.
- 17 Ebd., S. 164, 167.
- 18 Wirsching, in: Hannemann und Preißler, *Orte der Demokratie* (Anm. 1), S. 64.
- 19 Vgl. hierzu sehr ausführlich Heinrich Wefing, *Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Deutschen Bundesrepublik in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung des Bonner Bundeshauses*, in: *Beiträge zum Parlamentsrecht*, Band 31, Berlin 1995, S. 95 f.
- 20 Ebd., S. 96.
- 21 Judith Koppetsch, *Der Kanzlerbungalow, Wohn- und Empfangsgebäude der Bundeskanzler*, in: *Bonner Rechtsjournal (BRJ)*, 1 (2001), S. 113 f.
- 22 Benjamin O’Daniel, *Der Hausschlüssel der Demokratie*, in: *General Anzeiger Bonn*, 8.9.2009, [www.general-anzeiger-bonn.de/print.php?k=loka&itemid=10490&detailid=636918](http://www.general-anzeiger-bonn.de/print.php?k=loka&itemid=10490&detailid=636918), letzter Zugriff am 8.9.2015.
- 23 Breuer, Hans Schwippert (Anm. 14), S. 15; mit einer Auswahl aus dem Briefwechsel mit Konrad Adenauer.
- 24 Agatha Buslei-Wuppermann und Andreas Zeising, *Das Bundeshaus von Hans Schwippert in Bonn: Architektonische Moderne und demokratischer Geist*, Düsseldorf 2009, S. 42.
- 25 Ebd., S. 85, sowie Breuer, Hans Schwippert (Anm. 14), S. 29, die erläutert, dass der Plenarsaal später auch zu einem Konzerthaus und die Arbeitszimmer als Studentenwohnungen hätten umgebaut werden können.
- 26 Ebd., S. 44.; zu den Daten siehe auch Bundestag in Bonn: *Pädagogische Akademie und Bundeshaus*, [www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/schauplaetze/akademie](http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/schauplaetze/akademie), letzter Zugriff am 10.12.2015 sowie in: *Der Spiegel* 37 (1949), S. 5.
- 27 Ebd., S. 46.
- 28 Flagge und Stock, *Architektur und Demokratie* (Anm. 7), S. 251.
- 29 Ausführlich hierzu samt zahlreicher Abbildungen der Entwürfe Schwipperts: Breuer, Hans Schwippert (Anm. 14), S. 26–29.
- 30 Buslei-Wuppermann und Zeising, *Das Bundeshaus* (Anm. 24), S. 54.
- 31 Ebd., S. 84.
- 32 hierzu sehr ausführlich ebd., S. 59 ff.
- 33 Ebd., S. 86.
- 34 Siehe zu den Argumenten beider Seiten: Guido Brendgens, *Demokratisches Bauen: Eine architekturtheoretische Diskursanalyse zu Parlamentsbauten in der Bundesrepublik Deutschland*, Dresden 2008, S. 122.

- 35 Ebd., S. 135.
- 36 Auszug aus einem SPD-Antrag zu Baustopp in Bonn, zitiert nach Jens Krüger, *Die Finanzierung der Bundeshauptstadt Bonn*, Berlin 2008, S. 45 f.
- 37 Der Baustopp wurde durch einen Antrag der CDU/CSU vom 26.10.1956 erwirkt, in dem Berlin als die deutsche Hauptstadt bezeichnet wurde und der Aufbau des dortigen Parlamentsgebäudes, des Reichstages, gefordert wurde, vgl. Flagge und Stock: *Architektur und Demokratie* (Anm. 7), S. 231.
- 38 Seinen Namen »Langer Eugen« erhielt das Gebäude dank des damaligen Parlamentspräsidenten Eugen Gerstenmaier, der bereits zu Beginn der 1960er Jahre kritisiert hatte, dass ein professionelles Arbeiten in den bisherigen Räumlichkeiten kaum länger möglich sei. Vgl. hierzu ausführlich Klaus Borchardt, *Bonn – Vom Provisorium über die Bundeshauptstadt zur Bundesstadt*, Bonner Akademische Reden, 80, Bonn 1999, S. 14 f.
- 39 Andreas Wirsching, *Orte der Demokratie* (Anm. 1), S. 38.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Wolfgang Leuschner, *Bauten des Bundes 1965–1980*, in Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Karlsruhe 1980, S. 24.
- 43 Aha! Dies ist die Hauptstadt. Der dreißigjährige Krieg um Bonner Stadtplanung und die Regierungsbauten, in: *Der Spiegel* 49 (1977), S. 102.
- 44 Oskar Schneider, *Kampf um die Kuppe. Baukunst in der Demokratie*, Bonn 2006, S. 12 f.
- 45 Vgl. sehr ausführlich Brendgens, *Demokratisches Bauen* (Anm. 34), S. 124.
- 46 So etwa Büroräume des Bundesrates, die im »Bonn-Center« einem Bürohochhaus in unmittelbarer Nähe des Regierungsviertels untergebracht waren.
- 47 Wefing, *Parlamentsarchitektur* (Anm. 19), S. 198.
- 48 Brendgens, *Demokratisches Bauen* (Anm. 34), S. 132, es gibt nicht »demokratische Architektur, wie etwa »barocke Architektur«, vgl. Gerhard Laage, *Ausbau der Bundeshauptstadt in Planung und Architektur*, in Pommerin, *Vierzig Jahre* (Anm. 4), S. 124.
- 49 Zitiert nach Wefing, *Parlamentsarchitektur* (Anm. 19), S. 116. Der Vortrag »Demokratie als Bauherr«, von Arndt gehalten vor der Berliner Akademie der Künste, stellt anhand von Parlamentsgebäuden offen die Fragen nach den Darstellungsmöglichkeiten einer Demokratie in ihren Staatsbauten.
- 50 Ebd., S. 125.
- 51 Ebd., S. 124.
- 52 Ingeborg Flagge, *Architektur in Bonn* (Anm. 12), S. 120.
- 53 Siehe zu diesen Leitideen ausführlich Frank-Lothar Kroll, *Bundeshauptstadt Bonn. Ein Danaergeschenk?*, in: Reiner Pommerin (Hg.), *Vierzig Jahre* (Anm. 4), S. 102.
- 54 Laage, *Ausbau zur Bundeshauptstadt* (Anm. 48), S. 124.
- 55 Ebd.
- 56 Dazu Klaus Borchardt, *Bonn* (Anm. 40), S. 7 f.
- 57 Agatha Buslei-Wuppermann und Andreas Zeising, *Das Bundeshaus* (Anm. 24), S. 54.
- 58 Buslei-Wuppermann und Zeising, *Das Bundeshaus* (Anm. 24), Klappentext der Ausgabe.

# Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik

Buchdeckel »Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik«, 1941.

Wolfgang Benz

## Die »Alternative für Deutschland« und der Antisemitismus

Wer auf die Idee käme, Experten-Gutachten zu bestellen, ob die Erde eine Scheibe ist oder ob das Einmaleins mathematischer Logik folgt oder auch, ob Hitler und Stalin liberale Demokraten waren, der würde nur ausgelacht. Und das zu Recht, denn es geht um Tatsachen, die evident jenseits von Mutmaßung und Gefühl sind. Freilich steht es jedem offen, an existierende Realität nicht zu glauben. Er nimmt, wenn er solches öffentlich macht, allerdings in Kauf, dass man ihn für einen Narren hält. Möglicherweise findet der Realitätsverweigerer jedoch Gleichgesinnte. In der Causa Gedeon ist das offensichtlich der Fall. Wovon ist die Rede?



## Causa Gedeon

Als Abgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD) wurde Wolfgang Gedeon im März 2016 in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Im Mai legte er einen alternativen Entwurf zum Programm seiner Partei vor, der beim Stuttgarter Programm-Parteitag aber nicht einmal diskutiert wurde. Darin warnte Gedeon vor einem »Zionismus durch die Hintertür«. Seit dem 5. Juli 2016 ist er fraktionslos. Von Beruf Arzt, ist seine Leidenschaft das Schreiben, deshalb nennt er sich Philosoph und neuerdings Politiker. Unter dem Pseudonym W. G. Meister hat er vor ein paar Jahren ein dreibändiges Werk veröffentlicht (in einem Bezahlverlag, der ohne eigene Anteilnahme alles druckt), mit dem Titel: »Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam«. In dem Werk ist von »einer Versklavung der Menschheit im messianischen Reich der Juden« die Rede.<sup>1</sup> Das antisemitische Pamphlet »Die Protokolle der Weisen von Zion« nennt Gedeon in seinem Buch »Der Grüne Kommunismus«<sup>2</sup> eine ernsthafte Quelle und stemmt sich gegen jede wissenschaftliche Forschung, die den Text vor Jahrzehnten als Fälschung entlarvt und immer neue Beweise dafür vorgelegt hat. Gedeon präsentiert sich mit seiner Sympathie für die »Protokolle« als »lupenreiner Antisemit«.<sup>3</sup>

Gedeons Buch wurde unter Klarnamen vor vier Jahren veröffentlicht. Gemerkt hat das in der Partei AfD anscheinend keiner, jedenfalls wurde es nicht missbilligt. Als öffentlich wurde, »wes' Geistes Kind« der philosophierende Mediziner ist, wollten Parteifreunde ihn aus der Fraktion ausschließen. So hieß es wenigstens. Aber dann wurde Gedeon lediglich rechts außen am Katzentisch platziert und die Entscheidung vertagt, bis eine Kommission aus Wissenschaftlern in Gutachten geklärt habe, ob die »Protokolle der Weisen von Zion« ein bösesartiges judenfeindliches Konstrukt sind, ob der Abgeordnete Gedeon ein Antisemit sei und deshalb die Fraktion verlassen müsse.

## Schadensabwehr und Verzögerungstaktik

Da der Antisemitismusvorwurf im politischen und sozialen Zusammenhang zu den am stärksten Reputation und Karriere beschädigenden Feststellungen gehört, ist die Neigung zum Verharmlosen und Verleugnen besonders groß. Das erweist sich immer wieder aufs Neue und die eindeutigen Erkenntnisse und Definitionen der Antisemitismusforschung wiegen

gering gegenüber dem Eifer, Schaden von Personen oder Institutionen abzuwenden. Man müsse erst einmal klären, was Antisemitismus denn sei und dann entscheiden, ob im betreffenden Fall der Verdacht begründet sei, lautet die Standardabwehr. So war es auch in der Causa Gedeon, als die Stuttgarter AfD-Fraktion glaubte, Gutachten bei Experten bestellen zu müssen, um den Fall zu klären. Dass Gedeon in seinen Schriften mit notorischen Holocaustleugnern sympathisiert, dass er in typischer Weise Juden stigmatisiert und mit abgefeimten Wendungen verbal ausgrenzt, war seinen Fraktionskollegen und sonstigen Parteifreunden nicht deutlich. Das lässt Rückschlüsse auf deren Weltbild zu.

Die Stuttgarter Fraktion zerbrach ohne wissenschaftliche Klärung, ob Antisemitismus zu konstatieren und wie die Tatsache zu bewerten sei, dass ein Schlüsseldokument der Judenfeindschaft von einem Abgeordneten in einem demokratischen Parlament als seriöse Quelle verteidigt wird.<sup>4</sup> Am 5. Juli 2016 bewog die Bundesvorsitzende Frauke Petry den Abgeordneten Gedeon, die Fraktion zu verlassen. Die hatte sich gerade gespalten in die neue »Alternative für Baden-Württemberg« unter Führung des mit Petry gleichberechtigten aber mit ihr darüber gründlich zerstrittenen Jörg Meuthen und die Rumpffraktion, die trotz seines Odiums als Antisemit zu Gedeon hielten. Das Chaos in der Partei ist hier nicht Gegenstand weiterer Überlegungen<sup>5</sup>. Von Interesse ist aber, ob Gedeon, der von Parteifreunden als sonderbarer Eiferer dargestellt wird, ein Einzelfall ist, oder ob Antisemitismus – hinter vorgehaltener Hand oder offen im patriotischen Eifer des Gefechts – in der AfD konsensfähig ist. Ahnungslosigkeit über die Qualität der von Gedeon in seinem Buch als Beweis zionistischen Machtstrebens insinuierten »Protokolle der Weisen von Zion« ist kaum glaubhaft.

Was es mit den »Protokollen« auf sich hat, kann man in jedem Handbuch, Lexikon, oder auf Wikipedia nachlesen. Seriöse Fachliteratur gibt es außerdem reichlich.<sup>6</sup> Gedeon weiß es aber besser und für seine Position hat er Gefolgschaft in der Partei. Man darf also mutmaßen, es gibt unter anderem nicht nur reaktionäre Nationalisten, Rassisten und Völkische, Fremdenfeinde und Islamhasser, es gibt auch Antisemiten in dieser »Alternative für Deutschland«.

## Eindeutige antisemitische Fälschung: Die »Protokolle der Weisen von Zion«

Die »Protokolle der Weisen von Zion«, am Ende des 19. Jahrhunderts von der zaristischen Geheimpolizei aus mehreren Vorlagen (wie dem Schau-

erroman »Biarritz« des Herrmann Goedsche alias Sir John Retcliffe und dem politischen Traktat Maurice Jolys »Ein Streit in der Hölle«) kompiliert und erstmals in Russland publiziert, wurde, obwohl als plumpe Fälschung leicht erkennbar, in vielen Auflagen und Übersetzungen zum weitest verbreiteten antisemitischen Pamphlet, das eine »jüdische Weltverschwörung« zum Gegenstand hat: Auf einer »geheimen Konferenz« sollen Vertreter des »internationalen Judentums« die Strategie zur Erlangung der Weltherrschaft (über dominierenden Einfluss in Wirtschaft, Finanzen, Medien und Kultur) festgelegt haben. In Deutschland wurden die »Protokolle« in verschiedenen Versionen ab 1919 verbreitet. Sie spielten in der völkischen Propaganda eine wichtige Rolle und hatten Einfluss auf Hitler, Rosenberg und andere Ideologen des Nationalsozialismus. Ein Prozess in Bern, veranlasst durch den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund, entlarvte 1935 den »dokumentarischen Bericht« als Fälschung, was die Wirkung des judenfeindlichen Pamphlets aber nicht beeinträchtigte. Die »Protokolle« sind auch nach dem Holocaust, nach einer Renaissance in Osteuropa über ein Jahrhundert nach ihrer Entstehung, überall auf der Welt als zentrales Manifest des Antisemitismus präsent.

## Gedeons »Zeugen«

Der Abgeordnete Gedeon nimmt das judenfeindliche Konstrukt »Protokolle« ernst und bemüht dazu Referenzen wie einen Autor namens Johannes Rothkranz. Der ist ein Ultrafundamentalist, dem die katholische Kirche 1985 nach dem Theologiestudium in Regensburg die Priesterweihe verweigerte und der 2006 auch von der reaktionären Pius-Bruderschaft exkommuniziert wurde. Rothkranz hat sich das Ziel gesetzt, die Ankündigungen der »Protokolle« als de facto erfüllt nachzuweisen. Damit glaubt der Magister der Theologie den gleichen antisemitischen Konstrukten wie Gottfried zur Beek alias Müller, Theodor Fritsch, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler. Zur Argumentation gehört die Negierung und Banalisierung des Problems der Urheberschaft der »Protokolle«, an dessen Stelle die auftrumpfende Behauptung tritt, dass doch alle Absichtserklärungen, die den Gegenstand der »Protokolle« bilden, eingetreten seien. Die Suggestivkraft des Axioms – die Welt sei doch so, wie in den »Protokollen« beschrieben – ersetzt alle Art von Beweis und vermeidet damit jeden argumentierenden Diskurs. Rothkranz liefert in paranoider Stupidität eine Addition von kruden Schmähungen und Zwangsvorstellungen, die kapitelweise unter Rubriken wie »Auserwähltheit als Religionsersatz«,

»Kryptojudentum«, »die Synagoge des Satans«, »Antisemitismus ein Phantom?« abgehandelt werden.<sup>7</sup>

Der rastlose Vielschreiber Rothkranz übt Kritik sowohl an der katholischen Amtskirche als auch an der Bewegung des Traditionalisten Lefebvre. Rothkranz wütet gegen Juden, gegen Freimaurer, gegen die katholische Kirche und steht in der Tradition des rechtsextremen Antisemitismus. Seine ursprünglich judenfeindliche verschwörungstheoretische Überzeugung wendet er aber auch auf Muslime an und entlarvt »die Juden« nebenbei als deren Hintermänner und Ideenlieferanten. Die Rabulistik des Fundamentalisten, dem »konzilkatholisch« ein synonymes Schimpfwort zu »volljudaisiert« ist, entspringt purem Hass und bildet in ihrer Geschwätzigkeit und ihrem Belehrungsdrang den Idealtyp des obskuren Weltverschwörungsfanatikers. Die Bücher des vom endzeitlichen Eifer Beseelten erscheinen im Verlag Pro Fide Catholica zwar fern der katholischen Amtskirche, sie haben aber zweifellos Einfluss auf manche Fromme und tradieren christlichen Antijudaismus, amalgamiert mit rassistischem Antisemitismus und wirken mit an der Stimmung gegen Muslime.

Johannes Rothkranz hat die wirklichen Antriebskräfte der Weltverschwörung hinter den nach seiner Ansicht nur auf der Vorderbühne agierenden Muslimen längst erkannt. Auf die Frage, wer »den Islam« dirigiere, bietet der unermüdete Judenfeind überraschende Beweise für seine Antwort. Die »Synagoge Satans«, weiß er, kontrolliere seit über zwei Jahrhunderten die Regierungen in London, Paris und Washington und seit 150 Jahren die übrigen Regierungen Europas, seit einigen Jahrzehnten praktisch alle Staaten der Erde, und zwar nicht nur deren Regierungen, sondern auch Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen. Das sind gängige und uralte Stereotypen der Judenfeindschaft. Neu ist die Erkenntnis des Fundamentalkatholiken Rothkranz, dass »der heutige Islam das Christentum nur mit stillschweigender Gutheißung der Satanssynagoge blutig verfolgen kann!«<sup>8</sup>

Für seinen Epigonen Wolfgang Gedeon sind die paranoiden Vorstellungen des Autors Rothkranz solide Quellen. Gedeon sieht einen gefährlichen Zionismus am Werk, der in Deutschland in Gestalt des Zentralrats der Juden und anderer Institutionen Privilegien genießt und mit der jüdischen Machtergreifung weit vorangeschritten ist: »Institutionen wie der Zentralrat der Juden haben in Deutschland eine parastaatliche Funktion und genießen mit anderen entsprechenden Organisationen, wie dem Jüdischen Weltkongreß (WJC) oder dem Simon-Wiesenthal-Zentrum, innerhalb der politischen Klasse Deutschlands eine höhere Autorität als der Bundespräsident – so viel zur Handschrift des Zionismus in der deutschen Politik!«<sup>9</sup>

## Gedeon ein Einzelfall?

Die entscheidende Frage lautet, wer von den Parteigenossen Gedeons in der AfD die judenfeindlichen Positionen aus Überzeugung teilt und wer sich nur aus taktischer Klugheit von ihm distanziert. Die Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Indizien sprechen aber eher für taktisches Kalkül.

Ein Hinweis auf fehlende Berührungängste gegenüber dem Antisemitismus ist die Wiederkehr des einstigen Bundestags-Abgeordneten Martin Hohmann. Er war nach einer patriotischen Rede, in der er am 3. Oktober 2003 auf der Suche nach einer »Schuld der Juden« antisemitische Ressentiments artikuliert hatte, erst aus der Bundestagsfraktion und später aus der CDU ausgeschlossen worden. In der AfD fand der nationalkonservative christlich fundamentalistische Politiker mit starkem Rückhalt in der hessischen Region eine neue politische Heimat. Der Zerfall der Stuttgarter Landtags-Fraktion über den Streit um die Judenfeindschaft des Abgeordneten Gedeon wirft auch die Frage nach der inneren Verfassung der AfD in anderen Bundesländern auf. Zu fragen ist insbesondere nach den Zuständen in Sachsen, wo Frauke Petry, eine der beiden zerstrittenen Bundesvorsitzenden der Partei, Fraktionsvorsitzende ist. Frau Petry hat ja, ehe sie aus Gründen der Partei-Räson den Abgeordneten Gedeon zum Rückzug aus der Fraktion bewog, die Politik des Stuttgarter Fraktionschefs Meuthen torpediert, der sich gegen jede Form von Antisemitismus in der AfD ausgesprochen hatte und mit dem Abschluss Gedeons das Exempel hatte statuieren wollen.

## Ausweichen und taktisches Schweigen

Man erinnert sich, dass schon der ehemalige AfD-Chef Bernd Lucke merkwürdig unbestimmt reagierte, als er in einer Talkshow zum Problem Antisemitismus in der AfD Stellung beziehen sollte. Angesichts der völkischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Manifeste, die AfD-Politiker regelmäßig verlautbaren, liegt der Verdacht nahe, dass judenfeindliche Ressentiments zwar vorhanden und konsensfähig sind, aber aus taktischen Gründen nicht artikuliert werden. Wenn akuter Handlungsbedarf entsteht, nach öffentlichen Entgleisungen von AfD-Mitgliedern etwa, werden Beteuerungen formuliert wie 2014 die des damaligen Parteichefs Lucke, dass »die AfD nicht den Schatten eines Zweifels daran lassen darf, dass politischer Extremismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und religiöse Intoleranz mit dem

Gedankengut der AfD als einer demokratischen Rechtsstaatspartei unvereinbar sind.<sup>10</sup> Daran hat der Verfassungsschutz, was die Aussagen einzelner Mitglieder der AfD betrifft, inzwischen Zweifel angemeldet.<sup>11</sup>

Identitätsstiftendes Dogma der Partei »Alternative für Deutschland« ist die Ablehnung des Islam. Zentrale Erkenntnis der Ressentimentforschung, die sich mit Xenophobie, Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten, Antisemitismus und Antiziganismus beschäftigt, ist die Austauschbarkeit von Feindbildern. In der Praxis führt diese Erkenntnis zur Hypothese, dass Hass gegen eine Minderheit aus gleicher Wurzel gedeiht wie Hass gegen eine andere. Denn das Entscheidende sind die Denkstrukturen derer, die ausgrenzen und diskriminieren, nicht die zugeschriebenen, auf Pauschalisierung und Vorurteil beruhenden »Eigenschaften« der Minderheit, die abgelehnt wird. Natürlich wird das von Islamhassern, Antisemiten oder Romafeinden energisch bestritten, die nicht müde werden, auf die negativen Eigenschaften der Diskriminierungsopfer hinzuweisen, gegen die sich die Mehrheit ja wohl wehren müsse. Nicht minder geläufig ist die Beteuerung, dass man persönlich nichts gegen Muslime habe und lediglich den Islam als solchen ablehne, dass man mit etlichen/mehreren/vielen Juden befreundet sei, KZ-Gedenkstätten besucht habe und sogar nach Israel gereist sei. Damit soll die Feststellung, man sei kein Antisemit oder Muslimhasser, untermauert werden.

Man kann also vermuten, dass eine Protestpartei wie die AfD nicht nur, wie im Firmenschild deutlich annonciert, eine Heimat für jene bietet, die Muslime in Deutschland oder überall und überhaupt, jedenfalls als Mitbürger in Deutschland, ablehnen. Im Programm der AfD steht unter der Überschrift »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« die Aussage »Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar.«<sup>12</sup> Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstands, der dem Stuttgarter Bundesparteitag am 30. April/1. Mai 2016 vorlag, hatte die Passage noch folgenden Wortlaut: »Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen.«<sup>13</sup> Mit der Formulierung »freiheitlich-demokratische Grundordnung« entfiel auch das modische und neuerdings gern gebrauchte Attribut »jüdisch-christlich«. Als Parole zur Ausgrenzung des Islam kreiert, soll die Formel die Traditionen abendländischer Werte beschwören; sie hätte im Parteiprogramm der AfD weniger Aufsehen erregt als ihre Tilgung. Das erlaubt Rückschlüsse.

Als der Fall Gedeon öffentlich wurde, hatte der baden-württembergische Fraktionschef und Mitvorsitzende der Partei auf Bundesebene, Meuthen, erklärt, der Fall sei eine »Nagelprobe« für die AfD, und er hatte »null Toleranz« gegen Antisemitismus angekündigt. Die weiteren Ereignisse, die Spaltung der Fraktion, lassen an der einmütigen Abwehr zweifeln. Nach dem Krach in der Partei wiederholte Meuthen die Beschwörung, als er sagte, es sei eine existentielle Frage für die Partei, ob es ihr gelinge, sich »glaubhaft von Extremismus und Antisemitismus abzugrenzen«. <sup>14</sup> Die Ahnungslosigkeit des Stuttgarter Vorsitzenden, der sich von Gedeons Judenfeindschaft überrascht zeigte, ist schwer nachvollziehbar. Denn Gedeon ist der Typ des verbohrtten Missionars, seine Bücher sind vor Jahren erschienen und er hat stets eifrig dafür geworben, nicht zuletzt auf Veranstaltungen der AfD.

## Ost wie West – Eben kein Einzelfall

Aber Gedeon ist kein Einzelfall. In ostdeutschen Landesverbänden gibt es ebenfalls Funktionäre und Mandatsträger der AfD, die nicht nur Flüchtlingen und Muslimen, Schwulen, Linken und Fremden feind sind, sondern auch etwas gegen Juden haben. Einige artikulieren ihre antisemitischen Ressentiments auch öffentlich.

In Sachsen-Anhalt erfreut sich die AfD großer Wählergunst. Volker Olenicak aus Bitterfeld zog mit 33,4 Prozent der Erststimmen als Direktkandidat in den Landtag. Dort ist er Mitglied des Ausschusses, der den Verfassungsschutz kontrolliert. Dass ihm Sympathie für die rechtsextreme Reichsbürgerbewegung nachgesagt wird, die die Bundesrepublik für illegal und nicht existent hält, wird vielleicht als Expertentum gewertet und qualifiziert ihn zur Kontrolle des Verfassungsschutzes. Dass die Bundeskanzlerin eine »zionistische US-Agentin« sei, war aber auch auf seinem Facebook-Profil zu lesen, wie ein regionales Blatt berichtete. <sup>15</sup> Andere einschlägige Postings wollte er nicht bestätigen, darin wird Israel Genozid an den Palästinensern vorgeworfen, über eine mögliche Ermordung des FDP-Politikers Möllemann durch den israelischen Geheimdienst spekuliert, den »Rothschilds« vorgeworfen, die nächste Wirtschaftskrise vorzubereiten. Damit ist ein klassisches stereotypes antisemitisches Ressentiment instrumentalisiert: Juden als verderbenbringende Geldleute. <sup>16</sup>

In Brandenburg schüttete einer der AfD-Gründer, der Abgeordnete im Potsdamer Landtag, Franz-Josef Wiese, in einem Boulevardblatt sein Herz über Parteifreunde aus: Die einen litten an Verfolgungswahn, andere glaubten an Wunderheiler, es gebe Verschwörungstheoretiker, Rechtsextreme

und Esoteriker in den Reihen der AfD und ihrer Landtagsfraktion. Der Landesvorsitzende Alexander Gauland wiegelte ab. Dass der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Uckermark eine Anklage wegen Volksverhetzung am Halse hat, konnte der Chefideologe der AfD aber nicht abstreiten: Der Kreischef Jan-Ulrich Weiß wird wegen eines antisemitischen Posts im Stürmerstil bei Facebook zur Rechenschaft gezogen. Weiß sollte deswegen, lange vor Gedeon in Stuttgart, aus der Partei ausgeschlossen werden, Gauland scheiterte jedoch 2015 mit seinem Antrag vor dem Bundesschiedsgericht der AfD.<sup>17</sup> Lediglich aus der Fraktion wurde er entfernt.<sup>18</sup>

Am 12. Juli 2016 wurde ein Parteiausschlussverfahren gegen Wolfgang Gedeon eingeleitet. Am 19. Juli wählte der AfD-Kreisverband Konstanz mit sehr knapper Mehrheit von nur 16 gegen 14 Stimmen Gedeon als Vorsitzenden ab. Das Abstimmungsergebnis legt die Vermutung nahe, dass es auch an der Basis nicht an Judenfeinden mangelt. Gedeon kündigte an, dass er sein Landtagsmandat behalten wolle, da er sich als »geistige Führungskraft« der AfD sehe.<sup>19</sup> Selbst wenn das Parteiausschlussverfahren letztlich erfolgreich ist, bleibt doch die Tatsache, dass die »Alternative für Deutschland« Antisemiten in ihren ostdeutschen und westdeutschen Reihen hat und dass sie mindestens zweien, in Brandenburg Jan-Ulrich Weiß und in Baden-Württemberg Wolfgang Gedeon, zu Parlamentssitzen verholfen hat, auch wenn sie fraktionslos sind.<sup>20</sup>

## Anmerkungen

- 1 W. G. Meister (d.i. Wolfgang Gedeon), *Christlich-europäische Leitkultur*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 2009. (Bd. 1., *Über Kultur, Geostrategie und Religion*, Bd. 2., *Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik*, Bd. 3., *Über Europa, Globalismus und eine neue Politik der Mitte*.)
- 2 Wolfgang Gedeon, *Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten: Eine Kritik des westlichen Zeitgeists*, Frankfurt a. M. 2012.
- 3 Antisemit für Deutschland, in: *taz*, 20.6.2016.
- 4 Inoffizielle Gutachten sind bestellt und der Fraktion vorgelegt worden, sie wurden von einem israelischen Gelehrten und von einem Dresdner Politologen angefertigt.
- 5 Zur AfD und ihrem Umfeld vgl. Wolfgang Benz (Hg.), *Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?* Berlin 2016, darin: Clemens Escher, *Die AfD als Anti-Bundesrepublik-Partei*, S. 181–192; Alexander Häusler (Hg.), *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden 2016; Philipp Becher, Christian Begass und Josef Kraft, *Der Aufstand des Abendlandes. AfD, Pegida & Co. Vom Salon auf die Straße*, Köln 2015.



- 6 Z.B. Norman Cohn, Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Baden-Baden, Zürich 1998 ; Michael Hagemeyer, Sergej Nilus und die »Protokolle der Weisen von Zion«. Überlegungen zur Forschungslage, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 127–147; ders., Protokolle der Weisen von Zion, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4, Berlin 2011, S. 321–325; Jeffrey L. Sammons (Hg.), Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar, Göttingen 1998. Aufklärungsschriften über das Konstrukt haben eine lange Tradition, zu ihr gehören Bücher wie Binjamin Segel, Die Protokolle der Weisen von Zion kritisch beleuchtet. Eine Erledigung, Berlin 1924 und Emil Raas und Georges Brunschrig, Vernichtung einer Fälschung. Der Prozeß um die erfundenen »Weisen von Zion«, Zürich 1938. Mit den Mitteln des Comic: Will Eisner, Das Komplott. Die wahre Geschichte der Protokolle der Weisen von Zion. Mit einer Einführung von Umberto Eco, München 2005.
- 7 Johannes Rothkranz, Die Protokolle der Weisen von Zion – erfüllt! (Band I/Teil 1 und 2), Durach 2004, zuletzt erschien »Superlogen regieren die Welt«, 4 Bde., Durach 2015/2016.
- 8 Johannes Rothkranz, Wer steuert den Islam? Durach 1998, S. 6.
- 9 W. G. Meister (d.i. Wolfgang Gedeon), Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band III, Frankfurt a. M. 2009, S. 299.
- 10 Zit. nach Jan Riebe, Wie antisemitisch ist die AfD?, in: Netz-Gegen-Nazis.De. Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus, [www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wie-antisemitisch-ist-die-afd-11021](http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wie-antisemitisch-ist-die-afd-11021), letzter Zugriff am 24.11.2016.
- 11 AfD-Politiker werden vom Verfassungsschutz beobachtet, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung online, [www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-werden-vom-verfassungsschutz-beobachtet-14332722.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-werden-vom-verfassungsschutz-beobachtet-14332722.html), letzter Zugriff am 17.7.2016.
- 12 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S. 48.
- 13 Leitantrag der Bundesprogramm Kommission und des Bundesvorstands, S. 34.
- 14 AfD fürchtet den Zerfall, in: Der Tagesspiegel, 10.7.2016.
- 15 Internet-Hetze holt AfD-Mann ein, in: Volksstimme.de, [www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160602/landtag-internet-hetze-holt-afd-mann-ein](http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160602/landtag-internet-hetze-holt-afd-mann-ein), letzter Zugriff am 17.7.2016.
- 16 Benjamin Reuter, AfD-Politiker Volker Olenicak kontrolliert jetzt den Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt, in: The Huffington Post, [www.huffingtonpost.de/2016/06/02/volker-olenicak-sachsen-anhalt\\_n\\_10253762.html](http://www.huffingtonpost.de/2016/06/02/volker-olenicak-sachsen-anhalt_n_10253762.html), letzter Zugriff am 14.7.2016; Vgl. Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus, in: Netz-Gegen-Nazis.de, [www.kjf-spn.de/media/080516214510.pdf](http://www.kjf-spn.de/media/080516214510.pdf), letzter Zugriff am 14.7.2016.
- 17 Michael Sauerbier, Jetzt findet selbst der AfD-Gründer das Personal mies. Der Abgeordnete Franz-Josef Wiese über Kriminelle, Verschwörungstheoretiker und NPDler, in: Berliner Zeitung, 12.5.2016; Thorsten Metzner, Gaulands Truppe. Wunderheiler und Verschwörungstheoretiker: Ein AfD-Abgeordneter spricht über seltsame Parteifreunde, in: Der Tagesspiegel, 14.5.2016.

- 18 Antisemitismus bei der AfD. Da waren's nur noch zehn, in: taz.de, [www.taz.de/!5032145/](http://www.taz.de/!5032145/), letzter Zugriff am 14.7.2016.
- 19 AfD-Kreisverband Konstanz wählt Vorsitzenden Gedeon ab, Die Welt online, [www.welt.de/politik/deutschland/article157150678/AfD-Kreisverband-Konstanz-waehlt-Vorsitzenden-Gedeon-ab.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article157150678/AfD-Kreisverband-Konstanz-waehlt-Vorsitzenden-Gedeon-ab.html), letzter Zugriff 19.7.2016.
- 20 Roland Muschel, Wer ist die AfD, und wenn ja, wie viele? Stuttgarter Landtag debattiert Spaltung der Alternative für Deutschland – Gedeon droht Parteiausschluss, in: Der Tagesspiegel, 14.7.2016.

## Autorinnen und Autoren

**Wolfgang Benz**, Dr., Prof. em.; 1990–2011 Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin.

**Bettina Effner**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 2006 Leiterin der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Mitkuratorin der Dauerausstellung, zahlreiche Sonderausstellungen und Publikationen, derzeit Dissertationsprojekt zum Thema »Der Westen als Alternative. DDR-Zuwanderer in der Bundesrepublik und in West-Berlin, 1970–1990«.

**Berenike Feldhoff**, M. A.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Nachhaltige Entwicklung am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

**Udo Grashoff**, Dr.; bis 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig, seit 2014 Lehre als DAAD-Lecturer in Modern German History am University College London, Habilitation zum Thema »Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus«.

**David Johst**, Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Internationalen Graduiertenkollegs »Formenwandel der Bürgergesellschaft« an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Forschungen zu Erinnerungspolitik und Geschichtspolitik in der DDR, Recht und Vergangenheitspolitik in Westdeutschland, Politisches Strafrecht in Westdeutschland.

**Christian Könné**, Arbeit in der Lehrerfortbildung – Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, Mainz/Pädagogisches Landesinstitut Speyer. Ausstellungsarbeit und Seminare zu DDR-Geschichte, (DDR-)Medien, Geschichte der Amerikaner in Rheinland-Pfalz seit 1945 und des Geschichts- und Politikunterrichts.

**Karen Körber**, Dr.; Vertretungsprofessorin am Institut für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Fellow am Jüdischen Museum Berlin und am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Seit April 2016 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg.

**Andreas Kossert**, Dr.; Tätigkeiten am Deutschen Historischen Institut in Warschau und seit 2010 Leiter des Bereichs Dokumentation und Forschung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Publikationen unter anderem »Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945« (2008).

**Andreas Kötzing**, Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden und Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte sind die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte sowie kultur- und medienhistorische Themen des 20. Jahrhunderts.

**Thomas Lindenberger**, Prof. Dr.; Mitgründer und Organisator von Geschichtswerkstätten, 2009–2012 Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Wien; Abteilungsleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

**Michael Lühmann**, M. A.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteur der Zeitschrift INDES, Arbeitsschwerpunkte sind das spannungsreiche Verhältnis von Ökologie und Moderne sowie deutsch-deutsche Generationengeschichte.

**Ann-Judith Rabenschlag**, Dr.; Historikerin am Institut für Geschichte und Gegenwartsstudien, Södertörns Högskola, und am Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Stockholm. Doktorarbeit zu Arbeitsmigration und interkulturellem Zusammenleben in der DDR mit Hilfe eines diskursanalytischen Ansatzes.

**Julia Reuschenbach**, M. A.; seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie sowie am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Promotionsvorhaben zur Geschichtspolitik deutscher Parteien.

**Sebastian Stude**, M. A.; Historiker, seit 2015 Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, diverse Publikations- und Ausstellungsprojekte zur DDR-Geschichte und zur deutschen Einheit.

**Oliver Trede**, Dr.; Graduiertenkolleg »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells« an der Georg August Universität Göttingen. Projektmitarbeit »Labour Unions and the Integration of Immigrant Workers«, School of Industrial and Labor Relations (ILR), Cornell University Ithaca, USA. Lehraufträge an der Universität Osnabrück.

**Francesca Weil**, Dr.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden. Forschung zu Widerstand und politischer Verfolgung in der SBZ/DDR, Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR; Diktaturenvergleich, Geschichte des MfS, Transformationsforschung; Geschichte des Nationalsozialismus.

**Klaudia Wick**, seit 2015 Leiterin der Abteilung »Audiovisuelles Erbe – Fernsehen« im Museum Film- und Fernsehen der Deutschen Kinemathek Berlin. Vorher freiberufliche Autorin sowie Journalistin unter anderem für die Berliner Zeitung und Tätigkeit als Fernsehkritikerin, von 1996 bis 1999 Chefredakteurin der taz.

# Bildnachweis

- S. 11: Bundesregierung, B 145 Bild-00019452, Lothar Schaack
- S. 23: Bundesarchiv, Bild 183-13307-0006, Gilow
- S. 33: Bundesarchiv, Bild 183-F0417-0001-048, Ulrich Kohls
- S. 44: Bundesarchiv, Bild 183-B1101-0010-001, Rainer Mittelstädt
- S. 58: picture alliance/dpa, Max Bachem
- S. 73: Bundesarchiv, Bild 183-E0108-0009-001, Joachim Spremberg
- S. 83: Picture alliance/dpa, Roland Scheidemann
- S. 95: Bundesarchiv, Bild 183-1987-1125-011, Jürgen Sindermann
- S. 106: Picture alliance/akg
- S. 117: Oliver Ruether/laif
- S. 129: Bundesarchiv, B 145 Bild-P094009
- S. 141: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0103-013, Peer Grimm
- S. 154: picture alliance/ZB/dpa, Peter Endig
- S. 167: picture alliance/dpa
- S. 178: picture alliance/dpa, Ulf Mauder
- S. 195: Bundesregierung, B 145 Bild-00048790, Rolf Unterberg
- S. 207: Deutsches Historisches Museum







